Maren Büttner und Sabine Horn (Hg.)

Alltagsleben nach 1945

Die Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Göttingen



Universitätsverlag Göttingen

Maren Büttner und Sabine Horn (Hg.)
Alltagsleben nach 1945



erschienen im Universitätsverlag Göttingen 2010

Maren Büttner und
Sabine Horn (Hg.)

Alltagsleben nach 1945

Die Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Göttingen



Universitätsverlag Göttingen
2010

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Anschrift der Herausgeberinnen
Dr. Sabine Horn /Maren Büttner M.A.
Georg-August-Universität Göttingen/ Didaktik der Geschichte
Waldweg 26
37073 Göttingen

Diese Publikation wurde mit freundlicher Unterstützung durch Studienbeiträge der Georg-August-Universität Göttingen finanziert

Satz und Layout: Birger Lambrecht
Umschlaggestaltung: Maren Büttner und Margo Bargheer
Titelabbildungen: Luftbildaufnahme vom Bahnhofsgebiet in Göttingen, 1945. Schulspeisung in Göttingen, 1946. „Nissenhütte in Göttingen“, ohne Datierung, Der „Fall Schlüter“, 1955.
Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Stadtarchivs Göttingen.

http://univerlag.uni-goettingen.de
ISBN: 978-3-940344-81-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Maren Büttner/Sabine Horn

Die Stadt Göttingen, überstand den Zweiten Weltkrieg – verglichen mit größeren Nachbarstädten wie Kassel, Hildesheim und Hannover – ohne schwerere Bombenangriffe. Die wenigen Luftangriffe richteten nur begrenzte Schäden an und auch die Tage der Befreiung verliefen ohne Todesfälle, da die deutschen Truppen die Stadt kampflos den US-amerikanischen Truppen überließen. Dies war für die Universitätsstadt im Vergleich zu anderen Städten eine große Erleichterung. Schon am 4. August 1945, vier Monate nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen konnte am Deutschen Theater der Stadt die Oper "Die Hochzeit des Figaro" von Mozart aufgeführt werden und wenige Wochen später nahm auch die Georg-August-Universität als erste deutsche Hochschule ihren Lehrbetrieb wieder auf. Göttingen bekam so sehr schnell einen besonderen Stellenwert im kulturellen und wissenschaftlichen Leben der westlichen Besatzungszonen bzw. der jungen Bundesrepublik: Im Jahr 1948 wurde die Max-Planck-Gesellschaft und der erste gesamtdeutsche PEN-Club gegründet. Dennoch hatte auch Göttingen noch viele Jahre mit den Nachwirkungen des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft zu kämpfen. Die über das nahegelegene, im September 1945 eröffnete, Grenzdurchgangslager Friedland in die Stadt kommenden Flüchtlinge – vor allem aus der damaligen Sowjetischen Besatzungszone – ließen die Einwohnerzahlen von etwa 51.000 im Jahr 1939 auf über 80.000 im Jahr 1949 steigen. Die Versorgung dieser Menschen mit Wohnraum, Heizmaterial, Nahrung und Arbeit stellte die Stadtverwaltung und die Göttinger Bevölkerung noch bis weit in die 1950er Jahre vor große wirtschaftliche und soziale Probleme. Die historische Erforschung insbesondere dieser veränderten Lebenssituationen der in Göttingen lebenden Bevöl-

kerung wurde deshalb zum Leitgedanken des Seminars „Regionalgeschichtliche Forschung – Alltagsleben in Göttingen 1945-1955". Gemeinsam gingen wir als Dozentinnen mit den Studierenden in den lokalen Archiven auf Spurensuche nach alltagsgeschichtlichen Quellen über das Kriegsende und die Nachkriegszeit in Göttingen und Umgebung. Das Schwierigste dabei, die Auswahl der zahlreich gefundenen Quellen und ihre anschließende Analyse, meisterten die Studierenden durch engagierte Diskussionen und Redaktionssitzungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Publikation. Alltagsgeschichtliche Themen standen dabei im besonderen Fokus der Auseinandersetzung. Wir fragten nach dem alltäglichen Leben und den Erfahrungen der Bewohner in Stadt, Universität und Umland zum Kriegsende und in der frühen Nachkriegszeit. Es interessierten uns die Fragen, über welche Ausprägungen der nationalsozialistischen Herrschaft, Restriktionen, Denunziationen, aber auch Bereicherungen und Benachteiligungen am Kriegsende die lokalen Archive Auskunft geben können. Relevant waren besonders die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsproblematik, den neuen sozialen, politischen und kulturellen Konstellationen, dem Neuaufbau der Göttinger Schulen, der sogenannten „Um-Erziehung" der Jugend sowie den Umgestaltungen, aber auch den Kontinuitäten in Göttingen nach 1945. Als Ausgangsfragen dienten die folgenden Themenkomplexe: Straßenhandel respektive Schwarzmarkt, Flüchtlinge und Displaced Persons, Heimkehrer, Versorgungslage, Wohnungsnot, Schulalltag, Demonstrationen und neues kulturelles Leben. Die Recherche der Studierenden umfasste insbesondere die Sammlung und Sichtung von Quellen im Stadtarchiv Göttingen, im Städtischen Museum Göttingen, im Hauptstaatsarchiv Hannover und im Archiv des Lagers Friedland. Durch die Sichtung von amtlichen Akten, Flugblättern, Plakaten, Fotos, Filmen, Zeitungsartikeln und Nachlässen kamen sie den historischen Fragen Stück für Stück näher.

Als methodischen Ausgangspunkt verwendeten die Autorinnen und Autoren Fragestellungen der Alltagsgeschichte im Hinblick auf lokalgeschichtliche Dimensionen. Alltagshistorischen Fragestellungen geht es nicht um große politische Ereignisse oder Jahreszahlen, sondern um die Frage, wie Menschen im Alltag lebten und dieses Leben wahrnahmen. Mit der Begründung der Alltagsgeschichte wurde ein Abschied vom „grand narrative" eingeleitet und die Erfahrungen von Menschen, ihre Sicht auf die vermeintlich großen Prozesse, ihre Teilhabe an Macht, Herrschaft und historischen Ereignissen sollten im lokalen Raum sichtbar und hörbar gemacht werden. Alltägliches Leben bedeutet dabei zugleich „konstruktives Hervorbringen einer neuen Welt".[1]

Der deutsche Zweig der Alltagsgeschichte entstand Mitte der 1980er Jahre. Es sollte das Handeln derer rekonstruiert und verstehbar gemacht werden, deren Existenz bis dahin außer im Rahmen der sozialgeschichtlichen Strukturen nicht als geschichtsmächtig gegolten hatte. Im Gegensatz zur Strukturgeschichte werden die

[1] Richard Grathoff, Milieu und Lebenswelt. Eine Einführung in die phänomenologische Soziologie und die sozialphänomenologische Forschung, Frankfurt am Main 1989, S. 94.

„großen Prozesse der Geschichte nicht hinter den Rücken der Akteure verlegt, sondern die soziale Praxis, die diese Phänomene hervorbringt, steht im Mittelpunkt. Im Mittelpunkt stehen die Formen, in denen Menschen sich 'ihre' Welt 'angeeignet' und dabei auch stets verändert haben. Handlungsbedingungen sind dabei gleichzeitig gegeben und werden produziert. In den Aneignungen werden sie nuanciert, verändert, variiert."[2] Die Alltagsgeschichte zeigt die Bedeutung der einfachen Dinge des alltäglichen Lebens auf und verweist auf die Notwendigkeit des „Nachspürens verborgener Widerstandspotentiale“[3]

Mit Hilfe der Alltagsgeschichte arbeiteten vor allem Geschichtswerkstätten kritische Themen der Industrialisierungs-, Arbeiter-, Sozial-, Alltags-, Kultur- und Frauengeschichte auf. Der alltagsgeschichtliche Umgang mit lokalen historischen Ereignissen und Biographien sollte unter anderem die Möglichkeit eröffnen, geschichtliches Handeln aus seiner eigenen Logik zu begreifen und zu hinterfragen, in welchem Verhältnis die Einzelnen und kleinen Kollektive zu den „Strukturen“ standen, von denen sie geprägt wurden und die sie ihrerseits prägten. Aspekte der Alltagsgeschichte waren von Anbeginn: Elternhaus, Schulzeit, Ausbildung, Arbeit, Ernährung, Kleidung, medizinische und hygienische Situation, Religion, Sport, Handwerkstechniken und Kriegserfahrungen. Es wurde so eine neue Öffentlichkeit geschaffen, die sich besonders stark mit der Aufarbeitung lokaler NS-Vergangenheiten auseinandersetzte.[4]

Diese Publikation hat zum Ziel, bisher unbekannte und ungehörte Menschen der Nachkriegszeit in ihren Ereignissen und Erlebnissen zum Sprechen zu bringen und damit neue Aspekte auf die Geschichte der Göttinger Nachkriegszeit aufzuwerfen, die sie nicht in Vergessenheit geraten lassen. Fragen nach Überleben, Erleben und Erfahren von Hunger, Krankheiten, Mangel an Wohnraum und neuen politischen Konstellationen stehen deshalb im Mittelpunkt der kommentierten Quellensammlung. Sie wendet sich dabei vornehmlich an Schulen und die interessierte Göttinger Öffentlichkeit.

Die Studierenden – die Autorinnen und Autoren dieses Buches – präsentieren hier bislang unveröffentlichte Quellen dieser verschiedenen Facetten alltäglicher Problematiken und Aufgaben, mit denen sich die Göttinger Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit konfrontiert sah, und machen sie somit größtenteils zum ersten Mal einer Öffentlichkeit zugänglich. Ihrem Engagement in dem Buchprojekt gilt unser besonderer Dank.

---

[2] Alf Lüdtke, Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt am Main/New York 1989, S.12.

[3] Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S.12

[4] Lutz Niethammer: Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: Geschichtsdidaktik 5 (1980) 3, S.231-242.

[5] Adelheid von Saldern, „Schwere Geburten“. Neue Forschungsrichtungen in der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft (1960-2000), in: Werkstatt Geschichte 40 (2005), S. 5-30, hier S.13.

Danksagung

Unser Dank geht an alle, die an der Verwirklichung des Projektes und der Publikation mitgewirkt haben. Zu nennen sind hier insbesondere Dr. Ernst Böhme und seine Mitarbeiter vom Stadtarchiv Göttingen, Dr. Peter Aufgebauer (Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte Univ. Göttingen), Klaus Brinkmann, das Städtische Museum Göttingen, das Archiv Friedland, das Göttinger Tageblatt, das Hauptstaatsarchiv Hannover, die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, der Universitätsverlag Göttingen, Margo Bargheer, Jutta Pabst, Käthe Thomas, Birger Lambrecht, Karolin Oppermann, Reiner Nolte, Joana Schröer-Reuter – und vor allem die Autorinnen und Autoren, die Studierende im Fach Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen sind.

Die Qualität einiger hier gedruckter Quellen ist leider im Original aufgrund der Nachkriegsmangelwirtschaft schlecht lesbar. Der Druck konnte diesen Mangel nicht beheben.
Die betroffenen Quellen sind in der Onlineversion
(siehe unter: http://webdoc.sub.gwdg.de/univerlag/2010/Alltagsleben.pdf)
besser lesbar.

„Was am folgenden Morgen beginnt, ist ein neues Kapitel“[1] – Die ersten Tage unter alliierter Besatzung in Göttingen

Michaela Böttcher

1 Einleitung

Die „Scoops from Group“, ein Nachrichtenblatt der US-amerikanischen Armee, berichtet in seiner Auflage vom 9. April 1945, dass Göttingen am vorherigen Tag eingenommen wurde: „*American First Army troops are over the WESSER on a 31-mile front and have taken GOTTINGEN, north of KASSEL, after a 13-mile advance yesterday (…).*”[2] Das Ereignis, das in diesem Bericht scheinbar nebenbei erwähnt wurde, implizierte für die Göttinger Bevölkerung, dass der Krieg für sie beendet war. Doch wie kam es eigentlich dazu? Wie wurde Göttingen eingenommen? Gab es Gegenwehr oder fand eine friedliche Übergabe der Stadt statt? Und welche Auswirkung hatte die Übernahme der Stadt durch die US-amerikanischen Soldaten auf die Zivilbevölkerung? Die Historikerin Wiebke Fesefeldt stellt im Hinblick auf die soziale und gesellschaftspolitische Zusammensetzung der Göttinger Bevölkerung zum Zeitpunkt des Kriegsendes fest: „Der Stadt Göttingen, um die es uns hier geht, waren eigentliche Prüfungen, etwa das Inferno des Bombenkrieges oder der Russeneroberung, erspart geblieben. Sie war ihrer politischen Tradition nach frü-

---

[1] Hannah Vogt, Aus meinem Tagebuch 1945, 8.4.1945, Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. 149 Nr. 50, S. 12.

[2] Scoops from Group (9.4.1945), Bericht über die Erfolge der amerikanischen Armee, Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv, S. 1.

her konservativ bis liberal gewesen, ihre Einwohnerschaft gehörte weitgehend dem Mittelstand an. Der Nationalsozialismus hatte guten Boden in ihr gefunden; als ‚Hochburg des Nationalsozialismus' hatte sie sich selbst bezeichnet."[3]

2 „Die Amerikaner kommen…"

Die Tage in Göttingen vor dem 8. April 1945 können als angespannt beschrieben werden. Der Historiker Heinzel beschreibt: „Als die Truppen der Amerikaner auf das südliche Niedersachsen vorrückten, waren die Folgen des Krieges im Göttinger Stadtbild zwar kaum sichtbar. Doch jeder wusste um die schrecklichen Zerstörungen in vielen deutschen Städten (...)."[4] Die Tagebucheinträge der Göttingerin Hannah Vogt geben Hinweise darauf, dass in der Bevölkerung Unklarheit darüber bestand, ob die Stadt militärisch verteidigt oder den alliierten Truppen kampflos übergeben werden würde. Dementsprechend unsicher gestalteten sich diese Tage im April für die meisten Göttinger (Q1). Die Bevölkerung wusste allerdings über den britischen Rundfunk, der über Radio empfangen werden konnte, dass Kassel bereits am 5. April 1945 von den US-Truppen eingenommen worden war. Auch Göttingen konnte daher die US-amerikanische Armee erwarten. Am Abend des 7. April 1945 war es dann soweit: die US-amerikanische Luftwaffe flog ihren größten und letzten Luftangriff auf Göttingen.[5] Das Ziel der US-amerikanischen Air Force war das Bahnhofsgelände. Vorrangig wollte die US-Armee die Rüstungsindustrie des ‚Dritten Reiches' zerstören. Dabei mussten die US-Truppen jedoch feststellen, dass trotz Zerstörung großer Firmen und Industriezentren die Rüstungsindustrie nicht nachhaltig gestört werden konnte. Zum einen existierten diverse unterirdische Werke, in denen Zwangsarbeiter und Häftlinge ohne Rücksichtnahme auf deren Gesundheit zur Arbeit gezwungen wurden; zum anderen gab es viele kleine Firmen, die als Zulieferer für die Rüstungsindustrie fungierten. Verbunden waren diese Firmen und Werke durch das Straßen- und Schienennetz. Daher galt das primäre Ziel der US-amerikanischen Armee in der letzten Phase des Luftkrieges der Zerstörung der Bahnhöfe und Schienen.[6] Das Hauptgebäude des Bahnhofes stürzte als Folge des Luftangriffes ein; sowohl das Universitätsgebäude der Anatomie als auch das der Zoologie wurden auf Grund ihrer geografischen Nähe zum Bahnhof von Bomben getroffen und die Eisenbahnbrücke wurde komplett zerstört. Wie durch ein Wunder wurde bei diesem Luftangriff kein Mensch getötet; insgesamt forderte der Luftkrieg während des Zweiten Weltkrieges in Göttingen

[3] Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962, S. 20. Für weitere Informationen zur nationalsozialistischen Zeit in Göttingen siehe die Dissertation von Cordula Tollmien, Nationalsozialismus in Göttingen (1933-1945), Göttingen 1999.

[4] Matthias Heinzel, 1945 – Kriegsende in Göttingen. Zeitzeugen berichten, Göttingen 2005, S. 7.

[5] Vgl. Martin Heinzelmann, Göttingen im Luftkrieg. 1935-1945, Göttingen 2003, S. 51.

[6] Vgl. Heinzelmann, Luftkrieg, Göttingen 2003, S. 47.

zwischen 107 und 120 Menschenleben.[7] „Die dicken Qualmwolken, die ein alliiertes Aufklärungsflugzeug am Tag der Übergabe fotografierte, waren jedoch nicht das Resultat des Bombenangriffs des Vortags: Vor ihrer Flucht aus der Stadt hat die SS die Treibstofflager des Flugplatzes in Brand gesetzt."[8] (Q2)

Göttingen blieb von einer flächendeckenden Bombardierung verschont – anders als die benachbarten Städte Kassel, Hannover oder Braunschweig. Braunschweig erlebte als Teil der „Gegend mit dem höchsten Industrialisierungsgrad in Niedersachsen"[9] in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober 1944 unter anderem einen Luftangriff seitens der alliierten Streitkräfte, welcher das öffentliche Leben in dieser Stadt zusammenbrechen ließ. Darüber hinaus starben bei diesem verheerenden Angriff 850 Menschen. Obwohl auch Göttingen in den ersten Monaten des Jahres 1945 US-amerikanische Luftangriffe ertragen musste, war die Situation in der Lazarettstadt Göttingen nicht vergleichbar mit der in der Industriestadt Braunschweig. Zeitzeugen aus Braunschweig berichteten später: „So vergingen im Januar 1945 nur 9 Tage, im Februar und im März nur je ein Tag ohne Fliegeralarm".[10] Am Sonntagmorgen des 8. April 1945, 11.30 Uhr, gab es „Vollalarm" in Göttingen; die Artillerie der US-amerikanischen Armee rückte aus Süden an Göttingen heran.[11] Routinemäßig feuerte sie einige Schüsse ab, um eventuelle Verteidigungsposten zu entdecken. Doch die Stadt wurde nicht verteidigt. Hannah Vogt schrieb in ihrem Tagebuch, dass vermutlich diverse Gerüchte sowie eine Durchsage im Radio dazu geführt hatten, dass keine Verteidigung durchgeführt wurde. Die Stadt wurde friedlich übergeben (Q1). Die in Göttingen lebende freischaffende Autorin und Historikerin Wiebke von Thadden, ehemals Fesefeldt, beschreibt den Ablauf bei der Übergabe Göttingens in ihrem Aufsatz „Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen" wie folgt: „Als die amerikanische Panzerspitze bereits auf dem Marktplatz stand übergaben ihr um 13.30 Uhr Oberbürgermeister Gnade, Stadtrechtsrat Schwetge, Amtsgerichtsrat Schmidt und Professor Baumgarten die Stadt."[12] Die Befehlsgewalt über die Stadt wurde dem Kommandeur des 23. Regiments der 2. Infanteriedivision der US-amerikanischen Armee übergeben.

Albert Gnade, der damalige Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, versuchte viele Jahre später, die kampflose Übergabe als seinen Verdienst darzustellen. Er verfasste einen *Bericht über die Vorgänge bei der Übergabe der Stadt am 08.04.1945*. In der Anlage zu diesem Bericht befindet sich ein Aufruf an die Bevölkerung Göttingens, in dem diese aufgefordert wurde, keinen Widerstand gegen die US-

[7] Vgl. ebd., S. 51f.

[8] Heinzel, Kriegsende, S. 15.

[9] Albrecht Lein, Antifaschistische Aktion 1945. Die „Stunde Null" in Braunschweig, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1978, S. 133.

[10] Ebd., S. 134.

[11] Vgl. Heinzelmann, Luftkrieg, S. 56.

[12] Vgl. Wiebke von Thadden, Die Stadt Göttingen unter britischer Militärregierung 1945-1947, in: Rudolph von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Band 3. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, S. 275-290, S. 275.

amerikanische Armee zu leisten: „*Unter den gegenwärtigen Umständen gilt für unsere Stadt das Wort des Führers, dass nunmehr dafür zu sorgen ist, dass das Volk nicht heroisch untergeht, sondern praktisch erhalten wird…'*"[13] (Q3). Sowohl in den Quellen als auch in der Sekundärliteratur lässt sich allerdings kein Hinweis finden, dass dieser Aufruf jemals die Bevölkerung erreicht hatte. Im Gegenteil: Matthias Heinzel arbeitete in seinem Zeitzeugenprojekt heraus, dass die Person Gnade und die Handlungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Übergabe der Stadt ungeklärt und umstritten sind.[14] Auch der Ausschuss zur Klärung der Vorgänge bei der Kapitulation Göttingens im April 1945[15], der zwischen 1955 und 1957 die Ereignisse vom 8. April 1945 untersuchte, kam zu dem Schluss, dass eine einzelne Person nicht „als Retter der Stadt benannt"[16] werden kann. Im Gegensatz zum Kriegsende und der Nachkriegszeit war Albert Gnade, der am 31. März 1933 Polizeidirektor in Göttingen und 1938 Oberbürgermeister der Stadt wurde, während seiner Amtszeit sehr beliebt in der Bevölkerung Göttingens gewesen. Dies verdeutlicht die Tatsache, dass er unter den Einwohnern den Spitznamen „Papa Gnade" führte. Seine Popularität resultierte daraus, dass er zwar SS-Sturmbannführer war, aber keinerlei parteiliche Funktionen inne hatte und daher die Interessen der Stadt über mögliche Ziele der NSDAP stellte.[17]

Nach der Übergabe der Stadt fiel die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas für einige Tage aus.[18] Darüber hinaus hatte sich auch das Stadtbild immens verändert: US-amerikanische Soldaten, bald darauf britische Militäreinheiten, ehemalige Kriegsgefangene, deutsche Flüchtlinge, Displaced Persons (DP),[19] aber auch Angehörige internationaler und alliierter Behörden und Organisationen waren nun in Göttingen anzutreffen.[20]

---

[13] Nachlass Albert Gnade, Bericht über die Vorgänge bei der Übergabe der Stadt am 08.04.1945, Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. Nr. 80, I, 11, Anlage.

[14] Vgl. Heinzel, Kriegsende, Göttingen 2005, S. 23f.

[15] Zu dem Titel dieses Ausschusses muss angemerkt werden, dass der Ausschuss zu dem Ergebnis kam, dass Göttingen sowohl nach rechtlichem als auch militärischem Verständnis nicht kapituliert hatte; das Kriegsende in Göttingen wurde durch eine friedliche Übergabe der Stadt herbeigeführt. Der Titel für diesen Ausschuss ist daher irreführend.

[16] Bericht über die Arbeiten des Ausschusses, dem Rat der Stadt Göttingen am 30.03.1957 übergeben; zitiert bei Walther Hubatsch: Wie Göttingen vor der Zerstörung bewahrt wurde. Die Vorgänge vom 1. bis 8. April 1945, in: Göttinger Jahrbuch 1961, Göttingen 1961, S. 118.

[17] Vgl. Tollmien, Nationalsozialismus, Göttingen 1999, S. 225f.

[18] Vgl. Wiebke von Thadden, Militärregierung, S. 275.

[19] Wie in Hagen Stöckmanns Beitrag „'Displaced Persons' in Göttingen" definiert, handelt es sich bei DPs um Zivilpersonen, die sich am Ende eines Krieges aus diversen Gründen nicht in ihrem Heimatland befinden, jedoch dahin zurückkehren oder ein neues Heimatland finden wollen, dies aber nicht ohne fremde Hilfe bewerkstelligen können; dazu zählen sowohl Zwangsarbeiter als auch Kriegsgefangene. Im Falle des Zweiten Weltkrieges zählen auch ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern zu den DPs.

[20] Vgl. Wiebke von Thadden, Militärregierung, S. 275f.

3 Das Leben unter der Besatzungsmacht

Nachdem Göttingen von den US-amerikanischen Soldaten besetzt worden war, versuchte die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung in ihr Leben zu bringen und sich mit den neuen politischen Verhältnissen zu arrangieren. Fesefeldt stellt fest: „Die Göttinger beugten sich ergeben und nicht ungern den erwarteten Anordnungen zur Liquidierung von Militarismus und Nationalsozialismus. Sie begrüßten sehnsüchtig die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, sie hofften auf die Wiedererrichtung von Recht und Gerechtigkeit, und sie waren in ihrer Mehrheit recht bereit, daran mitzuarbeiten und der Militärregierung guten Willen zu bezeigen.“[21]

Die Bevölkerung versuchte, Normalität in ihren Alltag zu bringen. Erschwert wurde dieser Wunsch durch die Tatsache, dass die Lebensmittelvorräte knapper waren als in den letzten Tagen unter nationalsozialistischer Herrschaft. Der Grund hierfür war, dass die Läden vor dem 8. April 1945 mit Heeresrationen für die Wehrmacht beliefert wurden. Dies entfiel nun, da Göttingen unter alliierter Besatzung war. Die Göttinger standen in Schlangen um Brot und andere Lebensmittel an.[22]

Die deutsche Zivilbevölkerung sah sich recht bald mit strengen Ausgangs-, Reise- und Informationssperren sowie einer ganzen Reihe von Meldepflichten konfrontiert.[23] Darüber hinaus begann ein erster Entnazifizierungsprozess: Parteigenossen hatten sich im Rathaus zu melden, wobei einige inhaftiert wurden. So musste sich auch Friedrich Neumann, der sowohl Parteigenosse als auch Professor der Deutschen Philologie und Universitätsrektor der Georg-August-Universität Göttingen von 1933 bis 1938 war, am 12. April 1945 im Rathaus melden (Q4). Friedrich, auch genannt Fritz, Neumann war am 26. April 1933 zum Rektor der Universität gewählt worden und der NSDAP wenige Tage später, am 1. Mai 1933, beigetreten. Die Rektorwahl sei bei der Entscheidung, Mitglied der NSDAP zu werden, ein Grund gewesen, so Fritz Neumann. Darüber hinaus soll eine idealistische Grundidee zur Entwicklung der Gesellschaft ausschlaggebend gewesen sein. Fritz Neumann hatte sich bereits vor 1933 mit der sozialen Konstellation der Gesellschaft beschäftigt. Dabei hatte er geglaubt, dass die NSDAP weit reichende Reformen zur Verbesserung der sozialen Lage diverser Gesellschaftsschichten durchführen würde.[24]

Nachdem sich Friedrich Neumann am 12. April 1945 im Rathaus als Parteigenosse gemeldet hatte, ordnete am 19. Juli 1945 „die britische Militärregierung in Göttingen die Entlassung Friedrich Neumanns aus dem Staatsdienst“[25] an. Darü-

[21] Fesefeldt, Wiederbeginn, S. 21.

[22] Die Versorgungslage ist in diesem Band in Timo Stiehls Beitrag *Versorgungslage im Göttingen der Nachkriegszeit* ausführlich dargestellt.

[23] Vgl. Wiebke von Thadden, Militärregierung, S. 276.

[24] Vgl. Ulrich Hunger, Friedrich Neumann und der Nationalsozialismus. Eine biographische Fallstudie zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Göttinger Jahrbuch 2005, Göttingen 2005, S. 114.

[25] Ulrich Hunger, Friedrich Neumann, S. 122.

ber hinaus wurde er durch den Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Göttingen im Februar 1949 als „Mitläufer" eingestuft. Später stufte der Spruchausschuss beim Entnazifizierungs-Hauptausschuss Hildesheim Fritz Neumann als „Entlasteter" ein. Das niedersächsische Landesministerium versetzte ihn am 15. Mai 1951 in den Ruhestand und Friedrich Neumann wurde drei Jahre später, am 1. April 1954, ordnungsgemäß emeritiert.[26]

Für die Unterbringung der US-amerikanischen Soldaten musste gesorgt werden. Ähnlich wie in anderen Städten wurden in Göttingen Soldaten in Privathäusern untergebracht, während sich die derzeitigen Bewohner vorübergehend eine andere Unterkunft suchen mussten. Dies geschah in der Regel nicht freiwillig, jedoch schien die US-amerikanische Armee nicht auf offene Ressentiments gestoßen zu sein. Ein Beispiel für den unfreiwilligen Umzug stellt die Familie Neumann-Graul in Q5 dar. Sie verließ vorübergehend ihr Haus und kam bei ihrem Nachbar, dem Geophysiker Ambronn, unter. Ilse Naumann-Graul notierte damals in ihrem Tagebuch: „*Gegen 7 Uhr abends wird unser Haus und die Nachbarhäuser eingehend von einem amerikanischen Offizier und einem dolmetschenden Soldaten besichtigt. ‚Very nice!' (In der Badewanne ist noch etwas Wasservorrat: ‚Can it pour?') Wir packen.*"[27] (Q5)

Im Mai 1945 wechselte in Göttingen die Besatzungsmacht: Britische Soldaten lösten die US-amerikanischen ab. Göttingen gehörte von nun an zur britischen Besatzungszone. Die britische Armee marschierte mittels einer Parade in Göttingen ein (Q6) und die Soldaten formatierten sich mit Blick zum Rathaus vor dem Gänseliesl, dem Wahrzeichen von Göttingen (Q7). Die Bevölkerung reihte sich an den Straßenrändern auf, um diesen offen dargestellten Wechsel der Besatzungsmächte zu betrachten. Die neue Besatzungsmacht wurde zwar nicht bejubelt, jedoch befanden sich viele Göttinger auf der Straße, um den Einzug der Armee zu verfolgen (Q6).

Am 22. Juli 1945 lockerte die britische Militärregierung die bis dahin strengen Fraternisierungsverbote: Soldaten des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland durften ab diesem Tag mit deutschen Erwachsenen auf der Straße sprechen (Q8).

4 Der Mikrokosmos im Makrokosmos

Die Nachricht von Hitlers Tod erreichte Göttingen über das Radio: „*Am Abend des 1. Mai wurde vom Großdeutschen Rundfunk nach vorheriger seelischer Vorbereitung durch ernste Musik von Bruckner mitgeteilt, daß Hitler im Kampf gegen den Bolschewismus ausharrend bis zuletzt gefallen sei*",[28] schrieb Hannah Vogt in ihr Tagebuch. Aus gegenwärtiger Perspektive wäre zu erwarten gewesen, dass diese Nachricht in der

[26] Vgl. ebd., S. 122.

[27] Tagebuch-Notizen (1.1.1945-20.12.1947) von Ilse Neumann-Graul, 24.4.1945, Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. Nr. 114, I, 1, S. 10.

[28] Hannah Vogt, 4.5.1945, S. 14.

Bevölkerung Reaktionen hervorrief. Die hier betrachteten Quellen lassen aber einen solchen Rückschluss nicht zu. Ilse Neumann-Graul erwähnt den Tod Adolf Hitlers mit einem Satz, um danach über die Geburt eines Kindes zu berichten (Q9). Darüber hinaus beschreibt Hannah Vogt die Göttinger nach der Nachricht: Sie scheint keine Veränderung im Alltag nach sich zu ziehen. Der Name Hitler wird nicht erwähnt (Q10).

Interessanter erscheinen die Unterschiede der Tagebucheinträge vom 6. August 1945 der beiden Frauen: Während der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima bei Ilse Neumann-Graul keine Beachtung findet und nicht erwähnt wird, führt Hannah Vogt diverse Gedanken zu diesem Ereignis an (Q11). Zukunftsorientiert versucht sie in Gedanken, Göttingen eine führende Rolle beim Wiederaufbau von Deutschland zuzuschreiben. *„Dies Inselhafte unserer Existenz, dieser Wohlstand, diese Unversehrtheit – sie verpflichten!“*[29] Auf Grund der Tatsache, dass Göttingen den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet überstanden hat, sollte es anderen Städten als Vorreiter im Wiederaufbau dienen, doch zunächst sah sich die Stadt mit vielen Aufgaben wie dem hohen Flüchtlingsaufkommen konfrontiert. Nicht nur die Displaced Persons und die deutschen Flüchtlinge sorgten für ein immenses Bevölkerungswachstum in Göttingen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch die aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten benötigten Unterkunft und Verpflegung. Obwohl Göttingen nicht zerstört worden war, war die Stadt mit der Problematik der Wohnungsnot konfrontiert. Darüber hinaus mussten die Göttinger lernen, auch mit anderen Problemen umzugehen: knappe Versorgungslage, Neubeginn des schulischen Alltags und der illegale Tauschhandel auf dem Schwarzmarkt.

Literatur zum Weiterlesen

Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962.

Matthias Heinzel, 1945 – Kriegsende in Göttingen. Zeitzeugen berichten, Göttingen 2005.

Martin Heinzelmann, Göttingen im Luftkrieg. 1935-1945, Göttingen 2003.

Ulrich Hunger, Friedrich Neumann und der Nationalsozialismus. Eine biographische Fallstudie zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, in: Göttinger Jahrbuch 2005, Göttingen 2005.

Wiebke von Thadden, Die Stadt Göttingen unter britischer Militärregierung 1945-1947, in: Rudolph von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen.

[29] Hannah Vogt, 6.8.1945, S. 21.

Geschichte einer Universitätsstadt. Band 3. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, S. 275-290.

- 4 -

Das einzige Gesprächsthema: Wird Göttingen verteidigt werden? Tausend Gerüchte und Vermutungen laufen um. Es heißt, daß Oberbürgermeister Gnade die Stadt kampflos übergeben will, der Kreisleiter aber auf Verteidigung besteht. Der Kreisleiter soll Sitzungen einberufen haben und den Vorschlag gemacht haben, alle Institute zu sprengen. Endlich ermannt sich die Intelligenz: Professor Stich, der Chirurg, spricht von 3600 Schwerverwundeten, deren Abtransport unmöglich ist. Die Institutsdirektoren erklären, daß Rollkommandos zum Zerstören ihrer Anstalten den Weg über ihre Leichen nehmen müßten. Man hört, daß die Truppen die Stadt verlassen. Nur Volkssturmmänner mit Karabinern sind zu sehen. Das Waffenamt auf dem Lohberg ist auf und davon. Man schöpft daraufhin Hoffnung. In den Zeitungen häufen sich wüste Aufrufe von Bormann, Lauterbacher, Gengler. Man wird wieder zweifelhaft: soll die Stadt tatsächlich Kampfschauplatz werden? Die Gespräche nehmen einen immer offeneren Charakter an. Alles ist sich einig in dem Wunsch, die Stadt erhalten zu wissen und sinnloses Zerstören und Blutvergießen zu vermeiden.

Man sitzt am Radio und lauscht gespannt auf jede Nachricht. Man studiert die Landkarte. Sollte Göttingen etwa liegengelassen werden und der Stoß nördlich von Minden nach Hannover, südlich von Kassel nach Nordhausen gehen? Es wäre niemandem lieb! Jeder möchte durch die letzten Drangsale schnell hindurch.

Ab Freitag, 6.April, spitzen sich die Dinge dramatisch zu. Am Abend vorher berichtete ein Kriegsberichter im englischen Rundfunk, daß der Kommandant von Kassel sich ergeben habe. Gerüchte, daß Panzerspitzen in Soden, in Witzenhausen und in Hannoversch Münden gewesen seien, laufen um. Trotz herannahender Gefahr stehen die Schlangen nach Schnaps häuserlang.

Q 1: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. 149 Nr. 50, S. 4.

- 5 -

Man beunruhigt sich, weil in den Dörfern umher geschanzt wird. Andere Stimmen sagen, daß im Umkreis von 5 km um Göttingen Schilder angebracht seien, daß Göttingen keine Truppen beherberge. Man möchte das Angenehmste gern glauben.

Am Freitagabend um 10 Uhr sagt der englische Rundfunk, daß Hannoversch Münden gesäubert sei. Die Hausgemeinschaft strömt zusammen. Man fängt an zu kramen und im Keller herumzuräumen. Die Luft lädt sich auf mit Spannung. Um 3/4 12 Uhr Anruf von Dr.Luther: Man könne sicher damit rechnen, daß die Amerikaner noch diese Nacht einrollten. Verlassen der Stadt sei aber nicht nötig, es würde vielleicht zu Plündereien kommen, daher sei Aufsuchen des Kellers ratsam. Aber es sei nichts Ernstliches zu befürchten.

Kurz darauf langes Schellen an der Haustür: die Blockleitung! Mutter und Tochter in desolatem Zustand! Sie teilen uns mit, daß Frauen, Kinder und Männer über 60 Jahren, die die Stadt verlassen wollen, jetzt auf die Herzberger Landstraße gehen sollen, wo sie von Parteiführern empfangen und auf die umliegenden Dörfer gebracht würden. Es sei Feindalarm zu erwarten! Bei uns gedenkt niemand, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Bald danach wird im Radio durch den Gaubefehlsstand diese Meldung widerrufen: es sei jetzt noch nicht an der Zeit; die Bevölkerung werde rechtzeitig zum Verlassen der Stadt aufgefordert! Zuletzt wird eine Ansprache des Kreisleiters in Aussicht gestellt. Ein Teil der Hausgemeinschaft sitzt erwartungsvoll vor dem Kasten. Die Stimme, die dann erklingt, erweckt nicht den Eindruck, als gehöre sie einem Manne, der der Situation gewachsen ist. Es ist ein von vielen "Äähs" und "Aahs" unterbrochenes Gestotter, mit dem die Volksgenossen zur Ruhe ermahnt werden. Unter anderem fällt das Wort:

Q 1: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), S. 5.

- 6 -

"Sollten wider Erwarten Kampfhandlungen stattfinden..."
Daraus schließen wir, daß selbst diese Scharfmacher
nicht mehr an eine Verteidigung der Stadt denken. Er
versichert uns, daß die Partei uns treulich weiterfüh-
ren und bei uns bleiben würde. Er fordert uns auf, schla-
fen zu gehen, und wünscht uns mit "Heil Hitler" eine
gute Nacht. Wir wären dieser Aufforderung ohnehin nach-
gekommen und schlafen ruhig bis zum Morgen. Auch dieser
beginnt wie alle bisherigen mit Einkäufen. Ich erstehe
noch einmal zehn Pfund Brot und sogar den Schnaps. Tags-
über arbeiten wir im Garten. Voralarm und Vollalarm wech-
seln sich ab. Ich säe die Küchenkräuter, Vater sticht
die Wege ab und harkt sie sauber. Unser Garten sieht wie
ein Schmuckkästchen aus.

Q 1: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), S. 6.



Q 2: U.S. Air Force. Luftaufnahmen der Stadt Göttingen (08.04.1945), Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv, Original: National Archives, Washington, DC.

A b s c h r i f t

\- Anlage -

5.) Entwurf: Prof. Baumgarten, Prof. Rein, Dr. Beyer
Nacht 7/8. April 1945

A b s c h r i f t

An die Bevölkerung Göttingens !

Die deutschen Truppem haben befehlsmässig das Stadtgebiet verlassen, mit Ihnen die örtliche Parteiführung.

Göttingen ist Lazarettstadt mit Tausenden von Schwerverwundeten. Ich übergebe daher Göttingen dem Feind als o f f e n e Stadt.

Ich fordere die Bevölkerung aus, dem Feind mit Ruhe und Würde zu begegnen. Unter den gegenwärtigen Umständen gilt für unsere Stadt das Wort des Führers, dass nunmehr dafür zu sorgen ist, " dass das Volk nicht heroisch untergeht, sondern praktisch erhalten wird....
Ein Nichtbegehen dieses Weges muss als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden."

Als alter Nationalsozialist fordere ich insbesondere die Jugend auf sich nicht zu unbesonnenen Taten hinreissen zu lassen, die dem Feind geringen, dem deutschen Volke aber schweren Schaden verursachen würden. Das Verhalten des Feindes bleibt abzuwarten. Sollte er wirklich eine gewaltsame Verschleppung unserer Jugend oder Ähnliches unternehmen, so zwänge er und allerdings zu einem berechtigten Verzweiflungskampf.

Wir glauben aber an den Fortbestand unseres Volkes. Der Weg heisst: Arbeit, Ordnung, Gerechtigkeit und Gemeinschaft.

gez. Gnade
Oberbürgermeister

für die Richtigkeit der Abschrift

gez. E. Baumgarten

Ebnet, den 2. 11. 49

Q 3: Anlage zum *Bericht über die Vorgänge bei der Übergabe der Stadt am 08.04.1945* von Albert Gnade (etwa 1956), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. 80, I, 11.

Donnerstag,12.April:

Die Parteigenossen müssen sich auf dem Rathaus melden. Fritz geht hin. Und ich gehe mit Frau Seedorf hin. Am Nachmittag kommt Frau Blume: ihr Mann ist auch verhaftet.- Aus dem Keller räumen wir Sachen nach oben. Und in dieser Woche werden im Garten Kartoffeln gelegt.-

Q 4: Tagebuch-Notizen von Ilse Neumann-Graul (Notizen von 1945, Aufzeichnung auf Grundlage der Notizen 1980), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. Nr. 114, I, 1.

Diensrag, 24.April:

Dr.Höfer, der mir eine weitere Einspritzung gegen Rheuma geben sollte, ist nicht zu Hause. Verhaftet! Ebenso unser alter guter Ortsgruppenleiter Gerls, so erzählt Frau Höfer.-Gegen 7 Uhr abends wird unser Haus und die Nachbarhäuser eingehend von einem amerikanischen Offizier und einem dolmetschenden Soldaten besichtigt."Very nice!" (In der Badewanne ist noch etwas Wasservorrat:"Can it pour?") Wir packen. Vor allem Lebensmittel, Nähzeug, Kleider, Wäsche.(Nach einem Quartier können wir uns nicht mehr umsehen. Nach 8 Uhr ist Ausgangsverbot,)

Q 5: Tagebuch-Notizen von Ilse Neumann-Graul (Notizen von 1945, Aufzeichnung auf Grundlage der Notizen 1980), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. Nr. 114, I, 1.



Q 6: Einmarsch der englischen Armee in Göttingen (1945), Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



Q 7: Englische Soldaten vor dem Gänseliesl (1945), Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



Q 8: Englischer Soldat mit Zivilist (1945), Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv, Original: Imperial War Museum, London, UK.

Freitag, 27.April:

Heute wird Mutter 7o Jahre alt. Wie mag es ihr ergehen ? Zwei Stunden vergeblich um Butter angestanden. (Dabei stricke ich.) Es wird sehr kalt. Ich kann Holz, Kohlen und Kartoffeln aus unserem Keller (nach Meldung und unter Begleitung eines Amerikaners) holen. Der Keller, die Kisten, sind durchwühlt.

Donnerstag, 3.Mai:

Der Führer soll in der Reichskanzlei gefallen sein, wird gesagt.-Admiral Dönitz ist Nachfolger der Führers.- Ich besuche in Neu-Bethlehem Frau Mackensen, die ein kleines Mädchen bekommen hat. Die Klinik ist ungeheizt.(Ich treffe dabei Herrn Prof. Dr.Martius, der nach Fritz freundlich besorgt fragt.)

Sonnabend, 5.Mai:

Die Kapitulation der süd-und nordwestdeutschen Armeen wird bekanntgegeben.Von unserem Haus her hören wir bis zu Ambronns am Abend das Feiern und Lärmen der amerikanischen Soldaten.

Montag, 7.Mai:

Deutschland hat vor den Allierten und Rußland kapituliert - Ich suche in der Wohnung vergeblich nach Schuhbürsten, (die ich vergaß). Im Keller scheinen die Briketts zu schrumpfen.

Dienstag, 8.Mai:

Im Radio bei Ambronns geben die Allierten groß ihren Sieg bekannt. Ab 12 Uhr nachts soll der Waffenstillstand eintreten. Frau Gerls ist kurz bei uns. Niedergeschlagen. Wir auch.Die Taten der SS in den Konzentrationslagern belasten sehr. Dauernd ist davon die Rede.

Q 9: Tagebuch-Notizen von Ilse Neumann-Graul (Notizen von 1945, Aufzeichnung auf Grundlage der Notizen 1980), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. Nr. 114, I, 1.

4.Mai 1945

Am Abend des 1.Mai wurde vom Großdeutschen Rundfunk nach vorheriger seelischer Vorbereitung durch ernste Musik von Bruckner mitgeteilt, daß Hitler im Kampf gegen den Bolschewismus ausharrend bis zuletzt gefallen sei. -
Am folgenden Morgen saß und stand ich in einer langen Reihe von Menschen, die Fleisch kaufen wollten, und hörte die Gespräche an, die rund um mich geführt wurden. Hitlers Name fiel kein einziges Mal! Dieses Volk, das ihm vor wenigen Jahren noch überschwenglich zujubelte, vor Monaten noch sein ganzes Vertrauen in ihn setzte, vor Wochen noch geneigt war, seinen Parolen Glauben zu schenken, heute noch teilweise ihn selbst für eine integre Persönlichkeit hält - dieses Volk nimmt kaum Notiz von seinem Ende! Schmählicher kann ein großer Gaukler und Rattenfänger kaum enden! Man vergißt ihn von heute auf morgen! Niemand betrauert ihn! Sic transit gloria mundi!
Betrachtet man dieses Ende, dann gewinnt man den Eindruck, als sei die Liebe des Volkes nur Schein, nur Blendwerk gewesen, als sei hier in der Tat alles auf Sand gebaut gewesen. Wie die Träume zerrinnen, die ein Opiumschläfer in der Höhle des Lasters träumt, so zerrinnt das ganze Dritte Reich wie ein wüster, rauchiger Traum! Es sinkt zurück in das Nichts!

Q 10: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. 149 Nr. 50, S. 14.

- 15 -

Das hat etwas Erschütterndes: es ist grauenvoll, wie schnell die Menschen ihre angebeteten Götzen zum Haus hinauswerfen, wenn sie ihnen kein Glück mehr bringen! Denn dies ist es: sie tun es deshalb - nicht aber, weil sie erkannt hätten, daß sie Götzen angebetet haben!

7.Mai 1945

Man kann jetzt sehr amüsante Beobachtungen über den Militarismus der anderen machen. Es ist erfrischend zu sehen, daß es auch ohne Paraden, ohne Stechschritt, ohne Strammstehen, ohne Hände-an-die-Hosennaht, ohne beständiges Grüßen geht. Die Amerikaner bewegen sich in ihren Uniformen wie Sportler: lässig, bequem, ungeniert. Diese Uniformen selbst erinnern mehr an die Ausrüstung von Skisportlern, als an unsere noch vom alten Preußenstil her geprägten Röcke. Ungemein praktisch ist alles! Die Karabiner, mit denen die Boys den ganzen Tag herumlaufen, sehen kleiner und leichter aus als unser Infanteriegewehr. Die Stahlhelme, die ebenfalls den ganzen Tag getragen werden, sind - wie Rost mir erzählte - großenteils nicht aus Stahl, sondern eine Art von Tropenhelm aus Stoff und Papiermaché. Die bequem und weich aussehenden hellen Lederstiefel sind mit dicken Gummisohlen versehen. So gibt es kein dröhnendes Marschieren der Infanterie, kein lautes Klappern der Posten. Nur die Motoren der zahlreichen Lastautos und kleinen Kübelwagen brausen knatternd durch die Straßen und oft auch durch den Hainberg. Man hat nicht den Eindruck, als seien dies immer Fahrten im Auftrag! Benzinmangel gibt es hier nicht! Die Boys kutschieren sicher oft aus Langeweile und zum Vergnügen herum.

Das Postenstehen ist ein Kapitel für sich. Man könnte auch "Postensitzen" sagen. Jede unnütze und nur dekorative

Q 10: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), S. 15.

6.August 1945

An Japan ist ein Ultimatum gestellt worden, und der Tenno hat es zurückgewiesen. Damit dürfte ein Massen-Selbstmord des japanischen Volkes besiegelt sein! Man weiß ja, wie leicht diese Menschen des Ostens das Leben von sich werfen und wie überreizt ihr Ehrgefühl, besonders ihr nationales, ist. Man wird sich dort jedenfalls kaum mit Prozessen gegen Kriegsverbrecher und Generalstäbler aufhalten müssen!

Heute wurde bekanntgegeben, daß es in Amerika gelungen ist, die Atomzertrümmerung der Kriegstechnik zunutze zu machen und kleine Bomben von ganz ungeheurer Wirkung zu konstruieren. Die Zahlen gehen ins Phantastische und über alles

Begreifen. Diese Teufelsdinger hat man heute auf Japan geworfen. Welche Perspektiven für die künftige Kriegstechnik! Wann wird der Mensch den Erdball in den Äther sprengen?

In einem Gespräch mit dem mir inzwischen sehr liebgewordenen Hermann Stresau* kamen wir auf die besonders glückliche Lage Göttingens zu sprechen. Dies Inselhafte unserer Existenz, dieser Wohlstand, diese Unversehrtheit - sie verpflichten! Solche Städte haben jetzt ungeheure Aufgaben! Sie müssen Deutschlands künftiges Weimar und Jena werden! Freilich, das läßt sich nicht machen - gottlob läßt es sich nicht machen! Aber wir dürfen wohl einmal daran denken, daß auch wir aufgefordert sind, daß jeder sich regen und helfen muß!

Q 11: Tagebucheintrag von Hannah Vogt (08.04.1945), Stadtarchiv Göttingen, Kl. E. 149 Nr. 50, S. 20 und 21.

„Die Straße des Verderbens“ – Schwarzmarkt und Göttinger Nachkriegskriminalität

Karolin Oppermann

1 Einleitung

Im August 1947 erschütterte ein Skandal die Stadt Göttingen: Die Inhaberin der hiesigen Rossschlachterei, eine gewisse Frau D., wurde angeklagt, ein Schwein, das zuvor mit Brotgetreide gemästet worden war, schwarz geschlachtet zu haben und durch Tauschhandel für das Fleisch Koks, Teppiche und Schnaps erhalten zu haben. Dem nicht genug soll sie beim Wiegen der ihr zum Schlachten anvertrauten Pferde betrogen und das nicht erfasste Fleisch zu ihren Gunsten verwendet haben (Q1). Ihre kriminelle Energie wurde dabei noch um einiges höher eingeschätzt, ließe doch „*allein die Menge der vorgefundenen Mangelware und bezugsbeschränkten Waren darauf schließen, daß Frau D. mit diesen Waren einen Tauschhandel gegen Fleisch- oder Fleischwaren getrieben*“ habe. Es bestünde also dringender Verdacht, „*daß weitaus mehr strafbare Handlungen von Frau D. begangen wurden*“ (Q2). Die Rossschlachterei wurde zunächst geschlossen und erst, nachdem sich die Wogen geglättet hatten, im Dezember des Jahres 1947 wieder eröffnet – die Stadt hatte bis dahin festgestellt, dass die *„erhobenen Beschuldigungen, namentlich die übertriebenen Pressebekanntmachungen“*,[1] unbegründet gewesen seien.

[1] Schreiben Dr. jur. Günther Gronell an Oberstadtdirektor in Angelegenheit - Frau D., 15.12.1947, Stadtarchiv Göttingen, C 34 Nr. 46, Bl. 34.

Die hier angesprochenen Phänomene Schwarzschlachtung, Tauschhandel, Schwarzmarkt und Kriminalität der unmittelbaren Nachkriegszeit sollen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen. Der Fokus liegt dabei auf den alltäglichen Praktiken des Göttinger Schwarzmarktes, die durch Zeitungsartikel und Gerichtsakten rekonstruiert werden sollen.

2 Schwarzmarkt – eine Annäherung

In einem von dem Hamburger Rechtanwalt Dr. Karl Kromer im Jahre 1947 herausgegebenen Ratgeber werden in 500 Fragen und Antworten die dringendsten Rechtsprobleme zum Thema Schwarzmarkt mit Beispielen erläutert. Kromer nimmt in seinem Ratgeber an, dass es im Nachkriegsdeutschland keine lebende Person gebe, die *„sich nicht einmal vom Schwarzmarkt versorgt hätte"*, und die von ihm skizzierten Fragen folglich jeden angingen.[2]

Unter Schwarzmarkt wird ein Handel verstanden,[3] der an den gelten Bewirtschaftungs-, Versorgung-, und Preisbestimmungen vorbei abläuft. Das heißt mit Bezug auf die Nachkriegszeit, dass hier Waren erworben wurden, die legal nur durch Lebensmittelkarten oder Bezugsscheine[4] zu erhalten waren, „abgezweigt" oder gestohlen wurden. Sie wurden stets zu höheren Preisen, gegen andere Währungen oder auch Waren verkauft bzw. getauscht als dies nach geltendem Recht gestattet war. Eine wachsende Menge an Gütern wurde dabei der regulären Verteilung entzogen.

In der geschichtswissenschaftlichen Forschung stand das Thema „Schwarzmarkt" lange Zeit nicht im Mittelpunkt des Interesses, wurde aber in jüngerer Zeit vermehrt thematisiert. Von der Vorstellung des Schwarzmarktes als „letzte Bastion der Freiheit"[5] wird dabei zusehends abgesehen und der Schwarzmarkt stattdessen in den zeitgenössischen Kriminalitätsdiskurs eingeordnet sowie mit kulturwissenschaftlichen Fragestellungen verbunden.[6] Alltagsgeschichtliche Fragestellungen nach Akteuren und Praktiken sind hierbei von besonderer Relevanz.

---

[2] Karl Kromer (Hg.), Schwarzmarkt, Tausch- und Schleichhandel in Frage und Antwort mit 500 praktischen Beispielen, Schloss Bleckede an der Elbe 1947, S. 3.

[3] Siehe für eine knappe Definition: Werner Bührer, Schwarzer Markt, in: Wolfgang Benz, u.a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 72.

[4] Siehe dazu den Beitrag von Thimo Stiehl zur Versorgungslage in diesem Band.

[5] Willi A. Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-1945-1948. Vom Überleben nach dem Krieg, Braunschweig 1986, S. 6.

[6] Siehe Stefan Mörchen, „Echte Kriminelle" und „zeitbedingte Rechtsbrecher". Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, in: Werkstatt Geschichte 42 (2006), S. 57-76; Malte Zierenberg, „Stadt der Schieber". Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 179), Göttingen 2008, Ders., Tauschen und Vertrauen. Zur Kulturgeschichte des Schwarzhandels im Berlin der 1940er Jahre, in: Helmut Berghoff; Jochen Vogel (Hg.), Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels, Frankfurt a. M. 2004, S. 169-194, Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948, Hamburg 1986.

3 Schwarzmarkt vor 1945

Das Phänomen „Schwarzmarkt“ war keine „Erfindung“ der Nachkriegszeit, sondern bereits im 1. Weltkrieg, in der Zwischenkriegsperiode und auch während des Zweiten Weltkrieges zur Normalität geworden, – dies zeigen zahlreiche Gesetze, Propaganda und Gerichtsverfahren.[7] Diebstahl, unrechtmäßiger Bezug von Lebensmittelmarken oder gar deren Fälschung gehörten bereits seit Kriegsbeginn zu den illegalen Unternehmungen der Untergrundwirtschaft, die im Laufe des Krieges noch weiter zunahmen, wenn auch versucht wurde, Schwarzhandel durch besonders harte Urteile zu unterbinden.[8] Unterschieden wurde von den zeitgenössischen Strafbestimmungen zwischen Tausch-, Schleich- und Schwarzhandel.[9]

Der Handel auf dem Schwarzmarkt lief während des Krieges, wie der Historiker Malte Zierenberg jüngst gezeigt hat, vornehmlich an nicht-öffentlichen Plätzen im Rahmen von Tauschnetzwerken ab, deren Mitglieder sich z.B. als Arbeitskollegen kannten. Der Tausch vollzog sich innerhalb sozialer Beziehungsgefüge, die zunächst unabhängig vom Tauschen aufgebaut worden waren und in denen ein hohes Maß an Vertrauen bestand.[10] Tauschnetzwerke waren so zum einen durch hohen sozialen Druck und zum anderen durch räumliche Nähe gekennzeichnet.[11] Durchgeführt wurde der Tauschakt häufig in halböffentlichen Räumen, wie z.B. Gaststätten, und war auf diese Weise in das alltägliche Leben mit einbezogen.[12]

4 Nihil ex nihilo fit – Der Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit

In der Nachkriegszeit hatte der Schwarzmarkt im Unterschied dazu zumeist auf öffentlichen und bekannten Plätzen, die gut zu erreichen waren und an denen auch früher schon Konsum jeglicher Art stattgefunden hatte,[13] seinen Platz, sodass sich der Handel zwischen unbekannten Personen abspielte und sich der Schwarzmarkt als quasi öffentliche Institution etablierte. In Göttingen war der Schwarzmarkt auf dem Gelände des Hauptbahnhofes, welches in der Mitte der Stadt lag und auch vom ländlichen Umfeld aus gut zu erreichen war, lokalisiert. Da Göttingen im

---

[7] Vgl. Boelcke, Der Schwarzmarkt, S. 11. Zwischen 1939 und 1943 wurden im Deutschen Reich insgesamt 59 253 Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939 und der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung vom 6.9.1940 geahndet. Ab 1941 nahm die Zahl der Delikte sprunghaft zu. Vgl. ebd., S. 16.

[8] Vgl. ebd., S. 14-15.

[9] Vgl. ebd., S. 12.

[10] Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 91.

[11] Vgl. ebd., S. 127.

[12] Vgl. ebd., S. 133.

[13] Vgl., ebd., S. 203. Hauptbahnhöfe oder in größeren Städten auch S-Bahnstationen waren häufige Orte des Schwarzmarktes, da sie als natürliche Durchgangsräume konzipiert nur einen engen Zeithorizont zwischen Ankunft und Abfahrt zuließen, als Treff- oder Abholungspunkt sui generis standen und bereits seit den 1920er Jahren als etablierte Konsumräume mit kleinen Kiosken fungierten. Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 208-209.

Grenzgebiet der britischen, US-amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone lag, war das Einzugsgebiet des Schwarzmarktes hier besonders groß, wenn auch mit den bereits gut untersuchten Räumen anderer Städte allein schon wegen der geringeren Größe nicht zu vergleichen.[14]

Die alltägliche Praxis des Handels auf dem Schwarzmarkt setzte sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Die Kontaktaufnahme erfolgte in der Regel entweder durch das mehr oder weniger laute Ausrufen bzw. Aufzählen der Ware durch den Anbieter oder durch ein stummes Präsentieren der Ware, die bei Gefahr schnell in die Jacken- oder Manteltasche verschwinden konnte. Danach erfolgte eine eingehende Prüfung des Tauschpartners, die sich vermutlich zumeist an Äußerlichkeiten wie der Kleidung, der Hygiene oder anderer körperlicher Merkmale (z. B. Alter und Gesundheit) orientierte, um dadurch Rückschlüsse über die Qualität der Ware ziehen zu können.[15] Zierenberg betont die Bedeutung von gegenseitigem Vertrauen und das Aussenden von Zeichen der Integrität.[16] Verhielt man sich zu sicher oder trat zu vertraut mit jeglichen Gepflogenheiten des Schwarzmarktes auf, konnte man sich als Schieber identifiziert sehen und so vom Gegenüber mit Misstrauen und der Unterstellung von Täuschungsabsichten bestraft werden (Q3).[17] Nach einer Prüfung des Gegenübers erfolgte die Warenbegutachtung. Dabei inspizierte der Kunde die Ware, nachdem sie ihm vom Anbieter ausgehändigt worden war, drehte und wendete sie, durfte sogar an ihr riechen. Bevor die Preisverhandlungen aber in ihre entscheidende Phase traten, wurde die Ware dem Anbietenden zurückgegeben, um dann, nach erfolgreichem Handel, symbolisch übergeben zu werden.[18] Der ganze Tauschakt erfolgte möglichst unauffällig, so dass zunächst in Gruppen verhandelt, sich dann aber zum Übergeben der Ware zurückgezogen wurde. Dort *„tauschten sie hastig Ware und Gegenleistung aus und stehen Minuten später schon wieder bei anderen Gruppen“* (Q3). Der so beschriebene Tauschakt stellte gleichzeitig die Anerkennung einer bestimmen Art des Tauschens dar, deren Regeln bei Entstehung des Marktes durch komplexe Aushandlungsprozesse erarbeitet worden waren. Der Schwarzmarkt erschien so als Raum, an dem sich die mehr und mehr den Alltag bestimmende Tauschkultur am deutlichsten zeigte.[19] Gleichzeitig war der Schwarzmarkt ein Ort der privaten Initiative. Nur wer selbst handeln und

[14] Siehe zum Berliner Schwarzmarkt: Zierenberg, Stadt der Schieber und Paul Steege, Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946-1949, New York 2007; zu Hamburg: Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden; zu Bremen: die noch entstehende Dissertation von Stefan Mörchen, einige Ansätze bereits sind veröffentlicht in: Stefan Mörchen, „Echte Kriminelle“ und „zeitbedingte Rechtsbrecher“ und ders., Schwarzmarkt- und Eigentumsdelikte in den bremischen Häfen der Nachkriegszeit, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Zeitschrift für die Regionalgeschichte Bremens im 19. und 20. Jahrhundert 13/14 (2004), S. 5-21 sowie für Leipzig, Köln und München die vergleichend angelegte Fallstudie von Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991.

[15] Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 226.

[16] Vgl. Zierenberg, Tauschen und Vertrauen, S. 169-171.

[17] Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 227f.

[18] Vgl. ebd., S. 222.

[19] Vgl. Zierenberg, Tauschen und Vertrauen, S. 171-173.

nicht auf das Handeln des Staates vertrauen wollte, trat auf dem Schwarzmarkt mit Erfolg auf.[20]

5 Die Währung auf dem Schwarzen Markt

Gespeist wurde der Schwarzmarkt durch verschiedene Warenströme. Als Währung galt auf allen Schwarzmärkten der Nachkriegszeit die Zigarette, die als international gültige Werteinheit letztlich sogar als genormt aufgefasst werden konnte. Begehrt waren v.a. amerikanische Zigaretten, die, obwohl sie pro Packung in Amerika nur 8 bis 10 Cent kosteten, auf dem Schwarzmarkt in Deutschland für bis zu 130 RM gehandelt wurden, sodass einem Dollar ca. 1200 bis 1500 RM entsprachen.[21] Die flüchtige Konsistenz der Zigarette, die sich beim Rauchen im wahrsten Sinne des Wortes in Luft auflöste, markierte so gleichsam den Übergangscharakter der Währungen ‚Lucky Strike' oder ‚Marlboro'.[22] Rauchen erschien als Verbrennen von Geld, sodass hier Hierarchien entstanden, die in der Nachkriegszeit besondere Bedeutung gewannen: diejenigen, die rauchten, und diejenigen, die die Zigarettenstummel der Rauchenden auflasen, um so an ‚Währung' zu gelangen.

Neben Zigaretten wurden auch andere Waren wie Fleisch, Brot und Benzin zu potentieller Währung (Q3). Dies wurde gesteigert, indem, geschuldet der allgemeinen Notlage, auch solche Güter, die man sich in normalen Zeiten gelegentlich noch hatte leisten können, zu Luxus wurden, die Menge der potentiellen Luxusgüter damit überproportional anstieg.

Neben Gütern, die der Tauschende legal besaß (dazu gehörten auch Karten für Tabak, die ein Nichtraucher zwar zugeteilt bekam, aber selbst nicht verbrauchte), wurde der Schwarzmarkt durch diverse illegale Warenströme gespeist. Besonders gestohlenen und gefälschten Karten kam hier eine immense Bedeutung zu (Q4, 5 und 6).[23] Auch verschwanden vielfach Waren bei Händlern und Handwerkern, die dies ihrerseits als Verderb, (fingierten) Diebstahl oder schlichtweg als ‚Differenz' erklärten.[24] Hinzu kamen Lebensmittel, die durch Hamsterfahrten[25] erworben, aber in dringender benötigte Waren eingetauscht werden mussten sowie Waren, die durch Schwarzschlachtung oder Betrug, wie im Fall von Frau D., erworben worden waren und nun umgesetzt werden konnten.

[20] Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 309.

[21] Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 280.

[22] Vgl. ebd., S. 279-282.

[23] Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 219.

[24] Vgl. ebd., S. 217.

[25] Hamsterfahrten oder der sogenannte ‚Erzeuger-Verbraucher-Verkehr' stellten eine Möglichkeit dar, letzte Habgüter auf dem Land in Lebensmittel umzutauschen. In den Städten wurde er zur puren Notwendigkeit für die Versorgung. Siehe dazu: Der Beitrag von Thimo Stiehl in diesem Band.

Die Tatsache, dass derjenige, der genügend Tauschmittel hatte, auf dem Schwarzmarkt alles bekommen konnte, bildete den Hintergrund für sämtliche Geschäfte.

6 Schwarzmarkt als krimineller Raum

Strafbar war das Handeln auf dem Schwarzmarkt für jeden. Unterschieden wurde zwischen den Straftaten des Verbrauchers, den Straftaten des Gewerbetreibenden und denen des Großschiebers. Grundlage der strafbaren Handlung war die Verbrauchsregelungsstrafverordnung (VRStVo), die bereits seit 1941 in Kraft war. Von Bedeutung für die Verbraucher war in diesem Zusammenhang der § 2, Abs. 1, der die Bestrafung bei Schwarzmarktvergehen regelte.[26] Ernährungs- und Wirtschaftsämter konnten zudem zusätzliche Regelungen erlassen. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse waren alle Güter, die für den Verbraucher nicht frei zugängig waren wie Eier, Gartenerzeugnisse, Getreide, Kartoffeln, Milch und Fette, Saatgut, Süßwaren, Kakao, Tiere, Zucker, Stoffe, Seife, Kraftstoffe, Öl, Petroleum, Kohlen, Leder, Schreibmaschinen, Fahrräder, Tabakwaren usw. All diese Güter bekam man in der Nachkriegszeit nur durch das Vorweisen von Bezugsscheinen bzw. musste diese erst beantragen – oder sie illegal auf dem Schwarzmarkt erwerben. Wurde man dabei ertappt, drohten Geld- oder in schweren Fällen auch Gefängnisstrafen. Von letzteren wurde gesprochen, wenn die Tat im Zusammenhang mit anderen Straftaten, z.B. Diebstahl oder Hehlerei, begangen wurde oder es sich um eine Wiederholungstat handelte. Die Höchststrafen wurden in den jeweilige Zonen stets härter und ab 1947 wurden als besonders kriminell eingestufte Wiederholungstäter sogar mit zweijährigem Arbeitslager bestraft.[27] Vielfach wurde auch von Institutionen wie der Presse eine härtere Bestrafung gefordert (Q7). Bei einem milden Fall, z. B. bei besonderer Not, war es möglich, dass die zuständige Behörde nur eine Verwarnung (allerdings inkl. Bearbeitungsgebühr) aussprach (Q7). Abgeurteilt wurden die ‚Schwarzmarktverbrecher' häufig durch ein Schnellgericht, sofern nicht eine genauere Untersuchung in einer Hauptverhandlung erforderlich war. Wichtig zu betonen ist, dass Handel, Tausch oder Verkauf von Gütern, die man rechtmäßig besaß, also z. B. mit seinen Marken oder durch ein Geschenk erhalten hatte, nicht strafbar war, es sei denn, man verlangte dabei einen höheren Preis als üblich oder tauschte sie gegen Waren ein, die der Tauschpartner nicht rechtmäßig erworben hatte. Unwissenheit schützte auch hier vor Strafe nicht.

Stefan Mörchen hat aufgezeigt, dass Kriminalität – und damit auch Schwarzmarktkriminalität – in der Nachkriegsgesellschaft als gesamtgesellschaftliches Phä-

[26] VRStVo § 2 (1) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft wird bestraft, wer, ohne in Ausübung eines Gewerbes oder Berufes zu handeln, 1. Bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung bezieht, eine ihm nicht zustehende Bezugsberechtigung für sich ausnutzt oder die Verfügung über eine Bezugsberechtigung sich gegen Entgelt verschafft oder in der Absicht, sich zu bereichern, einem anderen überlässt.

[27] Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 111 u. S. 220.

nomen wahrgenommen und teilweise durch die Not entschuldigt wurde. So unterschied die Kriminalistik zwischen „echten Verbrechern“ und „zeitbedingten Verbrechern“.[28] Der Fokus der Polizei lag dabei auf der Verfolgung besonders krimineller Gruppen und Personen. Eine Kriminalisierung der einfachen Bevölkerung sollte so verhindert werden.[29]

Die Polizei versuchte zunächst mittels Großrazzien gegen die Schwarzhändler vorzugehen, um so den Handel zu unterbinden. Die Razzien in Göttingen liefen ähnlich zu denen in anderen Städten ab. Mit LKWs und den verfügbaren Kräften der Polizei wurde großräumig das Gebiet um den Schwarzmarkt abgesperrt und alle Personen untersucht. Da die Polizei schlecht ausgerüstet war und die Razzien wenig Erfolg zeigten, sodass sie vermutlich eher als symbolische und verbale Apelle verstanden werden müssen, veränderte die Polizei ihre Methoden, um nicht nur die im Stich gelassene Ware zu beschlagnahmen, sondern auch die eigentlichen Händler zu überführen (Q8). Nun traten die Beamten in Zivil auf und versuchten auf diese Weise die Händler in flagranti zu ertappen. Dass eine solche Vorgehensweise nötig war, zeigt, dass ein bürgerliches Eigentums- und Moralverständnis in den Zeiten der Not auf dem Schwarzmarkt abgelegt worden war.[30] Eine bereits vorher angewandte Taktik der Göttinger Polizei war es, jugendliche Gruppen, sog. Acht-Groschen-Jungen, einzusetzen, um den Schwarzmarkt zu bekämpfen. In der Presse scheinen diese allerdings krimineller wahrgenommen worden zu sein als die eigentlichen Schwarzhändler. Letztere schienen zumindest entschuldbarer (Q9).

Die hohe Jugendkriminalität[31] (Q8) ist ein Phänomen, das vermutlich durch die angesprochene Grenzlage Göttingens mit verursacht wurde. 1946 wurden 30% aller Lebensmitteleinbrüche von Jugendlichen begangen, die bei einem Erwachsenen bereits einen schweren Fall und somit Gefängnis bedeutet hätten. Jugendliche wurden meistens sofort von Gerichten unter die Obhut von Pädagogen befohlen. Auch stieg die Zahl der Schutzaufsichtsmaßnahmen rapide an.[32] Jugendliche wurden dabei ähnlich wie *Displaced Persons*, der Berufsverbrecher und die Figur des Großschiebers zu Feindbildern der Bekämpfung des Schwarzen Marktes stilisiert.[33]

[28] Vgl. Mörchen, „Echte Kriminelle“, S. 60 u. 67.

[29] Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 308 und Mörchen, „Echte Kriminelle“, S. 61.

[30] Die moralische Rechtfertigung für den lockereren Umgang mit dem Eigentum des anderen kam aus der Kirche. In seiner Silvesterpredigt des Jahres 1946/47 befreite Josef Kardinal Frings (1887-1978), Kölner Erzbischof und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, zumindest moralisch den Einzelnen von der Strafe, wenn er sich zum eigenen Überleben Lebensmittel organisierte oder Kohlen klaute. „Fringsen“ überbrückte so den Abgrund zwischen juristischem Unrecht und alltäglichen Unrechtsempfinden. Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 306-307.

[31] Zum Themenkreis Jugend den Beitrag von Lisa Brill in diesem Band.

[32] Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kulturellen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948 (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, Bd. 3), Göttingen 1962, S. 95.

[33] Vgl. Mörchen, „Echte Kriminelle“, S. 62-66. Zum Schieberdiskurs auch: Zierenberg, Tauschen und Vertrauen, S.184-187.

7 Vom Bezahlen, der Katze im Sack und anderen Methoden

Ein weiteres Phänomen des Schwarzmarktes war das Risiko, das der Einzelne beim Handeln unabhängig von der polizeilichen Verfolgung einging. So gehörte das Panschen von Lebensmitteln und das Betrügen und ‚Betrogenwerden' zum potentiellen Risiko des Handels, da es schließlich keine Beschwerde- oder Kontrollinstanzen gab. So z.B. wurden ganze Stangen Lucky Strike „präpariert", indem die Originalverpackungen ihres Inhalts entledigt und die leeren Hülsen mit Sägemehl gefüllt wurden.[34] Auch wurden Zucker (Q10) oder Milch gepanscht (Q11), indem Zucker, sogenannter Schlammzucker, mit Melasse, einem Nebenprodukt der Zuckerherstellung, vermischt wurde oder der örtliche Milchverteiler Vollmilch mit Magermilch verdünnte, sodass der Fettgehalt der Milch sank. In beiden Fällen kam es zur Anzeige und im Falle des gefälschten Zuckers sogar zu einer Gefängnisstrafe. Das so entstandene und wohl auch berechtigte Misstrauen gegen Waren und Personen wurde Teil des alltäglichen Erfahrungshaushalt, wodurch die oben beschriebene Prüfung der Ware zum wichtigsten Bestandteil des Tausches wurde, wenn auch ein Betrug trotz eingehender Prüfung nie ganz ausgeschlossen werden konnte.[35] Um das Risiko des Betrugs zu vermindern, bildeten sich Klientele, sodass sich die Akteure, parallel zu Stammkunden, auch auf dem Schwarzmarkt gerne bei denselben, schon als vertrauenswürdig eingestuften Personen versorgten (Q3). [36]

Neben dem Schwarzen Markt als Ort des Erwerbens von Nahrungsmitteln und anderen Gütern existierte in Göttingen noch eine Innenstadt mit teilweise schon seit Jahrzehnten bestehenden Geschäften und Betrieben. Die zahlreichen Anzeigen wegen verschiedener Verstöße gegen gewerbepolizeiliche Anordnungen[37] zeigen, dass auch in diese Betriebe der Tauschhandel und die Warenzurückhaltung Einzug genommen hatten. In Mode kamen v.a. sog. Kompensationsgeschäfte, bei denen die Ware nicht (nur) mit Geld, sondern auch mit anderen Waren bezahlt wurde, um den immensen Wertverfall der Reichsmark auszugleichen. Solche Praktiken widersprachen allerdings der damaligen Rechtslage, sodass Anzeigen häufig von Erfolg gekrönt waren (Q12).

8 Schluss

Der Schwarzmarkt in Göttingen weist wesentliche Parallelen zu den Schwarzmärkten in anderen Städten auf. Er war am Bahnhof lokalisiert und stellte so einen quasi-öffentlichen Raum dar, in dem der Handel wie auf einem tatsächlichen Markt zwischen einander unbekannten Personen ablief. Beim Handel selbst kam es dabei,

---

[34] Vgl. Frank Grube/Gerhard Richter, Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948, Hamburg 1979, S. 76.

[35] Vgl. Zierenberg, Stadt der Schieber, S. 277.

[36] Vgl. Zierenberg, Tauschen und Vertrauen, S. 182.

[37] Stadtarchiv Göttingen, Pol. Dir. Fach 127 Nr. 1d, Bd. 1.

v.a. mit dem Hintergrund der eigentlich illegalen Handlung, stets auf gegenseitiges Vertrauen an. Das Phänomen „Schwarzmarkt" war dabei keine generelle Besonderheit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bestand, wenn auch mit anderen Praktiken, bereits vor dem Krieg.

Aufgrund seiner Notwendigkeit und Erfahrbarkeit wurde der Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit in die Alltagspraxis integriert, womit die Kriminalität des Handels letztlich in den Hintergrund trat und entschuldbar wurde – trotz aller Gesetze und Strafen. Die Einführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 und die damit verbundenen reich gefüllten Schaufenster stellten einen „mentalitätsgeschichtlichen Wendepunkt"[38] dar, der gleichzeitig das Ende der Schwarzmarktepoche einleitete (Q13) und die Rückkehr zu einem bürgerlichen Eigentumsmodell erlaubte. Der Schwarzmarkt wurde nicht mehr gebraucht.

Literatur zum Weiterlesen

Willi A. Boelcke, Der Schwarzmarkt 1945-194. Vom Überleben nach dem Kriege, Braunschweig 1986.

Stefan Mörchen, „Echte Kriminelle" und „zeitbedingte Rechtsbrecher". Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, in: Werkstatt Geschichte 42 (2006), S. 57-76.

Paul Steege, Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946-1949, New York 2007.

Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948, Hamburg 1986.

Malte Zierenberger, Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 179), Göttingen 2008.

Malte Zierenberger, Tauschen und Vertrauen. Zur Kulturgeschichte des Schwarzhandels im Berlin der 1940er Jahre, in: Helmut Berghoff/Jochen Vogel (Hg.), Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels, Frankfurt a. M. 2004, S. 169-194.

[38] Vgl. Michael Wildt, Am Beginn der Konsumgesellschaft. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandhoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg [2]1995, S. 35.

Der Oberstaatsanwalt Göttingen,den 4.9.1947

3 Js. 1481/47

<u>A n k l a g e</u> <u>Haft !</u>

Bl. 4 1.) Die Geschäftsinhaberin Minna D[…], geb. […], verw. […], aus Göttingen, […]str. […], geb.am […] 1904 in Adelebsen,ev.luth., seit dem 15.7.1947 in U.-Haft im Gerichtsgefängnis Göttingen (Haftbefehl des Amtsgerichts Göttingen vom 16.7. 1947 – 8 Gs. […] –),

Bl. 7 2.) ihr Sohn, der Fleischerlehrling Gustav B[…], ebenda wohnhaft, geb.am […]1916 in Grone, ledig, ev.luth, in dieser Sache vom 15.7. – 26.7. und seit 6.8.1947 in U.-Haft im Gerichtsgefängnis Göttingen(Haftbefehl des A.G. Göttingen vom 16.7. – 8 Gs. […] – und 7.8.1947 –8 Gs.[…] –),

Bl.11 3.) der Dreher Karl H[…] aus Göttingen, […]weg […], geb. am […]1902 in Grone, verheiratet, ev.,

Bl. 13 4.) dessen Ehefrau Berta H[…], geb. […], ebenda wohnhaft, geb. am […]1906 in Grone, ev.,

Bl. 17 5.) der Klempner Hermann W[…] aus Göttingen, […]str. […] geb.am […]1901 in Göttingen, verheiratet, kath.,

Bl.33 6.) der Hallenmeister Georg F[…] aus Göttingen, […]-[…], geb.am […]1891 in Wettesingen Krs. Wolfhagen, verheiratet, ev.,

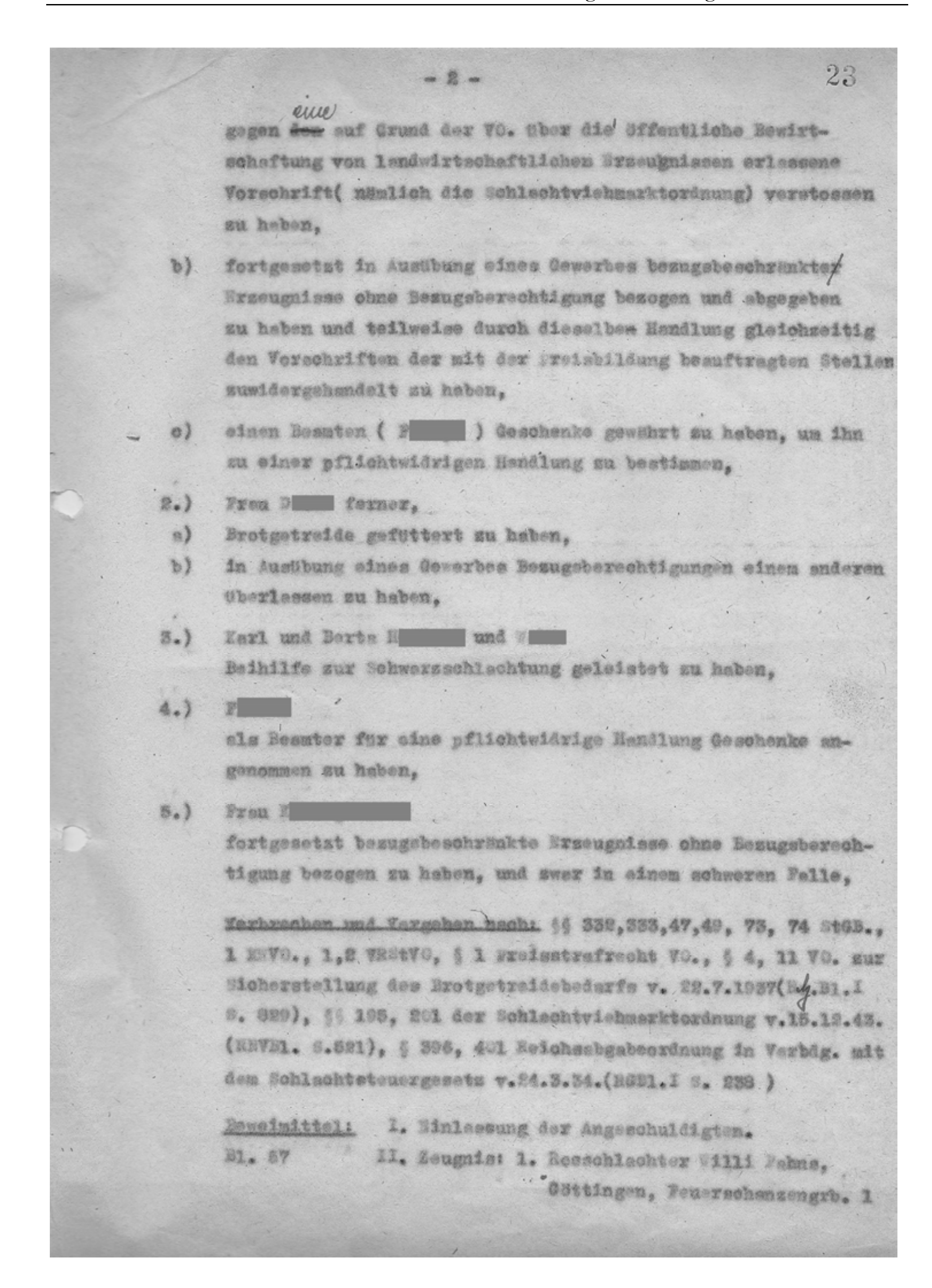
Bl. 50 7.) die Ehefrau Martha K[…] geb. […] aus Göttingen, […], geb. am […]1899 in Lengewiesen Krs. Arnstadt, ev.,

werden angeklagt: in den Jahren 1946/47 in Göttingen

1.) Frau D[…] und B[…] gemeinschaftlich:

a) fortgesetzt Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, beiseitegeschafft und dadurch die Deckung dieses Bedarfs böswillig gefährdet zu haben und durch die Handlung gleichzeitig teils zum eigenen Vorteil vorsätzlich die Verkürzung von Schlachtsteuereinnahmen bewirkt, teils

Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D. (Durchschlag), C 34, Nr. 46, Bl. 22.



\- 2 - 23

gegen eine auf Grund der VO. über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassene Vorschrift(nämlich die Schlachtviehmarktordnung) verstossen zu haben,

b) fortgesetzt in Ausübung eines Gewerbes bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung bezogen und abgegeben zu haben und teilweise durch dieselbe Handlung gleichzeitig den Vorschriften der mit der Preisbildung beauftragten Stellen zuwidergehandelt zu haben,

c) einen Beamten (F█████) Geschenke gewährt zu haben, um ihn zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bestimmen,

2.) Frau D████ ferner,
a) Brotgetreide gefüttert zu haben,
b) in Ausübung eines Gewerbes Bezugsberechtigungen einem anderen überlassen zu haben,

3.) Karl und Berta H██████ und W████
Beihilfe zur Schwarzschlachtung geleistet zu haben,

4.) F█████
als Beamter für eine pflichtwidrige Handlung Geschenke angenommen zu haben,

5.) Frau F███████████
fortgesetzt bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne Bezugsberechtigung bezogen zu haben, und zwar in einem schweren Falle,

Verbrechen und Vergehen nach: §§ 332,333,47,49, 73, 74 StGB., 1 KWVO., 1,2 VRStVO, § 1 Preisstrafrecht VO., § 4, 11 VO. zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs v. 22.7.1937(RGBl.I S. 829), §§ 195, 201 der Schlachtviehmarktordnung v.15.12.43. (RNVBl. S.521), § 396, 401 Reichsabgabeordnung in Verbdg. mit dem Schlachtsteuergesetz v.24.3.34.(RGBl.I S. 238)

Beweismittel: I. Einlassung der Angeschuldigten.
Bl. 67 II. Zeugnis: 1. Rossschlachter Willi Pehns, Göttingen, Feuerschanzengrb. 1

Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D., Bl. 23.

24

\- 3 -

Bl. 36 2.) Krankenschwester Hildegard Penkrath, Rasemühle b. Göttingen

Bl. 41 3.) Hausangestellte Luise Donsch, Göttingen, Gothmarstr.12,

4.) Pol. Obermstr. Klebschus, 2. Pol.Revier

5.) Pol.Mst. Quentin, zu laden Pol.-Verwaltung, Göttingen -

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen.

Die Angeschuldigte D[...] betreibt unter Mithilfe ihres Sohnes aus erster Ehe, des Ang, B[...], eine Rossschlachterei und den Kleinhandel mit Pferdefleisch. Die Bestimmungen über die Bewirtschaftung des Pferdefleisches befinden sich in der heute noch gültigen Anordnung Nr. 1/44 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Schlachtviehmarktordnung für das Jahr 1944 vom 15.12.1943 (RNVBl. 521,) §§ 189 ff. Bei der Schlachtung von Schlachtpferden muss - ausser bei Notschlachtungen - ein Schlachtschein vorliegen. Das Pferd muss - auch bei Notschlachtungen - amtlich verwogen werden (§ 201). Schlachtgewicht ist das Gewicht des geschlachteten Tieres, von dem nur die Haut, der Kopf, die Füsse und die Eingeweide abgetrennt sein dürfen. Von diesem Gewicht wird dem Betrieb auf seinem Konto beim Beauftragten für den Mittelmarkt Göttingen ein bestimmter Prozentsatz zum Soll geschrieben, das durch Ablieferung der von der Kundschaft vereinnahmten Fleischmarken belegt werden muss. So müssen z. B. bei einem Schlachtgewicht von 256 kg für 100 kg Marken abgegeben werden. (Anrechnungsgewicht). Da das Fleisch ohne Knochen und zum anderthalbfachen Markenwert an die Kundschaft abgegeben werden muss, andererseits die geschlachteten Pferde grossenteils in schlechtem Futterzustand sind und einen relativ hohen Knochenanteil haben, kann ein Betrieb selbst bei guter Führung höchstens ein begrenztes Markenguthaben herauswirtschaften, dass als Reserve für Rückschläge dienen kann, neuerdings allerdings in gewissen Zeitabständen verfällt. Auf dem Konto der Fa. D[...] befindet sich ein Markenguthaben von nahezu 600 kg.

Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D., Bl. 24.

- 4 -

25

Bl. 5 — 1 a) Frau D███ und H███ haben im Januar 1947 ein Schwein von
3 Zentnern im Stall der Familie H███ schwarzgeschlachtet, nachdem sie erst im Dezember 1946 ein Schwein mit Genehmigung geschlachtet hatten. Sie haben sich dadurch des Verbrechens nach der KWVO. schuldig gemacht.

Sie haben sich ferner eines gleichen Verbrechens – in Tateinheit mit einer Zuwiderhandlung gegen die Schlachtviehmarktordnung – dadurch schuldig gemacht, dass bei dem Abwiegen der Schlachtpferde
Bl. 8R, 64R, — laufend Schiebungen vorgenommen wurden. So wurden Pferde ohne die Hälse gewogen. Wenn z.B. in einer Woche 2 fette und 2 magere Pferde
Bl. 58 — geschlachtet wurden, so wurden die mageren Pferde doppelt, die fetten garnicht gewogen. Oder die Tiere wurden zerteilt gewogen,
Bl. 34 — wobei das Gewicht einzelner Teile nur geschätzt oder nur die kleinere Viertel gewogen und das Gesamtgewicht durch einfache Vervielfältigung des Gewichts der kleineren Viertel errechnet wurde. Nur durch diese Praktiken war es möglich, ein so hohes Markenguthaben wie oben erwähnt anzusammeln. Dadurch wurde es Frau D███ auch möglich, erhebliche Fleischmengen für den eigenen Haushalt zu erübrigen. So hat sie
Bl. 58 — nach Aussage des Zeugen Pahns während seiner 1 1/4 jährigen Tätigkeit bei
Bl. 25 — ihr ungefähr 300 – 400 Dosen Fohlenfleisch eingekocht. Die Hausange-
Bl. 41 — stellte Luise Domsch hat allein von März – Juni 1947 150 – 180 Kilodosen Fohlenfleisch eingekocht. Bei der Haussuchung am 15.7.47
Bl. 25 — wurden neben 4 Schinken, 34 Dauerwürsten und 6 Stück Speck u.a. 11 grosse und 114 kleine Konservenbüchsen Fleisch und Wurst gefunden. 2 Kisten mit Fleischwaren hatte H███ kurz vorher zusammen mit W███
Bl. 49 — zur Kühlzelle im Schlachthof geschafft.

b) Frau D███ und H███ haben häufig bezugsbeschränkte Erzeugnisse ohne die erforderlichen Bezugsberechtigungen bezogen, teilweise dabei auch gegen die Preisvorschriften verstoßen, und Fleisch
Bl. 24 — ohne Bezugsberechtigung abgegeben. So haben sie im Herbst 1946 ca. 30 Zentner Koks, angeblich von Dienstgruppenangehörigen, zu 15.-RM je Ztn. bezogen, ferner 3 Zentner Koks von mit dem Aufbauen von
Bl. 5R, — Rohrleitungen beschäftigten städtischen Arbeitern gegen Lieferung
Bl. 28 — von Fleisch. Von einem gewissen Landgraf bezog Frau D███ mehrmals

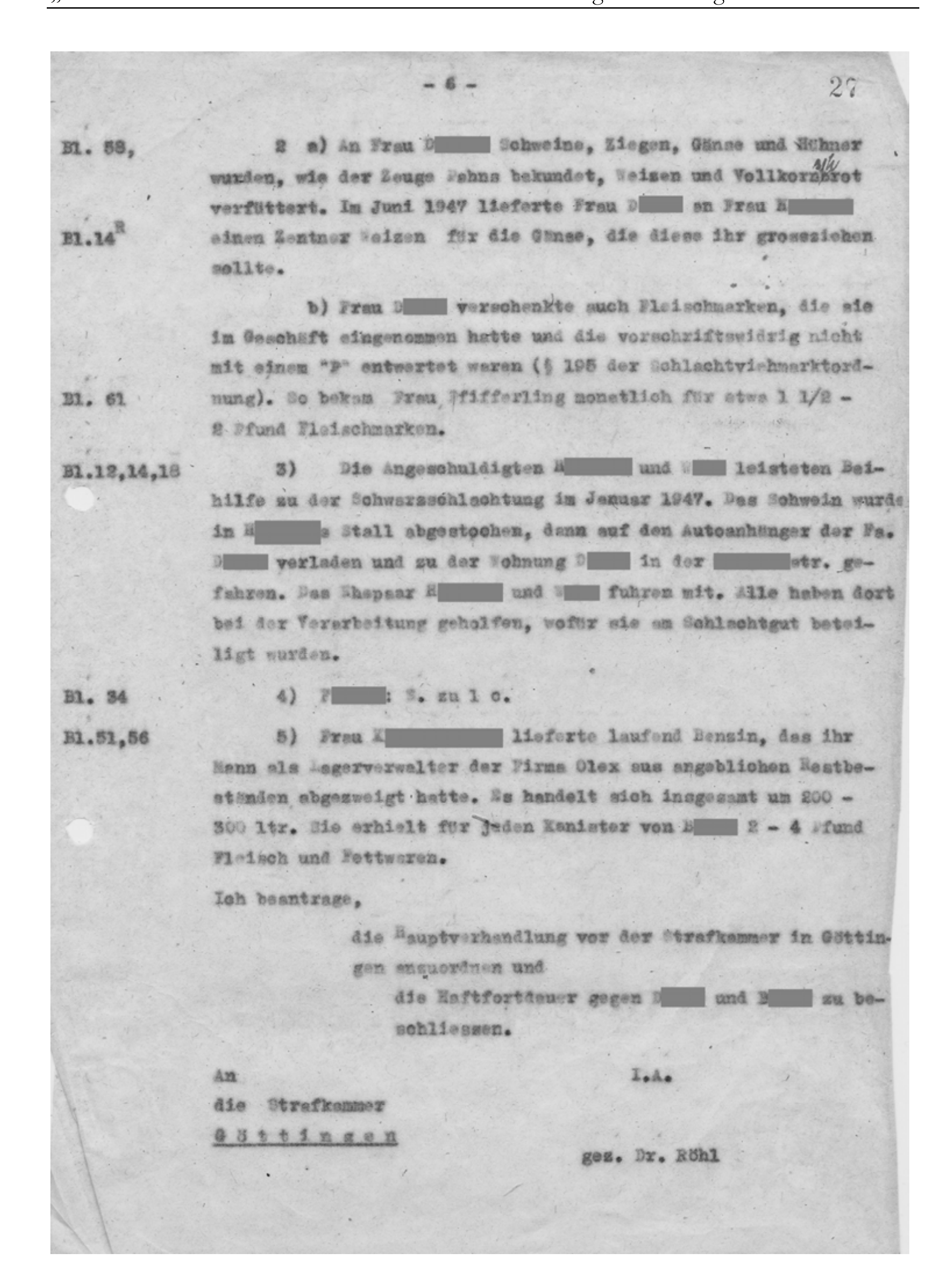
Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D., Bl. 25.

- 5 - 26

Bl. 6 einige Paar Strümpfe gegen 4-5 Pfund Fleisch sowie einen Teppich
für 10 000.- RM und einen sechspfündigen Schinken. Von einem
gewissen Töpfer, der beim Fleischeinkauf gelegentlich ein höheres
Bl. 6 Gewicht bekam, kaufte sie für ein Paar Stiefel für B[...] für
500.-RM und vier kleine Brücken für zus. 400.-RM. Ein Sack
Bl.5R, Zucker wurde im Jahre 1946 für 5.-RM je Pfund gekauft. Benzin
Bl. 27 wurde laufend in grossen Mengen zu Überpreisen gekauft, (so
kaufte B[...] in Hannover 150 l zu 5.-Rm je ltr.) oder gegen
Fleisch eingetauscht. Die Angeschuldigte E[...] lieferte
Bl.51 Benzin kanisterweise ins Haus, wofür sie Fleisch bekam, insgesamt etwa 40 Kanister mit mindestens 200 - 300 ltr. Vom Lager der
[...]. 63 Fa. Shell bezog B[...] monatlich 15 - 20 ltr. Benzin, wofür die
Angestellten der Fa. Fleisch und Knochen bekamen. Ca.
950 ltr. Benzin waren bei Eröffnung des Verfahrens in verschiedenen
Verstecken untergebracht. 3 Fässer hatte B[...] kurz vorher nach
Bl.54 Hörten schaffen lassen. Für den Abtransport bekam der Schlosser
Hüter 1 Pfund Fleisch. Nachdem B[...] zur Ablegung seiner Gesellenprüfung aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, hat er
Fleisch, das er gelegentlich der Prüfung erworben hatte, ohne
Bl. 74 Bezugsberechtigung abgegeben, so jeweils in Mengen von einigen
Pfund an seine Wirtsleute in Hannover, an einen Reifenhändler weg
Lieferung eines Reservereifens, an ein Telefonfräulein zur Beschleunigung eines Ferngesprächs usw.. In wenigen Tagen hat er 41 kg
[...].72,71 Fleisch teils verbraucht, teils auf diese Art verschoben.

c) Der Angeschuldigte F[...], Hallenmeister des Schlachthofs, der an den geschilderten Gewichtsschiebungen beteiligt war,
auch bei dem Verwiegen der genehmigten Hausschlachtungen " kleinere Differenzen", so bei der erwähnten genehmigten Schweineschlachtung eine Differenz von etwa 10 kg entstehen liess, bekam
Bl. 34R, dafür von B[...] etwa 1 1/2 Zentner Zuckerrüben, die Frau D[...] ihm
zu Syrup einkochte.

Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D., Bl. 26.



\- 6 - 27

Bl. 58, 2 a) An Frau D… Schweine, Ziegen, Gänse und Hühner wurden, wie der Zeuge [Pehns] bekundet, Weizen und Vollkornbrot verfüttert. Im Juni 1947 lieferte Frau D… an Frau H…

Bl. 14R einen Zentner Weizen für die Gänse, die diese ihr grossziehen sollte.

b) Frau D… verschenkte auch Fleischmarken, die sie im Geschäft eingenommen hatte und die vorschriftswidrig nicht mit einem "P" entwertet waren (§ 195 der Schlachtviehmarktordnung).

Bl. 61 So bekam Frau Pfifferling monatlich für etwa 1 1/2 - 2 Pfund Fleischmarken.

Bl. 12,14,18 3) Die Angeschuldigten H… und W… leisteten Beihilfe zu der Schwarzschlachtung im Januar 1947. Das Schwein wurde in H…s Stall abgestochen, dann auf den Autoanhänger der Fa. D… verladen und zu der Wohnung D… in der …str. gefahren. Das Ehepaar H… und W… fuhren mit. Alle haben dort bei der Verarbeitung geholfen, wofür sie am Schlachtgut beteiligt wurden.

Bl. 34 4) F…: S. zu 1 c.

Bl. 51,56 5) Frau K… lieferte laufend Benzin, das ihr Mann als Lagerverwalter der Firma Olex aus angeblichen Restbeständen abgezweigt hatte. Es handelt sich insgesamt um 200 - 300 ltr. Sie erhielt für jeden Kanister von B… 2 - 4 Pfund Fleisch und Fettwaren.

Ich beantrage,

die Hauptverhandlung vor der Strafkammer in Göttingen anzuordnen und

die Haftfortdauer gegen D… und B… zu beschliessen.

An
die Strafkammer
Göttingen

I.A.

gez. Dr. Röhl

Q1: Anklageschrift in der Sache Frau D., Bl. 27.

4

Schlußbericht:

Beschuldigte:

Witwe Minna D[redacted] und andere.

Strafbare Handlung:

Schwarzschlachtung pp.

Die weiter angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß außer den bereits auf Bl. 26 d.A. bezeichneten strafbaren Handlungen durch die Beschuldigte D[redacted] weitere Verstöße begangen sind.

1. Schwarzschlachtung eines Schweines
   Beweismaterial:
   Einlassung der Beschuldigten . (Seite 5 u.65 d.A.)
   Pol.Mstr. Quentin.
2. Erwerb von Benzin gegen Fleisch.
   Beweismaterial:
   Einlassung der Beschuldigten (S. 65 d.A.)
   Aussage der Frau K[redacted] (S. 51 u.51 R. d.A.)
   Pol.Mstr. Quentin.
3. Abgabe von Fleisch ohne Bezugsberechtigung.
   Aussage der Frau H[redacted] (S. 14 R.d.A.)
   Aussage der Frau Pfifferking. (S. 61 d.A.)
   Aussage der Zeugen Meyer, Hildebrandt und Sauermann. (S. 63 und 63 R. d.A.)
   Pol.Obmstr. Klabschus.
   Pol.Mstr. Apelt.
4. Verfüttern von Brotgetreide.
   Beweismaterial:
   1 Sack mit Weizen.
   Aussage der Frau H[redacted]. (S. 14 R.d.A.)
   Aussage des Bäckermeisters Walter (S. 60 d.A.)
   Aussage des Zeugen Pahns. (S. 58 d.A.)
   Aussage der Zeugen Nolte und Huhnold. (S. 59 d.A.)
   Pol.Obmstr. Klabschus.
   Pol.Mstr. Quentin.
5. Einkauf von Schweinen ohne Einkaufsgenehmigung.
   Beweismaterial:
   Einlassung der Beschuldigten. (S. 65 d.A.)
   Einkaufsgenehmigungen des Ernährungsamtes Göttingen.
   Ein- und Verkaufsbuch des Viehhändlers Balke.
   Pol.Mstr. Quentin.
6. Gewichtsschiebungen auf dem Schlachthof.
   Beweismaterial:
   Einlassung des Beschuldigten B[redacted]. (S.8 R. d.A.)
   Aussage des Zeugen Pahns. (S. 58 d.A.)
   Aussage des Wiegemeisters F[redacted]. (S. 34 u. 34 R. d.A.)
   Pol.Mstr. Quentin.

7.

Q2: Schlußbericht in der Sache Frau D., S. 4, C 34 Nr. 46, Bl. 23.

7. Kauf eines Teppichs zu Überpreisen.

Beweismaterial:

Einlassung der Beschuldigten. (S. 6. d.A.)
Aussage des Landgraf. (S. 10. d.A.)
Pol.Mstr. Quentin.

8. Kauf von Koks ohne Bezugsberechtigung zu Überpreisen.

Beweismaterial:

Einlassung der Beschuldigten.(S. 5 R. d.A.)
Aussage des Zeugen Rüde. (S. 24 d.A.)
Pol.Mstr. Quentin.

9. Kauf von Teppichbrücken und Stiefeln zu Überpreisen.

Beweismaterial:

Einlassung der Beschuldigten. (S. 6 d.A.)
Aussage des Zeugen Töpfer. (S. 16 d.A.)
Pol.Mstr. Quentin.

In den oben angeführten Punkten lassen die Verfehlungen der Beschul=
digten D[...] einwandfrei nachweisen. In vielen anderen Fällen
läßt sich der Beweis nicht einwandfrei erbringen. Es besteht aber der
dringende Verdacht, daß weiaus mehr strafbare Handlungen von Frau
D[...] begangen sind.
Allein die vorgefundenen Mangelwaren und bezugsbeschränkten Waren
lassen darauf schließen, daß Frau D[...] mit diesen Waren einen
Tauschhandel gegen Fleisch- oder Fleischwaren getrieben hat. So ka=
men z.B. am 16.7.47 mehrere Frauen aus der russisch besetzten Zone
zu Frau D[...] um Schnaps gegen Fleisch einzutauschen.
Wenn Frau D[...] weiter angibt, daß Pferdefett nicht bewirt=
schaftet sei und daher zu ihrer Verfügung stehe, so ist es angesichts
der großen Knappheit an Fett nicht zu verantworten, daß Frau D[...]
das anfallende Fett aus den Schlachtungen lediglich für ihren
privaten Bedarf verwendet, zumal das Fett in dem Markenkontingent
der Frau D[...] enthalten ist.
Wenn weiter berücksichtigt wird, daß von Frau D[...] laufend
Bauarbeiten ausgeführt wurden, so ist mit Sicherheit anzunehmen,
daß hierbei zur Materialbeschaffung und zur schnelleren Ausführung
der Arbeiten Gegenleistungen in Form von Fleisch gegeben würden.

Während überall der Wohnraum überbelegt ist, hat es Frau D[...]
nicht nur erreicht, daß keine Räume beschlagnahmt wurden, sondern
sie hat darüber hinaus noch aus zwei Wohnräumen durch Herausreißen
einer Wand einen übernormal großen Wohnraum geschaffen. Durch die=
sen Umbau hat Frau D[...] erreicht, daß die ganze Wohnung im
Vorderhaus nur aus 2 Räumen besteht, während die darüberliegende
gleich große Wohnung aus 3 Räumen und Küche besteht.
Wenn auch die umlaufenden Gerüchte über den Fall D[...] weit
übertrieben sind, so herrscht doch in der Bevölkerung der
Stadt Göttingen eine berechtigte Erregung über das Verhalten und
die Geschäftsführung der Frau D[...]. Aus diesem Grunde er=
scheint es erforderlich das Geschäft zu schließen, da Frau D[...]
nicht die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung bie=
tet.
Da das zugelassene Kraftfahrzeug und der Anhänger zur Beförderung
des Schwarzschlachtegutes benutzt wurde, dürfte er ebenfalls ein=
zuziehen sein.

Q2: Schlußbericht in der Sache Frau D., S. 4, C 34 Nr. 46, Bl. 23.

Auf dem „Schwarzen Markt"

Es läßt sich nicht mehr abstreiten: auch Göttingen hat seinen „Schwarzen Markt", der nun schon seinen festen, wohlbekannten Standort hinter den Baracken am Bahnhofsplatz bezogen hat und stets von einer ansehnlichen Menge Käufer und Verkäufer besucht ist. Für einen Fremden ist es nicht so einfach, ins „Geschäft" zu kommen, denn die meisten Partner kennen sich und wissen, was sie voneinander zu halten haben; so ein „Neuer" könnte sich über die Höhe der Preise oder die Qualität der Ware mokieren, vielleicht sogar einen „Kriminalen" im Schlepptau haben. Nein, man hat seine feste Kundschaft und will sicher gehen. Außerdem ist nicht gewiß, ob die „Sore" (gestohlenes Gut) gesucht und von jemandem wiedererkannt wird.

In kleinen, zwanglosen Gruppen stehen Händler und Kunden zusammen, anscheinend höchst uninteressiert, die aromatisch duftende, ausländische Zigarette im Mundwinkel. Gesprochen wird nicht viel. Ab und zu fällt eine Zahl, dann folgt entweder ein leichtes Kopfschütteln oder die nickende Zustimmung. Die beiden Handelseinigen verschwinden dann etwas abseits, tauschen hastig Ware und Gegenleistung aus und stehen Minuten später schon wieder bei anderen Gruppen, um dort ein neues Geschäft zu machen.

Was wird angeboten und welche Preise werden gezahlt? Da sind Zigaretten und Bohnenkaffee, Brot und Benzin, Uhren und Schnaps, Fleisch und Lebensmittelkarten. Geld spielt scheinbar keine Rolle, denn es werden Preise gefordert bis zum hundertfachen tatsächlichen Wert. Das Publikum wird von allen Schichten der Bevölkerung gestellt, vom berufsmäßigen Schwarzhändler bis zur armseligen Arbeiterfrau, die, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen, die karge Zigarettenzuteilung ihres Mannes gegen Brot eintauscht. Vor der „Polente" (Polizei) scheint man keine Angst zu haben. Gefürchtet von allen Beteiligten sind die Elemente, die mit der Drohung „Kippe oder Lampen" die Hälfte des Gewinnes abhaben wollen oder im Weigerungsfalle mit einer Anzeige rasch zur Hand sind. Dann wird schnell geteilt und die Grüppchen lösen sich eiligst auf, um den Burschen, wenn möglich, an anderer Stelle die Beute wieder abzujagen.

Der „Schwarze Markt" scheint zu einer internationalen Einrichtung geworden zu sein. Wir hören davon aus allen Ländern. Ist damit jedoch schon eine gewisse Legitimität gegeben? Oder sollten Arbeitsamt und Kriminalpolizei durch gemeinsame Aktionen nicht doch so manchen „schweren Jungen" oder Arbeitsscheuen wieder einer entsprechenden Tätigkeit zuführen können? Mb.

Q3: Auf dem Schwarzen Markt“, Hannoversche Presse, Ausgabe Göttingen 6.9.1946, S. 4, Film Ztg. 627 (GÖK 3.3).

Alles um den blauen Dunst

Tauschwunsch brachte Diebstähle und Schwarzmarktlager ans Licht

Göttingen, 18. November.

„Es fing so harmlos an.“ Der Angeklagte K. war einer der Zivilwachposten eines Göttinger Forschungsinstitutes und eignete sich in dieser Eigenschaft den Hauptschlüssel des Institutes an. Dieser wechselte dann verschiedentlich zwischen K. und dem 19jährigen Horst R. den Besitz, ehe letzterer den Besitz des Schlüssels dahingehend ausnutzte, daß er — angehalten durch den 33jährigen Angeklagten Berthold Sch. — bei Nacht auf nicht ganz einfache Art und Weise eine Schreibmaschine an sich nahm und sogleich auf der Straße an Sch. übergab, der schon darauf wartete. Nach getaner Arbeit gingen beide heim zu Sch., dieser seine Maschine heimzubringen, R. um seine versprochene Entlohnung in Empfang zu nehmen: 700 RM und 60 englische Zigaretten.

Durch den Tauschversuch, Sch. wollte für „seine“ Schreibmaschine ein Fahrrad haben, kam die ganze Sache ans Tageslicht.

K. bekam wegen unerlaubten Besitzes alliierten Eigentums 3 Monate Gefängnis, R., dem seine Jugend strafmildernd angerechnet wurde, wegen Diebstahls alliierten Eigentums 3 Monate Gefängnis und Jugendfürsorgeüberwachung, und Sch., der als Hehler einmal, als Anstifter zum Diebstahl zum anderen für schuldig befunden wurde, 6 Monate Gefängnis, wobei den letzten beiden die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Soweit hatten diese Fälle ihre Sühne gefunden. Gelegentlich der Haussuchung bei Sch. fand die Kriminalpolizei eine nicht unbedeutende Menge alliierter Zigaretten, die Spuren zum Maschmühlenweg wiesen.

Hier war die Beute bei der daraufhin angestellten Haussuchung weitaus größer, fand man doch, wie wir seinerzeit schon kurz berichteten, 90 620 englische Zigaretten, 163 Tafeln Schokolade, 19 Stück Seife, Kognak und Konserven, kurzum, ein „Schwarzmarktobjekt“ von 0,5 Mill. Reichsmark.

Wie, was, woher. — In einer nahen Göttinger Gastwirtschaft hatten sich die vier Komplizen, der 33jährige Angeklagte Berthold Sch., der 30jährige Willy G., der 20jährige Matthias K. und der 19jährige Heinz H. getroffen und einen umfassenden Plan ausgearbeitet, wie man in den Lagerraum einer alliierten Kantine einsteigen könnte.

Beschlossen — getan! In der Nacht vom 13. zum 14. September startete das erste erfolgreiche Unternehmen, das in der Nacht vom 23. zum 24. wegen seines nicht zu leugnenden Erfolges nochmals wiederholt wurde. Die Beute wurde beide Male in die Gastwirtschaft gebracht und dort in fünf Teile geteilt, so daß nicht nur die Täter, sondern auch der Wirt für seine „Liebenswürdigkeit“ entlohnt wurde.

Lange dauerte allerdings die Freude über diesen Raub nicht, die vier Einbrecher bekamen je 9 Monate Gefängnis und der 45jährige Angeklagte Heinrich S. 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Am Rande der Ereignisse erschien noch ein weiterer Angeklagter, der 60jährige Karl P., vor dem Gerichtshof. Bei ihm sollte ursprünglich ein Teil der Waren eingelagert werden. Das hatte sich dann allerdings doch zerschlagen und er bekam — um den Diebstahl wissend — 500 Zigaretten geschenkt, weitere 500 zur Aufbewahrung für Sch.; **770 Zigaretten fand man gelegentlich einer Haussuchung bei ihm. Der unerlaubte Besitz alliierten Eigentums brachte auch ihm eine Strafe ein — 1000 RM Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle 3 Monate Gefängnis.**

Q4: „Alles um den blauen Dunst“, Hannoversche Volksstimme, Ausgabe Südhannover 19.11.1946, S. 4, Film Ztg. 629 (GÖK 3.3).

Aus Göttinger Gerichtssälen

Göttingen, 11. November

Zwei Arbeiter aus Hann.-Münden entwendeten mehreren Schlafkameraden die Brieftaschen und verwandten die darin enthaltenen Lebensmittelkarten für sich selbst. Damit nicht genug, versuchten sie ihr Glück noch auf andere Weise und beteiligten sich an einem öffentlichen Glücksspiel. Augenscheinlich gerieten sie in eine Pechsträhne, wurden gefaßt und erhielten drei bzw. vier Monate Gefängnis.

Der Fuhrunternehmer Schwerdtfeger aus Göttingen war ein ständiger Besucher des Schwarzen Marktes. Insgesamt hatte er dort 340 Pfund Fleisch aufgekauft und davon große Mengen an die Eheleute Hetzel weiterverkauft. Hetzel war ein starker Abnehmer für Schwarze Waren. So kaufte er auch vom Melkermeister Fieß aus Grone 1¼ Zentner Rindfleisch, obwohl Hetzel wußte, daß Fieß dieses Fleisch aus der Saline Grone gestohlen hatte. Schwerdtfeger wird nun zehn Monate, Fieß acht Monate im Gefängnis mit normalen Fleischrationen zubringen müssen.

Emma Blume aus Wolfenbüttel kann das Stehlen anscheinend nicht mehr lassen. Obwohl sie schon zwölfmal gerichtlich vorbestraft ist und schon einmal vier Jahre Zuchthaus wegen Diebstahls erhielt, reichte das nicht aus. Während eines Urlaubs aus dem Zuchthaus stahl sie in Northeim und Göttingen bei Familien, bei denen sie wohnte, Kleidungsstücke, Wäsche, große Geldbeträge und Lebensmittelkarten. Der kurze Urlaub ist ihr schlecht bekommen. Zehn weitere Jahre wird sie nun im Zuchthaus verbringen müssen.

Q5: Aus Göttinger Gerichtssälen, Hannoversche Volksstimme, Ausgabe Süd-hannover 12.11.1946, S. 4, Film Ztg. 629 (GÖK 3.3).

Der Schlag hat sich gelohnt

Dem schwarzen Zigaretten-Großhandel wurde am Freitagabend in Göttingen ein Schlag versetzt. Nicht weniger als 100 000 englische Zigaretten, dazu Konserven, Schokolade und Seife wurden bei einer Haussuchung am Maschmühlenweg entdeckt. Die „Ware" rührte aus Diebstählen her. Sieben Männer wurden als Diebe und Hehler festgenommen, bei einem Verhafteten kommt allerdings „nur" Erpressung in Frage, da er sich sein Stillschweigen über die Kenntnis der Diebstähle durch eine Forderung von 1000 Zigaretten erpreßt hatte.

Q6: „Der Schlag hat sich gelohnt", Hannoversche Presse, Ausgabe Göttingen 8.10.1946, S. 4, Film Ztg. 627 (GÖK 3.3).

Die Polizei versagt auch hier

Der Göttinger „Schwarzmarkt" floriert noch immer

Göttingen, 27. März. Die erfolgreiche Bekämpfung des „Schwarzen Marktes" ist mit zu einer entscheidenden Frage in der deutschen Wirtschaft geworden. Die Polizei hat diese Aufgabe nur teilweise gelöst und die Gerichte haben in ihren Urteilen gegen Schwarzhändler eine unverständliche Milde an den Tag gelegt. Die Umsätze auf dem Schwarzen Markt sind daher gleich hoch geblieben und die Schwarzhändler haben für die „drakonischen Maßnahmen" nur noch Spott übrig.

Die Zentrale des Göttinger Schwarzmarktes ist nach wie vor das Bahnhofsgelände. Seit einiger Zeit wird es von der Polizei scharf überwacht, und doch hat sich wenig geändert. Man kann lediglich eine gewisse Gehetztheit bei der Abwicklung der Geschäfte feststellen. Der amtliche Bericht kann auf keinen Fall für sich in Anspruch nehmen, ein Bild von der wirklichen Lage zu geben.

Allein wenn man erfährt, daß nur 48 Personen in zwei Monaten zur Anzeige gebracht wurden, so weiß man, daß diese Zahl einen geringen Bruchteil der Schwarzhändler ausmacht. Wenn man weiter erfährt, daß im Unterwerfungsverfahren insgesamt Geldstrafen in Höhe von 3162 RM. verhängt wurden, so können sich die Schwarzhändler zu solchen Richtern nur gratulieren.

Beschlagnahmt wurden 2100 alliierte Zigaretten, 1 Beutel amerikanischer Tabak und zwei ganze Tafeln Schokolade. Auch die paar Pfund Butter und Zucker, die beschlagnahmt wurden, können angesichts der riesigen Umsätze nur ein Lächeln entlocken.

Der Erfolg der drakonischen Strafmaßnahmen ist bisher ausgeblieben. Meint man einen Schwarzhändler damit beeinflussen zu können, daß man ihn verwarnt und in die Schwarzhändlerliste eintragen läßt? Bei Personenkontrollen auf dem Göttinger Bahnhof wurden innerhalb von zwei Monaten 133 Personen überprüft und 51 dem Arbeitsamt zur Arbeitsvermittlung zugeführt. Weitere 17 Personen wurden als Arbeitsscheue dienstverpflichtet.

Mit allen diesen Maßnahmen ist eine grundlegende Aenderung nicht erzielt worden. Der Schwarze Markt floriert wie früher. Die werktätige Bevölkerung, die sich den kargen Lohn mit ehrlicher Arbeit verdient, erwartet, daß gegen die Parasiten am deutschen Wirtschaftskörper endlich durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden.

Q7: „Die Polizei versagt auch hier", Hannoversche Volksstimme, Ausgabe Südhannover 28.3.1947, S. 3, Film Ztg. 629 (GÖK 3.3).

Reportage der Göttinger Wirklichkeit

Die Straße des Verderbens

Der Polizeibericht meldet:

„In den letzten beiden Monaten wurden durch die zur Bekämpfung des „Schwarzen Marktes" vom 2. Polizeirevier Göttingen eingesetzten Polizeibeamten 48 Personen wegen Schwarzhandels zur Anzeige gebracht. Im Unterwerfungsverfahren wurden diese sofort mit insgesamt 3162 Mark Geldstrafe belegt. An Ware wurde gegen Quittung polizeilich sichergestellt: a) Zur Verfügung der Militärregierung: 2097 ausländische Zigaretten u. a., b) Zur Verfügung für die deutschen Behörden: 20 Pfund Zucker, 226 Feuersteine, 21 Pfund Speck, 297 Zigaretten, 14 Pfund Tabak, 30 Wachslichter u. a. m. 19 Personen mußten in das Polizeigefängnis eingeliefert werden. Eine größere Menge Diebesgut, vorwiegend Bekleidungs- und Gebrauchsgegenstände sowie Lebensmittel u. a. wurde der Kriminalpolizei übergeben. 133 Personen wurden zur Wache gebracht, überprüft und notfalls in die Schwarzhändlerliste eingetragen. 51 Nichtstuer wurden dem Arbeitsamt zugeführt, von denen 17 Arbeitsscheue nach außerhalb verpflichtet wurden. 17 umherreisende weibliche Personen wurden der weiblichen Polizei übergeben."

*

Wir sitzen dem Polizeikommandanten Göttingen-Stadt in seinem Dienstzimmer gegenüber, während draußen auf dem Gang eine Reihe verwegener Gestalten, von einigen Polizisten sorgsam beobachtet, auf die Vernehmung warten. „Der Schwarzhandel am Göttinger Bahnhof ist bereits erheblich zurückgegangen. Trotzdem bedarf gerade dieses Gelände einer ständigen Aufsicht, da durch die Drei-Zonen-Ecke die Versuchung für reisende Schwarzhändler, sich dort festzusetzen, zu groß ist", sagt der Hauptmann zu uns. Und er beginnt so zwischen den Verhören von seiner Arbeit gerade auf diesem wichtigen Sektor zu erzählen . . .

Vor Monaten, als sich die Schwarzhändler noch zu Hunderten im Bahnhofsviertel umhertrieben, wurden großzügige Aktionen mit MP unternommen, d. h. daß die Straßen mit auf Lkw. herangeführter uniformierter Polizei abgesperrt und dann die ganze Ecke sorgsam durchgekämmt wurde. Sobald die Schwarzhändler das merkten, ließen sie die Ware im Stich und versuchten zu entkommen. Man wollte aber nicht nur die Ware, sondern auch die Täter haben. Deshalb war ein Wechsel in der Taktik notwendig. Die Beamten gehen nun nicht mehr in Uniform, sondern in Zivil und mischen sich als harmlose Passanten unter die Menge. Sie versuchen mit den Schwarzhändlern in ein Gespräch und zum „Geschäft" zu kommen. Kurz vor Abschluß des Handels geben sich die Beamten zu erkennen und schreiten zur Verhaftung. Bei schwereren Fällen machen sie von der Handschelle Gebrauch. Widerstand ist zwecklos, da alle Polizisten mit mehreren Spezialhandwaffen versehen sind. Und die Strafe wird dann nur noch durch den § 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) verschärft.

*

Wie setzt sich die „Berufsgruppe Schwarzhändler" zusammen? Da sind alle Schichten und Altersklassen, besonders aber Jugendliche beiderlei Geschlechts, vertreten. Sie sind alle die Straße des Verderbens gegangen, sind Kinder der Landstraße geworden, ohne Heimat, ohne Bindungen, ohne Halt. Die guten und schlechten „Ecken" aller Städte sind ihnen bekannt, sie kennen sich untereinander nur mit Vornamen und sprechen wie selbstverständlich die Sprache der Ganoven. Es lockt sie nicht die ehrliche Arbeit und ein geregeltes Leben, sondern der mühelose Erwerb, die Unstetheit der Tage und Nächte und die Gefahr. Sie sind ohne Gesetz und verachten es — und fallen daher alle eines Tages unter das Gesetz. „Und trotzdem sind dies nur die Kleinen," sagt der Kommandant zum Abschied, „denn die Großen sitzen am Schreibtisch und arbeiten mit Fernsprecher und Telegraph. Sie zu fassen ist um vieles schwerer."

Mb.

Besuch beim Kreisflüchtlingsamt

Das Kreisflüchtlingsamt ist selbst wie ein Flüchtling untergebracht, denn die Diensträume befinden sich im 1. Stock eines Hintergebäudes der Bürgerstraße 66. Wir sitzen im Sprechzimmer des Amtsleiters, um an einer der regelmäßigen Sprechstunden teilzunehmen. Hier laufen die Klagen, Beschwerden und Wünsche aller Flüchtlinge der 73 Gemeinden des Landkreises Göttingen zusammen.

Da ist der Fall K. Ein nicht ganz entbräunter Einwohner weigerte sich, für eine Flüchtlingsfamilie von sechs Personen zwei Räume zur Verfügung zu stellen. Die Polizei mußte zu Hilfe genommen werden, und seit dieser Stunde haben die neuen Mieter keine ruhige Minute mehr. Durch vielerlei Schikanen versucht der Vermieter das Leben der Flüchtlinge zu erschweren, Kleinigkeiten sind Anlaß zu langwierigen Streitigkeiten, kurzum, es ist Unfrieden und Zank im Haus. Hier greift nun der Kreisflüchtlingsbetreuer ein und wird zunächst erst einmal die tatsächlichen Verhältnisse feststellen. Beruhen die Angaben des Beschwerdeführers auf Wahrheit, so wird er zusammen mit den zuständigen Behörden Abhilfe schaffen, gegebenenfalls mit Zwangsmaßnahmen.

Ganz anders steht es um Mutter A. aus Klein-Lengden. Sie versucht ihre großjährigen Kinder, die sich derzeitig noch in einer Notwohnung des Kreises Nienburg befinden, nach ihrem jetzigen Aufenthaltsort zu bekommen. Hier kann der Kreisflüchtlingsbetreuer nicht helfen, da das Gesetz der Familienvereinigung nur bis zum 21. Lebensjahre der Kinder in Anspruch genommen werden kann und eine Zuzugsgenehmigung eine nicht zu verantwortende Erhöhung der Flüchtlingsquote bedeuten würde, da für die noch zu erwartenden Transporte bisher keine Quartiere geschaffen werden konnten. Unbenommen bleibt allerdings die Möglichkeit eines Wohnungstausches.

Der Kreisflüchtlingsbetreuer erzählt aus seinem reichen und lebhaften Tageslauf, seinem Verkehr mit den 32 000 Flüchtlingen des Kreises und von vielen Einzelschicksalen, die er persönlich bearbeitet hat. Die völlig unzureichenden Mittel reichen allerdings längst nicht aus, um alle Nöte und Sorgen zu bannen. Die Menschen in bitterster und schwerster Not aber kommen meist nicht zu ihm, sondern müssen ausfindig gemacht werden, da sie sich schämen.

Mb.

Göttinger Notizbuch

Am 30. April, 10 Uhr, findet in der Nikolaistraße 29 die nächste öffentliche Kreistagssitzung statt.

In der Zeit vom 2. bis 16. Mai sind an die Städtische Steuerkasse, Stadthaus, Zimmer 50/52, die Grundsteuer, Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Kanalbenutzung, Hundesteuer und Schulgeld für die Ober- und Mittelschulen für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni zu entrichten.

Das Städtische Wirtschaftsamt gibt bekannt, daß mit einer Zuteilung von Bezugsmarken in den nächsten Monaten nicht zu rechnen ist. Irgendwelche Restbestände sind nicht vorhanden.

Heute abend, 20 Uhr, findet in der Aula der Voigtschule, Bürgerstraße, eine Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen statt. Gäste sind willkommen.

Im Monat April registrierte das Standesamt für die Stadt Göttingen 98 Geburten, 65 Eheschließungen und 64 Sterbefälle.

Die neugegründete Göttinger Motorsport-Renngemeinschaft wird bereits am 11. Mai an den Start gehen. Drei BMW-Wagen und ein BMW-Motorrad wurden für das Hockenheim-Rennen gemeldet.

Heute zahlt das Postamt die Versorgungsrenten sowie die Angestellten-, Knappschafts- und Invalidenrenten aus. (Invalidenrenten Kennzahl 40 000.) Die Invaliden- und Unfallrenten werden am 30. April ausgezahlt.

Aus dem Landkreise

GRONE.

Anzugstoffe, Herren- und Damenkleider, holten vier Einsteigediebe bei einer Frau in Grone aus der Wohnung. An dem Göttinger Stadtfriedhof wurden die Diebe gestellt, konnten aber unter Zurücklassung des Diebesguts entkommen. Vermutlich die gleichen Täter hatten vorher einen Einbruchsversuch bei dem Schneider B. unternommen.

WEENDE.

Zwei Einbrüche fast zu gleicher Zeit wurden vermutlich von den gleichen Tätern verübt. Bei einem Schlachtermeister wurden 75 kg Speck, 20 kg Schinken und 35 kg Mettwurst gestohlen, bei einem Landwirt zwei Anzüge.

RITTMARSHAUSEN.

Auf dem hiesigen Kleinbahnhof wurde ein Mann aus Bremerhaven bei einer Kontrolle gestellt, der 70 Eier, 60 Dosen Fleisch- und Wurstwaren und einen halben Zentner Kartoffeln bei sich hatte.

VERLIEHAUSEN.

In das hiesige Gemeindeamt wurde ein Einbruch verübt, bei dem Lebensmittelkarten, Blankoausweise und ein Gemeindestempel gestohlen wurden. Die Diebe konnten ermittelt werden.

ROSDORF.

50 Pfund Zucker, fünf Pfund Butter und eine Kiste Harzkäse erbeuteten Diebe, die nachts in den Laden des Konsumvereins Rosdorf eingestiegen waren.

Q8: „Reportage der Göttinger Wirklichkeit". Die Straße des Verderbens, Hannoversche Presse, Ausgabe Göttingen 29.4.1947, S. 3, Film Ztg. 627 (GÖK 3.3).

Der Schwarze Markt blüht

Ungeeignete Methoden der Göttinger Kriminalpolizei

Göttingen, 3. Februar.

Nicht zuletzt hat unsere Polizei, die eine Volkspolizei sein sollte, eine große Erziehungsaufgabe zu erfüllen. Bei aller Tätigkeit, die dazu dient, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten, muß sie diese Aufgabe immer im Auge behalten.

Der Göttinger Bahnhof ist seit dem Zusammenbruch ein Eldorado für die Schwarzhändler und in letzter Zeit finden laufend Razzien durch die Kriminalpolizei statt. Niemand befürwortet es mehr als wir, wenn diesen unsauberen Gesellen das Handwerk gelegt wird. Wie aber geht eine solche Razzia vor sich?

Der große Wartesaal wird zur einen Hälfte frei gemacht, das Gepäck durchsucht und dann müssen die Einzelnen in Kälte und Wind vor den Baracken stehen. Wen diese Maßnahme trifft, das sind die wirklichen Reisenden, die oft schon stundenlang in den Zügen gefroren haben.

Zum anderen scheinen sich Beamte der Kriminalpolizei gern der Acht-Groschen-Jungen zu bedienen. Diese Leute, zum Teil Jugendliche, sind die übelsten Erscheinungen des Schwarzmarktes. Da sie der Polizei Zuträgerdienste leisten, glauben sie selber alle Rechte für sich in Anspruch zu nehmen. Wir haben es beobachtet, daß solche Elemente zum Schein Schwarzmarkteinkäufe tätigten; die Schwarzhändler um das Geld prellten, sie dann der Polizei anzeigten und anschließend die Sachen nicht etwa abgaben, sondern für sich behalten durften.

Ein Unrecht wird noch lange nicht durch ein zweites gutgemacht und diese Elemente sind in den Augen der Oeffentlichkeit Betrüger, die genau so vor den Richter gehören wie die Schwarzhändler.

Hier geht nach unserer Ansicht die Sache zu weit. Dem Recht muß auf jeden Fall zum Siege verholfen werden, aber nicht mit diesen Methoden. Solange diese zweite Kathegorie von Gaunern gestützt und gedeckt wird, werden wir diese üblen Zeiterscheinungen nicht beseitigen können, sondern einen Schwarzen Markt auf dem Schwarzen Markt bilden.

Neue Ortsgruppe der KPD

Bettrum, 3. Februar.

Im Anschluß an ein Referat des Genossen Spangenberg wurde am 29. Januar die Ortsgruppe Bettrum der Kommunistischen Partei gegründet. Zum politischen Leiter der neuen Ortsgruppe wurde die Genossin Pusch gewählt.

Erste Flüchtlingsversammlung

Gr.-Rhüden, 3. Februar.

In der unlängst stattgefundenen ersten Flüchtlingsversammlung sprach Genosse Dörr, Hildesheim, vor 250 Versammelten über die Notlage der Flüchtlinge. Die Betreuung der Flüchtlinge scheint in Gr.-Rhüden noch im Rückstand zu sein; denn der Betreuer behauptet, die Bildung von Flüchtlingsausschüssen sei verboten.

Wir hoffen, daß auch in Gr.-Rhüden recht bald ein Flüchtlingsausschuß gebildet wird, der die Interessen aller Flüchtlinge vertritt.

Gasversorgung gesichert

Hameln, 3. Februar.

Die Hamelner Stadtwerke konnten jetzt die erfreuliche Mitteilung machen, daß durch neue Kohlenlieferungen die Gasversorgung für die nächsten 14 Tage sichergestellt werden kann.

In der Stromversorgung ist die Lage dagegen ungewiß, und längere Abschaltungen, auch in den Abendstunden werden weiterhin unvermeidlich sein.

Q9: „Der Schwarze Markt blüht", Hannoversche Volksstimme, Ausgabe Südhannover 4.2.1947, S. 3, Film Ztg. 629 (GÖK 3.3).

Ein kleiner König des Schwarzen Marktes

Der Großumsatz auf dem Schwarzen Markt ernährte den Serviermeister Gerd Schulz aus Göttingen gut. Den Schwarzhandel betrieb er mit Fleisch- und Wurstwaren, Fischkonserven, Kaffee, Textilien. Ein besonders gutes Geschäft war der Absatz von Schlammzucker, einem ungereinigten, verschmutzten Gemisch aus Zucker und Melasse. Für etwa 300 Pfund erzielte er 6500 RM. Das Amtsgericht Göttingen erkannte gegen Schulz auf sechs Monate Gefängnis und Einziehung von 3000 RM Mehrerlös.

Q10: „Ein kleiner König des Schwarzen Marktes", Hannoversche Neueste Nachrichten, Ausgabe Südhannover, 23.4.1947, Film Ztg. 623 (GÖK 3.3).

Ausgestorbener Schwarzmarkt

hp GÖTTINGEN. Der Schwarze Markt am Bahnhof bietet seit einigen Tagen ein totes Bild. Wenige auf „bessere Zeiten" hoffende Schwarzhändler, die aus Tradition das Geschäft am Bahnhof aufrechterhalten, setzten die letzten hinübergeretteten Amis für 30 Pfennig ab. Die übrigen Waren scheinen den Markt nicht mehr zu erreichen. In geringem Umfang und nur an „Stammkunden" von „Tür zu Tür" handeln die kapitalkräftig gewesenen, größeren Schieber, die einen gewissen Warenbestand aus der Reichsmarkzeit halten konnten, das Pfund Bohnenkaffee schon für 8 bis 10 Mark, während ein Pfund Butter für 6 Mark zu beschaffen, keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Die Eierpreise direkt aus der „Quelle" sind unterschiedlich; sie schwanken zwischen 6 und 15 Pfennigen.

Q13: Ausgestorbener Schwarzmarkt", Hannoversche Presse, Ausgabe Göttingen 1.7.1948, S. 4, Film Ztg. 627(GÖK 3.3).

Nr. 410/47 ... 46

Abschrift!

Der Oberstadtdirektor
Gewerbeabteilung.

Göttingen, den 21. 8. 1947.

Anzeige
gegen
den Milchverteiler
Karl R[...]
geb.am [...]1904,in Geismar,Kr.Göttingen.
wohnhaft:
in G ö t t i n g e n,
[...]straße Nr.[...].
wegen: Nahrungsmittelfälschung
(Milchpantscherei)
Vergehen gegen § 8 Abs.3,
des Milchgesetzes vom 15.5.31.
RGBl.I.S.150) u. des Lebensmittel-
gesetzes v. 5.7.1927.(RGBl.I S.134.)

1. Am 14.8.47, gegen 7,30 Uhr erschien auf der Gewerbeabt. eine Frau deren Namen nicht genannt werden soll und teilte vertraulich mit, daß der Milchverteiler Karl R[...], in seiner Milchverteilerstelle,hier Gronertorstr.24, jeden Morgen in der Zeit von 7,oo Uhr, die Vollmilch mit Magermilch verdünne.

Die Anzeigeerstatterin die dieses beobachtet haben will verweigerte hartnäckig die Angabe ihres Namens und stellte ein 1/4 Ltr.Vollmilch bereitwilligst zum Zwecke der Untersuchung zur Verfügung. Die 14.8.47 eingesandte Vollmilchprobe enthiel nur 2,1% Fettgehalt, statt 2,5%. (S.Untersuchungsbefund des Tierärztl.Jnstitutes.)

Auf Grund dieses Vorganges,wurden am 15,16 u.18.8.47, durch den Verw.Angestellten Linke,von der Gew.Abt. je 1/4 Ltr. Vollmilch entnommen und dem Tierärzt.Jnstitut zwecks Feststellung des Fettgehaltes übergeben. Die eingesandten Vollmilchproben zeigten ebenfalls einen geringeren Fettgehalt ~~von 2,5%~~ an. (S.Untersuchungsbefund.)

R. konnte auf frischer Tat nicht überführt werden, weil er diese Handlungsweise hinter verschlossenen Türen ausführte.

Zeugen des Vorfalls sind: 1.) Verw.Angestellte Linke,Gew.Abt.
2.) " " Janus, " ".

Kaiser,
Stadtobersekretär.

2. Urschriftlich mit 4 Anl.
An
Herrn Oberstaatsanwalt ~~überprüft~~
h i e r ~~zur Kenntnis und mit der Bitte um Stellungnahme, ob die Schließung des Milchgeschäftes für erforderlich gehalten wird.~~
I.A.

Q11: Anzeige gegen den Milchverteiler Karl R., 21. 8. 1947, Pol. Dir. Fach 127 Nr. 1 d Bd. 1, Bl. 46.

61

Die Stadtverwaltung
Gewerbeamt

Göttingen, den 17.3.1948

Anzeige
gegen den Dipl. Optiker
Friedrich H

Am 17.3.1948 erschien der Kaufmann Hans R
Person, wohnhaft in Hildesheim, , Nr. 3, und erstattet folgende Anzeige:
Gegen 11,00 Uhr war ich in dem Geschäft von D und H , hier, str. und wollte mir ein Paar Brillengläser kaufen. Auf das vorgelegte Rezept wurden die Gläser von dem mich bedienenden Herrn auch herausgesucht. Wie ich später erfahren habe, war es Herr H , der mich bediente. Von Herrn H wurde gesagt, daß er die Gläser nur gegen Kompensation abgeben würde, weil sie ihm Dollar wert sind und mein Papiergeld ihm nichts nütze. Um Klarheit über den Verkauf zu haben, bin ich zum Schein darauf eingegangen und habe gefragt, ob er Mehl meinte. Darauf sagte er Mehl könnte ich behalten, im übrigen hätte er allein das Verfügungsrecht über seine Ware. Es wurden mir die Gläser , die ich zu meiner Berufsausbildung brauche nicht verkauft.
Die von mir verlangten Gläser waren tatsächlich vorhanden. Es handelt sich um Zeis Punktalgläser. Weitere Angaben kann ich nicht machen.
Eine Abschrift von dem Rezept ist ist beigefügt.

v. g. u.
Hans R Person
Begl.
Verw. Angest.

Ich begab mich mit dem Kaufmann Person zu dem Geschäft von D und H . Hier stellte ich fest, daß P. von Herrn H selbst bedient worden war. H ging auf die Abgabe der Brillengläser nicht ein, weil er es sich überlegt hatte da Person noch im Besitze einer Brille war.

Verw. Angest.

Q12: Anzeige gegen den Dipl. Optiker Friedrich H., 17.3.1948, Pol. Dir. Fach 127 Nr. 1d Bd.1, Bl. 61.

„Also lautet ein Beschluss, dass der Mensch was lernen muss.“[1] – Der Wiederbeginn[2] des schulischen Lebens in Göttingen nach dem Zweiten Weltkrieg

Marco Dräger

1 Einleitung

Zunächst lautete der Befehl des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, dass der Unterricht unverzüglich eingestellt werden müsse, um das Bildungswesen zu reorganisieren.[3] Am 24. August 1945 kündigte aber be-

[1] Das Zitat stammt aus dem vierten Streich von Wilhelm Buschs *„Max und Moritz“*. Im Fazit wird näher auf seine Verwendung eingegangen.

[2] Der Unterricht war in Göttingen bereits Ende März 1945 eingestellt worden, Schüler und Lehrer waren schon in den Osterferien (Berthold Michael, Schule und Erziehung im Griff des totalitären Staates. Die Göttinger Schulen in der nationalsozialistischen Zeit von 1933 bis 1945, Göttingen 1994, S. 193).

[3] Die „Proklamation Nr. 1 von General Dwight D. Eisenhower an das deutsche Volk“ wurde bereits am Tag der Besetzung Göttingens (8. 4. 1945) dort bekannt gemacht (vgl. Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 69-92, hier S. 73). Publiziert wurde sie im Göttinger Mitteilungsblatt Nr. 1 vom 20. 4. 1945: „[…] III. Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. Dem Volksgerichtshof, den Sondergerichten, den SS-Polizei-Gerichten und anderen außerordentlichen Gerichten wird überall im besetzten Gebiet die Gerichtsbarkeit entzogen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es zulassen. […]“

reits der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone, Feldmarschall Montgomery, an, dass die Schulen zum 1. Oktober 1945 wiedereröffnet werden sollten (Q1). Die Vorbereitungen für die Wiedereröffnung liefen unmittelbar nach der Schließung an und erreichten im Sommer 1945 ihren Höhepunkt. Der Neubeginn stand vor allem unter den Vorzeichen von Entnazifizierung und Reeducation.

Trotz erheblicher Bemühungen sowohl auf Seiten der britischen Militärbehörden als auch seitens der deutschen kommunalen Behörden war der Wiederbeginn des schulischen Lebens zunächst provisorisch – es mangelte an Unterrichtsräumen, Lehrbüchern und Lehrkräften, so dass die Engpässe und Mängel im laufenden Betrieb beseitigt werden mussten. Dieses Prozedere nahm einige Jahre in Anspruch; ein geregeltes Schulleben fand in Göttingen erst wieder ab dem Jahr 1950 statt.[4] An einem mangelte es in Göttingen jedoch nicht – an Schülern.[5]

2 „Von der Bevölkerung wird dringend gewünscht, daß baldmöglichst der Schulunterricht für die Kinder wieder beginnen möge.“[6] – Maßnahmen zur Wiedereröffnung

Das dringlichste Problem war die Rückgewinnung der Schulgebäude, die zwar größtenteils unbeschädigt bzw. kaum beschädigt waren, aber mittlerweile anderweitig genutzt wurden, z. B. als Lazarett, Flüchtlingslager, Lager für befreite Zwangsarbeiter oder als Quartier für die Verwaltung der britischen Besatzungsmacht. Eine Auflistung der betreffenden Gebäude mit entsprechenden Schülerzahlen sowie die Kennzeichnung der aktuellen Nutzung verdeutlichten die zahlenmäßigen Dimensionen dieses Problems (Q2).

In dieser Angelegenheit war die Zusammenarbeit zwischen dem Stadtkommandanten, Major Ruddy, und den deutschen Behörden äußerst erfolgreich und führte schnell zu positiven Ergebnissen, da beide Seiten eine möglichst zügige Wiedereröffnung anstrebten, um einerseits einer antizipierten „Verwahrlosung“ der Jugend vorzubeugen und andererseits die Ideen der Reeducation umsetzen zu können.[7] So konnten die Volksschulen bereits am 1. September 1945 wiedereröffnet werden, das Gymnasium (heute Max-Planck-Gymnasium) und die Oberschule für Jungen begannen den Unterricht der unteren Klassen planmäßig im Oktober, die höheren Klassenstufen kamen ab Mitte Dezember hinzu, die Ober-

[4] Vgl. Berthold Michael, Die Göttinger Schulen vom Wiederbeginn 1945 bis zur Gegenwart 1989, in: Rudolf von Thadden/Ernst Böhme/Dietrich Denecke (Hg.), Göttingen: Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 511-533, hier S. 516.

[5] Zur Erklärung der Vielzahl von Menschen in Göttingen siehe den Beitrag von Ulf-Gerrit Meyer-Rewerts in diesem Band.

[6] Brief des Oberbürgermeisters an den Göttinger Stadtkommandanten Ruddy vom 9.8.1945 (Stadtarchiv Göttingen, D44, Blatt 77).

[7] Vgl. die Korrespondenz zwischen den beiden Protagonisten Major Ruddy und dem Göttinger Oberbürgermeister Schmidt (Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, D44).

schule für Mädchen (heute Hainberg-Gymnasium) wurde erst im Januar 1946 wiedereröffnet.[8]

Unterricht konnte jedoch nur eingeschränkt stattfinden. In der Regel mussten sich zwei bis drei Schulen ein wiederhergestelltes Schulgebäude teilen; die Schüler wurden an drei Tagen in der Woche im so genannten „Kurzstunden-Schichtwechsel"[9] unterrichtet, so dass sie ca. 15 Stunden anstatt der im Lehrplan vorgeschriebenen 30 Wochenstunden erhielten.

Die Tatsache, dass kein ausreichendes Mobiliar in den Schulen vorhanden war, erschwerte die geordnete Durchführung von Unterricht.[10] Die bislang praktizierte Notlösung von „Unterricht" im Freien kam wegen der Witterung nicht mehr in Betracht.[11] Ebenso beeinträchtigte der Mangel an Heizmaterial[12], elektrischem Strom und Glühbirnen[13] den Unterricht.

Ein weiteres Problem stellte der Lehrermangel dar, der zum einen durch die sich noch in Kriegsgefangenschaft befindenden Lehrer, zum anderen durch die Verfahrensdauer der Entnazifizierung bedingt war. Das Spannungsverhältnis zwischen Entnazifizierung und einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften findet in einem Brief des Stadtkommandanten an den Oberbürgermeister seinen Ausdruck, der um eine Auflistung der demobilisierten, pensionierten und von den Nationalsozialisten entlassenen Lehrern bittet,[14] um den entstandenen Mangel auf diese Weise zu kompensieren (Q3).

---

[8] Vgl. Michael, Göttinger Schulen, S. 513-514.

[9] Von Thadden, Militärregierung, S. 89.

[10] Zur Neuanschaffung von Mobiliar siehe Stadtarchiv Göttingen, D 45, Blatt 267.

[11] Der schon seit Mitte Juni wieder erlaubte „Unterricht" kann eigentlich nicht als solcher qualifiziert werden. Er bestand aus den Fächern Religion, Sport und Wandern und diente im Wesentlichen der Beschäftigung der Schüler. Die Behörden versprachen sich davon, die Disziplin der Schüler aufrechtzuerhalten und einer befürchteten Verwahrlosung vorzubeugen. Der Erfolg dieser pädagogischen Maßnahme war nur gering, die Anzahl der Teilnehmer sank beständig und eine Regenperiode in der zweiten Augusthälfte beendete schließlich diese Art der Beschulung (vgl. Wilhelm Schütte, Aus der Schulchronik der ehemaligen Oberschule für Mädchen. Die Schule in der Zeit von April 1945 bis Oktober 1946, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 257-270, hier S. 259-261).
Zusätzlich erschwerten jahreszeitlich bedingte Härten den Unterricht: *„Der jetzige Nachmittagsunterricht* [im Oktober 1945, MD] *in Grone* [heute ein Stadtteil von Göttingen, damals selbstständige Gemeinde; das Groner Schulgebäude war 4,5 km vom ursprünglichen Schulgebäude der Oberschule entfernt, MD] *ist nur ein Notbehelf und war auch von vornherein als solcher gedacht. Er kann nicht mehr länger in dieser Form aufrecht erhalten werden aus folgenden Gründen: Die Dunkelheit bricht schon früh herein. Die Kinder müssen auf den Heimweg geschickt werden, solange es nicht völlig finster ist. Die Zugangswege sind in schlechtem Zustand und nicht beleuchtet. Bei regnerischem Wetter bilden sich große Pfützen auf den Straßen, die von den Kindern in der Dunkelheit schwer bemerkt werden. Schon jetzt klagen die Eltern über starken Verschleiß der Schuhe sowie über nasse Füße der Kinder und die sich daraus ergebenden Erkältungen. Aus all diesen Gründen bitte ich dringend um Unterstützung und Hilfe, damit wir baldmöglich wieder in unser eigenes […] Schulgebäude einziehen können. Andernfalls bitte ich dafür Sorge tragen zu wollen, daß uns andere geeignete Unterrichtsräume […] zur Verfügung gestellt werden."* (Ebd., S. 262).

[12] Stadtarchiv Göttingen, D 44, Blatt 138.

[13] Stadtarchiv Göttingen, D 44, Blatt 135.

[14] In die Kategorie der von den Nationalsozialisten entlassenen und nun zu rehabilitierenden Lehrkräfte fiel als einzige die Mittelschullehrerin Ingeborg Willrich, die 1936 entlassen wurde, da sie keinen Eid auf Adolf Hitler leisten wollte (Ulrich Popplow, Die Friedensjahre: Göttingen 1933-1939 –

In der Folgezeit wurde jedoch deutlich, dass der Lehrermangel, der durch die anfangs konsequent betriebene Entnazifizierung verstärkt wurde, nicht durch heimgekehrte oder pensionierte Lehrer kompensiert werden konnte, so dass die Klassengröße weiterhin zwischen 60 und 70 Schülern betrug. Darüber hinaus waren viele Lehrer nicht voll einsatzfähig, da sie wegen unzureichender Versorgung mit Nahrungsmitteln an zahlreichen Krankheiten litten.[15]

Neben die institutionellen Schwierigkeiten traten individuelle Probleme der Schüler, die den geordneten Ablauf des wiederbegonnenen Unterrichts störungsanfällig werden ließen. Die weiten Schulwege in andere Stadtteile und der Mangel an Winterbekleidung, vor allem an Schuhen, deren „Qualität" die Bilder zur Schulspeisung illustrieren,[16] führten zu einem häufigen Fernbleiben der Schüler vom Unterricht, so dass im Dezember 1945 die Eltern von Seiten der Stadt nachdrücklich an die Schulbesuchspflicht ihrer Kinder erinnert werden mussten (Q4-Q6).

3 „Sie wollen sofort alle unten aufgeführten Lehrer aus ihren Stellen entlassen."[17] – Entnazifizierung der Lehrerschaft

Bereits im Sommer 1945 begann die umfangreiche Entnazifizierung, die auch die Göttinger Lehrerschaft betraf. Die ersten Entlassungen erfolgten im Juni 1945 (Q7-Q8). Aufgrund der Vielzahl der zu überprüfenden Fälle und wegen eigener Überlastung ordnete der Hauptausschuss im Mai 1946 an, einen Unterausschuss zur Entnazifizierung der Lehrerschaft zu bilden (Q9). Seine Zusammensetzung war jedoch problematisch, denn er bestand größtenteils aus Lehrern, die über ihre Kollegen entscheiden mussten, so dass ihre Objektivität durch Zuneigung und Sympathie beeinträchtigt wurde.

Machterwerb und -teilung, in: Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt – Texte und Materialien, Göttingen 1983, S. 78). Acht Lehrer waren bereits aus dem Krieg zurückgekehrt, fünf waren mittlerweile ausgeschieden, weil sie die Altersgrenze erreicht hatten (Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, D 44).

[15] Jens-Uwe Brinkmann, „Nach Jahren der Entbehrung ..." – Kultur und Schule, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 217-256, hier S. 247 und Q31-Q33. Als weitere Kompensationsmaßnahme trieb die Militärregierung, die sich bewusst war, dass der Lehrermangel nicht von heute auf morgen behoben werden konnte (vgl. Q1, Punkt 9.), die Ausbildung neuer Lehrer voran. Für die Ausbildung zum Volksschullehrer setzte sie die Aufnahmekriterien herab, neben dem Reifezeugnis als üblicher Zugangsberechtigung forderte sie ausdrücklich auch „junge Bauern und Arbeiter" zur Bewerbung auf, die ein „hinreichendes Allgemeinwissen und pädagogische Begabung" besitzen sollten (Amtliche Bekanntmachungen im Auftrage der Militärregierung sowie sämtlicher Behörden des Stadt- und Landkreises Göttingen Nr. 41 vom 29.12.1945, S. 1). Aufnahmekriterien waren durch eine Prüfung nachzuweisende „notwendige Kenntnisse" sowie „musikalische Begabung": „Im Spiel eines Musikinstrumentes (Orgel, Klavier, Geige, Blockflöte, Gitarre, Ziehharmonika) müssen die Grundlagen vorhanden sein." (ebd.)

[16] Siehe Q26-Q29.

[17] Brief von Major Wilson an den Göttinger Oberbürgermeister vom 15.6.1945 (Stadtarchiv Göttingen, C44, Schulamt Nr. 128).

Im Mai 1947 wandte sich der Ausschuss daher an britische Stellen, um sich enttäuscht über die Rahmenbedingungen und Ergebnisse seiner Arbeit zu beschweren (Q10), die – nach Meinung der Kommission – zu Ungerechtigkeiten geführt habe.

Die Hauptgründe seien zum einen die lange Verfahrensdauer und die dadurch bedingte Suspendierung der Lehrer, die in der Zeit bis zum Urteil ohne Einkommen waren, zum anderen seien die Vorschriften zur Überprüfung der Lehrer besonders streng und drittens böte sich entlassenen Kollegen keine berufliche Perspektive. Die Antworten zweier britischer Dienststellen (Q11-Q12) belegen die ernsthaften Bemühungen der britischen Seite um Entnazifizierung und Reeducation, wohingegen sie mit Befremden und Unverständnis auf die angeführten Klagen des Unterausschusses reagieren.

Aus dem Beschwerdebrief des Ausschusses werden die Gründe für das Scheitern der Entnazifizierung ersichtlich, die – laut Dennis Meyer – immer mehr zu einer „Farce“[18] wurde.

Anfang des Jahres 1947 hatten die Briten das so genannte „Befreiungsgesetz“ von den Amerikanern übernommen, das die Entnazifizierung deutschen Spruchkammern überantwortete. Diese bestanden aus Laien und sollten die ausgefüllten Fragebögen überprüfen und beurteilen, was eine lange Verfahrensdauer zur Folge hatte. Außerdem lag die Verantwortung nun allein in deutscher Hand, so dass die Zusammensetzung der Kammern und die Einstellung der Ausschuss-Mitglieder zu ihrer Arbeit entscheidend für das Ergebnis des Verfahrens waren.

Die Ausstellung so genannter „Persilscheine“[19] zog immer weniger Verurteilungen nach sich; das frühere Ziel, die Verstrickung des Einzelnen mit dem Nationalsozialismus aufzuklären und zu bestrafen, geriet in den Hintergrund, stattdessen standen nun politische und soziale Rehabilitation im Vordergrund.[20]

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang ein Brief des Göttinger Stadtschulrates Hermann Witte, der zugleich Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses war. Witte, seit 1924 Direktor des Staatlich Preußischen Gymnasiums in Schleusingen (Kleinstadt in Südthüringen), wurde von den Nationalsozialisten im Oktober 1933 zum Studienrat degradiert und nach Naumburg an der Saale versetzt. 1937 wurde er mit 54 Jahren wegen „judenfreundlicher Haltung“ zwangspensioniert, 1938 zog er nach Göttingen, im Frühsommer 1945 wurde er zum

[18] Dennis Meyer, „Entnazifizierung“, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007, S. 18-19, hier S. 18.

[19] „Persilschein“ ist – in Anlehnung an das Waschmittel „Persil“ – die Bezeichnung für ein Dokument, welches im Entnazifizierungsverfahren die Unschuld der zu entnazifizierenden Person beweisen sollte. Dafür „stellten sich Nachbarn, Freunde und Kollegen gegenseitig Unbedenklichkeitserklärungen aus“ (Meyer, Entnazifizierung, S. 18), um durch diesen guten Leumund entlastet und demzufolge entnazifiziert zu werden sowie von allen Vorwürfen und Anschuldigungen endgültig „reingewaschen“ zu sein, wobei „Reinheit“ eine Metapher für Unschuld ist.

[20] Vgl. ebd., S. 18-19. Dort finden sich auch weitere Literaturhinweise auf die Frage nach der Bewertung der Entnazifizierung.

Stadtschulrat ernannt.[21] In dieser Funktion ersucht er den Heiligenstädter Schulrat um ein Gutachten über einen Rektor, dessen unfreundliches Verhalten gegenüber Eltern und Kollegen er mit einer Diabetes-Erkrankung rechtfertigt und dessen politische Einstellung er durch das Gutachten in Erfahrung bringen will (Q13). Trotz vormals erfahrener Repressionen tritt er nicht entschieden für die Entnazifizierung ein, sondern ist durch seine kollegiale Beziehung befangen. Als bedeutender und einflussreicher Exponent unterläuft er aus persönlichen Motiven die Intention der britischen Militärbehörden. Dieses Beispiel verdeutlicht die Diskrepanz zwischen angestrebtem Ideal und vollzogener Praxis im Laufe der Entnazifizierung.

4 „Sie werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß in allen Exemplaren die Seiten 57 – 63 unleserlich gemacht werden.“[22] – Unterrichtsmaterialien und Reeducation

Neben den organisatorischen Problemen stellte sich vor allem die Frage nach den Unterrichtsinhalten und -methoden. Die Militärregierung setzte enge Grenzen. Ehe Unterricht erteilt werden konnte, behielt sie sich die Zustimmung zum Lehrplan, der eingereicht werden musste, vor; ferner unterlagen die Lehrbücher einer Genehmigung.

Da Papier für den Druck neuer Bücher bzw. für den Nachdruck vorhandener Bücher, die vor 1933 erschienen waren, knapp war, mussten die Lehrkräfte selbst die vorhandenen Exemplare notdürftig „säubern“ und als Übergangslösung weiterhin benutzen (Q14-Q15).

Dieses Vorgehen war jedoch von Seiten der Militärregierung nur als Provisorium gedacht, bis zu dem Zeitpunkt, an dem neue Lehrpläne und Lehrbücher ausgearbeitet sein würden (Q16-Q17). Auch die vorhandenen Unterrichtsfilme aus der Zeit des Nationalsozialismus wurden in zwei Kategorien eingeteilt: Liste A (Q18) enthielt Filme, deren Verwendung in den Schulen genehmigt war, Liste B (Q19) indizierte die verbotenen Filme, die unter Verschluss gehalten und auf Befehl der Militärregierung schließlich vernichtet wurden. Dass die Zensur dabei bisweilen kuriose Formen annahm, zeigt eine Anweisung des britischen Erziehungskontrolloffiziers Captain Bennitt, der den Film „*Der Wolf und die 7 Geißlein*“ verbot (Q20).

Trotz aller Einschränkungen war aber offensichtlich ein qualitativ guter Unterricht möglich, wie ein Bericht über den Besuch des Leiters der Abteilung Volks- und Mittelschulen für die britische Zone illustriert (Q21).

Aber nicht nur die Lehrmittel wurden demokratischer und pluralistischer gestaltet, auch Habitus und Umgangsformen der Schüler sollten durch die Reeduca-

[21] Lebenslauf Hermann Witte, undatiert (Stadtarchiv Göttingen, Personalamt Nr. 717, Blatt 2).

[22] Brief des Erziehungsoffiziers Sutton an den Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Hildesheim, Kreisstelle Göttingen vom 31.10.1945 (Stadtarchiv Göttingen, D45, Blatt 39).

tion verändert, vor allem entmilitarisiert werden. Die neuen Verhältnisse sollten durch neues Schülerverhalten ihren Ausdruck finden, z. B. durch den so genannten „Hackenklappen"-Erlass, der verbot, die Fersen hörbar zusammenzuschlagen (Q22).

5 „Mit dem Essnapf zur Schule"[23] – die Schulspeisung

Um den Gesundheitszustand und die Versorgungslage der Schüler zu verbessern und somit die regelmäßige Teilnahme am Unterricht zu erhöhen, wurde in der gesamten britischen Zone im Frühjahr 1946 eine Schulspeisung eingeführt, von der aber „Selbst- und Teilselbstversorger"[24] ausgeschlossen waren. In Göttingen liefen die Planungen dafür im Februar 1946 an, als Starttermin war zunächst der 1. April geplant, doch verzögerte sich der tatsächliche Beginn bis zum 27. Mai. Seitdem erhielten ca. 8700 Kinder zwischen 6 und 18 Jahren eine warme Zusatzmahlzeit.[25]

Nachdem die Schulspeisung aufgrund von Missverständnissen und Kommunikationsschwierigkeiten sowie bisweilen mangels Nachschub manchmal nur dreimal wöchentlich durchgeführt werden konnte, erfolgte mit der Umstellung auf die Hoover-Speisung[26] im Herbst 1947 eine regelmäßige sechstägige Speisung, die täglich ca. 350 kcal enthielt und auch in den Ferien stattfand. Doch sogar in den Ferien mussten die Mahlzeiten im Schulgebäude eingenommen werden, es war strengstens verboten, Nahrung mit nach Hause zu nehmen.[27]

Die Schulspeisung beinhaltete keine Delikatessen, sondern war eher von Monotonie und Routine[28] geprägt. Ein Brief des Stadtschulrates an die zuständige Regierungsabteilung (Q23) berichtet von der Göttinger Ernährungssituation im Mai 1947, als aufgrund der mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln als einzige

---

[23] Fotoarchiv des Städtischen Museums Göttingen, Titel auf der Rückseite des Neg.-Nr.: 245/11.

[24] Als Selbstversorger galten Personen, die ihre Nahrungsmittel selbst erzeugten und deshalb keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten hatten. Teilselbstversorger war, wer Teile der ihm zustehenden Rationen selbst erzeugen konnte und nur Lebensmittelkarten für Nahrungsmittel erhielt, die er selbst nicht produzieren konnte. In der Regel handelte es sich bei beiden Kategorien um Landwirte im Haupt- bzw. Nebenerwerb (vgl. Werner Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975, S. 134).

[25] Vgl. Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, D 100.

[26] Der ehemalige amerikanische Präsident Herbert C. Hoover war Vorsitzender des „Famine Emergency Committee" und wurde im Auftrag des amtierenden Präsidenten Harry S. Truman nach Deutschland gesandt, um die Hungerkrise zu lösen. Neben dem Entwurf eines längerfristigen Hilfsplans schlug er als Sofortmaßnahme „eine tägliche Zusatzspeisung (350 kcal.) für Kinder und alte Menschen" vor (Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main und New York 1990, S. 118). Diese Schulspeisung trug ab Herbst 1947 seinen Namen.

[27] Vgl. Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, D 100.

[28] Alf Lüdtke, Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, in: Alf Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte: Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt am Main und New York 1989, S. 9-47, hier S. 11.

Speise Erbsensuppe angeboten werden konnte – und zwar mehr als vier Wochen lang. Trotzdem bewertet der Schüler Günther Schmalstieg, der in einem Aufsatz den konkreten Ablauf der Schulspeisung beschreibt, insgesamt das Essen als „*recht schmackhaft*“ (Q24). Ein erhaltener Speiseplan vom Dezember 1947 (Q25) bezeugt die Monotonie und Routine der Schulspeisung; er enthält folgende Gerichte: Salzige Haferflockensuppe, Nudelsuppe mit Fleisch, Kakaotunke mit Brötchen, Hülsenfrüchtesuppe mit Fleisch, Haferflocken-Schokolade-Brei und Mehlmus mit Trockenobst. In den folgenden drei Wochen wiederholten sich die Speisen; es war nicht erlaubt, die Reihenfolge zu ändern.

Obwohl bei den Mahlzeiten Gleichförmigkeit vorherrschte, erfreute sich die Schulspeisung, wie Schmalstieg konstatiert, großer Beliebtheit und die Schüler nahmen sie rege in Anspruch, was die Bilder zur Schulspeisung illustrieren (Q26-Q29). Gleichzeitig bilden sie aber auch die Notwendigkeit der Schulspeisung ab, indem sie den Ernährungszustand der Kinder und Jugendlichen dokumentieren. Sowohl die Zahl der Teilnahmeberechtigten als auch der Teilnehmerkreis selbst waren ein ständiger Anlass zur Diskussion. Eine bedeutende Streitfrage war dabei die Versorgung der Lehrer. Regierung und Schulamt diskutierten darüber, ob diese berechtigt seien, an der Schulspeisung teilzunehmen, denn mit der Umstellung auf die Hoover-Speisung, die den Kreis der teilnahmeberechtigten Schüler um ca. zwei Drittel kürzte, sollten auch die Lehrer davon ausgeschlossen werden, wogegen sie vehement protestierten. In Eingaben, Petitionen, Berichten und Erklärungen, die einerseits an lokale Entscheidungsträger wie den Stadtschulrat, andererseits an übergeordnete Behörden wie die Regierung in Hildesheim adressiert waren, legten sie die Belastungen ihres beruflichen Alltages sowie die gesundheitlichen Probleme und Erkrankungen dar, die aus einer unzureichenden Ernährung resultierten, um auf diese Weise weiter an der Schulspeisung teilnehmen zu können (Q30-Q33). Trotz zahlreicher Änderungen erfolgte die Schulspeisung noch bis 1949.[29]

6 „Im Allgemeinen ist die innere Haltung nach allem erstaunlich gut.“[30] – Fazit: die Geschichte des Mangels als Erfolgsgeschichte

Obwohl der Wiederbeginn des Schullebens von zahlreichen Mängeln, Unzulänglichkeiten und Hindernissen geprägt war, so waren trotz widriger Umstände in allen Lebensbereichen der Wille zum Wiederaufbau und der Wunsch, zu einem „normalen“ Leben mit einem geregelten Alltagsablauf und mit schulischer Routine zurückzukehren, besonders intensiv.[31] Schule war ein „Zauberwort“[32].

[29] Michael, Göttinger Schulen, S. 517.

[30] Brief des Göttinger Schulrats Hermann Witte an die Regierung Abt. II B2 in Hildesheim vom 15.3.1948. Zur wirtschaftlichen Lage siehe auch den Beitrag von Timo Stiehl in diesem Band.

[31] Vgl. Brinkmann, Entbehrung, S. 255.

[32] Von Thadden, Militärregierung, S. 89.

Anders als es der Titel dieses Beitrages auf den ersten Blick mit dem Zitat aus Wilhelm Buschs *„Max und Moritz"* nahe legt, der auf den Beschlusscharakter von Erlassen und Verordnungen der behördlichen Regulierung „von oben" anspielt, treten auch Schüler, Eltern und Lehrer als handelnde Akteure sichtbar in den Vordergrund. Eigeninitiative und „zivilgesellschaftliches" Engagement „von unten" ergänzten und korrigierten die behördlichen Vorgaben. In einem Brief an die Regierung in Hildesheim vom 15. März 1948 schrieb der Stadtschulrat Hermann Witte Folgendes: *„In beiden Mittelschulen wird den Kindern ein großer Teil der Schulzucht zugeschoben; mit gutem Erfolg. – Die Egelsbergschule hat ein Klassenparlament eingeführt, in einer 6b. Die Mädchen setzten u. a. auf die Tagesordnung: ‚Wie können wir in unserer Klasse das Schulschwänzen verringern?' Sie haben beschlossen, mit den Schwänzern oder deren Mutter zu reden und diese Kinder auf dem Schulwege abzuholen. Das unentschuldigte Schwänzen hat fast ganz aufgehört. Daß dem etwa drohenden Pharisäertum vorgebeugt wurde, ist selbstverständlich. Wohl jede unserer Schulen könnte Parallelen berichten.*

Darüber hinaus erzählen Rektoren und Lehrer oft genug von positiv erfreuenden Zügen. Zum Beispiel: diesen Winter ist der Schulbesuch allgemein wesentlich besser als in den Übergangszeiten 1946/47 – in Zeiten des starken Frostes waren ja damals die Schulen geschlossen. Auch bei nassem Wetter kommen Kinder mit jammervollem Schuhwerk zur Schule. Ein Vater fährt bei nassem Wetter seinen schuhlosen Jungen regelmäßig zur Schule, obwohl er öfters ‚aufgeschrieben' wurde. […] Daß auf der Oberschule für Mädchen in einer 12. Klasse einem Flüchtlingsmädchen Reise- und Aufenthaltskosten auf einer Nordseeinsel von den Kameradinnen geschenkt wurde, weil sie es nötig habe; daß in einer anderen Klasse ein Mädchen seine Lebensmittelmarken verkaufte, um ihre [sic] *kranke Schwester verpflegen zu können, selbst von der Schulspeisung lebte und aus der Klasse regelmäßig mehrere Portionen angeboten erhielt – bis die Sache entdeckt und andere Hilfe ermöglicht wurde – sei nebenbei erzählt. Auch von solchem guten Kameradschaftsgeist wäre viel zu erzählen.*

In der Egelsbergschule ist der Zusammenhalt zwischen Schule, Kindern und Eltern in 1½ Jahren so fest geworden, daß der Rektor nur zu sagen brauchte: ‚wir haben Glas für die Turnhallenfenster, aber uns fehlen 1200 Nägel dazu (als Ersatz für Kitt) – wer bringt welche mit?' – und am nächsten Tage hat er über 2000. – Unsere Schulen verschmutzen immer stärker; es fehlt an Reinemachefrauen und -material. In der Mädchenmittelschule fragt eine der älteren Klassen den Rektor: dürfen wir nicht mal den ganzen oberen Flur und die Klassen daran ordentlich reinemachen? Das Material bringen die Mädchen trotz der häuslichen Knappheit mit. Die Egelsbergschule erhielt von den Eltern Reinemachezeug, die größeren Mädchen reinigen regelmäßig die Schule. Ich habe diese Nachrichten nicht gesammelt, sondern schreibe nieder, was mir an einem stillen Abend ins Gedächtnis kommt. Gewiß könnte viel mehr erzählt werden!"[33]

Kreative Problemlösungen förderten bei allen Beteiligten gedämpften Optimismus und Lebensfreude trotz der vielen präsenten Probleme, so dass der 1952 amtierende Stadtschulrat Max Buchheim anlässlich der bevorstehenden 1000-Jahrfeier Göttingens konstatieren konnte:

---

[33] Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 180 Hildesheim Nr. 7199.

„Wenn diese Betrachtungen angesichts der bevorstehenden 1000 Jahrfeier unserer Stadt angestellt werden, dann sind sie einmal dazu geeignet, die großen Sorgen unserer Stadt auf dem Gebiete der Schulraumnot deutlich zu machen, und zum andern auch im Rückblick auf die letzten Jahre aufzuzeigen, wie viel bereits von der Stadt unternommen worden ist. Göttingen kann mit Recht von sich sagen, daß auf dem Gebiete des Schulwesens alles irgendwie Mögliche getan wurde und braucht nicht erst zu versichern, daß es der Tradition unserer Stadt entsprechend auch weiterhin nicht an Bemühungen zur Behebung und Beseitigung der Schulraumnot fehlen wird. Göttingen war eine Stadt der Schulen, Göttingen ist eine Stadt der Schulen und wird es auch in Zukunft bleiben.“[34]

Literatur zum Weiterlesen

Jens-Uwe Brinkmann, „Nach Jahren der Entbehrung ...“ – Kultur und Schule, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März - 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 217-256.

Berthold Michael, Die Göttinger Schulen vom Wiederbeginn 1945 bis zur Gegenwart 1989, in: Rudolf von Thadden/Ernst Böhme/Dietrich Denecke (Hg.), Göttingen: Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 511-533.

Wilhelm Schütte, Aus der Schulchronik der ehemaligen Oberschule für Mädchen. Die Schule in der Zeit von April 1945 bis Oktober 1946, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 257-270.

Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 69-92.

Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main und New York 1990.

[34] Max Buchheim, Die Göttinger Volks- und Mittelschulen. Eine Darstellung der äußeren Schulverhältnisse der Stadt Göttingen unter Berücksichtigung der Entwicklung seit 1945, in: Göttinger Jahrbuch 1 (1952), S. 83-86, hier S. 86.

Botschaft des Oberbefehlshabers an die Bevölkerung der britischen Zone

1. Die Nationalsozialisten haben das deutsche Erziehungswesen in den Staub gezogen. Sie wollten Eure Kinder geistig vergiften. Das Wahre haben sie ihnen vorenthalten und haben ihnen dafür falsche Werte gegeben. Sie haben ihnen beigebracht, Freiheit und Duldsamkeit zu verachten, Gewalt und Unterdrückung zu bewundern.

2. Der Plan der Nationalsozialisten wurde nur vereitelt durch die siegreichen Schlachten, die meine Truppen und ihre großen Verbündeten geschlagen haben.

3. Was die Nationalsozialisten angerichtet haben, beabsichtige ich wieder in Ordnung bringen zu lassen.

4. Zuerst werden Schulen und Universitäten baldmöglichst wieder eröffnet werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Aber in verschiedenen Gebieten machen die Schulen schon wieder auf. Mehr und mehr werden im Laufe des nächsten Monats folgen. Bis zum 1. Oktober dürfen alle verfügbaren Schulen, mit Ausnahme nationalsozialistischer Schulen, wieder in Betrieb sein.

5. Drei Dinge sind nötig, um Schulen wieder aufzumachen: Gebäude, Lehrmaterial und zuverlässige Lehrkräfte.

6. Schulgebäude, die instand gesetzt werden können, werden instand gesetzt. Schulen, in denen meine Truppen oder Fremdarbeiter und Obdachlose oder wichtige Verwaltungsstellen untergebracht werden mußten, werden geräumt werden, sobald es die Umstände erlauben.

7. Die Schulbücher, mit denen die Nationalsozialisten die Kindergemüter vergifteten, werden nicht mehr im Schulunterricht verwendet werden. Ich lasse als Notmaßnahme Neuauflagen von Schulbüchern drucken, die vor den Nationalsozialisten in Gebrauch waren. Neue Schulbücher, von Deutschen in Deutschland geschrieben, Bücher, aus denen ein gesunder Geist spricht, sind in Vorbereitung. Sie werden so rasch wie möglich gedruckt.

8. Der Mangel an Lehrkräften wird ernst sein. Ich werde keinen Lehrer in der Schule dulden, dessen Vergangenheit nicht den eingehendsten Nachforschungen standhält. Lehrer, die von den Nationalsozialisten zu Unrecht entlassen wurden, werden wieder eingesetzt. Ich werde alle kriegsgefangenen Lehrer freilassen, die würdig sind, bei der Neuerziehung Ihrer Söhne und Töchter mitzuarbeiten.

9. Trotz dieser Maßnahmen dürfte aber in vielen Gegenden auf längere Zeit hinaus nur Teilunterricht möglich sein. Um dem abzuhelfen, wird, sobald die Kinder wieder unter gesunden Bedingungen zur Schule gehen, die Ausbildung neuer Lehrer und die Umschulung alter mit Vordringlichkeit durchgeführt werden.

10. Das Ansehen der deutschen Universitäten ist unter dem nationalsozialistischen Regime in den Augen der Welt tief gesunken. Die Universitätsgebäude sind während des Krieges schwer beschädigt worden. Ich werde keinen Professor oder Dozenten im Amt lassen, der seine Gaben im Dienste des Nationalsozialismus prostituiert hat. Die Gebäude werden, wo es möglich ist, wieder instand gesetzt werden.

11. Ich werde den Erwachsenen-Unterricht fördern. Dabei soll auf freie Aussprache zwischen deutschen Männern und Frauen aller Schichten, Bekenntnisse und Altersgruppen hingezielt werden.

12. Mein Ziel auf lange Sicht ist, daß deutsche Jungen und Mädel durch eine frohe Schulzeit zu würdigen Staats- und Weltbürgern heranwachsen sollen. Ihre eigene Urteilskraft muß sie vor falschen Lehren der Gewalt und Tyrannei sichern. Auch die deutschen Männer und Frauen müssen ihre Verantwortung lernen, besonders für das, was im Namen der Gemeinschaft geschieht, in der sie leben.

13. In all diesen Dingen werden wir mit den Amerikanern, mit den Russen und den Franzosen zusammenarbeiten.

14. Ich werde Ihnen keine fremden Erziehungsgrundsätze und Lehrmethoden aufzwingen. Es soll Ihnen freistehen, zu experimentieren, neue Ideen auszuprobieren. Meine Offiziere werden Ihnen dabei helfen. Aber was ich niemals dulden werde, ist eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, zum Militarismus oder zum Angriffsgeist in irgendeiner Form.

15. Sie, deutsche Väter und Mütter, müssen Ihren Teil dazu beitragen, um Ihre Kinder auf einen gesunden Lebensweg zurückzuführen. Ich werde Ihnen helfen. Sie müssen mir helfen. Das ist mein Befehl.

gez.: B. L. Montgomery

Feldmarschall, Oberbefehlshaber der britischen Zone.

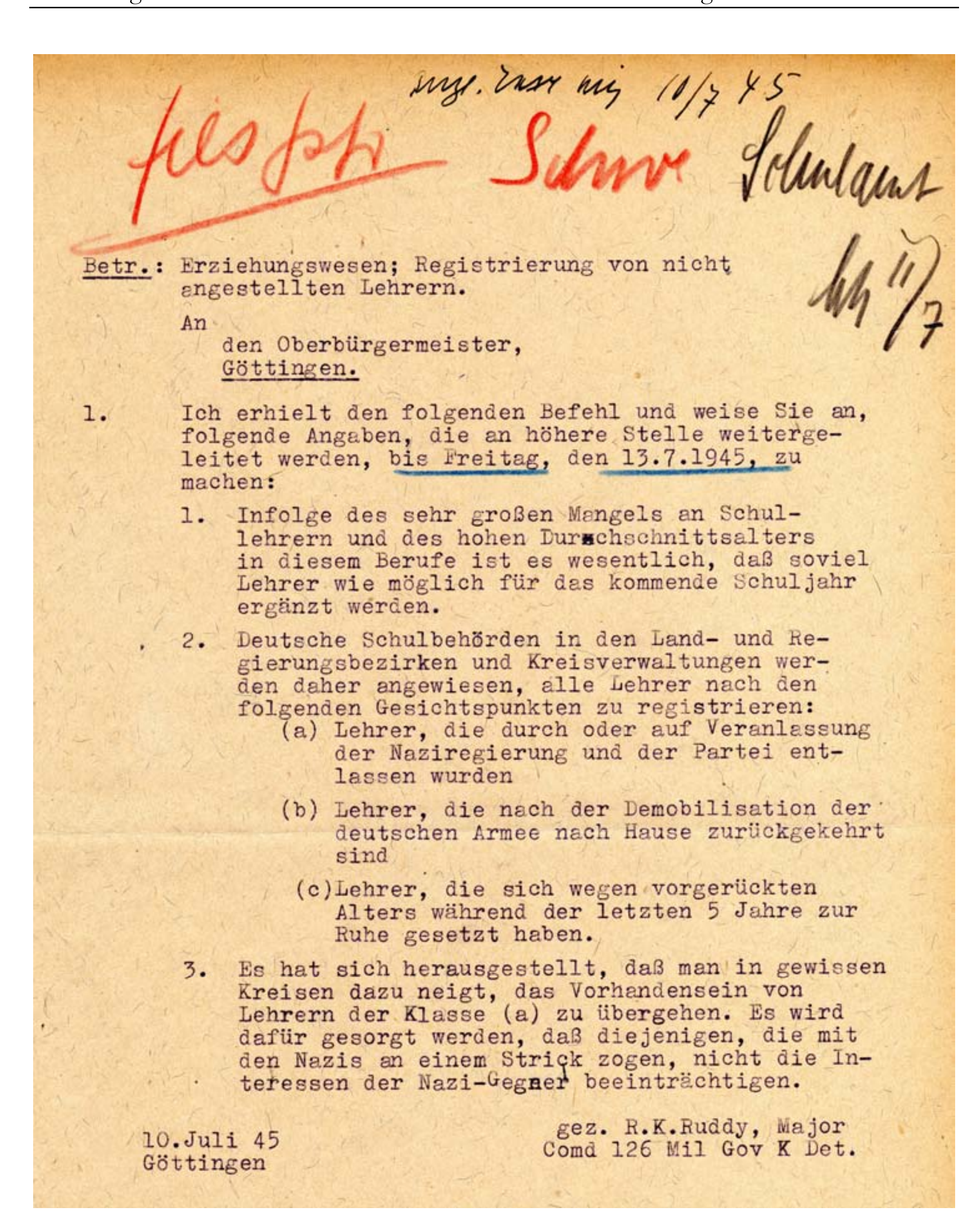
Q1: Neuer Hannoverscher Kurier. Nachrichtenblatt der Alliierten Militärregierung, 1. Jg., Nr. 21 vom 28.8.1945, S. 1.

Stadt G ö t t i n g e n

Übersicht über die Schulen.

Schulart	Name der Schule	Schüler-zahl	z.Zt. Verwendung	Antrag
Gymnasium	Staatlich	300	Lazarett	
Oberschule für Jungen		600	Lazarett	Räumung f.d.3 Obersch.
Oberschule f. Mädchen		850	Mil.Gov.	Freigabe
Mittelsch. f. Jungen	Voigt-schule	600	Rückwande-rerheim	
Mittelsch. f. Mädchen	Personn-schule	550	frei	
Volksschulen:	Albanisch.	950	frei	
	Luthersch.	1000	Krgff((Deutsche)	Freigabe, da statt 400 nur 20 - 40 Gefangene
	Jahnschule	950	Lazarett	Freigabe für Rückwande-rerheim.
	Herbartsch.	950	Lazarett	
	Egelsbergsch.	1000	Rückwande-rerheim u. Hilfskr.Haus	Schule, da weit ent-fernter Ortsteil
Hilfsschule f.Schwachbe-gabte	Pestalozzi-schule	150	frei	
Berufsschule	Gew.-Schule	1800	Lazarett	Freigabe, da Umschulung der Arbeitslosen drin-gend notwendig
Handelsschule	Handelslehr-anstalten	900	Mil.Gov. (Royal Airforce)	Freigabe - dsgl.

Q2: Stadtarchiv Göttingen, D 44, Blatt 43.



Betr.: Erziehungswesen; Registrierung von nicht angestellten Lehrern.

An
den Oberbürgermeister,
Göttingen.

1. Ich erhielt den folgenden Befehl und weise Sie an, folgende Angaben, die an höhere Stelle weitergeleitet werden, bis Freitag, den 13.7.1945, zu machen:

1. Infolge des sehr großen Mangels an Schullehrern und des hohen Durchschnittsalters in diesem Berufe ist es wesentlich, daß soviel Lehrer wie möglich für das kommende Schuljahr ergänzt werden.

2. Deutsche Schulbehörden in den Land- und Regierungsbezirken und Kreisverwaltungen werden daher angewiesen, alle Lehrer nach den folgenden Gesichtspunkten zu registrieren:
   (a) Lehrer, die durch oder auf Veranlassung der Naziregierung und der Partei entlassen wurden
   (b) Lehrer, die nach der Demobilisation der deutschen Armee nach Hause zurückgekehrt sind
   (c) Lehrer, die sich wegen vorgerückten Alters während der letzten 5 Jahre zur Ruhe gesetzt haben.

3. Es hat sich herausgestellt, daß man in gewissen Kreisen dazu neigt, das Vorhandensein von Lehrern der Klasse (a) zu übergehen. Es wird dafür gesorgt werden, daß diejenigen, die mit den Nazis an einem Strick zogen, nicht die Interessen der Nazi-Gegner beeinträchtigen.

10.Juli 45
Göttingen

gez. R.K.Ruddy, Major
Comd 126 Mil Gov K Det.

Q3: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 128: Entnazifizierung der Lehrkräfte 1945-1946.

Pflicht zum regelmäßigen Schulbesuch

Die Eltern werden an ihre Pflicht, ihre Kinder zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten, erinnert.

1. Die Pflicht zum Besuche der Schule umfaßt die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme am schulplanmäßigen Unterricht und an allen sonstigen den Unterrichts- und Erziehungszielen der Schule dienenden Schulveranstaltungen, auch wenn sie außerhalb des Schulgrundstücks oder der üblichen Schulzeit stattfinden.
2. Bei Schulversäumnis wegen Krankheit sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, spätestens am 2. Tage die Klassenlehrer zu benachrichtigen.
3. Zu jeder Schulversäumnis aus einem anderen Grund als Krankheit bedarf es der vorherigen Bewilligung von Urlaub durch die Schule, der rechtzeitig beantragt werden muß.
4. Wer den Bestimmungen über die Schulpflicht vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. oder mit Haft bestraft, sofern nicht nach anderen Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.
5. Nicht entschuldbares Zuspätkommen, besonders bei öfterer Wiederholung, unterliegt einer Schulstrafe.

Göttingen, den 6. Dezember 1945.

Der Oberbürgermeister. Der Landrat.

Q4: Amtliche Bekanntmachungen. Im Auftrage der Militär-Regierung, sowie sämtlicher Behörden des Stadt- und Landkreises Göttingen, Nr. 39 vom 15.12.1945, S. 1.

Schulamt ein Br
Renner

Übersetzung (Weigel) Eingang: 6.2.46 12 Uhr
(Engl. Original an 126 zurückgegeben)

Hildesheim
Subject: Shoes for Children

1) It is reported that attendance of children at schools is falling off owing to lack of Footwear. It is not so much the question of repair as the greater part of the footwear is beyond repair.

2) In order to submit a bid to HQ Mil Gov Hannover Region for footwear for school children a return is required from K Dets giving an approx bid for the number of shoes required in order to overcome the position as shown in para 1 above. This return is required by 10 Febr. 46

signed Hurndall

Betr.: Schuhe für Kinder

1) Es wird berichtet, dass der Schulbesuch der Kinder absinkt wegen Mangel an Fussbekleidung. Es ist nicht so sehr eine Frage der Reparatur als dass der grösste Teil der Fussbekleidung nicht mehr reparaturfähig ist.

2) Um der Militärregierung Hannover einen Antrag auf Fussbekleidung für Schulkinder unterbreiten zu können, wird von den K Detachments ein Bericht erbeten mit der ungefähren Menge von Schuhen die benötigt werden, um das in Abs. 1 geschilderte Lage abzuhelfen. Dieser Bericht muss bis zum 10. Februar eingehen.

gez. Hurndall

31. Jan. 1946
Hildesheim

Q5: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 99,1: Verfügungen der Militärregierung 1945-1948.

2. Mitteilungen des Oberbürgermeisters.

a) Der Oberbürgermeister teilt mit, daß er im Auftrage des Rats Professor Windaus zu seinem 70. Geburtstag Blumen und Glückwünsche übermittelt habe. Er verliest das Glückwunschschreiben sowie die Antwort von Professor Windaus.

b) Der Oberbürgermeister teilt mit, daß das Stadtschulamt eine Erhebung über die sozialen Verhältnisse der Schulkinder gemacht habe. Daraus gehe hervor, daß von 6 103 Schulkindern 32,7 % keine Winterschuhe haben, 27,6 % haben keine Winterstrümpfe, 11,6 % haben kein eigenes Hemd, 16,4 % haben 1 eigenes Hemd, 28,4 % schlafen zu zweit in einem Bett und 3,3 % schlafen zu mehr als 2 Kinder in einem Bett. Ohne heizbaren Raum sind 2 %. Besonders müsse erwähnt werden, daß von 2 657 Kindern 6,4 % in keinem Bett schlafen. Diese Feststellungen seien erschütternd. Der Oberbürgermeister bat die Vertreter der Militärregierung, uns zu helfen, um dieser äußersten Not Herr zu werden.

Q6: Stadtarchiv Göttingen, Protokoll 01/1947 der Ratsversammlung der Stadt Göttingen vom 17./24.1.1947.

D.Obgmstr. 15.Februar 1946

1). Fräulein

Hedda B[redacted],
Gewerbeoberlehrerin

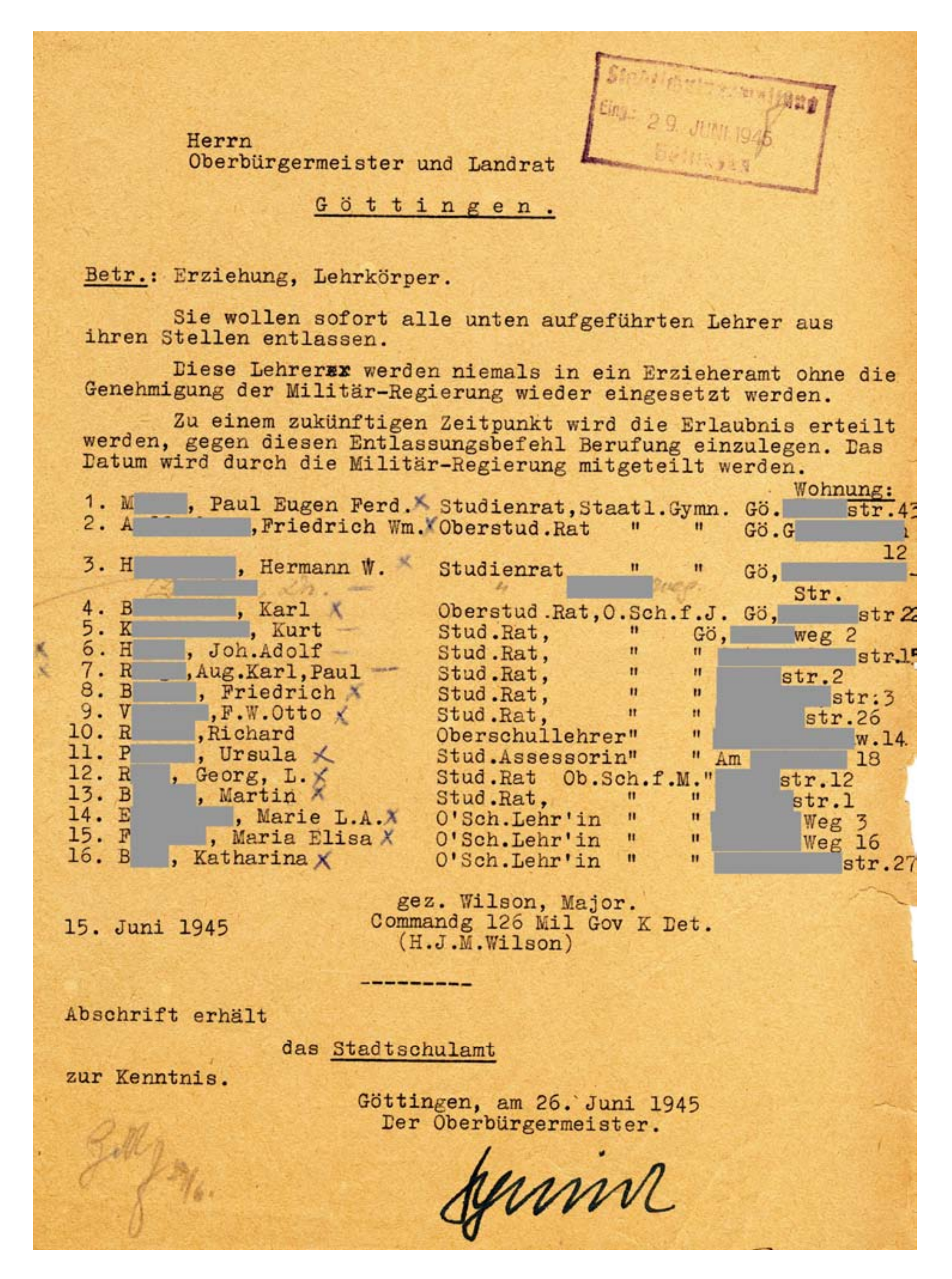
h i e r
[redacted]straße 4

Gegen Zustellungsurkunde.

Auf Anordnung der Militär-Regierung werden Sie mit sofortiger Wirkung aus Ihrem Amte entlassen. Sie dürfen ohne Genehmigung der Mil.Reg. in keiner erzieherischen Tätigkeit mehr beschäftigt werden. Gegen die Entlassung kann innerhalb 2 Wochen nach Zustellung Berufung eingelegt werden.

2)

Q7: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 128: Entnazifizierung der Lehrkräfte 1945-1946.



Herrn
Oberbürgermeister und Landrat

G ö t t i n g e n .

Betr.: Erziehung, Lehrkörper.

Sie wollen sofort alle unten aufgeführten Lehrer aus ihren Stellen entlassen.

Diese Lehrer werden niemals in ein Erzieheramt ohne die Genehmigung der Militär-Regierung wieder eingesetzt werden.

Zu einem zukünftigen Zeitpunkt wird die Erlaubnis erteilt werden, gegen diesen Entlassungsbefehl Berufung einzulegen. Das Datum wird durch die Militär-Regierung mitgeteilt werden.

Nr.	Name	Amt			Wohnung:
1.	M, Paul Eugen Ferd.	Studienrat,	Staatl.Gymn.		Gö. str.4
2.	A, Friedrich Wm.	Oberstud.Rat	"	"	Gö.G 12
3.	H, Hermann W.	Studienrat	"	"	Gö, Str.
4.	B, Karl	Oberstud.Rat,	O.Sch.f.J.		Gö, str 2
5.	K, Kurt	Stud.Rat,	"		Gö, weg 2
6.	H, Joh.Adolf	Stud.Rat,	"	"	str.1
7.	R, Aug.Karl, Paul	Stud.Rat,	"	"	str.2
8.	B, Friedrich	Stud.Rat,	"	"	str:3
9.	V, F.W.Otto	Stud.Rat,	"	"	str.26
10.	R, Richard	Oberschullehrer	"	"	w.14
11.	P, Ursula	Stud.Assessorin	"	"	Am 18
12.	R, Georg, L.	Stud.Rat	Ob.Sch.f.M.	"	str.12
13.	B, Martin	Stud.Rat,	"	"	str.1
14.	E, Marie L.A.	O'Sch.Lehr'in	"	"	Weg 3
15.	F, Maria Elisa	O'Sch.Lehr'in	"	"	Weg 16
16.	B, Katharina	O'Sch.Lehr'in	"	"	str.27

15. Juni 1945

gez. Wilson, Major.
Commandg 126 Mil Gov K Det.
(H.J.M.Wilson)

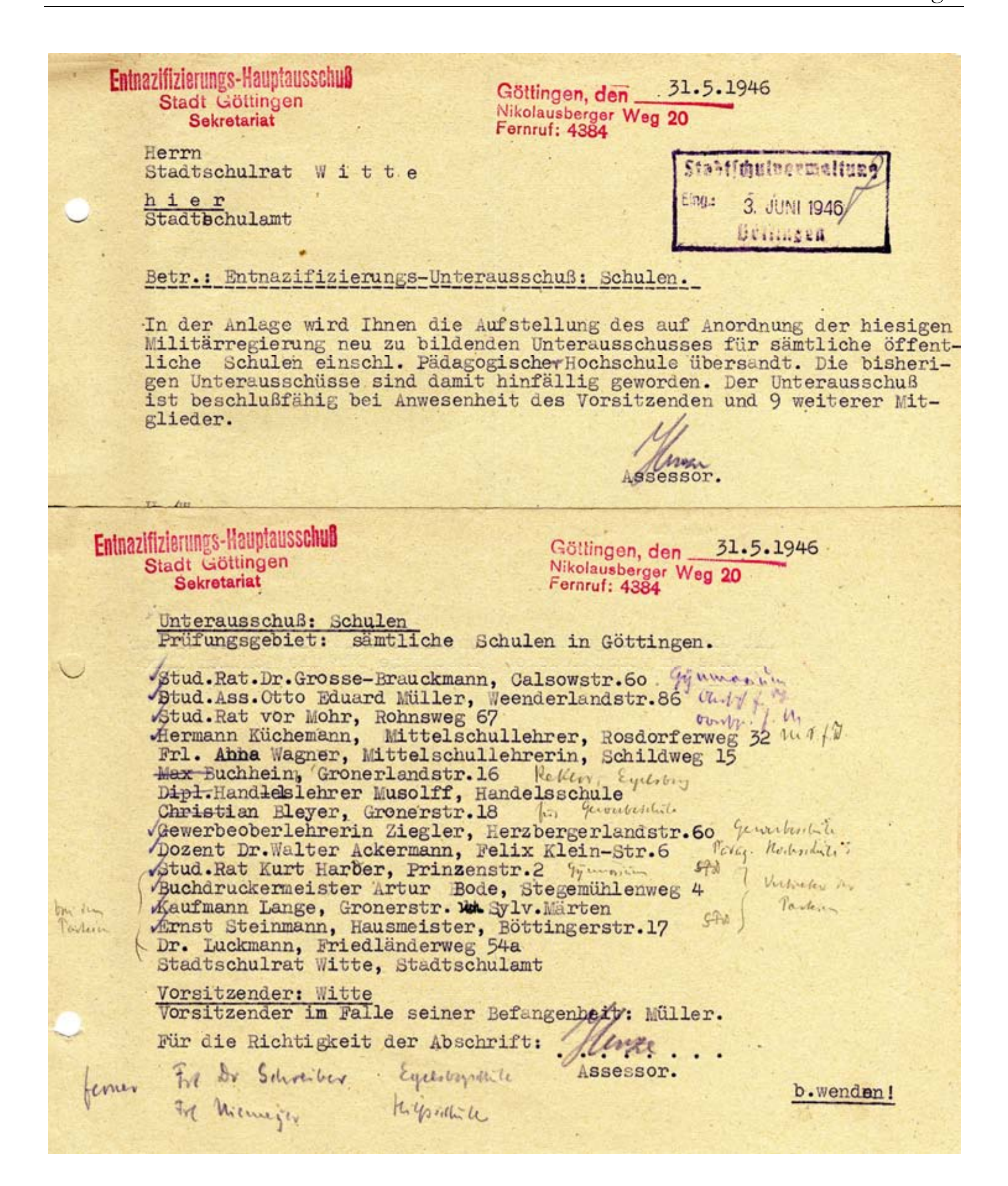
Abschrift erhält

das Stadtschulamt

zur Kenntnis.

Göttingen, am 26. Juni 1945
Der Oberbürgermeister.

Q8: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 128: Entnazifizierung der Lehrkräfte 1945-1946.



Entnazifizierungs-Hauptausschuß
Stadt Göttingen
Sekretariat

Göttingen, den 31.5.1946
Nikolausberger Weg 20
Fernruf: 4384

Herrn
Stadtschulrat W i t t e

h i e r
Stadtschulamt

Stadtschulverwaltung
Eing.: 3. JUNI 1946
Göttingen

Betr.: Entnazifizierungs-Unterausschuß: Schulen.

In der Anlage wird Ihnen die Aufstellung des auf Anordnung der hiesigen Militärregierung neu zu bildenden Unterausschusses für sämtliche öffentliche Schulen einschl. Pädagogischer Hochschule übersandt. Die bisherigen Unterausschüsse sind damit hinfällig geworden. Der Unterausschuß ist beschlußfähig bei Anwesenheit des Vorsitzenden und 9 weiterer Mitglieder.

Assessor.

Entnazifizierungs-Hauptausschuß
Stadt Göttingen
Sekretariat

Göttingen, den 31.5.1946
Nikolausberger Weg 20
Fernruf: 4384

Unterausschuß: Schulen
Prüfungsgebiet: sämtliche Schulen in Göttingen.

Stud.Rat.Dr.Grosse-Brauckmann, Calsowstr.60
Stud.Ass.Otto Eduard Müller, Weenderlandstr.86
Stud.Rat vor Mohr, Rohnsweg 67
Hermann Küchemann, Mittelschullehrer, Rosdorferweg 32
Frl. Anna Wagner, Mittelschullehrerin, Schildweg 15
~~Max~~ Buchhein, Gronerlandstr.16
~~Dipl.~~Handelslehrer Musolff, Handelsschule
Christian Bleyer, Gronerstr.18
Gewerbeoberlehrerin Ziegler, Herzbergerlandstr.60
Dozent Dr.Walter Ackermann, Felix Klein-Str.6
Stud.Rat Kurt Harber, Prinzenstr.2
Buchdruckermeister Artur Bode, Stegemühlenweg 4
Kaufmann Lange, Gronerstr. Sylv.Märten
Ernst Steinmann, Hausmeister, Böttingerstr.17
Dr. Luckmann, Friedländerweg 54a
Stadtschulrat Witte, Stadtschulamt

Vorsitzender: Witte
Vorsitzender im Falle seiner Befangenheit: Müller.

Für die Richtigkeit der Abschrift: ....
Assessor.

b.wenden!

Q9: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.

Unterausschuß für Schulen
des Entnazifizierungs-Hauptausschusses
G ö t t i n g e n

Göttingen, den 30. Mai 1947

Betr.: Entnazifizierung der Lehrkräfte.

Seit fast einem Jahre arbeitet der Unterausschuß nun. In über 400 Fällen hat er Gutachten abgegeben; außer in etwa 10 Fällen hat er seine Beschlüsse einstimmig gefaßt, in einigen weiteren Fällen bei 1 oder 2 Enthaltungen. Dabei ist er aus Männern und Frauen verschiedenster Anschauungen in Religion, Kirche, Politik, verschiedener Parteien und Berufe zusammengesetzt. Er hat sich bemüht, gewissenhaft zu prüfen. Mit gleicher Einmütigkeit aber empfinden seine Mitglieder: bei allem Streben nach Gerechtigkeit, bei aller Überzeugtheit ernsthafter Sichtung und Reinigung der Lehrerschaft müssen wir uns sagen, daß aus unserer Arbeit Ungerechtigkeit erwuchs.

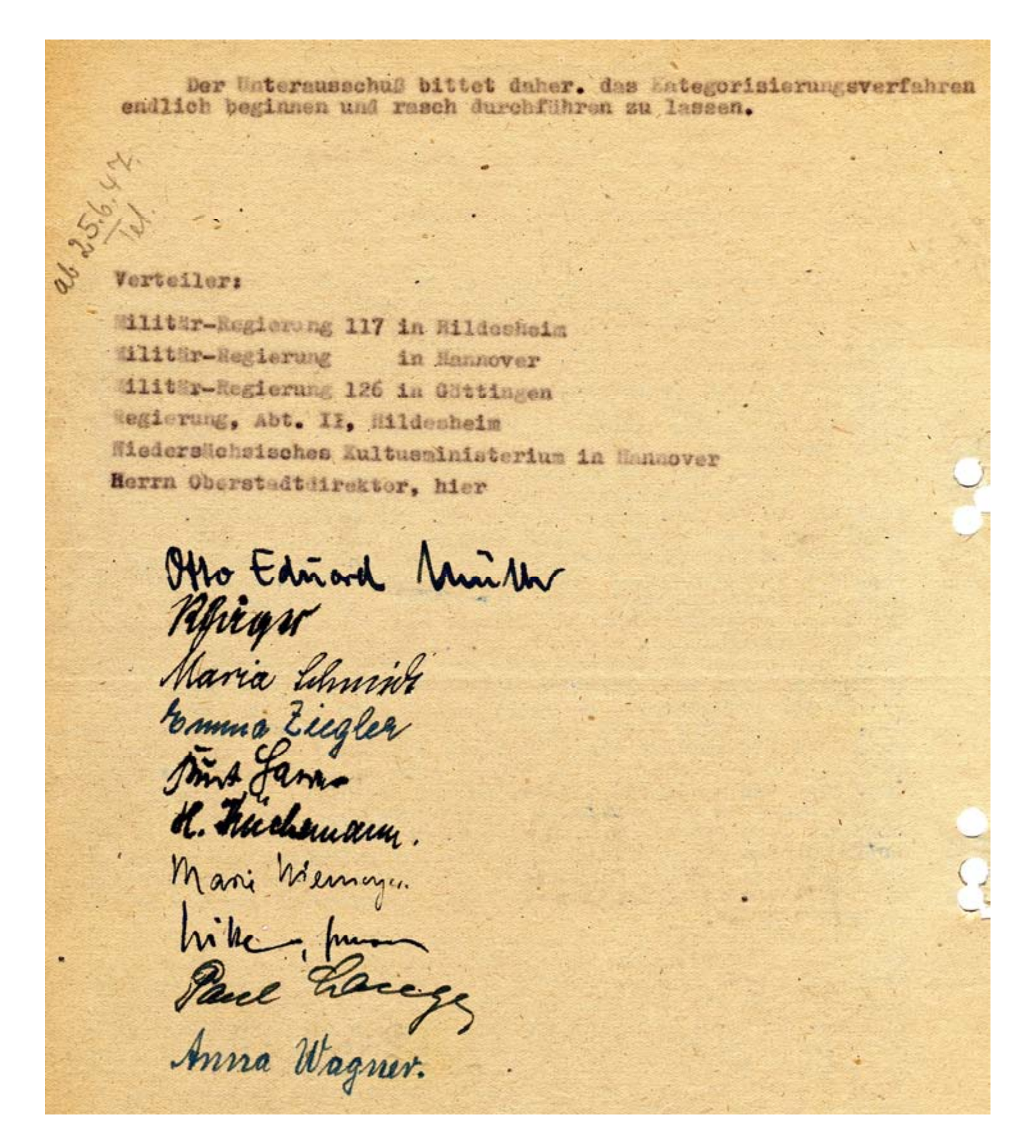
Als Ungerechtigkeit sehen wir die Verschiedenheit in der Behandlung der Lehrer wie aller Beamten an. Sie wurden bereits im Mai 1945 überprüft; viele wurden damals entlassen und nach 2 vollen Jahren sind ihre Fälle nicht endgültig entschieden. In anderen Berufen begann die Prüfung viel später. – Innerhalb der Lehrerschaft aber traf die einen die Entlassung vor 2 Jahren, die anderen nur 1 oder 1/2 Jahr; unabhängig von der Schwere der Belastung. Wer, etwa als Kriegsgefangener, nach dem 20.2.1947 entlassen wird, behält Beruf und Einkommen bis zum Ende des Berufungsverfahrens. – Der Mann im freien Beruf etwa gleicher sozialer Stellung, der entlassen wird, pflegt ein Bankguthaben zu besitzen und kann von ihm monatlich 300.-- RM abheben; viele Lehrer sind nicht in dieser Lage, mindestens sind ihre Ersparnisse nicht so hoch, daß sie 1 – 2 Jahre davon leben können. – Der Mann im freien Berufe kann meist im gleichen Berufe, wenn auch einige Stufen tiefer, weiter arbeiten. Der Lehrer darf in keiner Form, an einer unteren Schulstufe oder auch nur in Privatstunden, unterrichten und verdienen. So ist die Lehrerschaft viel härter von dem Entnazifizierungsverfahren getroffen als andere Berufe. Das wird noch dadurch gesteigert, daß die Beamtenschaft und besonders die Lehrerschaft einem Druck der Nazis ausgesetzt war wie die freien Berufe nicht.

Der Unterausschuß hat eine ganze Reihe von Lehrern aller Art in Gruppe 3 eingestuft. Er wollte damit bewirken, daß diese Personen nicht mehr oder längere Zeit nicht Erzieher und Lehrer sein könnten. Aber er wollte sie und ihre Frauen und Kinder nicht ins Elend stürzen. Nach den Vorschriften des Kategorisierungsverfahrens würden diese Lehrer zu einem Teil als Naziaktivisten in Kategorie 4 kommen, zum anderen Teil in Kategorie 3. Nur ganz wenige, etwa 1/10, würden dauernd entlassen werden. Die Meisten würden mit Geldstrafen, Versetzung in den Ruhestand und dgl. davon kommen; und dabei würden die 1 – 2 Jahre der Armut und Verzweiflung angerechnet werden. Alle, soweit sie nicht, wie bereits einige, darüber hinwegsterben, würden sich in minderbelasteten Kategorien emporarbeiten können. Als der Ausschuß in Gruppe 3 versetzte, erwartete er ein etwa dem Kategorisieren ähnliches Verfahren.

Noch ist für die entlassenen Lehrer des Stadt- und Landkreises Göttingen außer in einem Falle nicht einmal das Berufungsverfahren durchgeführt worden – 40 Entlassene, die Berufung einlegten, allein in der Stadt, warten seit Monaten. Alle diese Härten und Grausamkeiten empfindet der Ausschuß als Ungerechtigkeit. Er wollte sie nicht, wie das Gesetz sie nicht wollte. Sie belasten sein Gewissen.

Der

Q10: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.



Der Unterausschuß bittet daher, das Kategorisierungsverfahren endlich beginnen und rasch durchführen zu lassen.

ab 25.6.47

Verteiler:

Militär-Regierung 117 in Hildesheim
Militär-Regierung in Hannover
Militär-Regierung 126 in Göttingen
Regierung, Abt. II, Hildesheim
Niedersächsisches Kultusministerium in Hannover
Herrn Oberstadtdirektor, hier

Otto Eduard Müller
[illegible]
Maria Schmidt
Emma Ziegler
[illegible]
H. [illegible]
Marie [illegible]
[illegible]
Paul [illegible]
Anna Wagner.

Q10: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.

Übersetzung (Fluck) Eingang: 14.7.47

Erziehungs-Abteilung
Land Niedersachsen
Hannover
229 HQ CCG (Be)

229/MG/2025/6/ED

Betr. Entnazifizierung von Lehrern

16. Juli 1947 7. Juli 1947

Unterausschuss für Schulen des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Göttingen

1. Ihr Schreiben v. 30. Mai 1947 ist an die Abteilung Öffentliche Sicherheit 229 HQ weitergeleitet worden, die sich mit der Entnazifizierung befasst.

2. Auf einen oder zwei Punkte wird jedoch von dieser Dienststelle aus hingewiesen:

a) Bei der Entnazifizierung von Lehrern darf nicht ausser acht gelassen werden, dass es ausserordentlich wichtig ist, dass ungeeignete Lehrer nicht die Erlaubnis erhalten, für den Unterricht der kommenden Generation verantwortlich zu sein. Diese Frage muss immer von dem Standpunkt der Kinder aus betrachtet werden, und es besteht die Ansicht, dass ein denkendes Volk, das die Übel des Nazismus erfahren hat, keine Zweifel darüber hegen sollte, dass diejenigen, die von einem unparteiischen Ausschuss in die Gruppe 3 als " "Eifrige Nazianhänger" eingereiht worden sind, ungeeignet sind für die Ausbildung der Jungen.

b) Dieses Hauptquartier teilt Ihre Ansicht, dass die lange Zeit, die für die Entscheidung der Fälle der Lehrer in Anspruch genommen wird, die abgesetzt worden sind, eine Härte bedeutet. Da Sie sich darüber beklagen, dass in dem Stadtkreis Göttingenso viele Fälle auf eine Entscheidung warten, wird anheim gestellt, dass der Unterausschuss bei dem Kreis Hauptausschuss und Berufungs-Ausschuss um Beschleunigung der Arbeit nachsucht.

gez. V.H. Williams
für Senior Control Officer

Hannover

Q11: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.

Schulrat

Übersetzung (Weigel) Eingang: 15.8.47 9 Uhr

SPECIAL BRANCH (SPEZIALABT)
Tel. Hildesheim 01-362

HQ Mil Gov RB Hildesheim
117 HQ CCG
BAOR

Ref.: TD/GN/Edu/1o46

1. /Aug. 47

Betr.: Entnazifizierung von Lehrern

An: Unterausschuss für Lehrer
beim Entnazifizierungs-Hauptausschuss Göttingen-Stadt.

1. Wir möchten Ihr Schreiben vom 3o. Mai 47 beantworten, das an dieses Hauptquartier sowohl als auch an andere Adressen gerichtet war.

2. Es scheint, dass Sie bedauern, dass viele ehemalige nazi-Lehrer aus ihrem Beruf entlassen sind als Ergebnis Ihrer Vorschläge. Wir möchten Sie erinnern, dass dies der Zweck eines solchen Komittes wie des Ihrigen ist, und Sie sollten in dieser Hinsicht kein Bedauern empfinden.
Auch ohne Vorschläge von deutschen Behörden, würde sich in vielen Fällen aus dem Fragebogen ergeben, dass die betreffenden Personen aktive Nazis waren. Ihre Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse ist jedoch unschatzbar gewesen.

3. Wir geben zu, dass der Prüfungsmasstab für Lehrer in geringem Masse über demjenigen der meisten anderen Berufe gelegen hat, können jedoch nicht xxxxxxx sagen, dass die Lehrer anders als andere Personen behandelt worden sind. Ich glaube, Sie werden mit uns dahin übereinstimmen, dass eine Person, die in irgendeiner Weise ein Nazi gewesen ist, zur Zeit nicht im Lehrberuf beibehalten werden kann, selbst nicht in einem niedrigeren Rang.

4. Es ist nicht richtig, wenn Sie andeuten, dass einigendieser ehemaligen Nazi-Lehrer gestattet worden sein könnte, weiterhin zu unterrichten, nachdem sie eine Geldstrafe bezahlt hatten. Aufgrund der bestehenden Vorschriften existiert keine derartige Handhabe. Ausserdem können Sie doch gewiss nicht annehmen, dass dies für die künftige Generation Deutschlands eine gute Sache gewesen wäre.

5. Wie Sie vielleicht wissen, xxx macht die Arbeit der Kategorisierung jetzt Fortschritte. Ein Lehrer, der entlassen worden ist, und dessen Berufung nicht erfolgreich war, wird von dem Lehrerberuf ausgeschlossen. Es erscheint eigenartig, dass Sie an den noch ausstehenden Berufungsfällen interessiert sind.
Wir teilen Ihnen mit, dass ein Grund für die Verzögerung in diesen Fällen der Verzug ist, der unvermeidlich bei deutschen Hauptausschüssen und Berufungsausschüssen entsteht.

6. Wir bestreiten, jedoch, Ihre Zahl, dass nur ein Berufungsfall eines Lehrers von Göttingen Land- und Stadtkreis entschieden worden ist. Wenn xx Ihnen daran gelegen ist, uns die Namen der Personen zu senden, xxx deren Berufungen noch ausstehen, werden wir die Fälle beschleunigt behandeln lassen.

7. Die Spezialabteilung wünscht ebensowenig wie Ihr Kommittee, dass entnazifizierte Lehrer ins Elend kommen, wir sind jedoch entschlossen, dass sie in Zukunft keine Gelegenheit wieder haben sollen, die Jugend Deutschlands in die Irre zu leiten.

8. Wir versichern Ihnen, dass alle Ihre Bestrebungen in der Vergangenheit von der Mil. Reg. gewürdigt werden, und wir bitten Sie, in Ihrer Arbeit fortzufahren.

gez. H. Claydon PSO III
für SPSO PS (SB)
HQ Mil Gov RB Hildesheim

Q12: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.

Stadtschulrat
für den Stadtkreis Göttingen

Göttingen, den 11. Januar 1947

Herrn
Schulrat Wenzel

Heiligenstadt

Sehr geehrter Herr Kollege!

Darf ich mich in der Angelegenheit eines meiner Rektoren an Sie wenden? Rektor Sch[...] ist von der Militär-Regierung entlassen. Es ist nun die Frage: kann oder muß man ihn als Aktivisten bezeichnen? Daß er öfters schroff war, unliebenswürdig gegen Kollegen und Eltern, auch wohl mal gegen Dr. Koch oder mich, keine Frage. Das hing aber wohl mehr mit seiner schweren, ihn seit 1927 peinigenden Zuckerkrankheit als mit Nazihaltung zusammen. Von Mitgliedern seines Kollegiums wird mir geraten, Sie um ein Gutachten zu bitten. Ich halte ihn für einen Sprößling des guten alten Nationalismus und Idealismus, theologisch liberal wie fast alle hiesigen evangelischen Lehrer – für einen „Deutschen Christen", der den Führer" über Christus, den Mythus" über das Evangelium stellte, halte ich ihn für viel zu intelligent. Aber ich kenne ihn erst seit August 1945! Zum besonderen Vorwurf wird ihm gemacht, daß er dem Vorsitzenden des NSLB sich bereit stellte, um ihn bei der Wahl von Rednern und Themen zu unterstützen – wie ich höre, tat er das im

Lehrerverein lange vorher. Ob er sich im NSLB stärker betätigte? Ich höre, irgend einen Lehrer oder Schüler aus NSGründen zu schikanieren, sei er zu „anständig" gewesen. Würden Sie im Interesse des alten Kollegen, ohne Bezug auf diesen Brief außer etwa in begleitenden Sätzen, über Sch. ein Gutachten mir schicken? War er Aktivist? überzeugter Anhänger? Halten Sie ihn für geeignet, als Lehrer oder gar Rektor politisch in der neuen Schulart mitzuarbeiten? Dem Intellekt und der Einsicht in die Schulbedürfnisse nach sicher – aber politisch? Für baldige Antwort wäre ich Ihnen dankbar.

Mit verbindlichen und kollegialen Grüßen

Ihr ergebener

z/ Am 28.1.47

Geschrieben

Abgesandt 13.1.47 Schöne

z/ Keine Antwort

z/ Am 16.II.

z/ 31/1.47

Q13: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 120: Entnazifizierungsunterausschuß für Lehrer 1946-1947.

Der Oberbürgermeister Göttingen, den 9.7.45
Schulverwaltung

An die Militärregierung

Die hier vorgelegten Textbücher der hiesigen Volksschulen
1. Niedersachsenfibel
2. Rechenbuch für Volksschulen Heft 1–7
3. Deutsches Lesebuch f r Volksschulen 2. Schuljahr
4. Deutsches Lesebuch für Volksschulen 2. Band
sind durch Streichung und Herausnahme der Blätter ~~Nazifrei~~ politisch einwandfrei gestaltet ~~werden~~. Die Kommandanten der Dörfer im Landkreis Göttingen haben zumeist die Benutzung der Bücher in dieser Form gestattet. Ich bitte ~~Sie auch~~ für die Schulen der Stadt ~~nach solcher Reinigung~~ zuzulassen. Bei der Unmöglichkeit der Beschaffung neuer Bücher und bei der Verarmung der Bevölkerung wäre der Verzicht auf diese so gesäuberten Bücher sehr hart.

Es sind vorhanden von
1. Niedersachsenfibel Exemplare 740
2. von den Rechenbüchern Exemplare 2466
3. von den Deutschen Lesebüchern für Volksschulen 2. Schuljahr Exemplare 763
4. von den Deutschen Lesebüchern für Volksschulen 2. Band 1239 Exemplare.
Die Bücher werden nach den vorgelegten Exemplaren durch die Lehrerschaft selbst in die gesäuberte Form gebracht werden.

Q14: Stadtarchiv Göttingen, D 44, Blatt 2.

39

Übersetzung (Fluck) Eingang: 3.11.45 8⁰⁰ 126/MD/1

An den Geschäftsführer
Kreisstelle Göttingen
Wirtschaftkammer Hildesheim
Rotestrasse 19

Betr. Textbücher für die Handelsschule

1. Die in der Anlage zu Ihrem Schreiben v. 30.August 45 aufgeführten Textbücher sind genehmigt, mit Ausnahme der folgenden:

   a) Französisch für Berufstätige
   Sie werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass in allen Exemplaren die Seiten 57-63 unleserlich gemacht werden.

   b) De l'école au bureau
   Sie werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass der mit Tinte bezeichnete Absatz in dem zurückgegebenen Exemplar am Fuss von Seite 1 in allen Exemplaren unleserlich gemacht wird.

2. Sie müssen bei dieser Dienststelle eine Bescheinigung vor dem Gebrauch dieser Bücher einreichen, dass diese Änderungen vorgenommen worden sind.
3. Musterexemplare der Bücher werden hierdurch zurückgereicht.

gez. ~~Sxxxxx~~ Sutton
für den Kommandanten der Militär-Regierung
126 S/K Det

31. Oktober 45
Copie an den Oberbürgermeister

Q15: Stadtarchiv Göttingen, D 46, Blatt 39.

Tel. Hildesheim 729

Tr. 5427/No

HQ 117 (L/R) Mil.Gov.Det.
RB Hildesheim CCG BE
117/MG/ED/13/3240
3. Mai 1946

An Herrn Reg.Direktor Dr. Brill.

Betrifft: Aushilfs-Lehrbücher.

1. Sie haben dafür zu sorgen, daß folgende Tatsachen bezügl. der Aushilfs-Lehrbücher weiten Kreisen der deutschen Schulbehörden bekannt werden (mindestens bis zu den Schulräten und Direktoren besonderer Schulen).

2. Die Aushilfs-Lehrbücher sind im November 44 und Januar 45 zum Nachdruck ausgewählt worden. Sie stellten das Beste dar, was seinerzeit zu finden war. Es war damals offiziell üblich, daß die von der Mil.Regierung als Aushilfs-Nachdruck herausgegebenen Bücher keinerlei Änderungen enthalten sollten. (Eine Ausnahme wurde im Falle eines Buches gemacht, bei dem eine Mindestzahl an Änderungen angebracht wurden.

3. Innerhalb dieser Schranken ist der Versuch unternommen worden, einige brauchbare Lehrbücher zum Nachdruck für den Aushilfsgebrauch an Volksschulen herauszufinden. Eine erhebliche Anzahl von vor 1933 erschienen Büchern wurde geprüft; sie enthielten sämtlich nicht einwandfreies Material in verschiedenem Umfang. Die Bücher, die schließlich zum Nachdruck ausgewählt wurden, enthielten die wenigsten nicht einwandfreien Stellen. Sie waren jedoch weit davon entfernt, als zufriedenstellend angesehen zu werden, und sind nur deshalb nachgedruckt worden, weil andere Bücher nicht zur Verfügung standen.

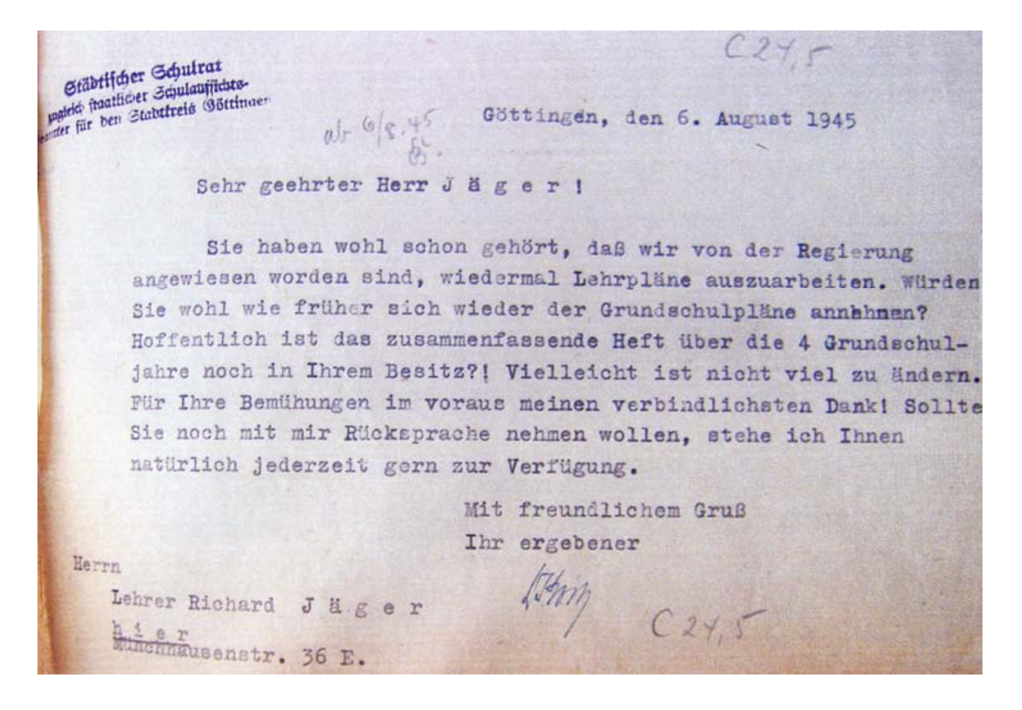
4. Sie haben sich daher zu vergegenwärtigen, daß diese Bücher Material enthalten, das unter keinen Umständen von der Mil.Regierung für neue Bücher genehmigt werden würde. Alle mit der Vorbereitung neuer Lehrbücher beschäftigten Lehrer und Autoren würden sehr im Irrtum sein, wenn sie diese Aushilfs-Lehrbücher irgendwie für die von der Mil.Regierung für neue Lehrbücher geforderte Norm halten würden.

5. Die Aushilfs-Lehrbücher werden von der Mil.Regierung als Notbehelf angesehen, als das Beste, was unter den vor 18 Monaten bestehenden Bedingungen zu finden war: je schneller sie durch Lehrbücher gänzlich anderer Art und anderen Zwecks ersetzt werden können, desto besser.

6. Das Vorwort zu diesen Büchern behandelt die meisten dieser Punkte und sollte von jedem, der mit den Büchern zu tun hat, gelesen werden.

F.T.Bennitt, Capt.
S.O.III (EDN & R.A.)

Q16: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt, Fach 7 C 24,1/II: Verfügungen über Lehr- und Lernmittel.



C 24,5

Städtischer Schulrat
zugleich staatlicher Schulaufsichts-
beamter für den Stadtkreis Göttingen

Nr 6/8.45

Göttingen, den 6. August 1945

Sehr geehrter Herr J ä g e r !

Sie haben wohl schon gehört, daß wir von der Regierung angewiesen worden sind, wiedermal Lehrpläne auszuarbeiten. Würden Sie wohl wie früher sich wieder der Grundschulpläne annhhmen? Hoffentlich ist das zusammenfassende Heft über die 4 Grundschuljahre noch in Ihrem Besitz?! Vielleicht ist nicht viel zu ändern. Für Ihre Bemühungen im voraus meinen verbindlichsten Dank! Sollte Sie noch mit mir Rücksprache nehmen wollen, stehe ich Ihnen natürlich jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß
Ihr ergebener

Herrn
Lehrer Richard J ä g e r
h i e r
~~Münchhausenstr. 36 E.~~

C 24,5

Q17: Stadtarchiv Göttingen, Fach 7 C 24,5: Verfügungen über Lehr- und Lernmittel, Lehrpläne.

Appendix "A"

List of films suitable for use in German schools.

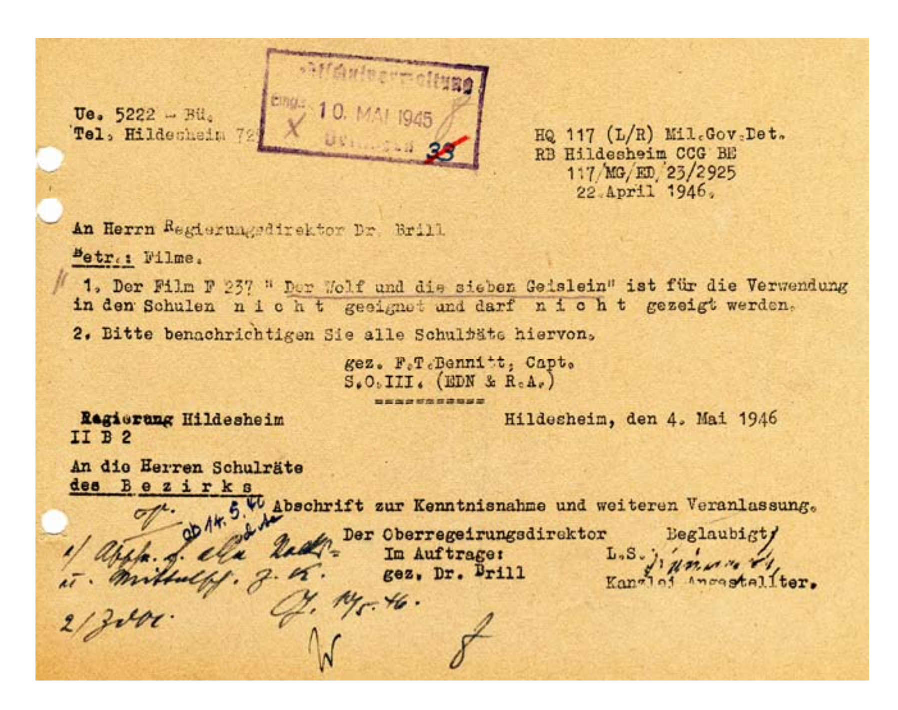
RWU No F 2 Bauerntöpfrei
F 3 Der Stichling und seine Brutpflege
F 4 Entwicklung und Vermehrung der Erbse
F 5 Das Blashuhn
F 6 Zeugen deutscher Vorzeit
F 8 He stellung von Emmentaler Hartkäse
F 9 Wir basteln einen Bauernhof
F 11 Sensen werden geschmiedet
F 12 Landkartenhochbild
F 13 Ein Wagenrad wird gebaut
F 14 Hochseefischerei
F 15 Holzflösserei
F 17 Der Fischadler
F 18 Bilder aus der Vogelwält II
F 19 Der Böttcher baut einen Zober
F 20 Bronzeguss
F 21 Glas I
F 22 Glas II
F 24 Glas IV
F 25 Glas V
F 26 Glas VI
F 27 Die Verwandlung der Libelle
F 28 Holzarbeiter im Winter in bayrischen Be gen
F 29 Der Seiler
F 31 Abbau von Steinkohle
F 34 Ein Pferd wird beschlagen
F 35 Herstellung von Holzschuhen
F 36 Der Maikäfer
F 37 Damwild und Rotwild
F 38 Schutzform und Schut farbe im Tierreich
F 39 Der Drechsler
F 40 Handgedrucktes Bauernleinen
F 41 Herstellung von Wachskerzen
F 42 Die Halsbandregenpfeifer
F 43 Elbsandstein
F 44 Brotbacken
F 45 Forellenzucht
F 46 Der Kohlermeiker
F 48 Steinkohlenbergwerk
F 49 Mikrofauna der Süsswasser
F 52 Herstellung eines Porzellantelle s
F 54 Hausbau
F 55 Die Ringelnatter
F 57 Faltarbeiten aus Papie r I
F 58 Faltarbeiten aus Papier II
F 59 Der Drechsler
F 60 Herstellung einer Kasperle-Puppe
F 61 Entwicklungsformen von Schmetterlingen
F 62 Bilder aus dem Leben der Ameisen

Q18: Stadtarchiv Göttingen, D 45, Blatt 112.

Verbotene Filme

F 16 Deutsche Kulturarbeit in Kamerun
F 47 Hochzeit in Schönwald in Oberschlesien
F 64 Die Deutsche Westgrenze I
F 68 Mädel im Landjahr, Teil I und II
F 81 Bierbrauen
F 84 Negerkinder
F 85 Kinder aus Lappland
F 99 Ein Brief wird befördert, Teil I und II
F 114 Hindenburg
F 115 Die Deutsche Westgrenze II
F 118 Erzbergwerk
F 119 Hochofen I
F 120 " II
F 121 " III
F 122 Stahlwerk I
F 123 " II
F 124 " III
F 125 Walzwerk I
F 126 " II
F 130 Holzschlag im ostpreußischen Walde
F 131 Eisernte in Ostpreußen
F 138 Hochzeit am Tegernsee, Teil I und II
F 141 Vom Erz zur Schiene, Teil I und II
F 146 Die Deutsche Westgrenze II
F 149 Städtische Feuerwehr
F 150 Die Deutsche Westgrenze IV
F 153 Flugmodellbau, Teil I und II
F 158 Arbeitsdienst, Teil I und II
F 160 Boxen der Jugend, Teil I bis X
F 170 Verkehrsflugzeug im Flughafen Berlin
F 176 Kreidegewinnung auf Rügen
F 184 Heringsfischerei
F 185 Kinder sparen
F 187 Deutsche Kamerun-Bananen
F 191 Anlegen eines Harnischs - Deutsches Turnier
F 198 Eine Fahrt zum Wetterwart auf der Zugspitze
F 200 In der Windmühle
F 201 WHW-Abzeichen aus dem Bayrischen Wald
F 204 Ein Kampftag an der Westfront 1918
F 206 Deutsches U-Boot auf Kaperfahrt
F 207 Landung auf Ösel 1917
F 209 Pioniere schlagen eine Brücke
F 211 Fährschiffverkehr Deutschland-Schweden
F 212 Deutscher Seidenbau I
F 214 Stapellauf des Kreuzers "Prinz Eugen"
F 215 Eine Batterie geht in Stellung
F 221 Fellachenleben in Oberägypten
F 222 " " "
F 224 Ein Tag auf einer fränkischen Dorfstraße
F 226 Leibeserziehung in der Schule
F 227 Deutsche Grönland-Expedition, Teil I, II u. III
F 230 Ein Bauer bestellt sein Feld
F 231 Bau eines Flugzeuges
F 232 Segelflieger auf der Wasserkuppe
F 233 Die Deutsche Westgrenze von 800 bis 1815
F [illegible] Der Wolf und die sieben Geißlein

Q19: Stadtarchiv Göttingen, D 45, Blatt 111.



Ue. 5222 – Bü.
Tel. Hildesheim 72

Eing.: 10. MAI 1945

HQ 117 (L/R) Mil.Gov.Det.
RB Hildesheim CCG BE
117/MG/ED/23/2925
22.April 1946.

An Herrn Regierungsdirektor Dr. Brill

Betr.: Filme.

1. Der Film F 237 " Der Wolf und die sieben Geislein" ist für die Verwendung in den Schulen n i c h t geeignet und darf n i c h t gezeigt werden.

2. Bitte benachrichtigen Sie alle Schulräte hiervon.

gez. F.T.Bennitt, Capt.
S.O.III. (EDN & R.A.)

Regierung Hildesheim
II B 2

Hildesheim, den 4. Mai 1946

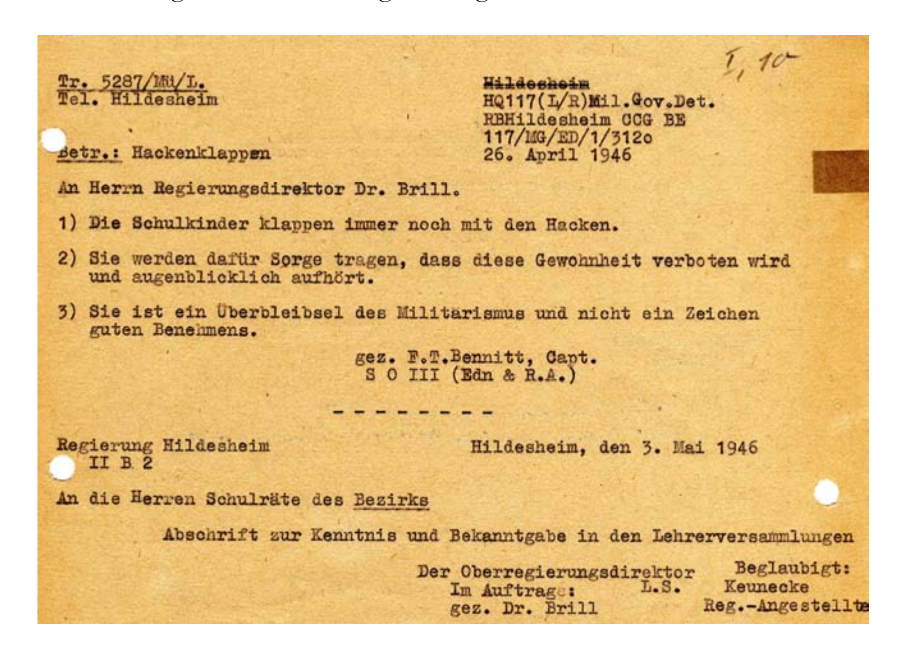
An die Herren Schulräte
des B e z i r k s

Abschrift zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.

Der Oberregeirungsdirektor
Im Auftrage:
gez. Dr. Brill

Beglaubigt:
L.S.
Kanzlei Angestellter.

Q20: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 99,6: Liste der durch die Militärregierung verbotenen und genehmigten Schulfilme.



Tr. 5287/Mü/L.
Tel. Hildesheim

Hildesheim
HQ117(L/R)Mil.Gov.Det.
RBHildesheim CCG BE
117/MG/ED/1/3120
26. April 1946

Betr.: Hackenklappen

An Herrn Regierungsdirektor Dr. Brill.

1) Die Schulkinder klappen immer noch mit den Hacken.

2) Sie werden dafür Sorge tragen, dass diese Gewohnheit verboten wird und augenblicklich aufhört.

3) Sie ist ein Überbleibsel des Militarismus und nicht ein Zeichen guten Benehmens.

gez. F.T.Bennitt, Capt.
S O III (Edn & R.A.)

- - - - - - - -

Regierung Hildesheim
II B 2

Hildesheim, den 3. Mai 1946

An die Herren Schulräte des Bezirks

Abschrift zur Kenntnis und Bekanntgabe in den Lehrerversammlungen

Der Oberregierungsdirektor
Im Auftrage:
gez. Dr. Brill

L.S.

Beglaubigt:
Keunecke
Reg.-Angestellte

Q22: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt C 45 Per. Nr. 12.

Stadtschulrat
zugleich staatlicher Schulaufsichtsbeamter
für den Stadtkreis Göttingen

Göttingen, am 1. November 1946

1. An
die Regierung
- Abteilung II -

Hildesheim

Betr.: Besuch des Leiters der Abteilung Volks- und Mittelschulen für die britische Zone in Bünde Herrn Dr. Brooks.

Am 29. und 30. Oktober weilte der genannte Herr hier, selbst Lehrer an einer Lehrerbildungsanstalt in London. Leider konnte er seinen Besuch nicht verschieben, so fiel der 30. wegen der Volkszählung für Schulbesichtigungen aus; Stadt- und Landkreis mußten sich in den 29. teilen.

Zunächst besprach er sich mit dem Rektor der Mittelschule für Jungen. Ein Besuch in einer Deutschstunde in der obersten Klasse Einführung in den „Blonden Ekbert", befriedigte ihn sehr. Dann fuhr er mit dem Kreisschulrat in den Landkreis. 14,30 Uhr traf er in der Personnschule ein, um dort 2 Oberklassen der Egelsberg schule zu besichtigen. Zunächst Englisch im 5. Schuljahr; er war über das Resultat nach einem halben Jahr überrascht. Ebenso über eine Gedichtdurchnahme in der 7. Klasse. In der Herbart-schule hörte er in der 1. Klasse bei Lehrer Greiser einen methodisch hervorragenden Rechenunterricht. Der Reichtum an Formen und Mitteln der Veranschaulichung, die lebhafte Teilnahme der Klasse von 71 Jungen interessierte ihn sehr. Ebenso erstaunte er, wie das stille Frl. Wagner 72 Mädchen der 1. Klasse mit sanfter Hand regierte, zu musterhafter Haltung und geistigem Mitgehen.

Daran schloß sich eine Besprechung mit etwa 80 Lehrern beider Schularten an. Die Lehrerschaft brachte eine Fülle von Nöten vor über den Mangel an Lehrmitteln und anderen Waren. Dr. Brooks notierte alles und verhieß Bemühungen um Abhilfe. Besonders groß war der Beifall für sein Verständnis dafür, daß die Klassen viel zu groß seien; mehr als 35 Kinder könne ein Lehrer zwar unterrichten, aber nicht erziehen. Er wollte sich gegen die Meßzahl 70 einsetzen. Er sprach es aus, wie er die Lehrerschaft in der ganzen Zone wegen ihrer freudigen Hingabe trotz aller Not bewundern gelernt habe.

Am 30.10. besichtigte Dr. Brooks Vorlesungen und Uebungen der Päd. Hochschule. Es schloß sich eine 2-stündige Besprechung von ihm und Mr. Cullen (Ed.126) mit den beiden Schulräten an Darüber berichte ich in 2 beiliegenden Berichten.

2. W.v. am 1.12.1946 ~~nov. Sch.~~
Geschrieben 1/11. 46 Sch.
Abgesandt 4/11. 46 Schoke

Q21: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Fach 10 C 29,1: Revisionen durch Schulaufsichtsbeamte.

Stadtschulrat
zugleich staatlicher Schulaufsichtsbeamter
für den Stadtkreis Göttingen

Göttingen, am 10. Juni 1947

An
die Regierung
– Abteilung II –

H i l d e s h e i m

Betr.: Schulspeisung und Hooverspeisung.

Der Erlaß des Herrn Ministers vom 24.5.1947 an die Regierung Hildesheim ist mir im Durchgang an die städtischen höheren Schulen bereits bekannt geworden. Er erfüllt mich mit großer Sorge. Ich bitte, diese vortragen zu dürfen.

Wenn ich mit hiesigen staatlichen und städtischen Stellen den Erlaß richtig verstehe, so besagt er: in Zukunft, d.h. wenn die deutschen Bestände für die Schulspeisung erschöpft sind, gibt es nur die Hooverspeisung. Diese erhält amerikanische Lebensmittel, bringt also eine wesentliche Verbesserung, zumal gegen die jetzige kümmerliche Suppe aus 50 gr. gemahlenen alten Erbsen mit 4-6 gr Butter als einzigem Zusatz. Aber sie reicht nur für das elendste Drittel der Kinder und Jugendlichen von 6-18 Jahren. Die übrigen zwei Drittel aber erhalten gar nichts.

So völlig unzureichend die jetzige Erbssuppe auch ist, so bedeutet sie doch hier für manches Kind die einzige warme Mahlzeit am Tage. Dabei sind fast alle Kinder, die jetzt Schulspeisung erhalten, also die Nichtselbstversorger sind, unterernährt, die dies nicht sind, sind es zu Lasten der Mütter. Wohl infolge der Ecklage Göttingens zwischen den Zonen hat unsere Schulspeisung seit dem 1. Februar so wenig Lebensmittel für die Schulspeisung erhalten, daß die Kinder nur an 3 Wochentagen Essen bekommen konnten; in den kurzen Tagen der Schokoladenspende erhielten sie an den Zwischentagen vor Weihnachten noch Schokolade; zweimal konnte infolge der Geflügelschlachtung und infolge der irischen Rindfleischspende einige Zeit lang wieder täglich gekocht werden. Seit Anfang Mai gibt es nur Erbssuppe. Aus verschiedenen Gründen gaben wir sie zunächst 14 Tage lang auch nur 3 mal in der Woche, weil zunächst die Vorräte nur für kurze Zeit reichten und es, wie Gesundheitsamt, Stadtarzt und Physiologen mir als richtig bestätigten, richtiger erschien, 4 Wochen lang jeden 2. Tag ~~halbe~~ als 14 Tage tägliche und 14 Tage keine Speisung zu geben; weil tägliche Erbssuppe mit 4-6 gr Butter den Kindern rasch widersteht (dies aus dem physiologischen Grunde, daß die Erbsen bei so geringem Fettzusatz nicht vom Körper aufgenommen werden). Nachdem noch mehr Erbsen eintrafen, geben wir trotz jener Bedenken täglich Speisung.

Angeblich sollten unseren Kindern täglich (an 6 oder gar 7 Tagen) je 300, den über 12 jährigen 490 Kalorien zugeführt werden als Zusatz zur Markenkost. Wie diese weit unter dem angekündigten Satz von 1 500 Kalorien liegt, so noch stärker die Schulspeisung; sie wird statt der geplanten 1800-2000 oder 3940-4430 Kalorien zuletzt nur etwa 300, jetzt 600 aufnehmbare Kalorien Wert gehabt haben.

Q23: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.

Setzt dann im September die Hooverspeisung ein, so tritt die Jugend bereits stark unterernährt an sie heran. Und dann kann nur ein Drittel der Jugend versorgt werden.

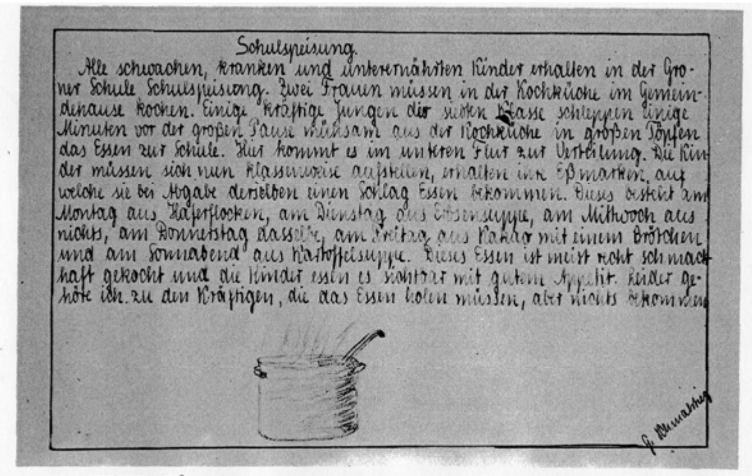
Dieser Tatbestand erfüllt mich wie alle Stellen und Personen, die von ihm wissen, mit größter Sorge.

Seit wir keine Zusätze aus englischen und amerikanischen Beständen mehr kaufen können, kommt die Speisung ausschließlich aus deutschen Beständen, aus denen die Materialien ja gekauft werden. Die Schulspeisung ist also eine rein deutsche Sache geworden. Wenn es so ist, so können die deutschen Behörden alles tun, den Kindern Zusatz zur Normalkost zu geben, am zweckmäßigsten doch wohl durch die Schulspeisung; also sollten sie es tun.

Ich bitte, alle denkbaren Schritte zu tun, um die Schulspeisung bis zum Einsetzen der Hooverspeisung für alle berechtigten Kinder und darnach für alle nicht zur Hooverspeisung zugelassenen Kinder fortzuführen.

gez. Witte

Q23: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.



Schulspeisung.

Alle schwachen, kranken und unterernährten Kinder erhalten in der Groner Schule Schulspeisung. Zwei Frauen müssen in der Kochküche im Gemeindehause kochen. Einige kräftige Jungen der siebten Klasse schleppen einige Minuten vor der großen Pause mühsam aus der Kochküche in großen Töpfen das Essen zur Schule. Hier kommt es im unteren Flur zur Verteilung. Die Kinder müssen sich nun klassenweise aufstellen, erhalten ihre Eßmarken, auf welche sie bei Abgabe derselben einen Schlag Essen bekommen. Dieses besteht am Montag aus Haferflocken, am Dienstag aus Erbsensuppe, am Mittwoch aus nichts, am Donnerstag dasselbe, am Freitag aus Kakao mit einem Brötchen und am Sonnabend aus Kartoffelsuppe. Dieses Essen ist meist recht schmackhaft gekocht und die Kinder essen es sichtbar mit gutem Appetit. Leider gehöre ich zu den Kräftigen, die das Essen holen müssen, aber nichts bekommen.

G. Schmalstieg

SCHULSPEISUNG

Alle schwachen, kranken und unterernährten Kinder erhalten in der Groner Schule Schulspeisung. Zwei Frauen müssen in der Kochküche im Gemeindehaus kochen. Einige kräftige Jungen der siebten Klasse schleppen einige Minuten vor der großen Pause mühsam aus der Kochküche in großen Töpfen das Essen zur Schule. Hier kommt es im unteren Flur zur Verteilung. Die Kinder müssen sich nun klassenweise aufstellen, erhalten ihre Eßmarken, auf welche sie bei Abgabe derselben einen Schlag Essen bekommen. Dieses besteht am Montag aus Haferflocken, am Dienstag aus Erbsensuppe, am Mittwoch aus nichts, am Donnerstag dasselbe, am Freitag aus Kakao mit einem Brötchen und am Sonnabend aus Kartoffelsuppe. Dieses Essen ist meist recht schmackhaft gekocht, und die Kinder essen es sichtbar mit gutem Appetit. Leider gehöre ich zu den Kräftigen, die das Essen holen müssen, aber nichts bekommen.

Günther Schmalstieg

Q24: Werner König (Hg.), Göttingen, Stadt der Schulen: 100 Jahre öffentliche Volks- und Realschulen, Göttingen 1976, S. 107.

S p e i s e n p l a n

für die 109. Zuteilungsperiode 1.3,und 4.Woche vom 15.12.47-11.1.48

Datum	Gericht:	Verbrauch d.Lebensmittel pro Kopf u. Tag	Bemerkungen:
15.12.47	Salzige Haferflockensuppe 357 Kal.	45 gr.Haferflocken 7 gr.Fett 5 gr.Trockenei 20 gr.Kond.Milch 15 gr.Soja	Das Fett ist bei d. Fa.Edeka abzuholen.
16.12.47	Nudelsuppe mit Fleisch 362 Kal.	60 gr.Teigwaren 40 gr.Fleischkons. 3 gr.Fett	Die Fleischkonserve sind bei Fa.Henjes & Beissner abZuhole
17.12.47	Kakaotunke m.Brötchen 355 Kal.	f.Kakaotrunk 10 gr.Kakao 30 gr.Trockenmilch 15 gr.Zucker für Brötchen 45 gr.amerik.Weizenmehl	Der Kakao ist bei d Fa.Edeka abzuholen. Die Brötchen sind b Bäcker abzuholen.
18.12.47	Hülsenfrüchtesuppe mit Fleisch - 354 Kal.	50 gr.Hülsenfrüchte 20 gr.Fleischkons. 10 gr.Mehl 10 gr.Fett	Die Fleischkonserve sind bei Fa.Henjes &Beissner abuuholen das Fett bei Fa.Edeka
19.12.47	Haferflocken-Schokolade-Brei - 355 Kal.	45 gr.Haferflocken 30 gr.Trockenmilch 15 gr.Zucker 10 gr.Kakao	Der Kakao ist bei F Edeka abzuholen.
20.12.47	Mehlmus mit Trockenobst	40 gr.Weizenmehl 30 gr.Trockenmilch 15 gr.Zucker 20 gr.Trockenobst	

Vom 22.12.-27.12.47 ist keine Essenausgabe. Über die Ausgabe von Süsswaren ergeht noch besondere Anweisung.

29.12.47 wie am 15.12.47 usw.

Der Speisenplan ist genauestens einzuhalten.

An das
Schulamt,
h i e r

Göttingen,den 9.Dezember 1947
Stadtverwaltung
-Schulamt-
I.A.
Lichtel

Q25: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.



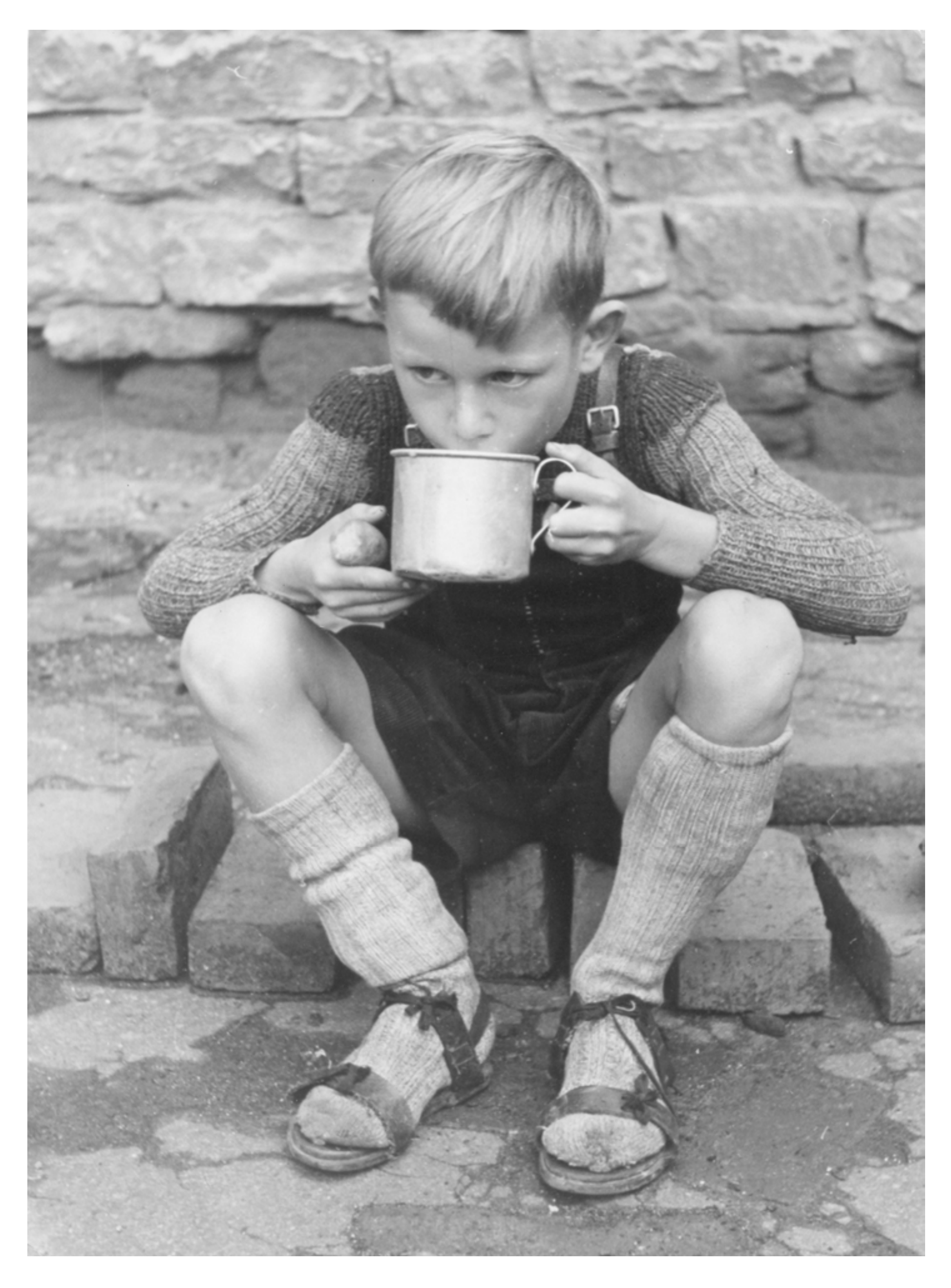
Q26: Städtisches Museum Göttingen, Fotoarchiv, Akte: „Ereignisse 1946. Beginn der Schulspeisung in Göttingen am 27.5.“, Neg.-Nr.: 245/8.



Q27: Städtisches Museum Göttingen, Fotoarchiv, Akte: „Ereignisse 1946. Beginn der Schulspeisung in Göttingen am 27.5.“, Neg.-Nr.: 245/10.



Q28: Städtisches Museum Göttingen, Fotoarchiv, Akte: „Ereignisse 1946. Beginn der Schulspeisung in Göttingen am 27.5.“, Neg.-Nr.: 245/7.



Q29: Städtisches Museum Göttingen, Fotoarchiv, Akte: „Ereignisse 1946. Beginn der Schulspeisung in Göttingen am 27.5.“, Neg.-Nr.: 245/9.

Der Direktor
der Städt. Gewerbeschule.
A./B.

Göttingen,den 2.10.1947.

Stadtschulverwaltung
Eing.: - 3. OKT. 1947
Göttingen

An den
Herrn Stadtschulrat, h i e r .

Betr.: Schulspeisung für Lehrer.

Die körperlichen und geistigen Anforderungen, die an die Lehrpersonen der Berufsschulen gestellt werden, sind außerordentlich.
Bei der mangelhaften Ernährung müssen die Lehrkräfte oft vormittags und nachmittags Unterricht erteilen. Neben den Vorbereitungen für den Unterricht werden gerade z.Zt. Facharbeiterprüfungen durchgeführt, die ebenfalls von den Lehrpersonen einen Kräfteeinsatz fordern. Ferner wird in dieser Woche und auch in der nächsten Woche von jeder Lehrkraft neben der Pflichtstundenzahl ein Arbeitseinsatz beim Umzug erforderlich sein. Jede Lehrperson setzt sich tatkräftig ein, um diese Arbeit zu bewältigen.
Der Entzug der Schulspeisung für die Lehrkräfte zeigt jedoch jetzt schon einen bedenklichen Kräfteverfall.
Ich bitte prüfen zu wollen, ob nicht doch eine Möglichkeit besteht, den Lehrpersonen die Teilnahme an der Schulspeisung zu gestatten.
Z.B. würde bei der Speisung von 400 Schülern täglich ein bestimmter Prozentsatz durch Fehlen ausfallen. Dieser Ausfall von etwa 5 %

könnte an die Lehrer verteilt werden, ohne, daß eine Kürzung für die Schüler hierdurch eintritt.
Ich fühle mich verpflichtet, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die durch die augenblickliche Lage entsteht und bitte deshalb um eine wohlwollende Prüfung meines Vorschlages.

Ahlsdorf

Q30: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.

c) Erschreckend schlecht war der Gesundheitszustand der Lehrer. Trotz milder Witterung fehlten stets in jeder Schule mehrere. Auch bei normaler Ernährung brauchen leichte Erkrankungen Wochen bis zur Genesung. In kurzen Abständen starben 2 aktive und 3 pensionierte Lehrer; davon 3 völlig abgemagert, von den 2 bis vor der Hungerzeit kaum je krank waren. Um so wichtiger und wertvoller ist die Schulspeisung für die Lehrer.

Q31: Stadtarchiv Göttingen, D 44, Blatt 142.

Göttingen, am 22. Juli 1947

An
die Regierung
- Abteilung II B -
H i l d e s h e i m .

Betr.: Gesundheitszustand und Schulspeisung der Lehrerschaft.
Bezug: Verfügung vom 4. Juli 1947.

Die eingeforderten Berichte der Schulen geben noch weit über die bösen Erwartungen hinaus erschreckendes Bild. Ich lege Abschriften besonders bezeichnender Auszüge aus den Berichten bei.

Mittelschule für Jungen:

Nachlassen der Sehkraft, Schwindel, starkes Untergewicht, Versagen des Gedächnisses; besonders schlimm sind die beiden Lehrer daran, die in Göttingen keine Wohnung finden; der eine in Nikolausberg hat über 4 km Weg bei 200 m Höhenunterschied; der andere in Rittmarshausen ist von 5 bis 19 Uhr abwesend.

Mittelschule für Mädchen:

Von den 22 Lehrkräften an meiner Schule haben nur vier eine Verwandte in ihrem eigenen Haushalt, die das Essen für sie bereitet. Da nach Schulschluss mittags 13.25 Gas- und Stromzufuhr abgeschaltet sind, können die übrigen erst am Abend eine warme Mahlzeit bereiten. Die Schulspeisung ist also die einzige warme Mahlzeit, die sie bis zum Abend bekommen. Die Mahlzeiten in Gaststätten einzunehmen verbietet sich, weil die Portionen im Vergleich zu den geforderten Marken zu klein sind und für die Abendmahlzeit zu wenig übrigbleibt.
Alle Lehrkräfte klagen darüber, dass ihr Gedächnis versagt, bei Stoffen, die sie schon jahrelang unterrichteten, fehlen plötzlich Namen und Zahlen. Mitten im Lehrgespräch kommt es vor, dass erfahrene und bewährte Lehrkräfte plötzlich den Faden verlieren. Wiederholt muss eine Lehrkraft wegen Schwindels den Unterricht abbrechen oder die Schülerinnen beschäftigen. gez. [illegible]

Albanischule:

Fast alle Lehrer führen z.Zt. zwei Klassen und betreuen somit i.D. 120 Kinder. Gewichtsverlust 10 - 20 %. Ein Fall von Hungerödem. 3 stärkere Herzschwächen. 2 Ohnmachtsanfälle im Unterricht. Lange Dienstunfähigkeit erkrankter Lehrkräfte. Z.B. nach Nierenentzündung noch immer wieder Fieber und Unterrichtsfortfall, desgl. 10 Wochen nach normaler Geburt.

Pestalozzischule:

A: 51 Jahre, ist in ärztlicher Behandlung wegen Magenleidens. B: 55 Jahre, arbeitsfähig nur durch Herzspritzen. C: 51 Jahre, seit 6 Monaten in ärztlicher Behandlung ; Vitaminspritzen, starke Paradentose, ärztlich verordneter Kuraufenthalt wegen Überfüllung unmöglich. D: 51 Jahre, unter Röntgenbeobachtung. E: 61 Jahre, überanstrengt ; starke Mangelsymptome. F: 51 Jahre, nach schwerer Lungenentzündung aus Berlin geflüchtet, schonungsbedürftig, mit äusserer Anspannung an den Grenzen der Kraft. G: 32 Jahre, wegen Schwäche verordnete Zusatzkost hört jetzt auf.

Gewerbeschule:

Erwägt Verkürzung des Unterrichts trotz aller Bedenken; Sorge über Zusammenbruch weiterer Lehrkräfte.

Q32: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.

Erklärung.

Seit Pfingsten 1946 nehme ich als Turnlehrerin der Lutherschule an der allgemeinen Schulspeisung teil. Durch sie habe ich eine wesentliche Verbesserung in meinem körperlichen Befinden feststellen können. Ich hatte vorher einen schweren, körperlichen und nervlichen Zusammenbruch erlitten, durch Überarbeitung bei der unzureichenden Ernährung, der mich für ½ Jahr lang dienstunfähig machte. Ich hatte ein erhebliches Untergewicht und fühlte mich matt und kraftlos. Nach Entziehung der Schulspeisung fürchte ich einen Rückschlag ähnlicher Art da ich ohne diese zusätzliche Speisung nicht im Stande sein würde, meinen Dienst voll zu verrichten.

Hildegard Loß, Turnlehrerin.

Q33: Stadtarchiv Göttingen, Schulamt Nr. 100: Schulspeisung 1945-1947.

„Jungen und Mädel! Man [...] bietet euch einen Neuanfang“ – Jugend in der Nachkriegszeit

Lisa Brill

1 Einleitung

In der Nachkriegszeit wurde der Lebensabschnitt der Jugend je nach Alter, Geschlecht, finanziellen Verhältnissen, Lebensort, Erziehung und Erlebnissen in Nationalsozialismus und Krieg von Mädchen und Jungen unterschiedlich wahrgenommen und erlebt.[1] Die verschiedenen Erfahrungsräume reichten von der Mitgliedschaft in Jugendgruppen und Vereinen bis hin zu gesellschaftlichem und sozialem Ausschluss. Sie alle teilten als Kinder und Jugendliche die gemeinsame Erfahrung des Krieges. Die meisten von ihnen waren außerdem Mitglied in der Hitlerjugend oder im Bund Deutscher Mädel gewesen. Im Nationalsozialismus waren Kinder und Jugendliche in der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel instrumentalisiert worden, um sie früh mit der nationalsozialistischen Ideologie lenken und beherrschen zu können.

Das Leben der Jugendlichen wurde darüber hinaus mehr als zehn Jahre lang von den unmittelbaren Kriegsfolgen beeinflusst. Noch lange haben der Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit in der Erinnerung und der Psyche der Jugendlichen ihre Spuren hinterlassen. Für fast alle Heranwachsenden war die Zeit nach dem Krieg bestimmt von materieller Not und psychischer und moralischer

[1] In die Jugendzeit fallen die Pubertät, das Ende der Schulzeit, der Beginn der Berufsausbildung, die Abnabelung vom Elternhaus und die Identitätsfindung. Siehe auch: Markus Köster, Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Paderborn 1999, S. 383.

Desorientierung, aber auch von einem Gefühl des Neuanfangs, der geistigen Offenheit und des kollektiven Aufbruchs.[2]

2 Jugendliche und Kinder als „Miternährer der Familie"

Die meisten Mädchen und Jungen lebten direkt nach dem Krieg in veränderten Familienkonstellationen. Eine große Anzahl der Väter befand sich in Kriegsgefangenschaft oder war im Krieg gestorben: Sie hinterließen 2,5 Millionen Waisen und Halbwaisen. Viele Kinder lebten über einen längeren Zeitraum alleine mit ihren Müttern, Geschwistern oder anderen Angehörigen oder hatten diese sogar verloren. Ungefähr 45 Prozent der Kinder wuchsen mit ihren Vätern auf, 25-30 Prozent waren dagegen zeitweise ohne ihren Vater und 25-30 Prozent mussten dauerhaft oder sehr lange auf diese männliche Bezugsperson verzichten. Stark gefordert von der Tatsache, auch Rollen der Männer übernehmen zu müssen, übertrugen die Mütter laut dem Historiker Nicholas Stargardt wichtige Aufgaben auf ihre älteren Kinder. Diese halfen im Haushalt, kümmerten sich um die jüngeren Geschwister, handelten auf dem Schwarzmarkt, stahlen Kohle oder weitere lebensnotwendige Dinge und unternahmen Hamsterfahrten[3] – Aktivitäten, die die Jugendschützer beunruhigten und einen moralischen Verfall der Jugend konstatieren ließen. Bei einigen Kindern resultierten aus diesen Familienverhältnissen eine besonders enge Beziehung zu ihren Müttern und ein distanziertes Verhältnis zu ihren Vätern.[4] Kamen Letztere aus der Kriegsgefangenschaft zurück, nahmen ihre Söhne und Töchter dies oft als Irritation oder Störung wahr. Häufig litten die Väter an Depressionen und physischen und psychischen Einschränkungen und waren mit der Reintegration in ihre Familie und den Veränderungen seit ihrer Rückkehr überfordert. Sie hatten mit der Vaterfigur, die ihre Kinder in Erinnerung hatten, wenig gemein. Auch dem Bild, das in ihrer Abwesenheit oftmals von den Familienmitgliedern konstruiert und hochgehalten worden war, glichen sie nicht.[5] Häufig ließen sich die familiären Autoritätsverhältnisse, die vor dem Krieg geherrscht hatten, nicht mehr wiederherstellen. Viele Väter hatten sich stark verändert und viele Kinder und Jugendliche waren durch die verantwortungsvollen Tätigkeiten, die sie für ihre Familie übernommen hatten, schnell erwachsen geworden und konnten sich schwer wieder der väterlichen Autorität unterordnen.[6]

---

[2] Vgl. Friedhelm Boll, Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995, S. 44. Siehe dazu auch: Hermann Schulz/Hartmut Radebold/Jürgen Reulecke, Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, Bonn 2005, S. 115.

[3] Vgl. Nicholas Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, Pößnek 2008, S. 403-404; Feliks Tych, Alfons Kenkmann/Elisabeth Kohlhaas (Hg.), Kinder über den Holocaust- Frühe Zeugnisse 1944-1948. Interviewprotokolle der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Polen, Berlin 2008.

[4] Vgl. Winfried Speitkamp, Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1998, S. 252.

[5] Vgl. Radebold, Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, S. 127.

[6] Vgl. Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, S. 395-397.

Vielen zurückgekehrten Vätern gelang es nicht, wieder ihre Rolle als „Ernährer der Familie" einzunehmen.[7] Eine große Anzahl von Ehen ging in dieser Zeit zu Bruch. Betroffene Kinder und Jugendliche verloren ihre Väter dadurch abermals und damit auch eine für ihre Entwicklung wichtige männliche Bezugsperson. Besonders vaterlose Söhne suchten sich Ersatzvorbilder unter männlichen Lehrern, Verwandten oder anderen Bezugspersonen in Filmen und Literatur (auch in den Männerwelten der sogenannten „Schund- und Schmutzliteratur") sowie in Jugendbünden.[8]

3 Zwischen Freiheit und Trauma: „Umhervagabundierende" Jugendliche

Zu Kriegsende waren viele Mädchen und Jungen aus den Städten im Rahmen der Kinderlandverschickung in ländliche Gebiete evakuiert worden. Oftmals hatten die Reichsjugendführung und die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) sie in staatlichen Heimen, Schlössern und Klöstern oder bei Gastfamilien untergebracht. Die Erfahrungen, die die Kinder in dieser Zeit machten, reichen von Vernachlässigung, Misshandlungen, Missbrauch und Ausnutzung durch Gasteltern bis hin zu Geborgenheitsgefühlen und Spaß bei der Arbeit auf einem Hof und am Landleben.[9]

In den letzen Jahren des Krieges mussten männliche Mittel- und Oberschüler den Dienst als Flakhelfer antreten. Die Arbeit bei der Luftabwehr war besonders gefährlich, da die Flugabwehrkanonen ein primäres Ziel angreifender Flugzeuge waren. Ab dem 25. September 1944 hatten die Nationalsozialisten alle Männer ab dem 16. Lebensjahr aufgefordert am sogenannten „Volkssturm" teilzunehmen und Deutschland als Soldaten zu verteidigen. Trotz der Altersbeschränkung nahmen auch 14- oder 15jährige Jungen freiwillig daran teil. Vielen erschien dies als Höhepunkt der Ausbildung, die sie in der Hitlerjugend erhalten hatten.[10] Mädchen übernahmen nun die Hilfsdienste, die die Jungen zuvor ausgeübt hatten (z.B. als Flakhelferinnen).[11] Am 12. Februar 1945 forderte Hitler auch Frauen und Mädchen auf, als Hilfsdienst am Volkssturm teilzunehmen.[12]

Die jugendlichen Flakhelfer und Kindersoldaten sollten eigentlich in der Nähe ihrer Heimatorte eingesetzt werden. Gerade bei Jungen aus Ballungsgebieten wurde dieses Versprechen allerdings oft nicht eingehalten. Sie wurden in Gegenden geschickt, in denen sie benötigt wurden, also teilweise weit entfernt von ihrem

[7] Radebold, Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, S. 141.
[8] Vgl. Radebold, Söhne ohne Väter, S. 155-158.
[9] Vgl. Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, S. 326-329.
[10] Vgl. ebd.
[11] Vgl. ebd., S. 315-318.
[12] Vgl. Michael Behnen, Volkssturm, in: Gerhard Taddey (Hg.), Lexikon der deutschen Geschichte. Ereignisse. Institutionen. Personen, 3. überarb. Auflage, Stuttgart 1998, S. 1301.

Heimatort.[13] Wie auch die Mädchen und Jungen aus der Kinderlandverschickung waren diese nach Kriegsende oftmals auf sich alleine gestellt und mussten erst einmal nach Hause zurückfinden. So irrten sie auf den Landstraßen herum, schliefen in Heuschuppen und verdienten ihren Lebensunterhalt manchmal mit Arbeit für die Besatzungstruppen – häufiger aber mit Prostitution, Schwarzmarkthandel und Eigentumsdelikten.[14] Zu den sogenannten „umhervagabundierenden Jugendlichen" gehörten auch Ostvertriebene und junge Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone.

Göttingen wurde neben Braunschweig und Hannover besonders stark von heimatlosen Jugendlichen aufgesucht, denn es lag an der Zonengrenze und war kaum zerstört. Die Betreuung dieser jungen Wanderer war bis in die Mitte der 1950er Jahre eine der Hauptaufgaben der Jugendhilfe.[15] Diese hatte ab dem 15. November 1945 den Auftrag, Adoleszenten ohne festen Aufenthaltsort festzuhalten. Anschließend versuchten Jugendpflege und Militärregierung diese in Lehrstellen oder Jugendhorten und Arbeitslagern unterzubringen.[16] *„Die Jugendlichen kommen einzeln oder in Trupps mit bis zu 5, 6 und noch mehr jungen Männern und 1 oder 2 Mädchen angeblich aus der russischen oder polnischen Zone, obwohl sich bei näheren Untersuchungen bisweilen herausstellt, daß sie aus dem Westen stammen"*, beschreibt Oberverwaltungsrat Kluge die Lage in einem Brief an die Regierung in Hildesheim am 2. Juli 1946 (Q1).[17] Dabei klagt er auch über die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den vier Besatzungszonen und über die Schwierigkeit, die jungen Menschen in Arbeits- oder Lehrstellen zu vermitteln: Nach wenigen Tagen würden die meisten wieder weglaufen. Gleichzeitig spricht Kluge aber auch die schlechten Verhältnisse in den Barackenlagern, den Wohnorten der jugendlichen Arbeiter, an: *„Nur Menschen, die von innen heraus den Wert der Arbeit erkennen, werden sich über die Unbequemlichkeiten eines solchen Lagerlebens hinwegsetzen."* Genau diese Fähigkeit vermisse er aber bei den Jugendlichen.

Heutige Studien, die sich mit den Lebensbedingungen von Kindern in kriegsähnlichen Situationen befassen, stellen fest, dass die Heranwachsenden, die unter den extremsten Bedingungen in Flüchtlingslagern leben, am wenigsten Ängste und emotionale Beeinträchtigungen, dafür aber ein abweichendes Sozialverhalten, eine stärkere Aggressivität und ein verzerrtes Moralverständnis aufweisen als andere Kriegskinder. Dieses Phänomen wird mit einer Desensibilisierung und Anpassung

[13] Vgl. Ludger Tewes, Jugend im Krieg, Von Luftwaffenhelfern und Soldaten 1939-1945, Essen 1989, S. 329.

[14] Vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 33.

[15] Vgl. Köster, Jugend, S. 388-390.

[16] Vgl. Alfons Kenkmann, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996, S. 218-219.

[17] Brief von Kluge an die Regierung in Hildesheim, 2.7.1946, Göttinger Stadtarchiv, C64 „Jugendamt Abteilung Jugendpflege", Nr. 421 „Probleme der Jugendlichen".

gegen die permanent Stress erzeugenden und gewalttätigen Lebensumstände erklärt.[18]

Auch die umherziehenden Jugendlichen der Nachkriegszeit waren dauerhaftem Stress ausgesetzt. Es liegt nahe, dass sie sich ihren Lebensumständen angepasst und andere Moralvorstellungen angenommen haben.

Für viele der Mädchen und Jungen war ein solches Leben eine Möglichkeit, vor den Kriegserlebnissen und ihren Problemen zu flüchten.[19] Kinder und Jugendliche hatten im Krieg verschiedene Traumata erlitten. Während des Bombardements hatten sie zwischen den Erwachsenen in stickigen Kellern oder Bunkern gesessen, Tote oder Verletzte gesehen, waren selber verwundet worden, hatten ihre Eltern, Verwandte oder Freunde verloren und als Flakhelfer oder Kindersoldaten lebensgefährliche Situationen durchgestanden, bei denen sie teilweise selber getötet hatten. Besonders traumatische Erfahrungen hatten die Kinder erlitten, die unter der Naziherrschaft in Konzentrationslagern inhaftiert worden waren und diese Zeit überlebt hatten.[20] Kinder haben im Gegensatz zu Erwachsenen bestimmte Kompensationsmechanismen zur Traumabewältigung noch nicht entwickelt.[21] Deshalb waren auch die Heranwachsenden, die den zweiten Weltkrieg erlebt hatten, sehr gefährdet, bleibende psychische Folgeerscheinungen davonzutragen.

Laut aktuellen Studien reagieren Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren auf Kriegstraumata oft mit Niedergeschlagenheit, Gereiztheit und antisozialem Verhalten. Sie haben veränderte Lebenseinstellungen und Wertvorstellungen und können sich ihre Zukunft nicht vorstellen.[22] Diese Traumatisierungen könnten die Gründe für das „Umhervagabundieren" und die Straftaten einiger Jugendlicher sein. Wie sollten sie den inneren Wert der Arbeit und eines sesshaften Lebens erkannt haben, wenn sie sich ihre eigene Zukunft nicht vorstellen konnten?

4 „Arbeitsscheu, nachlässig und unehrlich"? Jugendarbeitslosigkeit 1950

Nach der Währungsreform im Juni 1948 milderten sich einige Nöte der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Arbeitslosigkeit, besonders die der Heranwachsenden,

---

[18] Vgl. Ahmad Khatib, Kinder unter Bedrohung. Eine empirisch-psychologische Studie über die Auswirkungen von Streß durch gewalttätige kriegsähnliche Lebensbedingungen auf Kinder, Frankfurt am Main 1994, S. 296-299. Hierbei handelt es sich um eine Studie über palästinensische Kinder, die unter kriegsähnlichen Verhältnissen leben. Es wurden Stadtkinder, Landkinder, Kinder aus Flüchtlingslagern und eine Kontrollgruppe israelischer Kinder anhand von Fragebögen und psychologischen Tests untersucht. Die Flüchtlingskinder leben dabei, im Vergleich zu den anderen Gruppen, unter den schlechtesten Lebensbedingungen.

[19] Vgl. Kenkmann, Wilde Jugend, S. 248.

[20] Vgl. Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, (Kapitel Deportation und Das Familienlager), S. 216-284.

[21] Vgl. Dubravka Kochijan-Hercigonja, Kinder im Krieg. Erfahrungen aus Kroatien, in: Werner Hilweg (Hg.), Kindheit und Trauma. Trennung, Mißbrauch, Krieg, Göttingen 1997, S. 177-194.

[22] Ebd.

stieg aber bis zu ihrem Höhepunkt im Jahr 1950.[23] *„Bei diesen Jugendlichen besteht die große Gefahr des Abgleitens von der normalen Lebensbahn, da sie z.T. seit einem Jahr ohne geregelte Arbeit sind"*[24], schreibt Jugendpfleger Schmalstieg in einem Bericht über die jugendlichen Erwerbslosen in Göttingen im Jahr 1950 (Q2). Diese seien für eine Vermittlung in Lehrstellen nicht geeignet, da sie *„charakterlich sehr schwierig, arbeitsscheu, nachlässig, unzuverlässig und unehrlich"* seien und bei früheren Arbeitsstellen grundlos nicht erschienen waren.

In Niedersachsen war die Arbeitslosigkeit in den unmittelbaren Nachkriegsjahren besonders hoch, denn wegen der relativ guten Ernährungslage und Unterbringungsmöglichkeiten waren dem Land viele Flüchtlinge zugewiesen worden. Für die 18- bis 30-Jährigen unter ihnen, die aufgrund des Krieges ohne Ausbildung geblieben waren, und insbesondere für die Mädchen war der Kampf um eine Lehrstelle am härtesten.[25] Nach dem Wirtschaftswunder sank die Jugendarbeitslosigkeit wieder bis hin zu einem Lehrstellenüberschuss gegen 1955.[26] Zufrieden waren viele Jugendlichen mit ihren Lehrstellen allerdings nicht. Ende 1955 gab ein Drittel der jungen Erwerbstätigen an, dass sie lieber einen anderen Beruf erlernt hätten.[27]

5 Der Kampf gegen die „Vergiftung der Jugend"

„‘Und dann legte er ihm eine Schlinge um den Hals und zog sie fest zu…‘ Als der sechzehnjährige Herbert Reepka in Göttingen diese Stelle in „Die würgende Schlinge" […] gelesen hatte, begab er sich zum Taxenhalteplatz und ließ sich nach einem Ort in der Nähe der Stadt fahren. Unterwegs legte er dem Taxichauffeur, einem Vater von zwei Kindern, von hinten einen Schal um den Hals und drosselte ihn", schreibt am 19. Oktober 1951 die „Neue Zeitung" der amerikanischen Besatzungszone.[28] Am 18. Oktober 1951 ermordete Herbert Reepka in Göttingen den Taxifahrer Cjaza. Dieser erstickte an einem Halstuch, mit dem der Jugendliche ihn geknebelt hatte. Die Schuld an dieser Gewalttat gaben JugendschützerInnen und JournalistInnen den Romanen, die der Junge gelesen hatte. *„Wir alle bleiben mitschuldig, wenn wir weiter zu dieser Vergiftung unserer Jugend schweigen. Bei aller Achtung der Freiheit des Geistes fordern wir eine Ausrottung der geistlosen, verbrecherischen Schundliteratur"*[29], schreiben am 7. Juli 1951 Vertreterinnen der Göttinger Frauenverbände in einem

[23] Vgl. Köster, Jugend, S. 396.

[24] Jugenderwerbslosenprobleme, 1950, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 59 Errichtung des Jugendhilfswerkes in Göttingen, Bl. 357.

[25] Vgl. Köster, Jugend, S. 397.

[26] Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 255.

[27] Vgl. Köster, Jugend, S. 398.

[28] Vgl. Stadtarchiv Göttingen, Kampf gegen die Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums.

[29] Leserbrief Göttinger Frauen, 7.7.1951, Göttinger Stadtarchiv, C 64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 436 „Kampf gegen die Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums", keine Blattnummer.

im Göttinger Tageblatt veröffentlichten Leserbrief (Q3).[30] Auch die Einbrüche eines 17jährigen Göttinger Autoschlosserlehrlings, der mit mindestens fünf Einbrüchen Geld, Schokolade und Zigaretten erbeutet hatte, begründete die Öffentlichkeit mit der Lektüre sogenannter Schundliteratur und dem Konsum von Filmen, die man für demoralisierend hielt. *„Der Täter, eine gepflegte Erscheinung, hat überall mit Handschuhen gearbeitet, wie er es in Kriminalfilmen gesehen haben will. Auch schlechte Lektüre haben seine kriminellen Handlungen weitgehend gefördert.*"[31], schreibt das Göttinger Tageblatt am 10.7.1951 (Q4).

In der Nachkriegszeit war die Jugendkriminalität europaweit gestiegen. In Deutschland war sie in den Jahren 1946 und 1947 besonders hoch und ging Ende der 1940er Jahre nur wenig zurück. Dies veranlasste Psychologen, Kriminologen und Sozialarbeiter, die „moralische Krise der Jugend" zu diskutieren und festzustellen, dass die Jugend den Respekt vor Eltern und der Gemeinschaft verloren hatte.[32] Die Schuld dafür gaben sie dem schlechten Einfluss von sogenannter „Schund- und Schmutzliteratur". Mit allen Mitteln sollten die Jugendlichen von den Vergnügungsgelegenheiten der Erwachsenenwelt ferngehalten werden, um ihrer Verwahrlosung vorzubeugen. Als größte Gefahren galten in diesem Diskurs Sexualität, Gewalt und Konsum. Am 9. Juni 1953 wurde ein Gesetz erlassen, das die Verbreitung jugendgefährdender Schriften verbot.[33] Zu diesen gehörten vor allem Erotikgeschichten, Abenteuergeschichten und Western. Bücher mit Titeln wie *„Alphabet der Liebe"*, *„Der Herr und die Dirne"*, *„Freies Leben"*, *„Liebesabenteuer in aller Welt"*, *„Black Jack"*, *„Die würgende Schlinge* (Tom Shark Hefte)*"* oder *„Die drei vom FBI* (Billy Jenkins Hefte)*"* stießen auf Protest der JugendschützerInnen, vor allem des „Arbeitskreises von Schund- und Schmutzliteratur"[34]. Der Göttinger Jugendring und Jugendpfleger Schmalstieg beteiligten sich mit Flugblättern und Resolutionen am Kampf gegen die „Vergiftung der Jugend".[35] Jugendliche wurden aufgefordert, sich ihrer „Schund- und Schmutzliteratur" zu entledigen (Q5). Gerade vaterlose männliche Jugendliche fanden in den Männerwelten der billigen Heftchen dennoch manchmal Vaterfiguren, an denen sie sich orientieren konnten.[36]

Aber nicht nur die Lektüre, auch selbstständiges Reisen der Heranwachsenden beunruhigte die Jugendschützer.[37] So versuchte das Kultusministerium die Reisen

---

[30] Vgl. Stadtverband der evangelischen Frauenarbeit, Deutsch-evangelischer Frauenbund, die Frauen der katholischen Pfarrgemeinden in Göttingen, Frauengruppe der Arbeiter-Volkswohlfahrt, Frauengruppe des DRK, Kreisverband Göttingen-Stadt, Frauenring Göttingen e.V., „Leserbrief Göttinger Frauen", 7.7.1951, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 59, Bl. 357.

[31] Geldschrankknacker mit 17 Jahren, 10.7.1951, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, „Kampf gegen die Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums", Nr. 436, keine Blattnummer.

[32] Vgl. Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, S. 405.

[33] Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 269.

[34] Göttinger Stadtarchiv „Kampf gegen die Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums, die sog. Schund und Schmutz Literatur", Jugendamt Abt. Jugendpflege, Nr. 436.

[35] Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 118.

[36] Vgl. Hartmut Radebold, Söhne ohne Väter, S. 155-158.

[37] Vgl. Köster, Jugend, S. 412.

„jugendlicher Deutscher, die ohne ausreichende Geldmittel“ waren, *„sich durch Betteln und Musizieren“* ernährten und *„sich von fremden Kraftfahrern mitnehmen“* ließen, einzudämmen. „*Vor einigen Monaten sind 2 deutsche Abiturienten, die eine solche Fahrt unternommen hatten, in Brindisi spurlos verschwunden, ohne daß es trotz aller Bemühungen der Botschaft gelungen wäre, etwas über ihren Verbleib zu ermitteln. Es ist bezeichnend, daß die Eltern der Betreffenden es nicht für nötig gehalten haben, nach Italien zu kommen, um sich an den Nachforschungen zu beteiligen“*[38], heißt es in einer Abschrift einer Nachricht der Deutschen Botschaft in Italien vom 30. September 1953. Diese Art des Reisens war aus den Augen der Botschafter nicht nur gefährlich, sondern schädigte *„gerade in Italien, wo keine Familie, die etwas auf sich hält, ihren Söhnen und Töchtern dies gestatten würde, das deutsche Ansehen ganz erheblich.“* (Q6)

Nicht nur Behörden versuchten sich in das Leben der Kinder und Jugendlichen einzumischen. Auch viele Eltern wollten ihnen ihre moralischen und religiösen Vorstellungen vermitteln und sogar manchmal aufzwingen. *„Ich muss dir nämlich sagen, liebe Marianne, dass wir zwei verschiedene Religionen haben. Du bist wie anzunehmen ist und wie ich aus deinen Gesprächen so hörte, evangelisch und ich bin katholisch und auch so streng von daheim erzogen. Meine Eltern würden also gutwillig eine Verbindung mit einem evangelischen Mädchen nicht zugeben“*,[39] schreibt am 10. November 1947 der Försterlehrling Horst G. aus Schotten an die achtzehnjährige Marianne Grunewald aus Witzenhausen (Q7). Nachdem das Mädchen geantwortet hatte, dass sie evangelisch bleiben und auch ihre Kinder nach dieser Religion erziehen wolle, versteckte Horsts Mutter Mariannes weitere Briefe und der Kontakt brach ab.

6 Ein Neuanfang: Jugendarbeit, Politik, und Re-education

„Jungen und Mädel! man gibt euch eine Chanse man bietet euch einen Neuanfang“,[40] mit diesen Worten richtet sich Jugendpfleger Hermann Schmalstieg im November 1945 in einem schriftlichen Aufruf an die Adoleszenten aus Göttingen und Umgebung (Q8). Ende August 1945 hatte die englische Militärregierung alle zuständigen deutschen Dienststellen dazu aufgefordert mit der Jugendarbeit zu beginnen.[41] In Göttingen wurde der Sozialdemokrat Schmalstieg mit dieser Aufgabe betraut.[42] Schmalstieg war gelernter Feinmechaniker. Während einer Zeit der Arbeitslosigkeit nach Abschluss seiner Lehre kam er mit dem von Arthur und Debora-Dore Jacobs gegründeten "Bund - Gemeinschaft für sozialistisches Leben" in Kontakt. Im Na-

[38] Trampende deutsche Jugendliche in Italien, 30.9.1953, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 23, keine Blattnummer.

[39] Brief an Marianne, 10.11.1947, Privatbesitz.

[40] Neuanfang, November 1945, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Monatsberichte der städtischen Jugendpflege an die Militärregierung über Jugendbewegung und Jugendpflege in Göttingen, Bl. 10.

[41] Vgl. Köster, Jugend, S. 464.

[42] Es war in der Nachkriegszeit schwierig, für diese Aufgabe geeignete Männer und Frauen zu finden, die politisch unbelastet waren. Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 265.

tionalsozialismus hatte er an der Technischen Hochschule und später als Feinmechanikermeister in Braunschweig gearbeitet. Nach dem Krieg verbrachte er zunächst vier Wochen in britischer Gefangenschaft und kam im Sommer 1945 auf der Suche nach einer Anstellung an einem Universitätsinstitut nach Göttingen. Am 14. November 1945 wurde er unter Fürsprache eines Professors zum Stadtjugendpfleger ernannt. Zu dieser Zeit sah er sich mit einer schwierigen Ausgangssituation konfrontiert: Größtenteils unzerstört, war die Stadt überfüllt mit Flüchtlingen, heimatlosen Jugendlichen, Studenten und Hochschullehrern. Das ehemalige Jugendheim in der Hospitalstraße wurde unter anderem von der Göttinger Nothilfe und der Unfallstelle des DRK genutzt. Der Jugendarbeit standen anfangs weder Räume noch Material zur Verfügung.[43] Am 3. April 1946 verfügte der englische Jugendoffizier Major Oldham die Rückgabe des Heimes. Dieser hatte als Jugendoffizier eine wichtige Vorbildfunktion und sollte den Jugendlichen demokratisches Verhalten darbieten.[44] Nach dem Krieg standen Briten und Jugendarbeiter den jungen Deutschen zwiespältig gegenüber, denn man wusste nicht, wie sich die Jahre nationalsozialistischen Einflusses auf sie ausgewirkt hatten.[45] Die britischen Behörden waren den vermeintlich gleichgeschalteten Jugendlichen gegenüber misstrauisch, setzten in sie aber auch gleichzeitig die größten Hoffnungen für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands. Sie sahen es als ihre Aufgabe an, den deutschen Jugendlichen Demokratie, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein zu vermitteln. Dieses Verständnis wurde zur Grundlage der britischen Jugendarbeit. Ohne autoritäre Befehlsstrukturen wollten sie den deutschen Jugendlichen einen Anstoß zum eigenständigen demokratischen Handeln geben.[46] Besondere Bedeutung maßen sie in diesem Zusammenhang dem Aufbau demokratischer Jugendgruppen zu. *„Der Neuling, der in einen Club eintritt, sollte ein, ihm ganz artgemässes, Fehlen von Befehlsgeberei vorfinden, und die Disziplin, die notwendig ist, um die Ordnung aufrecht zu halten, sollte eine Disziplin [sein], die der Junge sich selbst auferlegt. Der Club sollte immer, so weit wie irgend möglich durch Selbstverwaltung gelenkt werden, sodass dadurch in den Jungen Mitglieder mit Initiative und Charakter herangezogen werden, und nicht eine Horde blasser Persönlichkeiten, die nur getreulich die Ansichten des Führers wiedergeben.*“[47], schrieb Oldham in einem Brief über den Zweck des Jugendclubs in Deutschland (Q9). Politische, militärische oder paramilitärische Gruppen wurden vorerst genauso wenig zugelassen wie die Bildung von Zentralverbänden oberhalb der Kreisebene. Jugendgruppen sollten von unten aufgebaut sein, damit kein autoritärer Führer an die Macht der Verbandstrukturen gelangte. Voraussetzung für eine Zulassung war die freiwillige Mitgliedschaft. Dabei sollte niemand aus politischen, rassistischen

[43] Vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 106-110.

[44] Vgl. ebd. S. 47.

[45] Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 261.

[46] Vgl. Köster, Jugend, S. 433-442.

[47] Der Zweck des Jugendclubs in Deutschland, 6.4.1946, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 2 Wöchentliche Nachrichtenbriefe des Britischen Majors J. Oldham zur Göttinger Jugendbewegung, keine Blattnummer.

oder religiösen Gründen aus den Gruppen ausgeschlossen werden. *„Darf ich ein oder zwei Hinweise auf die Psychologie der Jugend machen. Rote und schwarze Wandbehänge mit gedämpftem Licht können eine böse Einwirkung auf die Seelen von Jugendlichen oder sogar auf die von Erwachsenen haben. […] Ausserdem glaube ich nicht, dass Lieder von Schlachten, Mord und plötzlichem Tod direkt entspannend am Ende eines langen anstrengenden Tages sind"*, rät Major Oldham in seinem ersten wöchentlichen Nachrichtenbrief vom 12. April 1946 an die Göttinger Jugendgruppen. Statt politischer oder militärischer Profile der Gruppen waren kulturelle, religiöse oder sportliche Betätigungen zur Freizeitgestaltung und Entspannung erwünscht. *„Die Hauptbetätigung ist im Augenblick Naturkunde und Zelten. Wir verbrachten einen sehr schönen Abend um ein Lagerfeuer im Hainholz sitzend am 28. März. Geschichten wurden erzählt und Lieder gesungen und wir gingen alle sehr glücklich und zufrieden nach Hause"*, beschreibt Oldham im selben Brief einen Abend mit einer von ihm positiv bewerteten Jugendgruppe (Q10). Auch Fahrrad- und Wandertouren sowie Zeltlager zählten zu den beliebten Aktivitäten der Jugendlichen. Auf dem vorliegenden Foto (Q11) sind vier Jungen zu sehen, die scheinbar während einer Fahrradtour eine Pause einlegen. Am 1. April 1946 wurden, wie Oldham in seinem Nachrichtenbrief mitteilt, zwei Jugendpflegerinnen eingesetzt, die sich um die Mädchen der Jugendgruppen kümmerten. So sollten sie beispielsweise die Schulen besuchen und Nähstunden zum Anfertigen von Sportkleidung organisieren. *„Wenn die Jungen nachher feststellen, dass die Hosen manchmal nicht so ganz passen, dann erinnert Euch daran, dass alles für eine gute Sache geschah und dass die Mädels mit der Zeit es besser lernen werden (das hoffen wir jedenfalls)"*, kommentiert Oldham diese Aktivitäten. Dies zeigt einerseits die aus der Notlage geborene Kreativität der Jugendlichen und der OrganisatorInnen, andererseits die Geschlechterrollenverteilung in der Nachkriegszeit.

Die Vorstände einer Jugendgruppe mussten das Entnazifizierungsverfahren durchlaufen.[48] Daraus ergaben sich allerdings Probleme: *„Dieses Hauptquartier hat Berichte erhalten, dass eine Anzahl von Jugendführern in finanzielle Schwierigkeiten dadurch gerät, dass sie die Summe von 20.- DM für ein Entnazifizierungszeugnis zu bezahlen haben, wenn sie die Genehmigung der Mil.Reg. erbitten, als Jugendführer tätig zu sein"*, heißt es in einem Schreiben der britischen Jugendwohlfahrt vom 20. Oktober 1948 an die Jugendpfleger. Die Militärregierung erlaubte deshalb ab 1948 auch das Vorlegen eines Empfehlungsschreibens[49], das von dem örtlichen Bürgermeister oder Kreistagsabgeordneten, einem im Amt befindlichen Schullehrer oder Pfarrer und dem Kreisjugendamt unterschrieben werden musste (Q12).

Um zugelassen zu werden, musste eine Gruppe einen Antrag mit einer Beschreibung ihrer Ziele und der beabsichtigten Tätigkeiten bei Schmalstieg einreichen und eine Genehmigung der Militärregierung abwarten. *„Wir wollen eine einheitliche Schar junger Mädel sein, die bereit ist, überall zu helfen wo Not am Mann ist"*[50], schlägt

[48] Vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 57.

[49] Quelle 10.

[50] Vorschlag Antrag Mädchengruppe, kein Datum, Göttinger Stadtarchiv, Kleine Erwerbung 149, Nr. 73, keine Blattnummer.

die Jugendliche Ingrid Koch als ersten Satz des Zulassungsantrages ihrer Jugendgruppe vor (Q13). Betrachtet man den Antrag, so kann man deutlich die Unsicherheit im Hinblick auf die neuen politischen Verhältnisse erkennen. Ein aus heutiger Sicht seltsam anmutender Spagat zwischen der Sprache des Nationalsozialismus und der neuen „demokratischen Sprache" ist erkennbar. So übernimmt sie die demokratischen Ideale der Briten wie Parteilosigkeit der Jugendgruppen, die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, die Miteinbeziehung der Eltern und Meinungsfreiheit. Freie Meinungsäußerung aber ist bei ihr kein Privileg, sondern eine *„Pflicht für jeden"*, die Mitgliedschaft ist ein *„Dienst"* und die Gruppe soll *„helfen unser geschlagenes Deutsches Volk wieder aufzurichten"*. Die nationalsozialistischen Forderungen nach Selbstverpflichtung und Aufopferung für das Vaterland haben bei dem Mädchen deutlich ihre Spuren hinterlassen.[51] Dies zeigt, wie schwer es für die Jugendlichen war, den nationalsozialistischen Sprachgebrauch – und auch seine Ideen – abzulegen.

Um die Jugendgruppen untereinander zu vernetzen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Demokratie aktiv auszuprobieren, wurde der Göttinger Jugendring ins Leben gerufen. In diesen sendete jede Gruppe einen Vertreter oder eine Vertreterin. Für die unorganisierte Jugend sprachen die Jugendpfleger. Der Jugendring hatte unter anderem die Aufgabe, darauf zu achten, dass keine Gruppe zu einer „Gefahr für die Demokratie" wurde. Außerdem koordinierte er die Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendclubs und organisierte Veranstaltungen wie Wandertouren, Maifeuer, Tanz, Unterhaltungsabende und den Jugend- und Briefaustausch mit der neuen Partnerstadt Cheltenham. Auch für die Ausbildung der Gruppenleiter war der Jugendring zuständig.

Im August 1946 wurde das Verbot politischer Gruppen von den Briten formal aufgehoben.[52] Trotzdem interessierte sich der größte Teil der Nachkriegsjugend vornehmlich für sportliche und kirchliche Verbände.[53] Rund die Hälfte von ihnen war Mitglied in Sportvereinen. Von der restlichen organisierten Hälfte waren rund drei Viertel in kirchlichen und nur ein Viertel in politischen, gewerkschaftlichen, freien oder bündischen Gruppen.

Der Nachkriegsjugend wird oft vorgeworfen, unpolitisch gewesen zu sein.[54] Viele Jugendlichen waren zwar Parteien gegenüber skeptisch,[55] gänzlich politisch uninteressiert waren sie aber nicht. So bestand bei einigen von ihnen durchaus eine Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement. Dies kann man auch am Beispiel des Göttinger Jugendrings sehen.[56] So beschlossen die Vertreter der Jugendgrup-

[51] Vgl. Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, S. 424.

[52] Vgl. Köster, Jugend, S. 472.

[53] Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 267.

[54] Der Soziologe Helmut Schelsky nannte sie „die skeptische Generation" und stellte die These auf, die Jugendlichen würden, enttäuscht vom Nationalsozialismus, den Rückzug ins Private wählen und sich auf Konsum und Wohlstand konzentrieren. Vgl. Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 262.

[55] Vgl. Kenkmann, Wilde Jugend, S. 251.

[56] Vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 24.

pen 1946 bei der Betreuung heimatloser Jugendlicher im Auffanglager Friedland zu helfen. Auch am Kampf gegen „Schmutz- und Schundliteratur“ beteiligten sich Mitglieder des Jugendrings. Ebenfalls politisch motiviert waren die Ablehnung und der Ausschluss neonazistischer und gleichsam kommunistischer Gruppen aus dem Jugendring. So beschloss dieser im Oktober 1950 in Zukunft nicht mehr mit der kommunistischen Gruppe „Freie Deutsche Jugend“ zusammenzuarbeiten.[57]

7 Hitlerjugend in neuem Gewand: Der Kampf gegen die Wikingerjugend

Nach dem Krieg fiel es vielen Jugendlichen schwer, sich von den sozialen Einflüssen des Nationalsozialismus, die sie teilweise tief verinnerlicht hatten, wieder frei zu machen.[58] Ein Abschnitt aus dem Buch „Herr Kramer, Gespenster“ der 1931 geborenen Göttingerin Ilse Lenge illustriert dieses Dilemma: *„Eines Tages treffe ich direkt vor dem Hauptquartier eine Lehrerin. Automatisch hebe ich meinen rechten Arm und grüße sie mit „Heil Hitler“. Ich höre noch ihr „Oh Gott, Kind“, und sehe den verblüfften Gesichtsausdruck der Wachsoldaten, als ich auch schon um die nächste Ecke verschwunden bin.“*[59]

Neben Jugendlichen, die aus Gewohnheit die im Nationalsozialismus „antrainierte“ Sprache oder dementsprechendes Verhalten zeigten, gab es aber auch solche, die sich nach 1945 bewusst zu Nationalsozialismus und Militarismus bekannten. Im Jahr 1947 stellte die „Wikingerjugend“, Jugendbewegung der Deutschen Rechtspartei mit Zonensitz in Göttingen, einen Zulassungsantrag bei der Militärregierung. Statt aber den rechtmäßigen Weg über den Jugendpfleger zu wählen, umgingen Adolf von Thadden,[60] Geschäftsführer der Deutschen Rechtspartei, und Karl Siemens, der Führer der Wikingerjugend, den Jugendpfleger Schmalstieg und stellten ein direktes Gesuch an die Militärregierung. Überraschenderweise erhielten sie dort eine mündliche Zusage. Zuvor war bei einem Gespräch des Geschäftsführers der DRP mit Schmalstieg deutlich geworden, dass es in den Vorstellungen von der Erziehung der deutschen Jugendlichen deutliche Unterschiede zwischen dem Jugendpfleger und den Verantwortlichen der Wikingerjugend gab.

Gründe für eine Ablehnung der Wikingerjugend gab es viele: Schon ihr Name hatte einen bitteren Beigeschmack, denn er spielte zum einen auf den Volksstamm, der „durch seine kriegerischen Raubzüge und seine Eroberungsfahrten bekannt*“*

---

[57] Vgl. ebd. S. 118.

[58] Vgl. ebd. S. 11.

[59] Ilse Lege, Herr Kramer, Gespenster. Erinnerungen 1933-1949, Göttingen 1995, S. 131.

[60] Von Thadden wurde 1921 geboren und war im Zweiten Weltkrieg Offizier gewesen. Im November 1946 kam er nach seiner Entlassung aus polnischer Kriegsgefangenschaft nach Göttingen. 1949 gewann er für die DRP ein Bundestagsmandat, 1952/53 war er sogar stellvertretender Oberbürgermeister in Göttingen. 1961 bis 1964 war er Bundesvorsitzender der DRP und 1967 bis 1971 Bundesvorsitzender der NPD. (Günter J. Trittel, Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Rudolf v. Thadden/Günther J. Trittel (Hg), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Göttingen 1999, S. 291-354).

war, und zum anderen auf die berüchtigte SS-Division „Wiking" an.[61] Auch die Tätigkeiten und geforderten Ausrüstungsgegenstände der Jugendgruppe vermittelten nicht das Bild einer friedlichen und demokratischen Vereinigung, sondern einer paramiltärischen und nationalistischen Vereinigung. Sie traf sich *„heimlich abends und zur Nachtzeit draußen in der Feldmark. Von höher gelegenen Wohnungen der Stadt, hört man deutlich das dumpfe trum, trum der Landknechtstrommeln. Gesänge wie: Haltet aus im Sturmgebraus schallen noch abends um 23.30 über die Dächer der Stadt"*[62], beschreibt Schmalstieg das Verhalten der Wikingerjugend (Q14). Auch in Hann. Münden habe der Kreisjugendpfleger beobachtet, wie die Jungen mit Trommeln und schwarzer Fahne, auf der zwei gekreuzte Schwerter zu sehen waren, durch die Stadt marschiert seien. Außerdem fordere die DRP für die Wikingerjugend *„Landsknechtstrommeln, Signalhörner, Fanfaren, Fahrenmesser, Koppelzeug, Brotbeutel, Tornister, Sanitätszeug, usw. schwarz, weiß, rotes Fahnentuch, Speere und nationale Literatur."* Auf ihren Plakaten warben die Jungen mit Sprüchen wie *„Nationale Jugend rechts ran. Junge bist du deutsch komme zu uns",* und dem Versprechen von Heimabenden, schwelenden Lagerfeuern, Kameradschaft und Männlichkeit: *„Bist du jungenhaft und gerade in deiner Haltung – bist du deutsch, dann reihen wir dich gern in unsere Gemeinschaft ein – Wage den Schrei! Versuch's! Du triffst auf Verständnis!"* Karl Siemens war 1947 fünfundzwanzig Jahre alt, studierte Psychologie in Göttingen und war ein Nachkomme der Elektro-Siemens Familie. In einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel" am 05. Juli 1947 verleugnete er eine Parallele zur Hitlerjugend und ließ seine antikommunistische Einstellung deutlich werden: „'Ueberhaupt wollen wir keine Neuauflage der HJ sein', sagt der Student Siemens, ehemaliger Offizier mit kurzem Scheitel und Mussolini-Kinn, ,aber wir sind auf jeden Fall national und dabei streng demokratisch. Wir möchten dafür sorgen, daß nicht etwa ein Moskauer Parteifunktionär einem deutschen Jungen näher steht, als ein anderer deutscher Junge.'"[63]

Auf einer Sitzung des Jugendrings am 20. Juni 1947 wurde die Aufnahme der Wikingerjugend in den Ring mit 16 Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt[64] und von der Militärregierung ein Verbot der rechten Jugendabteilung gefordert. Die Zulassung der Wikingerjugend wurde schließlich vom Leiter der Erziehungsabteilung der hannoverschen Militärregierung für Niedersachsen zurückgezogen.[65] 1950 schlossen sich in Deutschland wieder rechtsextreme Jugendgruppen zusammen und gaben sich den Namen „Wiking-Jugend". Diese Gruppierung wurde erst 1994 erneut verboten.[66]

---

[61] Resolution des Jugendrings Göttingen vom 20.6.1947 über Verbot der Wikingerjugend – nationale Jugendbewegung –, 28.6.1947, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 110 Diskussion um ein Verbot der Wikingerjugend.

[62] Bericht über Vorfälle mit der Wikingerjugend Schmalstiegs, 20.7.1947, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 110 Diskussion um ein Verbot der Wikingerjugend, Bl. 7.

[63] http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=39883320&top=SPIEGEL; 27.12.2008.

[64] Vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 121.

[65] Vgl. ebd., S. 112.

[66] http://www.gruene-jugend.de/80548.html, 19.11.2008.

Literatur zum Weiterlesen

Friedhelm Boll, Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995.

Nicholas Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, Pößnek 2008.

Ilse Lege, Herr Kramer, Gespenster. Erinnerungen 1933-1949, Göttingen 1995.

Hermann Schulz/Hartmut Radebold/Jürgen Reulecke (Hg.), Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration, Bonn 2005.

Alfons Kenkmann, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaft, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996.

Oberstadtdirektor
xxxxxxxxxxxxxxxx

2. Juli 1946

An die
Regierung Hildesheim
in H i l d e s h e i m.

Kl/M.

Betr.: Das Umherwandern Jugendlicher.
Bezug: Verfügung vom 12.6.1946 - I. IX. -

Auf die Verfügung vom 12.6.1946 wird ergebenst folgender Bericht erstattet:

I. Grundlagen des Berichts.

Dem Bericht liegen die Erfahrungen und Vorschläge der nachstehenden Ämter und Behörden zugrunde:

1.) Sozialamt der Stadt Göttingen,
2.) Jugendamt der Stadt Göttingen,
3.) Flüchtlingsamt der Stadt Göttingen,
4.) Arbeitsamt Göttingen.

Schließlich hat sich der Stadtflüchtlingsrat unter dem Vorsitz des Unterzeichneten mehrfach mit dem Umherwandern Jugendlicher befaßt. Das Ergebnis der Arbeit eines vom Stadtflüchtlingsrat beauftragten Arbeitsausschusses ist im Stadtflüchtlingsrat in der Sitzung vom 26.4.1946 beraten worden und hat zu Vorschlägen geführt, die der Regierung als einstimmiger Beschluß des Flüchtlingsrats durch Schreiben vom 9.5.1946 zugeleitet worden sind.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf den Inhalt dieses Schreibens nebst Anlage verwiesen.

II. Umfang der Probleme.

In der Stadt Göttingen ist die Zahl der wandernden Jugendlichen annehmbar ein wenig zurückgegangen. Das mag damit zusammenhängen, daß die Militärregierung örtliche Anordnungen getroffen hat, nach denen die Beherbergung durchwandernder Jugendlicher über 18 Jahren in der hiesigen Egelsbergschule nicht mehr möglich ist. Der Unterzeichnete hat in der 2. Hälfte des Juni mehrmals Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse in Hannover zu studieren. Nach dem Eindruck, den die Besichtigung des Hauptbahnhofes, der Bahnhofsbunker, des Bahnhofs-Vorplatzes und des sogenannten Jugendbunkers hinterlassen hat, muß der Schluß gezogen werden, daß das Umherwandern Jugendlicher in der gesamten britischen Zone wohl mit Rücksicht auf die Jahreszeit in bedeutendem Umfange zugenommen hat. Die Bilder auf dem Hauptbahnhof in Hannover waren derartig erschreckend, daß ich ein sofortiges Eingreifen des dortigen Jugendamts für erforderlich halte.

Obwohl in Göttingen die Zahl der durchwandernden Jugendlichen zurückgegangen ist, sind die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung dieses Übels größer geworden. Diese Schwierigkeiten liegen darin, daß die jetzt anfallenden Jugendlichen in stärkerem Maße verwahrlost sind und daß die Unterbringungsmöglichkeiten immer geringer werden.

Während es sich in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch bis Ende des Jahres 1945 meist um Jugendliche handelte, die aus der Gefangenschaft entlassen und auf dem Rückwege in die Heimat und zur Familie waren, werden jetzt Jugendliche aufgegriffen, die seit Monaten zum Teil seit Jahren völlig entwurzelt sind. Die Jugendlichen kommen

einzeln

Q1: Brief Oberverwaltungsrat Kluge an die Regierung in Hildesheim, 2.7. 1946, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 421.

einzeln oder in Trupps mit bis zu 5, 6 und noch mehr jungen Män-
nern und 1 oder 2 Mädchen angeblich aus der russischen oder pol-
nischen Zone, obwohl sich bei näheren Untersuchungen bisweilen
herausstellt, daß sie aus dem Westen stammen. Diese jungen Leute
haben keine Papiere bei sich und behaupten, auf der Suche nach
Eltern, Geschwistern, Freunden oder entfernten Verwandten zu sein.
Auf die Frage, wie sie ihre Eltern zu suchen gedenken, bleiben
sie meist die Antwort schuldig. Wenn sie darüber belehrt werden,
daß das Auffinden solange unmöglich sei, als sie nicht selbst ei-
nen festen Wohnsitz haben, erklären sie bisweilen offen, daß sie
trotzdem nicht beabsichtigen, an Ort und Stelle zu bleiben, da
die ihnen angebotene Arbeit nur unzureichend bezahlt würde und die
Unterbringung ihnen nicht genüge. Solche jungen Menschen sind
oft monatelang kreuz und quer durch alle 4 Zonen Deutschlands ge-
reist. Je länger die Zeit ihres Vagabundenlebens dauert, desto
verwahrloster sind sie, seelisch, aber auch rein äußerlich. Das
Letztere gilt namentlich für die in Belgeitung solcher Trupps auf-
tretenden Mädchen, oft 15 und 16jährige junge Dinger, die in hy-
gienischer Beziehung eine besondere Gefahr bilden.
Schätzungen über die Zahl der durch die Stadt Göttingen wan-
dernden Jugendlichen lassen sich auch nicht annähernd abgeben.
Das Arbeitsamt teilt mit, daß im Monat mehr als 300 männliche Wan-
derer bis etwa zum 23. Lebensjahr in Arbeit vermittelt worden
sind, und zwar vorwiegend in die Landwirtschaft oder in die Bau-
wirt ~~ge~~nschaft. In diesem Zusammenhang weist das Arbeitsamt darauf hin,
daß sich diese Leute in ihren Arbeitsstellen durchweg nicht halten
Nach 4 Wochen ist nicht einmal mehr der fünfte Teil an der zuge-
wiesenen Arbeitsstelle; die anderen haben sich erneut auf Wander-
schaft begeben. So wurden beispielsweise einer hiesigen Baufirma
im Laufe von 6 Wochen 32 junge Männer zugewiesen, heute sind noch
7 von ihnen da. Das Arbeitsamt fügt in seinem Bericht hinzu, daß
auch diese letzten 7 längst über alle Berge sein würden, wenn in
den letzten 6 Wochen besseres Wetter geherrscht hätte. Die~~se~~ jun-
gen Menschen hätten auch nur deshalb Arbeit in der Landwirtschaft
angenommen, um sich eine Woche lang einmal richtig satt essen zu
können. Die Bauwirtschaft böte deshalb einen gewissen Anziehungs-
punkt, weil sie Unterkunft in der Stadt vermittele, die genügend
Möglichkeiten für den Schwarzmarkt bietet, und weil in der Bau-
wirtschaft Schwerarbeiterzulagen gewährt werden. Ein inneres In-
teresse an der Arbeit sei bei kaum einem der in die Arbeit einge-
wiesenen jugendlichen Menschen zu finden.
Zur weiteren Illustration der Versuche, junge Menschen in Ar-
beit einzuweisen, mag darauf hingewiesen werden, daß das Arbeits-
amt vor einigen Tagen die Aufgabe hatte, junge Männer für einen
Arbeitseinsatz in Hamburg zu verpflichten. Zu diesem Zwecke sind
aus einem Flüchtlingstransport 23 junge Leute ausgesucht worden.
Dise Leute mußten einige Tage untergebracht werden, bis ein ange-
kündigter Sammeltransport nach Hamburg abgefertigt werden konnte.
Bis zum Abgang des Sammeltransports ist von den 23 jungen Menschen
keiner mehr übrig geblieben. 4 wurden wegen Diebstahls verhaftet,
nach 2 weiteren wird wegen Diebstahls gefahndet (einer davon hat
1 Pferd gestohlen). 10 junge Leute haben die Durchgangsherberge
unter Mitnahme weniger wertvoller Gegenstände verlassen und die
restlichen 7 haben sich einen Tag vor Abgang des Transports ent-
fernt, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß der Zug am nächsten
Tage nach Hamburg gehen sollte.

ES

Q1: Brief Oberverwaltungsrat Kluge an die Regierung in Hildesheim, 2.7. 1946.

357

Jungerwerbslosen-Probleme 1950.

Unter der grossen Zahl von Erwerbslosen unserer Stadt befinden sich eine ganze Reihe von Jungerwerbslosen im Alter von 15 - 18 Jahren beiderlei Geschlechts.
Bei diesen Jugendlichen besteht die große Gefahr des Abgleitens von der normalen Lebensbahn, da sie z.T. seit einem Jahr ohne geregelte Arbeit sind.
Das Arbeitsamt gab folgende Auskunft über die Lage dieser jungen Menschen:

Jungen: Alter 16 - 18 Jahre. Schulbildung: Volksschule 5.+ 6.Kl. z.T. auch Hilfsschule,
kommen für eine Lehrstelle nicht in Frage, können nur in Arbeitsstellen vermittelt werden. z.Teil haben sie schon in Arbeit gestanden, in mehreren Fällen haben die Jungen die Arbeitsstellen ohne stichhaltige Gründe verlassen. Die Jungen sind charakterlich sehr schwierig und im allgemeinen arbeitsscheu und nachlässig. Die Arbeitsscheu der Jungen wird noch durch den Mangel von geeigneten Arbeitsstellen unterstützt.

Mädchen: Alter 15 - 18 Jahre. Schulbildung; ebenfalls Volks- und Hilfsschule.
Charakterlich schwierig, unzuverlässig, unehrlich, arbeitsscheu. Für die Vermittlung in Lehrstellen und Haushalt kommen diese Mädel nicht in Frage, bleiben nur Arbeitsstellen, aus denen sie aber auch immer wieder ohne triftige Gründe fortbleiben.

Die Anzahl dieser charakterlich schwierigen Jungerwerbslosen wurde mir auf Seiten der Jungen mit 40 angegeben und bei den Mädels mit cirka 35.

Hier muss unbedingt helfend eingegriffen werden und zwar in erster Linie pädagogisch und in Form von Lebenshilfe.

Wenn nicht vorbeugend etwas getan wird, so muss damit gerechnet werden, dass diese jungen Menschen in 1 bis 2 Jahren so abgerutscht sind, dass sie die Erziehungsheime unter Umständen auch die Gefängnisse bevölkern.

In der Anlage erlaube ich mir einen Vorschlag zur Verhütung einer Gefährdung der Jungerwerbslosen zu unterbreiten.
Die vorbeugende Maßnahme ist billiger.
Die Kosten für 1 Jugendlichen ~~xxx~~ 20 Wochen Erziehungsheim betragen 480,- bei dem üblichen Tagessatz von 3,20 DM.
Für die Summe von 2 700,- DM, die in meinem Vorschlag zur Verhütung einer Gefährdung in Anschlag gebracht worden sind, könnten nur ca. 5 1/2 Jugendliche für je 20 Wochen im Erziehungsheim untergebracht werden.

Schmalstieg

Q2: Jugendpfleger Schmalstiegs Bericht über die Jungerwerbslosenprobleme, 1950, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 59, Bl. 357.

Der Leserbrief: **Wer ist schuld?**

Die Ermordung des Taxifahrer Cjaza wirft die Schuldfrage in einem tieferen Sinne auf. Sind wir nicht alle mitschuldig an dem Tode dieses Mannes, wenn wir weiter schweigen über das, was dem jugendlichen Mörder zum Anlaß der grauenvollen Tat wurde? Schon lange hätten wir Göttinger Frauen und Mütter ein warnendes Wort sagen müssen zu der Schund- und Schmutzliteratur, die unserer heranwachsenden Jugend auf dem Markt und auf dem Bahnhof, auf öffentlichen Straßen und Plätzen unserer Stadt angeboten wird. Es mußte erst ein durch diese Abenteuer- und Kriminalromane in 60-Pfg.-Heften irregeleiteter und verdorbener Jugendlicher zum Mörder eines Familienvaters werden, ehe vielen von uns die Augen geöffnet wurden. Wir alle bleiben mitschuldig, wenn wir weiter zu dieser Vergiftung unserer Jugend schweigen. Bei aller Achtung der Freiheit des Geistes fordern wir eine Ausrottung der geistlosen, verbrecherischen Schundliteratur. Solange dies nicht von Bundes wegen geschieht, erwarten wir von unseren Stadtvätern, daß sie die nötigen Schritte unternehmen. Wir werden nicht schweigen und nicht aufhören zu mahnen, bis in dieser Frage hier in Göttingen ein grundlegender Wandel eingetreten ist. Und wir bitten alle Mitbürger, sich hierbei hinter uns zu stellen.

Stadtverband der evangelischen Frauenarbeit
Deutsch-evangelischer Frauenbund
Die Frauen der katholischen Pfarrgemeinden in Göttingen
Frauengruppe der Arbeiter-Volkswohlfahrt
Frauengruppe des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Göttingen-Stadt
Frauenring Göttingen e. V.

Q3: Leserbrief Göttinger Frauen, veröffentlicht im Göttinger Tageblatt (GT), 7.7.1951, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 59, Bl. 357.

Geldschrankknacker mit 17 Jahren

Fünf Büroeinbrüche aufgeklärt — Starterpistole als Schreckmittel

Der Göttinger Kripo gelang es in Zusammenarbeit mit der Weender Polizeistation nach verhältnismäßig kurzer Fahndung eine große Diebstahlsserie aufzuklären. Ein erst 17jähriger Einbrecher konnte auf frischer Tat ertappt und verhaftet werden. Nach seinen Angaben hat er seit Mai mindestens fünf schwere Geschäfts- und Büroeinbrüche in Göttingen verübt, bei denen er es ausschließlich auf Geldtresore und Kassetten abgesehen hatte.

Ein Wachmann überraschte auf seinem mitternächtlichen Kontrollgang den jugendlichen Täter, als er im Begriff war, in die Büroräume einer Weender Firma einzubrechen. Als ihn der Dieb sofort kaltblütig mit einer Pistole bedrohte, mußte er sich zunächst in sichere Deckung zurückziehen. Er kettete jedoch den Wachhund los, der den Einbrecher dann solange in Schach hielt, bis die inzwischen herbeigerufenen Weender Polizeibeamten ihn festnehmen konnten. Da erst stellte sich heraus, daß es sich bei der angeblichen Schußwaffe um eine gewöhnliche Starterpistole handelte.

Der Täter ist ein 17jähriger Autoschlosserlehrling aus Göttingen. Von der Kriminalpolizei konnten ihm eine Reihe ähnlicher Einbrüche nachgewiesen werden, die er im wesentlichen zugegeben hat. Auf sein Konto kommt vor allem ein schwerer Einbruch in ein Büro am Fabrikweg, bei dem er aus einer Geldkassette 1200 DM entwenden konnte. Bei Einbrüchen in Geschäftsräume in der Kurzen Geismarstraße und in der Königsallee widerstanden glücklicherweise die Geld- und Panzerschränke seinen Versuchen, sie zu öffnen. Außer einem kleineren Einsteigediebstahl in der Reinhäuser Landstraße wird ihm auch noch ein Einbruch in eine Stehbierhalle zur Last gelegt, bei dem ihm große Mengen von Schokolade und Zigaretten in die Hände fielen. Die Beute hat er größtenteils seiner Freundin geschenkt oder mit ihr gemeinsam verzehrt. Drei weitere Einbrüche, die man ihm zur Last legt, will er dagegen nicht begangen haben. Der Täter, eine gepflegte Erscheinung, hat überall mit Handschuhen gearbeitet, wie er es in Kriminalfilmen gesehen haben will. Auch schlechte Lektüre habe seine kriminellen Handlungen weitgehend gefördert.

Mit dieser zweiten schnellen Aufdeckung eines Verbrechens hat die Göttinger Kriminalpolizei einmal mehr gezeigt, daß für Berufsverbrecher der Boden in Göttingen doch ein zu heißes Pflaster ist.

Q4: Artikel im GT: Geldschrankknacker mit 17 Jahren, 19.7.1951, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 436.



Q5: Plakat: Weg damit, Fotoarchiv Göttingen, kein Datum.

A b s c h r i f t

Der Niedersächsische
Kultusminister
V/3211/53

Hannover, den 30. Sept. 1953

Betr.: Trampende deutsche Jugendliche in Italien.
Bezug: Ohne.

Durch das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Bonn, geht mir die Abschrift eines Berichtes der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom an das Auswärtige Amt zu, von dem ich Ihnen nachstehend Kenntnis gebe.

Ich bitte um Bekanntgabe des Berichtes an die Kreisjugendpfleger.

"Nach den hier in Rom gemachten Erfahrungen nimmt das Reisen jugendlicher Deutscher, die ohne ausreichende Geldmittel sind, sich durch Betteln und Musizieren ernähren und sich von fremden Kraftfahrern mitnehmen lassen, einen immer größeren Umfang an. Diese Art des Reisens fördert keineswegs, wie das vielfach behauptet wird, den europäischen Gedanken, da die Jugendlichen dabei mit gleichaltrigen Italienern kaum in Berührung kommen. Sie schädigt aber gerade in Italien, wo keine Familie, die etwas auf sich hält, ihren Söhnen und Töchtern dies gestatten würde, das deutsche Ansehen ganz erheblich. Abgesehen davon bringt sie für die Jugendlichen ernste Gefahren körperlicher und moralischer Art mit sich. Kürzlich wurden der Botschaft von der italienischen Polizei 3 Jugendliche in Badehosen eingeliefert, die von einem Kraftfahrer, den sie um Mitnahme gebeten hatten, völlig ausgeplündert worden waren. Vor einigen Monaten sind 2 deutsche Abiturienten, die eine solche Fahrt unternommen hatten, in Brindisi spurlos verschwunden, ohne daß es trotz aller Bemühungen der Botschaft gelungen wäre, etwas über ihren Verbleib zu ermitteln. Es ist bezeichnend, daß die Eltern der Betreffenden es nicht für nötig gehalten haben, nach Italien zu kommen, um sich an den Nachforschungen zu beteiligen. Für junge Mädchen ist ein Reisen "per Anhalter" in Italien völlig unmöglich. Der italienische Kraftfahrer betrachtet die Bitte eines fremden Mädchens – womöglich in Shorts – um Mitnahme als eine unzweideutige Aufforderung und wird nicht zögern, das "Fahrgeld" nötigenfalls mit Gewalt zu kassieren.

An die Herren
Regierungspräsidenten und
Präsidenten der Niedersächs. Verwaltungsbezirke
– Bezirksjugendpfleger –

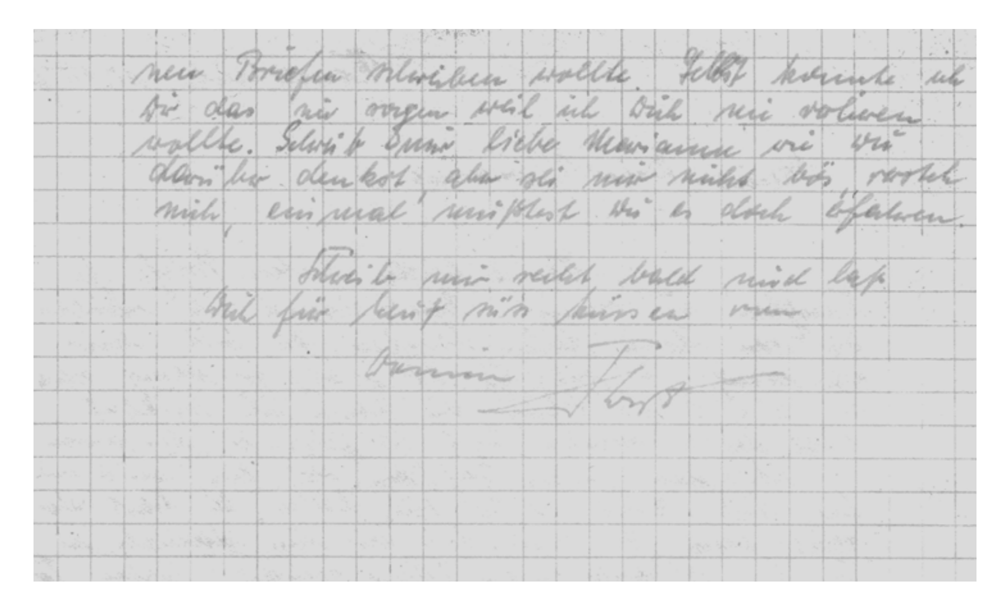
Q6: Abschrift eines Berichts der Deutschen Botschaft in Italien, 30.0.1953, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 23.

Kaiserstuhl, 10.11.47.

Meine liebe Marianne!

Deine beiden lieben Briefe ge-
langten in meinen Besitz und ich möchte
Dir von Herzen dafür danken. Du bist mir
ein wenig bös weil ich Dir jetzt so wenig schrei-
be aber mein Schatz da kann ich wirklich
nicht dafür, meine Zeit ist jetzt so bemessen
wo ich den ganzen Tag im Revier bin und wir
doch noch allerhand zu tun haben. Du hast aber
recht wenn Du sagst daß wir uns damals in
Schotten so ganz andere Pläne gemacht haben. Ja
ich hab mir das auch ganz anders vorgestellt
aber die Wirklichkeit sieht halt nicht so rosig
aus. Nun geht es ja auch dem Winter zu und
da werden wir wohl auch hübsch brav daheim
bleiben müssen. Ich komme ja doch die ganze
Woche nicht aus meinem Bezirk raus und
sehe fast immer die gleichen Gesichter. Ja und
dann muß ich Dir noch etwas sagen liebe
Marianne was mich schon lange bedrückt
und worauf mich eigentlich erst meine
Mutter so richtig aufmerksam machte. Wir
zwei haben ja nie darüber gesprochen weil
wir Verliebten im Augenblick nur immer an
die Gegenwart und nie an die Zukunft
denken. Ich muß Dir nämlich sagen liebe
Marianne daß wir zwei verschiedene Religionen
haben. Du bist wie anzunehmen ist und
ich aus Deinen Gesprächen so hörte evan-
gelisch und ich bin katholisch und auch
sehr streng von daheim erzogen. Meine Eltern
würden also gutwillig eine Verbindung mit
einem evangelischen Mädchen nicht zugeben.
Nun hab ich es Dir gesagt mein liebes
Marianne was ich Dir schon oft in meine

Q7: Brief an Marianne, 10.11.1947, Privatbesitz.



nen Briefen schreiben wollte. Selbst konnte ich
Dir das nie sagen weil ich Dich nie verlieren
wollte. Schreib, mein liebe Marianne wie Du
darüber denkst, aber sei mir nicht bös, verstehe
mich einmal, müßtest Du es doch erfahren.

Schreibe mir recht bald und laß
Dich für heut mit küssen von

Deinem
[illegible]

Q7: Brief an Marianne, 10.11.1947, Privatbesitz.

10

Jungen und Mädel! man gibt euch eine Chanse, man bietet euch einen <u>Neuanfang</u>.

Haltet euch das bewusst!

Ihr waret alle mehr oder weniger in der HJ und im BDM. Die ei einen begeister, die anderen nicht. Ihr wisst, diese Zeit ist vorbei, sie kommt nicht wieder. Wir können diese Zeit zwar nicht fortwischen ~~und wollen das auch nicht tun~~. Ich weiss auch, dass ihr mehr oderweniger noch zusammenhaltet, zumindest euch kennt durch eure früheren Zusammenschlüsse. Auch Freundschaftsbande werden euch zusammenhalten. Das ist kein Verbrechen. Es braucht niemand von euch zurückzustehen, oder denken, er müsste das Licht scheuen.
Dass man euch für Ideale einspannte die keine echten waren, das konntet ihr nicht übersehen und überblicken. Aber ihr habt euer leicht entzündbares junges Herz, blindlings einer Sache hingegeben. Nun habt ihr eine Enttäuschung erlebt, das ist bitter.für euch.

Jungen und Mädel, kommt zur neuen Jugendbewegung, lasst uns Fühlung mit einander nehmmn und gemeinsam nach neuem Leben suchen.
In allem will euch behilflich sein

euer Jugendpfleger

Q8: Aufruf Schmalstiegs an die Göttinger Jugendlichen, November 1945, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 1, Bl. 10.

DER ZWECK DER JUNGENCLUBS IN DEUTSCHLAND

Bis vor kurzen ist der Mehrzahl der deutschen Jugend ein wirklich grosser Anteil im Leben der deutschen Nation gegeben werden - ihr wurden Ideale und ein Zweck gegeben (selbst wnn er ein falscher war), und nie wurde auch nur für einen Augenblick die Möglichkeit einer Niederlage erwogen. Die Niederlage ist gekommen, aber bis jetzt ist ihre wirkliche Bedeutung noch nicht verstanden worden, und es ist zu bezweifeln, ob die deutschen Jungen und Mädchen je die Tragödie richtig verstehen werden, die jetzt über ihr Volk und über ihr eigenes Wohlergehen gekommen ist. Erst in den kommenden Jahren und wenn sie älter werden, werden sie beginnen, dieses Unglück zu verstehen, und hier haben wir die Verantwortung, ihnen die helfende Hand zu reichen, um bewusst oder unbewusst einen Geist der Verständigung und der Zusammenarbeitsbereitschaft zu schaffen, zunächst innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft und dann mit der ganzen Welt.

Wenn Jungen aufwachsen, tun sie sich gerne tun sie sich gerne zu einem gemeinsamen Ziel oder Zweck zu Gruppen oder Mannschaften zusammen. Manchmal entarten diesen Gruppen unter dem Einfluss von ein oder zwei schlechten Jungen zu asozialen Banden. Im allgemeinen sind sie ganz harmlos und stellen tatsächlich rudimentäre gesellschaftliche Einheiten dar, in denen die ersten Lektionen der Staatsbürgerschaft unbewusst gelernt werden; die Mitglieder werden eine Loyalität gegenüber der Gruppe lernen und den Regeln gehorchen, auf die sie sich zu ihrem gemeinsamen Besten geeinigt haben. Trotzdem sind diese Gruppen in der Regel für die Gesamtheit der Gesellschaft nutzlos, da die Loyalität, die sie erwecken, auf kein grösseres Ziel als auf das unmittelbare Vergnügen, Interesse oder Vorteil ihrer Mitglieder gerichtet ist.

Andrerseits, hat ein guter Club weitere Ziele. Er bringt Jungen mit verschiedenen Interessen zusammen, er wird ihnen die Gelegenheit geben, bereits geweckte Interessen zu entwickeln, er wird Neulinge ermutigen, wird an sie Anforderungen stellen, sogar für ihr gemeinsames gutes Ziel Opfer verlangen, er wird ihnen Verantwortung geben. Er kann und sollte ein wichtiger Teil der Gemeinschaft werden und muss das Wohl der Gesamtheit im Sinne haben.

Der Club sollte als Club nicht so sehr für Jungen sein sondern aus Jungen zusammengesetzt, die bereit sind, sich von einem Erwachsenen führen zu lassen, aber nur so, dass sie selbst Führerqualitäten entwickeln. Der Neuling, der in einen Klub eintritt, sollte ein, ihm ganz artgemässe [illegible] Fehlen von Befehlsgeberei vorfinden, und die Disziplin, die notwendig ist, um die Ordnung aufrecht zu halten, sollte eine Disziplin, die der Junge sich selbst auferlegt.

Der Club sollte immer, so weit wie irgend möglich durch Selbverwaltung gelenkt werden, sodass dadurch in den Jungen Mitglieder mit Initiative und Charakter herangezogen werden, und nicht eine Horde blasser Persönlichkeiten, die nur getreulich die Ansichten des Führers wiedergeben.

Die Clubgebäude sollten so anziehend gemacht werden, wie es die Umstände gestatten, obgleich die Notwendigkeit hierfür wahrscheinlich nicht so bedeutend ist im Hinblick auf den überfüllten und ungeheizten Zustand, in dem sich die meisten deutschen Heime augenblicklich befinden. So soll die wichtigste Vorbedingung des Clubs, zumindest während der Wintermonate sein, das Gebäude so gut geheizt wie nur möglich zu halten.

Die Betätigung des Clubs sollte so abwechslungsreich sein, wie die Umstände es gestatten, Spiele, Laienspiele, Musik, Kunst, Unterhaltung usw., all dies muss einmal an die Reihe kommen, wie auch andrerseits, besondere Vorlieben einzelner wie Schnitzen und Basteln im allgemeinen.

Q9: Der Zweck des Jugendclubs in Deutschland von Major Oldham, 6.4.1946, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 2.

\- 2 -

5. GEMEINDE RITTMARSHAUSEN

Wir haben dieser sehr tatkräftigen Gemeinde 2 Besuche abgestattet, sie umfasst die Jugengruppen von Rittmarshausen, Beienrode, Wöllmarshausen, und Kerstlingerode. Der Ausschuss setzt sich nur aus Mitgliedern der 4 Jugendgruppen zusammen, er leistet unter der Führung seines jugendlichen aber sehr gutunterrichteten Vorsitzenden sehr gute Arbeit. Sowohl Jungen wie Mädel sind Mitglieder dieses Ausschusses, und die Mädel sorgen bestimmt dafür, dass die Jungen nicht zu sehr die Oberhand gewinnen.

Franz Kerthage, ein Mitglied des Ausschusses, hat ein ausgezeichnetes Schwimmbad entworfen, das durch Eindämmung des Dorfbaches entsteht. Wir hoffen, dass die Arbeit bald in Angriff genommen wird. Alle Gruppen im Landkreis können daraus sehen, was die Jugendlichen selbst tun können, wenn sie etwas ermutigt werden.

Wir werden im Laufe der Zeit noch mehr über den Ausschuss Rittmarshausen hören. Sie sind entschlossen, regen Anteil an der Bewegung zu nehmen und ich wünsche ihnen Erfolg. Ich möchte gerne, dass auch andere Gruppen dasselbe tun, ich kann Euch nur helfen Euch selbst zu helfen.

6. OBERSCHULE JUGENDGRUPPE

Diese Gruppe ist auf dem besten Wege, die ideale Jugendgruppe zu werden. Sie wird geführt von Hans Kammel und seinem Freund Peter (es tut mir leid, Peter, aber ich kann Deinen Hausnahmen nie behalten). Diese beiden Jungen sind Schüler und haben ein hohes Mass an Führerschaft bewiesen. Beide haben das Geheimnis des Glücklichseins gelernt, d.h. Freundlichkeit, Duldsamkeit und die Fähigkeit mit dem und über das Leben zu lachen. Man kann erkennen, dass sich in allen anderen Mitgliedern der Gruppe gleiche Züge entwickeln. Ausserdem ist ihr Geist beweglich und sie machen ihre Führer schnell darauf aufmerksam, wenn sie in ihren Debatten Fehler machen. Sie haben eine grosse Tradition von ihrem Lehrer Herrn Küchemann übernommen, der so viel gelitten hat, aber trotzdem ein freundlicher, kluger, geduldiger Philosoph geblieben ist, stets bereit zu helfen und zu leiten.

Die Zusammenkünfte finden im Jugendheim und im Landheim Eddigehausen statt. Wir verbrachten 2 Tage mit ihen im Landheim. Das erste Mal platzten wir in eine Mathematikstunde herein (der kleinste Junge der Klasse wusste 10 mal so viel wie wir). Das zweite Mal erstiegen wir die Plessen und beendeten den Tag mit einer Jagd den Berg herunter (gewonnen von Frau Rüping und verloren von Herrn Kuttner, dessen Füsse wohl mehr an die Bedienung des Gashebels beim Auto gewöhnt sind.)

Alle diese Zusammenkünfte sind eine grosse Freude (dankeschön für den Kaffee und das Brot, wir nahmen es nicht gerne, weil wir wussten, dass die Jungen es sich absparten, um es uns zu geben, aber wir wussten, irh würdet verletzt sein, wenn wir es nicht genommen hätten. Es war eine Freundlichkeit, die wir nie vergessen werden).

7. DEUTSCHE JUNGENSCHAFT

Unter der tatkräftigen Führung von Heinz Krull ist der Klub gut vorwärtsgeschritten. Die Hauptbetätigung ist im Augenblick Naturkunde und Zelten. Wir verbrachten einen sehr schönen Abend um ein Lagerfeuer im Hainholz sitzend am 28. März. Geschichten wurden erzählt und Lieder gesungen und wir gingen alle sehr glücklich und zufriedennach Hause.

Heinz ist nach Stuttgart zu einer Jugendtagung gefahren und wird uns wahrscheinlich in einem unserer nächsten Briefe erzählen, was er gelernt hat. Er hat im späteren Verlauf dieses Monats ein Lager im Solling vorbereitet und ich hoffe wenigstens einen Abend dort mit der Gruppe zu verbringen.

Q10: Wöchentlicher Nachrichtenbrief Major Oldhams Nr. 1, 12.4.1946, C64, Nr. 2, Bl. 4.

5

8. VOLKSTANZGRUPPE

Diese Gruppe ist der bisher grösste Erfolg der Jugendbewegung hier gewesen. Unter der Leitung von Herrn Schneider haben Hunderte von Jungen und Mädeln gelernt, wie sie ihre Mussestunden in sauberer und gesunder Bewegung verbringen. Diese Art Entspannung ist zweifellos eine der besten, um für kurze Zeit die Sorgen und Mühen des Alltags zu vergessen.

Nach einem Tanzkursus, gaben die Schüler eine Tanzvorstellung in der Aula der Oberschule am 7. April. Es war eine wunderschöner Anblick. Die Mädel in ihren hübschen Kleidern sahen wie Blumen aus, die Tanzlehrer in ihren alten Kostümen und die Jungen in ihren Sonntagskleidern versuchten wie Engel auszusehen, was ihnen nicht ganz gelang. Der schöne Gesang der Mädchen der Mittelschule war ein grosser Erfolg des Abends, aber wir fanden, dass er etwas zu lange dauerte.

Herr Schneider stampfte und wirbelte auf höchst energische Weise, so dass wir dachten, wir müssten ihm einen Brief ans Wirtschaftsamt für ein neues Paar Schuhe geben. Doch es ging alles gut und als der Abend endete waren seine Kleider noch alle heil.

Dankeschön, Herr Schneider und Herr Schmalstieg für einen der schönsten Abende in unserem Leben. Fangen Sie schnell einen neuen Kurs an und bringen Sie auch uns das Volkstanzen bei.

9. NEUE GRUPPEN

Die folgenden Gruppen sind im letzten Monat registriert und genehmigt worden:

Gemeinde	Zusammenkunftszeiten
Dramfeld	20 Uhr Mittwochs
Geismar	20 Uhr Dienstags und Freitags
Gr. Lengden	20 Uhr Dienstags und 19.30 Uhr Donnerstags
Kl. Lengden	15 Uhr Sonntags und 19.30 Uhr Dienstags
Lenglern	20 Uhr Dienstags und Samstags
Obernjesa	20 Uhr Montags und Freitags
Reyershausen	15 Uhr Samstags
Weende	20 Uhr Dienstags und Freitags

Wir wünschen ihnen allen viel Glück und hoffen bald noch viel mehr von ihnen zu hören.

10. NACHRICHTEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE

Die Militärregierung hat die Reparaturen und Zusatzarbeiten für die Jugendhäuser in Lemshausen und Landolfshausen genehmigt und die Arbeiten werden bald anfangen.

Von Hannover ist die Nachricht gekommen, dass eine beschränkte Anzahl von Sportgeräten bald für die Jugendbewegung zur Verfügung steht. Es besteht ein Mangel an Fussbällen und es wird noch einige Zeit dauern, bevor es sie gibt.

Das Göttinger Schwimmbad wird an drei Tagen der Woche im Sommer der Jugendbewegung zur Verfügung stehen.

Nach Ostern werden 6 weitere Räume des Jugendheimes zur Verfügung stehen für Jugengruppen. Im Juni hoffen wir das ganz Heim zu unserer Verfügung zu haben.

11. HINWEISE FÜR JUGENFÜHRER

Darf ich ein oder zwei Hinweise auf die Psychologie der Jugend machen. Rote und schwarze Wandbehänge mit gedämpftem Licht können eine böse Einwirkung auf die Seelen von Jugendlichen oder sogar auf die von Erwachsenen haben. Eine Kombination dieser Dinge kann und wird eine geistige Depression hervorrufen, wie Euch jeder Arzt sagen wird. Ausserdem glaube ich nicht, dass Lieder von Schlachten, Mord und plötzlichem Tod direkt entspannend am Ende eines langen anstrengenden Tages sind. Dies sind nur Hinweise, aber ich meine, sie seien wohl einer Diskussion wert.

Q10: Wöchentlicher Nachrichtenbrief Major Oldhams Nr. 1, 12.4.1946, Bl. 5.



Q11: Wandernde Jugendliche, Fotoarchiv Göttingen, kein Datum.

Herrn Oberinspektor Wedemeyer / Schmalstieg

45

Übersetzung (weigel) Eingang: 11.11.48

Hildesheim 01-382

117/17/C/1/YW

Area Office Hildesheim
117 HQ CCG
BAOR 5

Betr.: Genehmigung von Jugendgruppen

20. Okt. 48

An: Bezirksjugendpfelger
Werner Wegner
Hildesheim, Regierung.

1. In Verfolg unseres Schreibens 117/17/0/1/YW vom 19. Aug. 48 Dieses Hauptquartier hat Berichte erhalten, dass eine Anzahl von Jugendführern in geldliche Schwierigkeiten dadurch gerat, dass sie die Summe von 20.- DM für ein Entnazifizierungszeugnis zu bezahlen haben, wenn sie die Genehmigung der Mil. Reg. erbitten, als Jugenführer tätig zu sein. Es liegt nicht in der Absicht der Mil. Reg., dass junge Leute, die bereit und willens sind, ihre Freizeit freiwilliger Jugendarbeit zu widmen, die Summe von DM 20.- bezahlen müssen. Daher wird in Fällen, in denen die in Aussicht genommenen Jugendführer Schwierigkeiten haben, ihren Entnazifizierungsbescheid zu bezahlen, der Jugendgruppe und dem Führer provisorische Genehmigung erteilt, wenn statt des Entnazifizierungsbescheides der Jugendführer ein Empfehlungszeugnis vorlegt.

2) Diese Bescheinigung sollte in Form eines Briefes ausgestellt sein, in dem der gute Charakter des Antragstellers bestätigt wird und unterschrieben werden von

a) dem örtlichen Bürgermeister oder einem Kreistagabgeordneten;

b) einen im Amt befindlichen Schullehrer oder Pfarrer;

c) Kreisjugendamt.

In den Fällen a) und b) muss der Brief die vollständge Anschrift und den Berufsstand der Unterzeichner tragen.

gez. R.D. Landsman
CO II Jugendwohlfahrt
Area Office Hildesheim

Durchschlag an:
Kommandant
Liste "A"
Alle Kreisjugendpfleger

Q12: Genehmigung von Jugendgruppen, Brief der Jugendwohlfahrt (Area Office Hildesheim) an die Jugendpfleger, 13.10.1948, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 3, Bl. 38.

Randbemerkungen

~~Motto~~

~~Einer für Alle, Alle für Einen.~~

Wir wollen eine einheitliche Schar junger
Mädel sein, die bereit ist, über-all zu helfen,
wo Not am Mann ist. Um dieses durchzufüh-
ren, darf unsere Gemeinschaft keiner der vier
Parteien direkt unterstellt sein, da sonst un-
sere Zusammenarbeit untereinander, wie auch
nach außen hin, durch den Einfluß dieser
Partei, der sicher nicht alle Mitglieder der Gruppe
angehören, gefährdet werden könnte. – Jedes
Mädel, das mit ernstem Willen gegen die Not
in unserem Vaterlande ankämpfen will, ist
uns Willkommen, darf es jedoch nicht übelneh-
men, wenn wir es eine Zeitlang beobachten und
ihm dann sagen, ob wir es behalten können
oder nicht. Freie Meinungsäußerungen, besonders
in Sachen, die nicht gefallen oder besser gemacht
werden können, ist Pflicht für jeden. – Die Grup-
pe soll bestehen bleiben, nicht nur jetzt in
den Zeiten der äußersten Not, sondern auch
wenn die schweren Folgen des Krieges nachlas-
sen oder ganz vorübergehen, denn es gibt im-
mer Gelegenheit, irgendwo zu helfen. Auch in
anderen Städten und Dörfern sollen sich Gruppen
bilden, die mit uns gemeinsam den gleichen
Zielen und Idealen nachstreben, nämlich die
Not zu lindern, wo und bei wem es auch im-
mer sei. Unter den einzelnen Gemeinschaf-
ten soll mindestens ein ständiger Briefwechsel
aufrechterhalten bleiben. Bei eventuellem Zusam-
mentreffen einzelner Gruppen sollten wir uns
durch ein gemeinschaftliches Abzeichen oder gemein-
schaftlichen Gruß zu erkennen geben. – Der
Dienst in einer Gruppe muß freiwillig und

Q13: Entwurf eines Zulassungsantrags einer Mädchengruppe, kein Datum, Göttinger Stadtarchiv, Kleine Erwerbung 149, Nr. 73.

ohne Zwang geschehen. Auch unseren Eltern
soll von Zeit zu Zeit über unser Tun und
Lassen Bericht erstattet werden, sei es durch
einen Elternabend oder sonst etwas Anderes. –
Es sollen außer dem führenden Leiter stets
noch zwei bis drei Mädel aus jeder Gruppe in
den Vorstand gewählt werden, die auch dafür
zuständig sind, unsere Wünsche und Mei-
nungen bei den höheren Amtspersonen vor-
zutragen. Die Arbeit in der Gemeinschaft soll
aber auch dem Einzelnen zum Wohle dienen
und soll helfen unser geschlagenes Deutsches
Volk wieder aufzurichten.

Vorschlag Ingrid Koch

Q13: Entwurf eines Zulassungsantrags einer Mädchengruppe, kein Datum.

- 4 -

II. Man fordert für die Wikingerjugend von Seiten der Rechtspartei, laut Mitteilungsblatt Nr. I ,Gegenstände, die sich als billige und vor allen Dingen in diesem Augenblick der Geschichte unseres Volkes nicht brauchbare Mittel einer Jugendbeeinflußung und Erziehung, ablehne, als da sind, Landsknechtstrommeln, Signalhörner, Fanfaren, Fahrtenmesser, Koppelzeug, Brotbeutel, Tornister, Sanitätszeug usw. schwarz, weiß, rotes Fahnentuch,Speere und nationale Literatur.
Diese Dinge sind für die Junge Generation, die eben eine Zeit übler extrem nationalistischer, militaristischer Tendenz hinter sich hat, geradezu Gift, und bilden darüber hinaus, überall da wo man sie der deutschen Jugend reicht, ein Verbrechen an unserem so schwer geprüften Volk und der Welt.
Es erhebt sichüberhaupt die Frage, in wie weit solche Gegenstände für ein Jugendleben notwendig sind und ob es nicht immer zu jeder Zeit ein gefährliches Experiment ist, die Jugend mit solchen Gegenständen organisiert uns systematisch zu bedenken. Soweit Jugendliche Spaß an solchen Dingen haben, sollen sie sich damit abgeben, es wird eine vorübergehende Karl May Zeit für sie sein. Aber faul ist so etwas, wenn eine Organisation dahinter steht und das systematisch betreibt.

III. Bei aller Bemühung ein Vertrauen aufzubringen, das man Herrn von Thadden und darüber hinaus der Rechtspartei schenken würde, es ehrlich in Bezug auf Jugenderziehung im demokratischen Sinn zu meinen, ist in keiner Weise gewährleitstet, daß die Entwicklung die diese Jugend nehmen wird, eine einwandfreie sein kann. Alle Erfahrungen der Vergangenheit ~~und der Zukunft~~ sind andere. Ich möchte daher die Behauptung aufstellen, bei aller ehrlicher Bemühung sind die Verantwortlichen der Wikingerjugend nicht in der Lage die Gefahr und die Entwicklung zu steuern und zu meistern, die bei bestehenbleiben der Wikingerjugend einsetzen wird. Es ist mir sehr zweifelhaft ob man sich auf Seiten der Hauptverantwortlichen dieser Gefahr bewußt ist. Das Bewußtsein dieser Gefahr ist aber erste Vorausetzung, wenn man verantwortlich im neuenStaat stehen will.

IV. Die Praxis der Wikingerjugend zeigt erste Ergebniße. Trotzdem noch keineordentliche Zulaßung erfolgt ist und wie man inoffizieller Weise erfährt sogar ein Verbot der Jugend besteht. trifft sie sich heimlich abends und zur Nachtzeit draußen in der Feldmark. Von höher gelegenen Wohnungen der Stadt, hört man deutlich das dumpfe trum, trum der Landknechtstrommeln. Gesänge wie: Haltet aus im Sturmgebraus schallen noch abends um 23.3o über die Dächer der Stadt. Vom Stadtjugendpfleger selbst gehört.
Öffentliches Durchmarschieren mit Trommeln, schwarzer Fahne auf der zwei gekreutzte Schwerter zu sehen sind, durch die Stadt Hann. Münden. Beobachtet vom Kreisjugendpfleger Pflüger in Münden.
Ankleben von Plakaten in Göttingen, auf denen zu lesen steht: nationale Jugend rechts ran. Junge bist du deutsch komme zu uns. Daraus geht deutlich hervor, daß die Sache wächst, daß man die Jugend auf die Strße holt, sie wieder marschieren läßt und ihnen die Methoden der Verhetzung in die Hand drückt. Das geht deutlich in die Richtung die wir nicht wollen. Wieder reißt man eine Kluft auf. Wir Jugendpfleger bemühen uns seit der Zeit wo wir im Amt sind, jegliche klassenmäßige, rassenmäßige und polt. Beeinflußung und vor

Q14: Bericht über Vorfälle mit der Wikingerjugend von Schmalstieg an den Göttinger Jugend und Sportausschuss, 20.7.1947, Göttinger Stadtarchiv, C64, Nr. 110, Bl. 10.

Versorgungslage im Göttingen der Nachkriegszeit

Timo Stiehl

1 Einleitung

„Wir sehen uns der tödlichen Erkenntnis gegenüber: Nicht Parteien oder Gewerkschaften bestimmen unser Leben, nicht junge demokratische Regierungen oder die Besatzungsmacht, sondern einfach der Hunger, nichts als Hunger.“,[1] kommentierte die Kölnische Rundschau am 15. August 1947 die Versorgungslage in der rheinischen Großstadt. Kaum ein Thema hat die Menschen während der Nachkriegszeit so beschäftigt und in ihrem Alltag beeinflusst, wie die mangelhafte Versorgung. Die sechs Kriegsjahre von 1939 bis 1945 forderten nicht nur Millionen Opfer, sondern zerstörten besonders in den Städten jegliche Infrastruktur.[2] Neben der Zerstörung der wirtschaftlichen Zentren und Produktionsstätten wurde auch der Flüchtlingsstrom aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu einem großen Problem, da nun allein in Niedersachsen über 1,8 Millionen Flüchtlinge aufgenommen und zusätzlich versorgt werden mussten.[3] Dass diese Bürde insbesondere die Göttinger traf, zeigt sich an der Not in der sonst von den alliierten Bomben verschonten Stadt, denn obwohl wenig Wohnraum zerstört wurde, war die Aufnahmekapazität der Stadt ausgereizt. Schon 1944, vor Ende des Krieges, lebten in

---

[1] Zit. nach: Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 11.

[2] Zur Zerstörung der deutschen Städte vgl. Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 32.

[3] Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 729f.

Göttingen rund 3500 Flüchtlinge.[4] Nach dem Krieg wurde Niedersachsen neben Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zum wichtigsten Aufnahmeland für die aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der SBZ nach Westen strömenden Flüchtlinge und Vertriebenen.[5] Eine logistische Herausforderung stellte auch die große Zahl von ehemaligen Zwangsarbeitern dar, die vorwiegend in Lagern lebten. Durch die Nähe zum Durchgangs- und Aufnahmelager Friedland entstand nach und nach eine Ausnahmesituation in der Universitätsstadt. Viele, die aus dem Aufnahmelager entlassen wurden, hatten oft Göttingen als ersten Anlaufpunkt und belasteten somit, wenn auch nur vorübergehend, die Versorgungssituation der Stadt.

In den ersten Monaten nach Kriegsende fehlte es in allen Bereichen der Grundversorgung an dem Notwendigsten: angefangen bei den Lebensmitteln über die Textilversorgung bis hin zu Brennstoffen wie Kohle und Holz (Q1).

2 Lebensmittelversorgung und Versorgungssystem

Priorität hatte die Versorgung mit Lebensmitteln. Da dies die britische Militärregierung schnell erkannte, versuchte sie, den Handel mit Lebensmitteln von Anfang an zu kontrollieren, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten.[6] Schon kurz nach Kriegsende wurden an die Händler und Landwirte Bestandsmeldelisten verschickt, um einen Überblick zu bekommen, welche Waren vorrätig waren und woran es besonders mangelte (Q2).[7] Letztere bekamen je nach ihrem Viehbestand und ihrer Ackerfläche Ablieferungsquoten auferlegt, die sie erfüllen mussten. Dabei gab es immer wieder „schwarze Schafe“ (Q3), aber auch Bauern, die sich besonderes Lob verdienten, weil sie vergleichsweise viel Milch ablieferten. Der Göttinger Landwirt Wilhelm Klemme wurde in der Hannoverschen Presse vom 15. Mai 1948 als „Guter Milchablieferer“ hervorgehoben, weil er die durchschnittlich abgelieferte Milchmenge um 81 Prozent übertraf. Er zeigte damit, dass die Bauern viel mehr Milch an die Militärregierung hätten abliefern können und somit der Mangel oft auch selbstgemacht war (Q4).

Das wichtigste Grundnahrungsmittel war die Kartoffel. Mit den umliegenden Landwirten entstand, besonders vor den Wintermonaten, ein reger Tauschhandel um das begehrte Gut (Q6); massenweise zogen die Städter in die ländlichen Gebie-

---

[4] Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, in: Ders. (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum, 31.3.-28.7.1985, Göttingen 1985, S. 106.

[5] Dieter Brosius, Niedersachsen, in: Wolfgang Benz, Deutschland unter alliierter Besatzung. 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 406.

[6] Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main 1990, S. 29.

[7] Hans-Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, in: Ders. (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum, 31.3.-28.7.1985, Göttingen 1985 , S. 161.

te, wo die Versorgungslage besser war, und durchstreiften die Dörfer, um Hausrat, Kleidung oder Wertgegenstände gegen Butter, Speck und Kartoffeln einzutauschen. Da die Verteilung der Lebensmittel streng reglementiert war und auch nur funktionieren konnte, wenn sich die Erzeuger sowie die Verbraucher an diese Reglementierung hielten, waren diese sogenannten Hamsterfahrten zwar offiziell verboten, aber die an Bahnhöfen und Ausfallstraßen durchgeführten Kontrollen zeigten keine Wirkung. Innerhalb der Städte wiederum entstand ein blühender Schwarzmarkt,[8] der genau wie die Hamsterfahrten verboten war, aber von den Ordnungskräften ebenfalls nicht unterbunden werden konnte.[9]

Wenn durch die Zusatzversorgung durch den Schwarzmarkt und die Hamsterfahrten auch eine Besserung der Versorgungsnot eingetreten war, so blieb die Ernährung dennoch desolat, was sich in Göttingen sehr gut anhand der Schulkinder zeigen lässt. Kinder sind immer die schwächsten Glieder einer Gesellschaft und so zeigte sich an ihnen die schlechte Ernährungssituation besonders deutlich.

In einem Entschuldigungsschreiben vom 21. Juni 1946 aus Duderstadt heißt es zum Beispiel, dass eine Mutter ihr Kind nicht zur Schule schicken konnte, weil es seit 18 Stunden nichts mehr gegessen hatte (Q7). Der Umstand, dass der Lehrer dieses Schreiben an die Schulbehörde nach Hannover weiterleitete, verdeutlicht die extremen Auswirkungen der Mangelwirtschaft. Eine Auflistung seitens der Kreisverwaltung aus dem Jahr 1947 zeigt auf, dass mehr als ein Drittel aller Kinder im Kreis Göttingen an Unterernährung litt (Q8). Infolge dessen führte die Militärregierung schließlich ab 1946 eine flächendeckende Schulspeisung ein.[10]

Neben einer ausreichenden Versorgung mit Kartoffeln fehlte auf den Tellern der Menschen das Fett. Fleisch war zwar schon immer sehr teuer gewesen, in Zeiten der Not wurde es jedoch fast unbezahlbar.[11] Einen Eindruck davon vermittelt der Brief des Studenten Werner Schmidt, der sich wegen des zu geringen Fettgehalts im Gaststättenessen in einem Leserbrief beschwerte (Q9). Um die Verfügbarkeit von Fett zumindest annähernd zu verbessern, setzte die Militärregierung eine Fettprämie für die Ablieferung von Bucheckern aus. Die Menschen sammelten im Wald Bucheckern, für die sie im Tausch von den Versorgungsämtern Bezugskarten für Margarine oder Speiseöl bekamen (Q10).

Da die britische Militärregierung nicht imstande war, die Bevölkerung ausreichend zu ernähren, übernahm sie neben dem Bewirtschaftungssystem auch das vormalige Konzept der Rationierung mit Lebensmittelmarken aus dem Krieg.[12]

[8] Siehe den Beitrag von Karolin Oppermann in diesem Band.

[9] Vgl. Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 33.

[10] Siehe den Beitrag zur Situation der Schule von Marco Dräger in diesem Band.

[11] Vgl. Günter J. Trittel, Ernährung, in: Wolfgang Benz, Deutschland unter alliierter Besatzung. 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 118.

[12] Das System der Bezugsscheinkarten wurde vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 28.8.1939, zwei Tage vor Kriegsbeginn, in Deutschland eingeführt. Vgl. auch: Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe, Hamburg 1986, S. 15.

Hierbei wurden die Rationen in sogenannte Zuteilungsperioden gegliedert, wobei eine Periode ungefähr einem Monat entsprach.[13] Die Bevölkerung konnte während des Krieges die Lebensmittelmarken bei den Händlern eintauschen, wobei sich die Versorgung nach dem Angebot richtete. Jedoch waren in den späteren Kriegsjahren und insbesonders nach dem Krieg nicht genügend Waren auf dem Markt, so dass die Zuteilungen noch geringer als die ohnehin schon knapp bemessenen Mengen ausfielen. Die Zuteilungsrationen durch die alliierten Behörden gliederten sich nach Kriegsende je nach Bedarf in sechs Klassen:

Lebensmittelkarte für Erwachsene über 20 Jahre (Q11)
Lebensmittelkarte für Jugendliche über 10 bis einschließlich 20 Jahre
Lebensmittelkarte für Kinder über 6 bis einschließlich 10 Jahre
Lebensmittelkarte für Kleinkinder über 3 bis einschließlich 6 Jahre
Lebensmittelkarte für Kleinstkinder über 1 bis einschließlich 3 Jahre
Lebensmittelkarte für Säuglinge bis zum vollendeten 1. Jahre[14]

Zusätzlich gab es gesonderte Karten für Normalarbeiter, Schwerarbeiter, Schwerstarbeiter und Teilschwerarbeiter sowie eine Schwangeren- und Krankenzulagekarte. Weiterhin wurde zwischen Selbstversorgern, Teilselbstversorgern und Nicht-Selbstversorgern unterschieden und dementsprechend die Rationen eingeteilt.

Sobald ein Gegenstand Wert erhält, wird er zum begehrten Objekt für Diebe und Fälscher – so geschah es auch mit den Lebensmittelkarten. Es fanden sich in den Zeitungen immer wieder Meldungen über Diebstähle und Einbrüche in die Ausgabestellen (Q12). Schon 1946 wurde die Militärregierung dazu gezwungen, einen Erlass herauszugeben, in dem genau geregelt wurde, wie die Lebensmittelkarten aufbewahrt werden sollten, um Diebstählen vorzubeugen (Q13). Das zweite große Problem waren die zahlreichen Fälschungen, die im Umlauf waren. Hierauf reagierten die Versorgungsämter, indem sie für jede Zuteilungsperiode die Farbe der Lebensmittelkarten änderten und weitere Merkmale einführten, anhand derer die Karten eindeutig zu identifizieren waren (Q14).

3 Versorgung mit Brennstoffen

Ähnlich schlecht wie die Lebensmittelversorgung war die Versorgung mit Brennstoffen wie Kohle, Holz und Gas. Besonders Kohle wurde zum Schlüsselwort der Nachkriegszeit. Sie war der Lebensnerv Deutschlands und ganz Europas. Durch zerstörte Gruben, Mangel an Arbeitskräften und deren Unterernährung sank die Förderung im Januar 1946 auf rund 10% der Kriegsproduktion. Zwar lagerten 2-3 Mio. Tonnen Kohle auf Halde, diese Mengen konnten aber wegen des zerstörten Transportwesens nicht befördert werden. Allein in der britischen Zone waren 2800

[13] Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main 1990, S. 23.
[14] Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 12.

Brücken zerstört; die Schifffahrt war überall blockiert und im Juni 1945 waren nur noch 650 km Schienen befahrbar.[15]

Der Mangel traf die Bevölkerung besonders hart in den schweren Nachkriegswintern, da viele Menschen nicht ausreichend Kohlen zum Heizen hatten (Q15). In Zeiten besonderer Knappheit, wie dem Kältewinter 1946/47, kam es zu sogenannten Kohleferien, welche teilweise bis zu vier Monate andauern konnten. Hierbei wurden die Hochschulen und Schulen geschlossen, da sie nicht geheizt werden konnten (Q16). Oft wurde der Unterricht nur dann durchgeführt, wenn die Kinder ein Stück Kohle von zu Hause mitbrachten.

Die mangelnde Versorgung mit Brennmaterialen zog ebenfalls eine Stromknappheit nach sich, da Strom vornehmlich auf der Basis von Kohlekraftwerken produziert wurde. Im Herbst 1946 beschloss die Elektrizitätsgesellschaft, Göttingen in einen nördlichen und einen südlichen Bezirk einzuteilen. Je nach Bezirk, wurde der Strom in einer Woche entweder nur vormittags oder nachmittags zur Verfügung gestellt (Q17). Als wieder mehr Leistung vom Elektrizitätswerk erbracht werden konnte, erhielt jeder Bürger eine feste Zuteilung an Kilowattstunden. Hatte ein Bürger seine Ration überschritten, wurde ihm der Strom einfach abgeschaltet (Q18).

Ein deutliches Indiz für die Holzknappheit ist in den zeitweisen Überlegungen der Göttinger Tischler zu finden, Leihsärge einzuführen, da man, so die Überlegung, dadurch Holz einsparen könne (Q19). Dieser Vorschlag wurde allerdings seitens der Militärregierung abgelehnt, er zeigt uns aber deutlich den eklatanten Mangel an Brennstoffen.

4 Weitere Gebrauchsgüter

Eine weitere Lücke innerhalb der Versorgung der Bevölkerung bildete der Bezug von Bekleidung. Die Behörden der britischen Militärregierung teilten der Bevölkerung Kleidung und Schuhe ebenso wie Lebensmittel und Brennstoffe zu. Die Versorgung mit Bekleidung stellte ein langfristiges Problem dar. Noch 1948 gab es nicht genügend Schuhe. Besonders für Kinderbekleidung wurden zu wenige Rohstoffe bereitgestellt, so dass bereits die Materialien für die Herstellung fehlten. Die Zuteilungen für das Jahr 1948 ergaben, dass auf 1.000 Einwohner Göttingens insgesamt 63 Paar Schuhe verteilt werden konnten (Q20). Nicht besser sah es bei der Textilversorgung aus.[16] So kamen 1947 auf einen Wintermantel 2.500 Männer und 2,2 Paar Socken auf 1.000 Männer, während Frauen 7 Paar Socken pro 1.000 unter sich aufteilen konnten (Q21). Wie angespannt die Lage war, zeigt schließlich eine Umfrage unter 8.729 Schulkindern aus dem Jahr 1947, die in der Gemeinschaftsschule in Herzberg am Harz durchgeführt wurde. Laut dieser Studie besaßen 18%

[15] Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellungen und Dokumente in vier Bänden, Band 1, Frankfurt am Main 1996, S. 72.

[16] Vgl. Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, S. 166.

der Schulkinder kein eigenes Paar Schuhe und 60% lediglich ein Paar, 24% besaßen keine Unterwäsche und fast die Hälfte entweder keine, bloß ein Paar oder nicht mehr ausbesserungsfähige Strümpfe (Q22).

Die unmittelbare Nachkriegszeit war in vielen Bereichen durch eine Versorgungsknappheit gekennzeichnet. 1948 gingen die Buchhändler dazu über, Bücher nur noch gegen eine zusätzlich zum Kaufpreis aufgebrachte Menge Altpapier auszugeben, was gerade in Göttingen, einer Universitätsstadt mit erhöhtem Bücherbedarf, ein schwerwiegendes Problem war (Q23). Ein anderes Thema, das die Menschen unmittelbar berührte, war die mangelnde Versorgung mit Seife.[17] Es fehlte sowohl die Seife für die tägliche Körperpflege als auch Waschmittel für die Wäsche (Q24).

5 Besserung der Versorgungslage

Nach und nach stellte sich eine Besserung der Verhältnisse ein. Spätestens mit der Währungsreform 1948 änderte sich die Versorgungslage, da die Konsumenten nun wieder auf eine stabile Währung zurückgreifen konnten.[18] In den Zeitungen fanden sich zum Beispiel Meldungen über den ersten Sekt, der wieder angeboten wurde (Q25). Ein Bild, an das man sich in den Nachkriegsjahren mehr als gewöhnt hatte, waren Menschen, die vor Geschäften oder der Lebensmittelkarten-Ausgabe Schlange standen.[19] So war es ein deutliches Zeichen der Besserung, als die Hannoversche Presse am 22. März 1949 ein Bild der letzten in Göttingen zu sehenden Schlange ablichtete (Q26).

Im Mai 1950 sah sich die Regierung Adenauer schließlich imstande, das System der Lebensmittelkarten, das in Deutschland seit dem 28. August 1939 bestanden hatte, abzuschaffen. Die Ernährungsämter wurden geschlossen und die Mitarbeiter auf andere Dienststellen versetzt (Q27). Die Versorgungsnot der Nachkriegszeit war überwunden. Ab 1950 konnte man wieder mit Fug und Recht behaupten: „Es gibt wieder alles!“ (Q28).

[17] Vgl. Ebd., S. 166.

[18] Die Reichsmark wurde wegen der zurückgestauten Inflation im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Nachkriegszeit wertlos, weshalb in dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen am 21.6.1948 eine Währungsreform durchgeführt wurde. Dabei wurden Guthaben in Reichsmark im Verhältnis 100:6,5 auf D-Mark umgestellt und Schulden im Verhältnis 10:1 umgerechnet. Mit der neuen D-Mark konnte die Bevölkerung wieder auf eine stabile Währung zurückgreifen, ohne Angst vor einem Wertverfall haben zu müssen.

[19] Wolfrum, Die geglückte Demokratie., S. 33.

Literatur zum Weiterlesen

Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991.

Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, in: Ders. (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum, 31.3.-28.7.1985, Göttingen 1985, S. 149-198.

Günter J. Trittel, Ernährung, in: Wolfgang Benz, Deutschland unter alliierter Besatzung. 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 117-123.

Günter J.Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main 1990.

Michael Wildt, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe, Hamburg 1986.

Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

Schlechte Versorgungslage

Nur Rasierklingen demnächst wieder frei

Obgleich alle Fragen des Ernährungssektors zentral geregelt werden, kann es auch hier zu lokalen Schwierigkeiten kommen. So ist zur Zeit eine Belieferung der laufenden Kartoffelmarken in den Geschäften nicht möglich. Der größte Teil der Göttinger Bevölkerung hat Kartoffeln einkellern können; nur etwa 5000 Personen, vorwiegend Studenten und Werktätige, müssen in Gaststätten essen und konnten von der Einkellerungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen. Werkküchen und Gaststätten haben jedoch noch genügend Kartoffeln vorrätig.

Auch an Fleisch herrscht in Göttingen Mangel. Es wurde vorsorglich Freibankfleisch in Dosen bestellt, wovon jeweils höhere Mengen abgegeben werden. Der Verbraucher ist nicht verpflichtet, dieses Fleisch zu kaufen. — Seit dem Umtausch der Bezugscheine in Punktmarken, der in Göttingen sehr reibungslos und schnell durchgeführt wurde, kann von einer Textilwarenversorgung überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Dem Wirtschaftsamt steht überhaupt kein einziger Punkt zur Verfügung, so daß auch in dringendsten Fällen nicht geholfen werden kann.

Ebenso ist die Versorgung mit Holz und Kohle immer noch unzureichend. Das Holzkontingent ist zur Schonung des deutschen Waldes erheblich herabgesetzt worden. Zum Ausgleich konnte hierfür Stockholz (Stubben) gefördert werden; aber das war in letzter Zeit auch nicht mehr möglich, da hierfür bereits seit zwei Monaten der Sprengstoff fehlt. Eine ausreichende Kohlenversorgung scheitert vorwiegend an den Transportschwierigkeiten. So ist auch hier ein Mangel spürbar. Die Bäcker und Ernährungsbetriebe haben nur noch für wenige Tage Kohle, während die Krankenhäuser und Kliniken noch zwei bis drei Wochen mit ihren Vorräten auskommen werden. — Nach der Belieferung der kürzlich ausgegebenen Bezugscheine für Rasierklingen sollen diese wieder frei verkauft werden.

e. b.

Q1: „Schlechte Versorgungslage“, HNN vom 20.01.1948, S. 4.

[An]lage 2 zum Rundschreiben des Hauptverband[es] der Zuckerwirtschaft vom 22. 2. 1946 Nr. ....

Bestandsmeldung der Kleinhändler zum 31. März 1946 für Zucker, Marmelade usw.

Am 31. März 1946 befanden sich in meinem Besitz (in meinem Laden, Lager, auf Fremdlägern, einschl. der auf dem Transport befindlichen, mir bereits berechneten Mengen)

a) Zucker .... kg

b) Bienenhonig .... kg

c) Marmelade .... kg, umgerechnet in Zucker im Verhältnis von 180 : 100 = ... kg

d) Kunsthonig .... kg, umgerechnet in Zucker im Verhältnis von 125 : 100 = ... kg

e) Zuckersyrup .... kg, umgerechnet in Zucker im Verhältnis von 125 : 100 = ... kg

f) Obstsyrup .... kg, umgerechnet in Zucker im Verhältnis von 150 : 100 = ... kg

g) Mischsyrup mit 50 % Zuckergehalt .... kg, umgerechnet in Zucker im Verhältnis von 200 : 100 = ... kg

h) Sonstige zuckermarkenpflichtige Waren in Zuckerwert .... kg

Zusammen Zuckerwert: .... kg

Ich versichere an Eidesstatt, daß die vorstehenden Angaben richtig sind. Es ist mir bekannt, daß unrichtige oder unvollständige Angaben nach den Gesetzen der Militär-Regierung strafbar sind.

........................, den 1946

....

(Unterschrift, Firmenstempel)

AUGUST WARNECKE, OBERNKIRCHEN

Q2: Bestandsmeldung der Kleinhändler zum 31. März 1946 für Zucker, Marmelade usw. vom 22.2.1946, Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 7.

Mitschuldige am Hunger

hp GÖTTINGEN. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses beim Kreislandwirtschaftsamt gab die Namen der zehn schlechtesten Ablieferer aus dem Landkreis Göttingen bekannt:

August Leonhardt, Esebeck 22; Heinrich Aue, Volkerode 27; Hermann Kohlstedt, Atzenhausen 25; Hermann Margraf, Nikolausberg 13; Johannes Geiser, Dahlenrode 7; Stripping, Knuthbühren 2; August Grube, Elliehausen 54; Helene Häpe, Lemshausen 17; Rudolf Jäp, Rosdorf 62; Willy Hampe, Bremke 41.

Es sei nur noch am Rande vermerkt, daß z. B. der Bauer Aue nicht ein Gramm Kartoffeln geliefert hat und über 100 Zentner Brotgetreide einfach verschwinden ließ. Der Abgeordnete Grüneklee stellt zu diesen Zahlen folgende Fragen:

„Wer ist für die Duldung dieser Zustände verantwortlich? Wer hat die Schlachtgenehmigungen für alle zehn Bauern erteilt, die nach dem Gesetz Schlachtverbot hatten? Welche Maßnahmen werden vom Kreislandwirtschaftsamt ergriffen, um für die Zukunft derartiges zu verhindern?"

Kreistag gewählt.

So wurde abgeliefert

hp GÖTTINGEN. Nachstehend die prozentuale Aufteilung, was von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Landkreise abgeliefert wurde:

Weizen 82, Roggen 71, Gerste 101, Hafer 45, Hülsenfrüchte 56 und Kartoffeln 61 Prozent. Die zurückgehaltenen Mengen liegen aber in Wirklichkeit noch höher, da hier nur die Summen der auferlegten Lieferungssolls angenommen wurden.

Q3: „Mitschuldige am Hunger", HP vom 03.04.1948, S. 4.

Guter Milchablieferer

hp SPANBECK. Der Berginvalide Wilhelm Klemme von hier bewirtschaftet 7,5 Morgen Land, er lieferte in 12 Monaten — von Februar 1947 bis Januar 1948 — von einer Kuh 2426 Liter Milch, das sind täglich 6,65 Liter — an die Molkerei ab. Der Ortsdurchschnitt von 1340 Liter (täglich 3,67) wird damit von Kl. um 81 Prozent übertroffen.

Q4: „Guter Milchablieferer", HP vom 15.05.1948, S. 4.



Q5: Karikatur „Kartoffeln nicht vorrätig", HP vom 13.5.1947, S. 2.

Auf der Jagd nach Kartoffeln

Furcht vor dem kommenden Winter / Kartoffeln zu Märchenpreisen

Wenn morgens zwischen 6 und 7 Uhr die Postomnibusse zum zweiten Male in die Dörfer des Landkreises Göttingen fahren, um Berufstätige zur Arbeit zu bringen, steigen an den einzelnen Haltestellen der Bauerndörfer viele Göttinger Hausfrauen mit Säcken, Taschen und Kisten aus, um ihr Tagewerk, die Jagd nach Kartoffeln, zu beginnen. Manche sind schon auf den Höfen von mancherlei anderen Geschäften bekannt; wer erstmalig — noch unsicher und zaghaft — sich einem Bauern nähert, wird mit mißtrauischem Blick und sehr reserviert empfangen.

Selten wird eine Frage nach den begehrten Erdäpfeln getan, ohne daß auch ein Tauschangebot gemacht wird. Man weiß, daß die Ernte nicht sehr rosig ausgefallen ist, und stellt sich darauf ein. Es wird alles angeboten, was ein Stadthaushalt nur hergeben kann; die Furcht vor dem kommenden Winter läßt alle Bedenken ob des ungleichen Tausches beiseite treten. Doch eine erstaunliche Beobachtung wurde gemacht: die Bauern nahmen auch Geld, sogar sehr gern. Das war bisher nicht der Fall und ist nur so erklärlich, daß mancher in diesem Jahr sein Vieh wegen Futtermangels nicht durch den Winter bringen kann und deshalb an einen Neuerwerb im Frühjahr — natürlich zu erhöhten Preisen — denken muß.

Hunderte von Zentnern werden jeden Tag auf Fahrrädern, in Rucksäcken, Pappkoffern und Einkaufstaschen weggeschleppt. Sie laufen durch keine Ablieferungskartei, werden von keiner Amtsstelle gewogen und von keiner Preisbehörde geprüft. Jeder dieser abgehetzten Stadtmenschen hat gegen unendlich viel Bestimmungen und Verordnungen verstoßen. Aber welcher Polizist wollte den Versuch machen, diesen Leuten die Kartoffeln wegzunehmen?

Mit der Hiobsbotschaft durch den Rundfunk, daß es weder zwei noch drei, sondern vorerst nur einen Zentner Einkellerungskartoffeln geben solle, fing es an. Organisierte Einkäuferkolonnen kamen aus dem Ruhrgebiet und boten für einen Zentner bis zu 300 Mark, einen selbst in Schwarzhändlerkreisen märchenhaften Preis. Aber diese Leute wollen ihr Kapital anlegen, welches sie in den Großstädten während der kalten Hungertage des Winters vielfach zu erhöhen gedenken. Sie steckten mit ihrer Kaufpsychose selbst ruhige Menschen an, die nun auch an ihren leeren Keller dachten und eilends aufs Land fuhren.

Die Landleute aber werden zwischen Pflichterfüllung, eigenen Sorgen und Mitleid für die Stadtbevölkerung hin und her gerissen. Sie müßten manchmal härter sein, wenn es sich um offizielle Schwarzhändler handelt, und dürften hie und da ihrem Herzen einen Stoß geben, wenn es um nackte Not ohne Gegenware geht. Hier zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden ist äußerst schwer. Und es ist kein Trost, weder für die einen noch für den anderen, zu wissen, daß der kommende Winter der schlimmste werden soll. Mb.

Q6: „Auf der Jagd nach Kartoffeln", HP vom 30.09.1947, S. 3.

Abschrift

Werter Herr Lehrer.

Ich konnte am Mittwoch mein Kind nicht zur Schule schicken, denn meine Kinder hatte fast 18 Std. nichts gegessen, und ich mußte erst gehen um was zu holen.

Mit Gruß

gez. Frau Ringling

Duderstadt, d. 21.6.1946

Q7: Entschuldigungsschreiben vom 21.06.1946, NDS. 20 Hildesheim Acc.166/86 Nr. 519.

Lfd. Nr.	Gemeinde	a) Gesamtzahl d. Schüler	b) darin enthaltene Flü.-Kinder	c) Unterern. Kinder	d) Schulspeisung wird vorgeschlagen.
1	Angerstein	139	69	46	95
2	Atzenhausen	44	26	20	30
3	Ballenhausen	79	22	25	30
4	XXXXXXXXXXXXX				
5	Benniehausen	65	27	19	35
6	Bischhausen	90	54	48	60
7	XXXXXXXXXXXXX				
8	Bovenden	286	100	147	150
9	Bremke	151	59	23	75
10	Dahlenrode	31	12	10	15
11	Deiderode	33	17	12	20
12	XXXXXXXXXXXXX				
13	Diemarden	121	55	15	70
14	Dramfeld	144	64	15	80
15	Ebergötzen	203	75	85	100
16	Eddigehausen	108	57	28	70
17	Elkershausen	26	13	15	20
18	Elliehausen	129	49	34	65
19	~~Emmenhausen~~ XXXXXXXXXXXX				
20	Esebeck	84	51	20	60
21	Etzenborn	54	27	13	30
22	Falkenhagen	43	27	14	30
23	Friedland	81	24	11	35
24	Geismar	458	94	239	301
25	Gelliehausen	118	53	16	65
26	Gladebeck	178	96	110	120
27	Grone	484	139	314	314
28	Groß-Ellershausen	52	22	6	30
29	Groß-Lengden	91	51	64	64
30	Groß-Schneen	170	70	30	90
31	Harste	179	69	71	90
32	Herberhausen	121	59	20	70
33	Hetjershausen	87	43	39	50
34	Höltensen	126	32	19	45
35	Holzerode	156	84	70	100
36	Ischenrode	32	19	18	20
37	Kerstlingerode	158	58	81	90
38	Klein-Lengden	123	54	66	80

Seite 1

Q8: Ernährungssituation der Schulkinder 1947, NDS. 20 Hildesheim Acc.166/86 Nr. 519.

Lfd. Nr.	Gemeinde	a) Gesamtzahl d. Schüler	b) darin enthaltene Flü.-Kinder	c) Unterern. Kinder	d) Schulspeisung wird vorgesch
39	Klein-Schneen	112	46	8	50
40	~~Klein-Wiershausen~~ XXXX				
41	Knutbühren	25	15	16	20
42	Landolfshausen	97	39	30	50
43	Lemshausen	45	26	26	30
44	Lenglern	162	89	20	100
45	Lichtenhagen	62	34	18	40
46	~~Ludolfshausen~~ XXXX				
47	Mackenrode	54	32	5	40
48	Mengershausen	111	51	40	60
49	Mollenfelde	78	28	6	35
50	~~Niedergandern~~ XXXX				
51	Niedernjesa	125	36	31	50
52	Nikolausberg	66	24	7	40
53	Oberbillingshausen	107	62	32	70
54	Obernjesa	132	55	35	70
55	Parensen	125	48	18	60
56	~~Potzwenden~~ XXXX				
57	Reckershausen	101	28	62	80
58	Reiffenhausen	128	52	49	70
59	Reinhausen	164	77	12	90
60	Reyershausen	101	38	62	62
61	Rittmarshausen	121	50		60
62	Roringen	81	37	21	40
63	Rosdorf	382	120	105	155
64	Sattenhausen	172	98	15	110
65	Settmarshausen	119	44	41	60
66	Sieboldshausen	112	54	54	60
67	Spanbeck	98	66	63	70
68	Stockhausen	38	18	19	20
69	Volkerode	71	33	32	40
70	Waake	178	77	65	109
71	Weende	581	116	285	385
72	Weißenborn	74	33	13	40
73	Wöllmarshausen	84	47	54	60
	Seite 2				
	Seite 1				
	Summe	8350	3290	3007	4825

Q8: Ernährungssituation der Schulkinder 1947, NDS. 20 Hildesheim Acc.166/86 Nr. 519.

Eine dringende Bitte an das Göttinger „Gaststättengewerbe"!

Die bisherige Fettration ist um die Hälfte gekürzt. Wir Studenten und mit uns zahlreiche Berufstätige, die mit Normalverbraucherkarten auf Gaststättenessen angewiesen sind, werden davon besonders hart getroffen. Jedoch scheinen die Göttinger Gaststätten hiervon überhaupt keinerlei Kenntnis genommen zu haben. Weiterhin fordern sie, wie bisher, 5 g Fett und z. T. 10 g Fett, das sind 3 g über der zustehenden Gesamttagesration.

Stichproben haben ergeben, daß in zahlreichen Essen verschiedener Gaststätten keinerlei Fettgehalt ist. Diese Untersuchungen sollen fortgesetzt werden.

Ist es unter den jetzigen Umständen noch angängig, Fettmarken für Mittagessen zu fordern? Soll man nicht zum guten „Stamm" zurückkehren? Manche Gaststätte hat uns ja bewiesen, daß es auch ohne Fett geht (wenn auch mit Fettmarken).

Im Namen vieler hungriger Studenten!

Werner Schmidt.

Q9: „Eine dringende Bitte an das „Gaststättengewerbe"!", HP vom 13.08.1946, S. 4.

Fett aus dem Walde

Erfolgreiche Bucheckernernte

Ganze Menschenkarawanen verlassen Göttingen am frühen Morgen mit Autobus und Rad, mit Eisenbahn und auf Schusters Rappen, um Bucheckern zu sammeln. Ungefähr 1000 Leute haben sich auf dem Ernährungsamt für die gesammelten und verlesenen Bucheckern Oelberechtigungsscheine geholt. Durchschnittlich gerechnet, hat jeder rund 6 kg abgeliefert, das macht 6000 kg, für die fast 1000 Liter Oel ausgegeben werden. Es gibt jedoch unter den Sammlern auch besondere Talente, die es auf 30 bis 40 Kilo gebracht haben. Abgesehen von der Bereicherung der eigenen Fettöpfe durch den Umtausch der Bucheckern in Oelberechtigungsscheine, kommt der Segen des Waldes auch noch dadurch der Allgemeinheit zugute, daß bei der Gewinnung des Buchöls aus den Rückständen ein wertvolles Futtermittel, der Oelkuchen, hergestellt wird.

Allen Gerüchten zum Trotz wird betont, daß es auf jeden Fall Oel auf die Berechtigungsscheine geben wird. Wer sofort Fett haben will, kann Margarine bekommen, die die Einzelhändler auf die Oelberechtigungsscheine im Verhältnis 160 g Oel = 200 g Margarine abgeben.

Q10: „Fett aus dem Walde", HP vom 29.10.1946, S. 4.

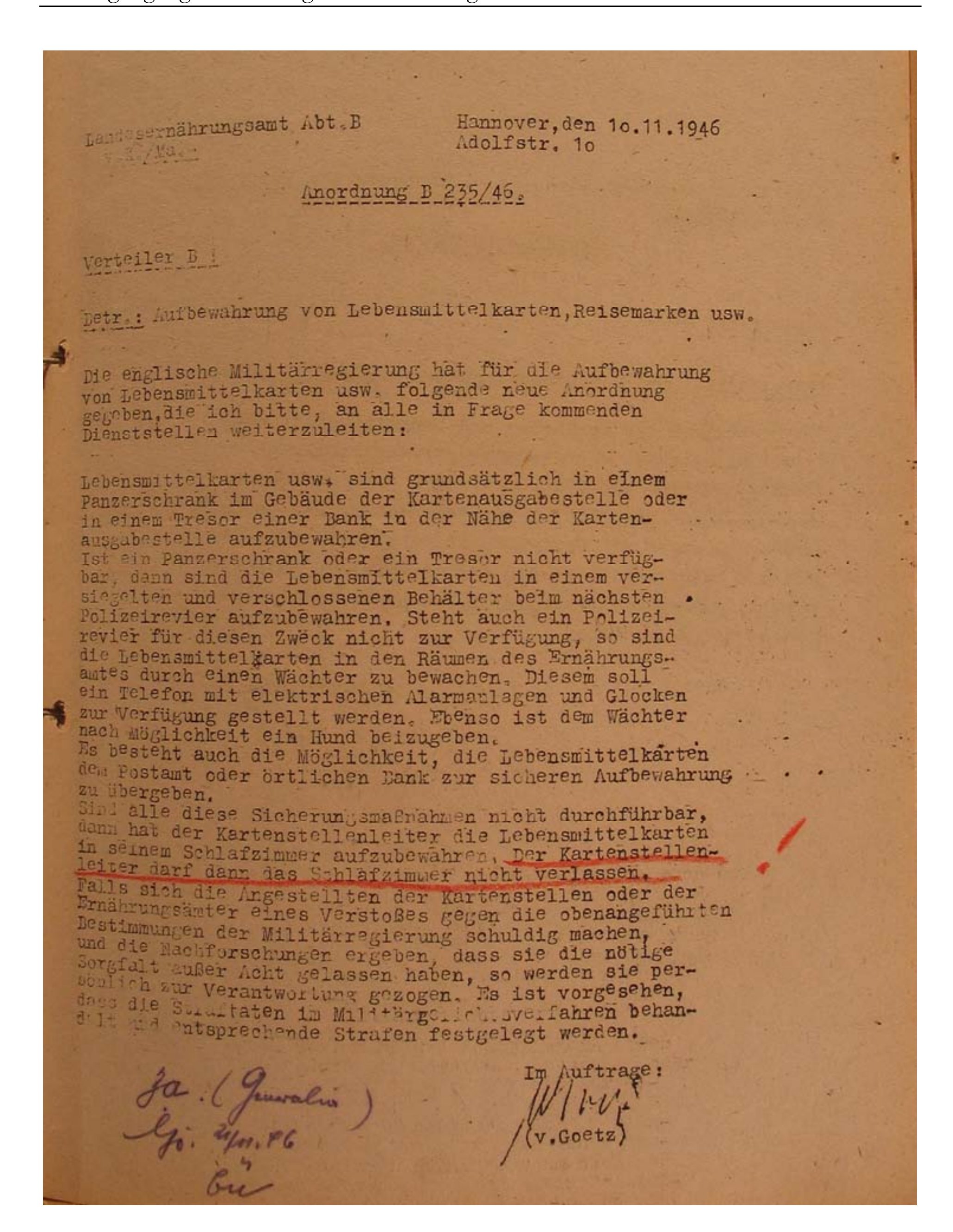
Q11: Lebensmittelkarte für Erwachsene über 20 Jahre der 102. Zuteilungsperiode, Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 12.

Lebensmittelkarten-Diebstahl

Beim Kreisernährungsamt B in Duderstadt sind nach Sprengung eines Stahlschrankes erhebliche Mengen Lebensmittelkarten gestohlen. Es handelt sich um nachstehende Mengen: Nr. 70 Mütterkarten Nr. 2584—3000; Nr. 66 Ergänzungskarten für Schwerarbeiter (Selbstversorger, Fleisch und Fett entwertet) Nr. 4001 bis 4500; Nr. 67 Schwerstarbeiter (Selbstversorger, Fleisch und Fett entwertet) Nr. 1501—1600); No. 67 Schwerstarbeiter (Normalverbraucher) Nr. 2501—2700. Außerdem wurden Tagesverpflegungskarten und Reisemarken entwendet, ferner 150 Berechtigungsscheine für Süßwaren, außerdem Seifenkarten, die die Bezugsabschnitte 94 und 95 noch enthalten.

Die Karten sind mit dem Vermerk „Ernährungsamt Kreis Duderstadt" versehen, sie dürfen von den Kleinverteilern nicht beliefert werden. Das Kreisernährungsamt Duderstadt hat eine hohe Belohnung für denjenigen ausgesetzt, der dazu beiträgt, daß die Festnahme des Täters erfolgen kann. Auch ist als Sonderbelohnung eine doppelte Lebensmittelkarte für ein Jahr in Aussicht gestellt.

Q12: „Lebensmittelkarten-Diebstahl", HP vom 31.12.1946, S. 4



Landesernährungsamt Abt. B
[illegible]

Hannover, den 10.11.1946
Adolfstr. 10

Anordnung B 235/46.

Verteiler B :

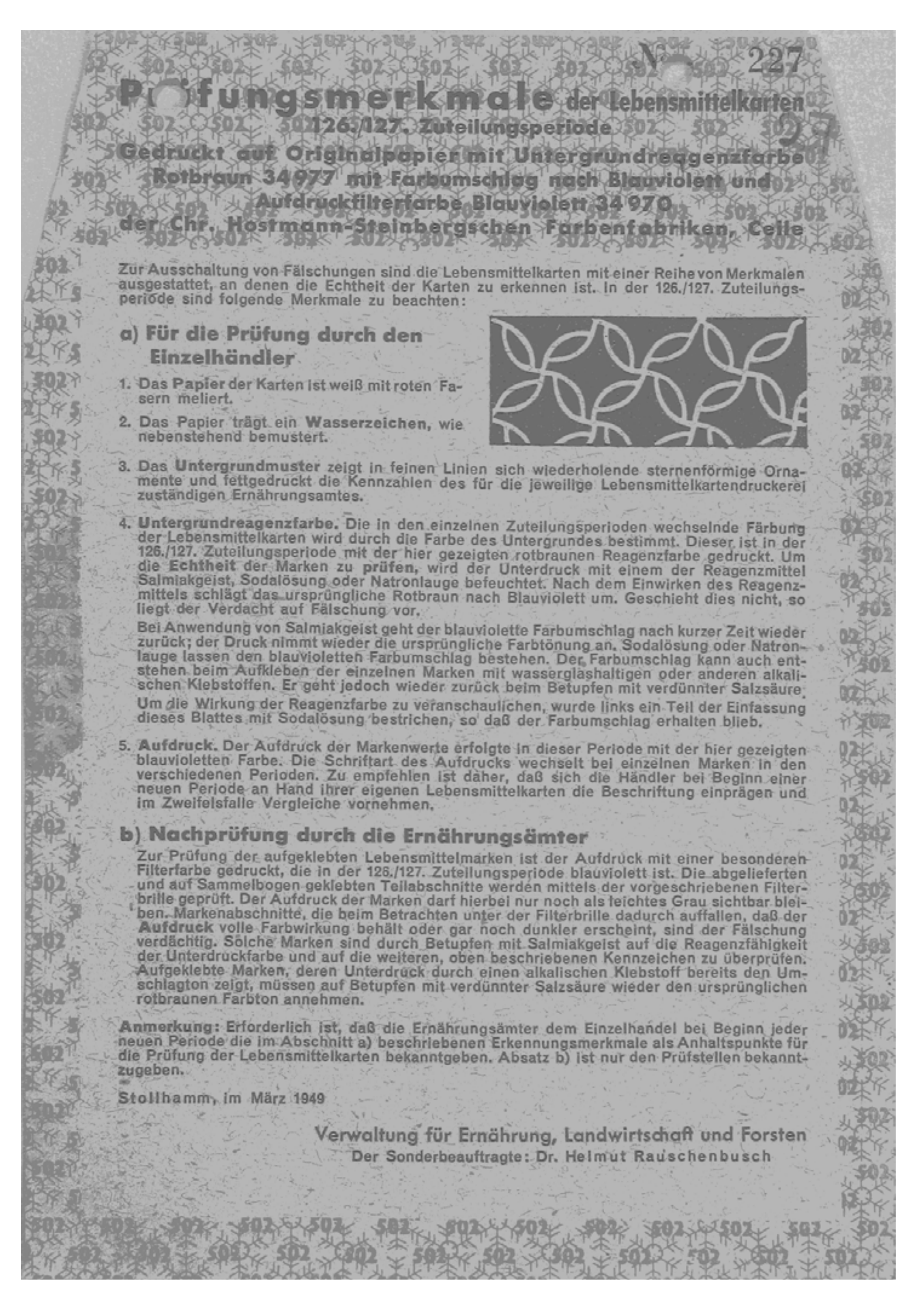
Betr.: Aufbewahrung von Lebensmittelkarten, Reisemarken usw.

Die englische Militärregierung hat für die Aufbewahrung von Lebensmittelkarten usw. folgende neue Anordnung gegeben, die ich bitte, an alle in Frage kommenden Dienststellen weiterzuleiten:

Lebensmittelkarten usw. sind grundsätzlich in einem Panzerschrank im Gebäude der Kartenausgabestelle oder in einem Tresor einer Bank in der Nähe der Kartenausgabestelle aufzubewahren.
Ist ein Panzerschrank oder ein Tresor nicht verfügbar, dann sind die Lebensmittelkarten in einem versiegelten und verschlossenen Behälter beim nächsten Polizeirevier aufzubewahren. Steht auch ein Polizeirevier für diesen Zweck nicht zur Verfügung, so sind die Lebensmittelkarten in den Räumen des Ernährungsamtes durch einen Wächter zu bewachen. Diesem soll ein Telefon mit elektrischen Alarmanlagen und Glocken zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist dem Wächter nach Möglichkeit ein Hund beizugeben.
Es besteht auch die Möglichkeit, die Lebensmittelkarten dem Postamt oder örtlichen Bank zur sicheren Aufbewahrung zu übergeben.
Sind alle diese Sicherungsmaßnahmen nicht durchführbar, dann hat der Kartenstellenleiter die Lebensmittelkarten in seinem Schlafzimmer aufzubewahren. Der Kartenstellenleiter darf dann das Schlafzimmer nicht verlassen.
Falls sich die Angestellten der Kartenstellen oder der Ernährungsämter eines Verstoßes gegen die obenangeführten Bestimmungen der Militärregierung schuldig machen, und die Nachforschungen ergeben, dass sie die nötige Sorgfalt außer Acht gelassen haben, so werden sie persönlich zur Verantwortung gezogen. Es ist vorgesehen, dass die Straftaten im Militärgerichtsverfahren behandelt und entsprechende Strafen festgelegt werden.

Im Auftrage:
(v. Goetz)

Q13: Aufbewahrung von Lebensmittelkarten, Reisemarken usw. vom 10.11.1946, Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 7.



Prüfungsmerkmale der Lebensmittelkarten
126./127. Zuteilungsperiode

Gedruckt auf Originalpapier mit Untergrundreagenzfarbe Rotbraun 34977 mit Farbumschlag nach Blauviolett und Aufdruckfilterfarbe Blauviolett 34970 der Chr. Hostmann-Steinbergschen Farbenfabriken, Celle

Zur Ausschaltung von Fälschungen sind die Lebensmittelkarten mit einer Reihe von Merkmalen ausgestattet, an denen die Echtheit der Karten zu erkennen ist. In der 126./127. Zuteilungsperiode sind folgende Merkmale zu beachten:

a) Für die Prüfung durch den Einzelhändler

1. Das **Papier** der Karten ist weiß mit roten Fasern meliert.
2. Das Papier trägt ein **Wasserzeichen**, wie nebenstehend bemustert.
3. Das **Untergrundmuster** zeigt in feinen Linien sich wiederholende sternenförmige Ornamente und fettgedruckt die Kennzahlen des für die jeweilige Lebensmittelkartendruckerei zuständigen Ernährungsamtes.
4. **Untergrundreagenzfarbe.** Die in den einzelnen Zuteilungsperioden wechselnde Färbung der Lebensmittelkarten wird durch die Farbe des Untergrundes bestimmt. Dieser ist in der 126./127. Zuteilungsperiode mit der hier gezeigten rotbraunen Reagenzfarbe gedruckt. Um die **Echtheit** der Marken zu **prüfen**, wird der Unterdruck mit einem der Reagenzmittel Salmiakgeist, Sodalösung oder Natronlauge befeuchtet. Nach dem Einwirken des Reagenzmittels schlägt das ursprüngliche Rotbraun nach Blauviolett um. Geschieht dies nicht, so liegt der Verdacht auf Fälschung vor.

   Bei Anwendung von Salmiakgeist geht der blauviolette Farbumschlag nach kurzer Zeit wieder zurück; der Druck nimmt wieder die ursprüngliche Farbtönung an. Sodalösung oder Natronlauge lassen den blauvioletten Farbumschlag bestehen. Der Farbumschlag kann auch entstehen beim Aufkleben der einzelnen Marken mit wasserglashaltigen oder anderen alkalischen Klebstoffen. Er geht jedoch wieder zurück beim Betupfen mit verdünnter Salzsäure.

   Um die Wirkung der Reagenzfarbe zu veranschaulichen, wurde links ein Teil der Einfassung dieses Blattes mit Sodalösung bestrichen, so daß der Farbumschlag erhalten blieb.
5. **Aufdruck.** Der Aufdruck der Markenwerte erfolgte in dieser Periode mit der hier gezeigten blauvioletten Farbe. Die Schriftart des Aufdrucks wechselt bei einzelnen Marken in den verschiedenen Perioden. Zu empfehlen ist daher, daß sich die Händler bei Beginn einer neuen Periode an Hand ihrer eigenen Lebensmittelkarten die Beschriftung einprägen und im Zweifelsfalle Vergleiche vornehmen.

b) Nachprüfung durch die Ernährungsämter

Zur Prüfung der aufgeklebten Lebensmittelmarken ist der Aufdruck mit einer besonderen Filterfarbe gedruckt, die in der 126./127. Zuteilungsperiode blauviolett ist. Die abgelieferten und auf Sammelbogen geklebten Teilabschnitte werden mittels der vorgeschriebenen Filterbrille geprüft. Der Aufdruck der Marken darf hierbei nur noch als leichtes Grau sichtbar bleiben. Markenabschnitte, die beim Betrachten unter der Filterbrille dadurch auffallen, daß der **Aufdruck** volle Farbwirkung behält oder gar noch dunkler erscheint, sind der Fälschung verdächtig. Solche Marken sind durch Betupfen mit Salmiakgeist auf die Reagenzfähigkeit der Unterdruckfarbe und auf die weiteren, oben beschriebenen Kennzeichen zu überprüfen. Aufgeklebte Marken, deren Unterdruck durch einen alkalischen Klebstoff bereits den Umschlagton zeigt, müssen auf Betupfen mit verdünnter Salzsäure wieder den ursprünglichen rotbraunen Farbton annehmen.

Anmerkung: Erforderlich ist, daß die Ernährungsämter dem Einzelhandel bei Beginn jeder neuen Periode die im Abschnitt a) beschriebenen Erkennungsmerkmale als Anhaltspunkte für die Prüfung der Lebensmittelkarten bekanntgeben. Absatz b) ist nur den Prüfstellen bekanntzugeben.

Stollhamm, im März 1949

Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Der Sonderbeauftragte: Dr. Helmut Rauschenbusch

Q14: Prüfungsmerkmale der Lebensmittelkarten 126.-127. Zuteilungsperiode [Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 28].

Kohlenkrise ohne Ende?

Noch immer ist es um die Kohlen schlecht bestellt. Die Stadt Göttingen erreicht mit den bisher eingegangenen Transporten kaum 25 v. H der normalen Lieferungen. Jetzt ist es gelungen, eine kleine Zuweisung aus den Beständen der Zuckerfabriken Northeim und Obernjesa zu erhalten, die jedoch nur an Bäckereien und Kliniken weitergeleitet wurde, da eine Verteilung an weitere Betriebe nicht möglich war. Man hofft jedoch dadurch, den Anschluß an den Monat Februar zu erhalten. Der Leiter des Wirtschaftsamtes konnte uns nichts darüber mitteilen, wann mit der Wiedereröffnung der Schulen zu rechnen ist, da immer noch keine bindenden Zusagen für genügende Brennstofflieferungen vorliegen. Nur die Voigtschule wird derzeitig mit Heizmaterial beliefert, weil dort Abiturientenkurse laufen, deren Einstellung möglichst vermieden werden soll.

Q15: „Kohlenkrise ohne Ende?“, HP vom 04.02.1947, S. 3.

Kohlenferien

Göttingen, 9. Januar.

Infolge der Verschärfung in der Kohlenlage stellen ab sofort sämtliche Schulen den Unterricht ein.

Es ist lediglich für die Abiturientenklasse Unterricht, der in der Mittelschule stattfindet.

Die pädagogische Hochschule hat den voraussichtlichen Vorlesungsbeginn, ebenfalls durch Kohlenmangel bedingt, auf den 4. 2. verlegt.

Die Betriebe arbeiten vorläufig bis zum 20. 1. nicht.

Eine Ausnahme machen lebenswichtige Betriebe, wie Bäckereien, Fleischer, Kliniken usw.

Q16: „Kohlenferien“, HV vom 10.01.1947, S. 3.

Wann geht das Licht aus?

Göttingen, 17. Oktober.

Zur täglichen Sorge ist in Göttingen die Stromsperre geworden. Täglich geht das Licht aus, und niemand weiß, zu welchem Zeitpunkt es sein wird.

Von der Elektrizitätsgesellschaft erhielten wir die Auskunft, daß — abgesehen von den letzten Abenden, an denen der plötzliehe Stromausfall auf technische Störungen zurückzuführen ist, folgende Regelung getroffen wurde:

Die Stadt ist in zwei Bezirke eingeteilt, in einen nördlichen und in einen südlichen. Die Grenzlinie führt ungefähr vom Bahnhof zum Theaterplatz. Sobald Stromüberlastung eintritt, wird der Strom abgeschaltet. Das erfolgt wechselweise bei den beiden Stadtbezirken vor- und nachmittags.

In dieser Woche wird im nördlichen Stadtteil der Strom vormittags abgeschaltet, in der nächsten Woche wechselt das dann wieder. Es ist nicht möglich, die genauen Zeiten der Stromsperrung anzugeben, da natürlich nicht bekannt ist, wann die Stromüberlasfung eintritt.

Q17: „Wann geht das Licht aus?“, HV vom 18.10.1946, S. 6.

Gedanken um den Zähler

Wie teilt die Hausfrau ihren Stromverbrauch praktisch ein?

Göttingen, 14. Oktober.

Die Sorgen und Gedanken unserer Hausfrauen kreisen zum Ende des Monats immer wieder um den elektrischen Zähler. Und täglich wird der Stand dieses unbestechlichen Apparates abgelesen, der unerbittlich anzeigt, wieviel man noch verbrauchen darf. Mit der zunehmenden Jahreszeit und der damit verbundenen frühen Dunkelheit wird dieses Problem immer schwerwiegender — die zugeteilte Strommenge ist bei weitem zu gering. Sie ist aber abhängig von der zugeteilten Kohlenmenge und solange die Militär-Regierung diese nicht erhöht, muß unser Stromverbrauch auch derartig beschränkt bleiben.

Wie dem auch sei, um nicht in Konflikt mit der Anordnung Nr. 1 der Militär-Regierung zu kommen, die den Ueberverbrauch von Strom bestraft, müssen wir darauf sehen, daß wir die knappe Stromzuteilung möglichst vielseitig und sinngemäß verwenden.

Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft hat ein Merkblatt herausgegeben, das zahlreiche praktische Winke für die Hausfrauen enthält. Es ist selbstverständlich, daß man das Licht nur dann brennen läßt, wenn man es wirklich benötigt. Wenn es auch nur wenige Minuten unnötig brennt, so ergeben sich am Monatsende doch eine stattliche Anzahl von Wattstunden, die nutzlos verbraucht wurden. Es ist durchaus nicht nötig, daß in einem kleinen Raum eine 100-Watt-Birne brennt, eine 25- oder 40-Watt-Birne erfüllt genau denselben Zweck.

Ein heikles Kapitel sind die elektrischen Bügeleisen. Es ist wenig bekannt, daß der Hauptstromverbrauch beim Anheizen entsteht. Es ist zweckmäßig, die gesamte Wäsche auf einmal zu bügeln, und diese Arbeit nicht auf mehrere Male zu verteilen.

Unsere Radiofreunde müssen sich auch mehr einschränken. Das Rundfunkgerät braucht durchaus nicht von morgens bis abends in Betrieb zu sein. Abgesehen davon, daß die Röhren leiden, ergibt sich daraus am Monatsende ein erheblicher Stromverbrauch. Also nur den Radioapparat einschalten, wenn man wirklich die Absicht hat, die Rundfunksendung zu hören.

Viel Strom wird durch das elektrische Kochen verbraucht. Gerade hier ist es möglich, durch Beachtung einiger praktischer Winke erheblich viel Strom zu sparen. Wenn elektrisch gekocht werden muß, d. h. wenn keine andere Kochmöglichkeit vorhanden ist, werden pro Tag für einen Haushalt 1,2 Kw-Stunden zusätzlich genehmigt. Dazu kommen für jede zum Haushalt gehörende Person nochmals 0,4 Kw-Stunden. Auch mit diesen Strommengen muß äußerst sparsam umgegangen werden. Sehr zu empfehlen ist in diesem Zusammenhange die Kochkiste. Sie ist mit einfachsten Mitteln, wenn eine Kiste fehlt, sogar aus einem Pappkarton oder Wäschekörben, herzustellen.

In Göttingen steht eine Beratungsstelle allen Hausfrauen zur Verfügung. Hier kann die Hausfrau sich Auskunft über alle Fragen die mit Stromverbrauch, elektrischem Kochen usw. im Zusammenhang stehen, holen. Diese Stelle befindet sich in der Theaterstraße 4, und in der Zeit von 9—12 und 15—17 Uhr (außer Sonnabends) ist die Beraterin gern bereit, Auskunft zu geben.

Für den, der immer noch nicht weiß, welche Strommenge ihm täglich zusteht, sei es nochmals gesagt. Pro Tag dürfen 0,5 Kw-Stunden, zusätzlich 0,05 Kw-Stunden für jede zum Haushalt gehörende Person verbraucht werden. Ein Haushalt mit sechs Personen darf also täglich 800 Wattstunden gleich 0,8 Kilowattstunden verbrauchen.

Diese Rationierung muß im Interesse der Allgemeinheit unbedingt eingehalten werden, und die Militär-Regierung hat empfindliche Strafen für Stromsünder festgesetzt. Von einer Geldstrafe, die die hundertfache Höhe der Normalgebühr einer Kilowattstunde beträgt, über die Stromsperrung können sogar Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verhängt werden.

Es liegt im Interesse jedes Einzelnen, eine tägliche Kontrolle durchzuführen, vielleicht helfen unsere Winke mit zum sparsamen Stromverbrauch.

Mordversuch mit Salzsäure

dpd Hamburg, 20. Oktober.

Unter dem dringenden Verdacht, einen Mordversuch an der 19jährigen Sekretärin Lotte Pagels unternommen zu haben, wurde die 39jährige Elisabeth Tepper von der Mordkommission der Hamburger Kriminalpolizei verhaftet. Die 27 Jahre alte Ruth Schliebitz wurde wegen Verdachts der Beihilfe festgenommen. Die Ermittlungen der Mordkommission sind noch nicht abgeschlossen.

Penicillin für die Zivilbevölkerung

dpd-reuter Hamburg, 21. Oktober.

Penicillin kann in dringenden Krankheitsfällen für die deutsche Zivilbevölkerung und für verschleppte Personen in der britischen Zone verwendet werden, wie jetzt — veranlaßt durch höhere Einfuhren dieses Heilmittels — von den britischen Behörden verfügt wurde.

Das Penicillin wird gegen Zahlung in Reichsmark an die Gesundheitsbehörden geliefert.

Q18: „Gedanken um den Zähler“, HV vom 22.10.1946, S. 4.

Ein Leihsarg gefällig?

Göttingen, 30. Januar.

Das Tischlerhandwerk hat sich an die Militär-Regierung mit der Bitte um sofortige Holzzuteilung gewandt. Es ist nicht mehr möglich, die nötigen Särge für Bestattungen herzustellen.

Es wurde abgelehnt, das Leihsargverfahren einzuführen, da die dafür benötigte kleine Holzmenge auf jeden Fall bewilligt werden könnte. Die Militär-Regierung hat den Antrag bereits weitergeleitet.

Q19: „Ein Leihsarg gefällig?", HV vom 31.01.1947, S. 5.

Stellt die Sünder!

Bevölkerung und Polizei in gemeinsamer Front

Mit sanften Ermahnungen und guten Ratschlägen allein ist der Tod auf der Straße nicht zu bekämpfen, hier bedarf es stärkerer Mittel. Die Aktion „Kampf dem Verkehrsunfall" hat gerade für Göttingen insofern erhöhte Bedeutung, als manche verkehrsreiche Straßen durch ihre Anlage für Verkehrsunfälle prädistiniert zu sein scheinen.

111 Todesopfer und 686 Verletzte sind 1947 im Regierungsbezirk Hildesheim eine erschütternde Verkehrs-Bilanz. Dazu kommen der erhebliche Sachschaden und der Ausfall im Transportwesen. Die Verkehrspolizei wird alle Verkehrsteilnehmer in der Verkehrserziehungs- und Unfallverhütungswoche, die vom 28. Mai bis 3. Juni durchgeführt wird, auf das richtige Verhalten im Straßenverkehr hinweisen. Filmvorführungen laufen in allen Lichtspieltheatern, ferner wird ein Schaufensterwettbewerb der Göttinger Schulen in der Weender und Groner Straße mit Prämiierung die Bestrebungen der Polizei unterstützen.

Jeder Passant kann sich und andere zur Verkehrsdisziplin erziehen, wenn er in den Mittagsstunden zwischen 12 und 15 Uhr seine Augen weit offen hält und nach Verkehrssündern ausspäht. Diese werden in Gestalt von als Zivilisten verkleideten Verkehrspolizisten sich auf den Straßen so verhalten, wie sie sich im Interesse des geordneten Verkehrs nicht verhalten sollen. Wer einen Sünder ausmacht, stelle ihn. Hat er den „richtigen", also den verkleideten Beamten erwischt, winkt ihm eine Belohnung. Hat er aber einen wirklichen Verkehrssünder geschnappt, kann er des Dankes der Allgemeinheit gewiß sein. Lu

63 Paar Schuhe für 1000 Göttinger

Von Zeit zu Zeit liest man, daß in Göttingen Schuhkontingente für Kinder zur Verfügung stehen. Diese Bekanntmachungen dürfen aber nicht zu der Ansicht verführen, als ob Göttingen besonders reich bedacht würde. Für 1947 wurden 5869 Paar Kinderschuhe vergeben, für 1948 hat sich in der Schuhzuteilung, für Kinder wie Erwachsene, nicht viel geändert. Man wird zufrieden sein müssen, wenn sich die diesjährigen Zuteilungen auf der Höhe des Vorjahres halten werden. 5869 Paar Kinderschuhe hört sich vielleicht ganz gut an. Was diese Zahl aber wirklich bedeutet, ist erst zu erkennen, wenn sie in ein Verhältnis — nicht etwa zum Bedarf, denn dieser wird in absehbarer Zeit auch nicht entfernt gedeckt werden können — zu der Zahl der vorhandenen Kinder gebracht wird. Auf 1000 Kinder entfallen 512 Paar, mit anderen Worten: jedes Kind kann damit rechnen, alle zwei Jahre ein Paar Schuhe zu bekommen. Kinder wachsen aber schnell, der Verschleiß ist bei ihnen normalerweise auch größer als bei Erwachsenen.

Daß diese weit länger warten müssen, bis sie auf ein Paar neue Schuhe rechnen dürfen, ist bekannt. Die Rechnung für Lederschuhe ist zur Zeit folgendermaßen aufzustellen: 4003 insgesamt für 1947, das sind 63 Paar auf tausend Einwohner. Und die Hoffnungen auf Arbeitsschuhe sind auch nicht allzu groß, denn 3636 ergeben 56 pro Tausend.

Ein fühlbarer Ausgleich ist von dem Eingang der US-Ware auch nicht zu erwarten, denn 118 Paar Schuhe seit Januar machen so gut wie nichts aus. Bei Textilien aus dieser Quelle ist die Situation auch nicht so, daß der Anfall wirklich sichtbar in Erscheinung tritt. Es werden folgende Zahlen genannt: Wolldecken 445, Arbeits-Handschuhe 175, Mädchen- und Knabenmäntel 340, Kleinkindermäntel 120, Regenmäntel 8, Wollmäntel 285, Regenjacken 30, Arbeitsjacken 105, Flanellhemden 45, Kopfschützer 30, Monteuranzüge 35 und Sommerunterzeug 228 seit Januar 1948. Lu

Sommerspielplan des Städtebund-Theaters

Das Städtebund-Theater Osterode-Northeim-Duderstadt hat bereits mit den Komödien „Wenn der Hahn kräht" und „Ingeborg" die Einführung in einen leichten Sommerspielplan gegeben. Nach dem Schauspiel „Johannisfeuer" von Sudermann sind für die Sommermonate folgende Stücke vorgesehen: „Eine Schnur geht durchs Zimmer" von Katajew, „Die vertagte Nacht" von Arnold und Bach, Shakespeares, „Was ihr wollt", Scampolo von Niccodemi. Der Operettenspielplan sieht vor: „Gräfin Mariza" von Kalman, „Der Juxbaron" von Leo Fall.

Im Juli wird die bekannte Hamburger Tanzbühne unter der Leitung von Joseffa Stephani an den Spielorten des Städtebund-Theaters gastieren. Durch ein Sommerfest des gesamten Operettenensembles soll allen Freunden des Theaters eine besondere Freude bereitet werden. Lu

Q20: „63 Paar Schuhe für 1000 Göttinger", HNN vom 27.05.1948, S. 4.

Ein Wintermantel für 2500 Männer

1948 keine Aussicht auf Besserung in der Textilversorgung

Wie ein schlechter Witz mutet es an, wenn das Göttinger Wirtschaftsamt jetzt zur Aufklärung der ungeduldigen Bevölkerung einige Verhältniszahlen veröffentlicht, die die unhaltbare Lage auf dem Textilsektor schlagartig beleuchten. Aber es ist nur die ungeschminkte bittere Wahrheit, die es den Verantwortlichen unmöglich macht, ihrer Verteileraufgabe auch nur im entferntesten gerecht zu werden. Denn wie kann man von „verteilen“ sprechen, wenn die zur Verfügung stehenden Bezugsscheine oder Punkte im Vergleich zum allerdringendsten Bedarf höchstens den Wert einer Groteske haben? Und dabei spiegeln die Zahlen nicht einmal die ganze Not, denn fast die Hälfte aller ausgegebenen Scheine hat sich nicht einlösen lassen, weil der Einzelhandel nicht einmal diese geringen Mengen beschaffen kann. Und dieser Punktüberhang ist auch die Ursache, daß in diesem Jahr bisher nicht das geringste zugeteilt wurde, und vor Ablauf des ersten Vierteljahres in Göttingen mit keinem einzigen Textilpunkt zu rechnen ist.

Auf Eleganz achtet heute schon längst keiner mehr; wer kann an einen so entlegenen Zweck der Bekleidung denken, solange die dringendsten Bedürfnisse unbefriedigt bleiben müssen? Wenn 2500 Männer einen Wintermantel erhalten, bleibt den andern nichts übrig, als weiter zu frieren. Auf je tausend Personen kamen im Jahre 1947 7,3 Anzüge, 4,2 Unterhosen, 2,2 Paar Socken, und die 30 Hemden stellen demgegenüber schon eine kaum faßbare Großzügigkeit dar. Aehnlich bei den Frauen, die sich mit einem Wintermantel, 12,6 Kleidern, 0,8 Taghemden, ganzen 7 Paar Strümpfen und 5,5 Hüfthaltern zufriedengeben mußten.

Die Kinder von 1 bis 3 Jahren scheinen etwas besser daran zu sein, aber was sind 7 Mäntel, 230 Sommer- und 25 Winterkleider, 22 Taghemden, 51 Leibchen und 84 Paar Strümpfe für tausend, wenn jeder etwas braucht? Und was soll ein Säugling mit einem Hemdchen (genau 1040), knapp anderthalb Windeln (1450), genau einer zehntel Gummiunterlage und einem fünftel Jäckchen? Das Wirtschaftsamt versucht hier vor allem bei Erstgeburten zu helfen, und selbstverständlich hier zuerst bei Flüchtlingen und anderen, die sich mit nichts behelfen können, weil sie einfach nichts mehr besitzen. Aber im ganzen ist alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Das Wirtchaftsamt fühlt sich durchaus nicht wohl als Prediger unermüdlicher Geduld aber es bleibt ihm nicht anderes übrig, genau so wie der Verbraucher auf das zu warten, was von Minden aus zugewiesen wird. lu

Universitätsprofessor wegen Unterschlagung verurteilt

Der bisherige Direktor des Institutes für Jagdkunde und Naturschutz an der Forstl. Fakultät der Universität Göttingen in Hann.-Münden, a. o. Professor Dr. Friedrich Kröning, wurde vom Landgericht Göttingen in der Berufungsinstanz wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Kröning hatte sich auf unrechtmäßige Weise in den Besitz eines Wildschweines gesetzt und das Fleisch offensichtlich für sich verwenden wollen. Er war in erster Instanz wegen Diebstahls zu ebenfalls drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Verteidiger hatte auf Anwendung des Paragraphen 51 plädiert. Von zwei mit Kröning angeklagten Assistenten erhielt der eine wegen Begünstigung 200 Mark Geldstrafe, der andere wurde freigesprochen. Kröning ist, wie in der Verhandlung bekannt wurde, bereits amtsenthoben. ld

Solides Spiel

Es ist immer bedenklich, wenn bei Violinsonaten die Ansätze zur musikalischen Gestaltung von der Geige ausgehen. Alice Schönfeld (Violine) zeichnete mit sicherem Bogenstrich die melodische Linie in den Sonaten Beethovens (Op. 24) und Strauß' (Op. 18) nach, ohne auf die Einförmigkeit des Klavierspiels Helmut Hideghetis belebend einwirken zu können. Maßvolles Spiel erhält erst dann den Stempel reifer Kunst, wenn die Fülle der Lebensglut noch eben durch den Geist der Form bezwungen wird, und nicht umgekehrt die Form unzulänglich mit Leben mühsam erfüllt werden muß: Ein Mangel, der in der Strauß-Sonate den Komponisten, in der Beethoven-Sonate die Interpreten traf.

Werner Morik

Q21: „Ein Wintermantel für 2500 Männer“, HNN vom 24.02.1948, S. 4.

-age 2

Feststellung über die sozialen Verhältnisse der Schulkinder
in der Gemeinschaftsschule Herzberg (Harz).

Einwohnerzahl: 8 729 davon Einheimische: 5 343

A. Schulkinder der Volksschulabteilung:	901		
(Fast 100 Kinder wurden am 1.4.46 entlassen)			
Nicht einheimische Kinder:	316	=	34 %
B. Familienstand:			
1. Vollwaisen:	2	=	0,2 %
2. Halbwaisen:	93	=	10 %
3. Vater gefallen oder vermißt:	99	=	11 %
4. Vater noch in Gefangenschaft oder Haft:	81	=	9 %
5. Vater ist arbeitslos:	40	=	5 %
6. Vater schwer kriegsversehrt:	29	=	3 %
7. Familien mit mehr als 3 schulpfl. Kindern	60	=	7 %
C. Ernährung:			
Wieviel Kinder			
1. gehören zu den Normalverbrauchern:	803	=	90 %
2. erhalten Schulspeisung:	0	=	0 %
3. erhalten Karten der Selbstversorger:	47	=	5 %
4. erhalten Karten der Teilselbstversorger:	42	=	5 %
5. kommen ohne 1. Frühstück zur Schule:	97	=	11 %
6. müssen trocknes Brot zum 1. Frühstück essen:	335	=	38 %
7. bekommen kein warmes Mittagsmahl	3	=	0,3 %
8. sind unterernährt:	425	=	48 %
9. fehlten wegen Erkrankung v. 1.7.-31.12.46	479	=	54 %
D. Kleidung:			
Wieviel Kinder haben			
1. kein Hemd:	16	=	2 %
2. nur ein Hemd:	189	=	21 %
3. mehr als ein Hemd:	195	=	77 %
4. keine eigenen Schuhe:	159	=	18 %
5. nur ein Paar Schuhe:	539	=	60 %
6. mehr als ein Paar Schuhe:	202	=	22 %
7. Schuhe, die nicht mehr repariert werden können	185	=	20 %
8. gefehlt, da sie keine Schuhe hatten:	234	=	12 %
9. keine Strümpfe:	103	=	12 %
10. nur ein Paar Strümpfe:	300	=	33 %
11. mehr als ein Paar Strümpfe:	497	=	55 %
12. Strümpfe, nicht mehr ausbesserungsfähig:	193	=	21 %
13. keine Unterwäsche:	220	=	24 %
14. mehr als eine Garnitur:	366	=	40 %
15. keinen eigenen Anzug (bezw. Kleid):	8	=	1 %
16. nur einen Anzug (bezw. Kleid):	227	=	25 %
17. keinen Mantel:	134	=	15 %
18. keine Handschuhe:	387	=	43 %
19. nur ein Paar Handschuhe:	388	=	43 %
20. mehr als ein Paar Handschuhe:	125	=	14 %
21. geliehenes Zeug in Benutzung:	93	=	10 %
E. Wohnung:			
Wieviel Kinder			
1. benutzen den Wohnraum als Schlafraum:	133	=	15 %
2. schlafen in der Küche:	28	=	3 %
3. schlafen auf dem Fußboden:	2	=	0,2 %
4. haben kein Bett:	160	=	18 %
5. schlafen allein im Bett:	439	=	48 %

wenden

Q22: Feststellung über die sozialen Verhältnisse der Schulkinder in der Gemeinschaftsschule Herzberg (Harz) vom 24.04.1947, NDS. 20 Hildesheim Acc.166/86 Nr. 519, S. 1.

6. schlafen mit anderen zusammen: 403 = 44 %
7. teilen das Bett mit mehr als einer Pers. 15 = 2 %
8. haben überhaupt keinen heizbaren Raum: 4 = 0,5 %

F. Lehr-und Lernmittel:
Wieviel Kinder haben:

1.	keine Fibel (f. Jahrg. 1 u.2=435 Kinder)	435	=	100 %
2.	kein Rechenheft:	982	=	99 %
3.	kein Lesebuch:	842	=	93 %
4.	kein Gesangbuch:	702	=	77 %
5.	keinen Katechismus:	661	=	73 %
6.	keine Bibel:	603	=	66 %
7.	kein neues Testament:	623	=	69 %
8.	kein Liederbuch:	835	=	92 %
9.	keinen Atlas:	777	=	86 %
10.	keine Schiefertafel:	273	=	30 %

G. Schulweg:
Wieviel Kinder

1.	haben einen längeren Schulweg als 2 km:	41	=	5 %
2.	benutzen ein Fahrrad:	0	=	0 %
3.	benutzen einen Autobus:	0	=	0 %
4.	benutzen die Eisenbahn:	1	=	0,1 %

Q22: Feststellung über die sozialen Verhältnisse der Schulkinder in der Gemeinschaftsschule Herzberg (Harz) vom 24.04.1947, S. 2.

Bücher gegen Altpapier

hp GÖTTINGEN. Nun ist es endlich so weit. Nachdem es Schuhkreme, Zahnpasta und 4711 nur noch gegen Altpapier gibt, haben sich bestimmte Verlage diesem Treiben angeschlossen und verkaufen Bücher nur noch, wenn die Buchhandlungen entsprechende Mengen (und nicht geringe!) Altpapier dagegen zu bieten haben. Diese legen das natürlich wieder auf ihre Kunden um, und so sieht sich der Göttinger Student und Wissenschaftler um die letzte Möglichkeit des Kaufs der so dringend benötigten Literatur gebracht, weil er einfach soviel Altpapier nicht aufbringen kann. Leider hat sich auch ein Göttinger Verlag den wenig guten Vorbildern angeschlossen. Es ist um so bedauerlicher, als es sich um ein heute verhältnismäßig wenig begehrtes belletristisches Buch handelt. Wie uns bekannt ist, bekommen die Verlage Papierzuteilungen für ihre Produktion. Die Forderung nach Altpapier ist also völlig unbegründet.

Q23: „Bücher gegen Altpapier“, HP vom 8.1.1948, S. 4.

Der erste Sekt

Reisende bekannter Schaumweinfirmen boten heute Göttinger Hoteliers nach langen Jahren wieder Sekt an.

Q25: „Der erste Sekt“, HP vom 10.07.1948, S. 4.

Grau wie die heutige Wäsche ...

... sind die Aussichten auf eine Seifenzuteilung

Die Mitteilung der Wirtschaftsverwaltung, daß auch in den Monaten Juli und August keine Waschmittel zugeteilt werden können, hat bei den Hausfrauen tiefe Bestürzung hervorgerufen. Das letzte Stück Schwimmseife wurde im April aufgerufen, konnte aber nicht einmal an alle Personen ausgegeben werden, da die Bestände nicht ausreichten. Es gab lediglich für die Monate April, Mai und Juni je 125 Gramm „Seifenpulver". Diese geringe Menge fällt nun auch noch weg. Womit soll sich der arbeitende Mensch waschen? Womit soll er seine Wäsche reinigen?

„Ich schäme mich, meine Wäsche auf die Leine zu hängen", sagt heute die Hausfrau, deren Stolz es einmal war, ihre schlohweißen Schätze der Nachbarschaft zu zeigen. „Womit soll ich große Wäsche halten? Soll ich das letzte heile Handtuch auch noch mit dem Scheuersand, den man als „Seifenpulver" anzubieten wagt, zerreiben? Seit zehn Jahren ist kein neues Stück mehr dazugekommen."

Glücklich die Frau, die am Waschtag, der seit langem schon keine Freude mehr macht, noch diese Antwort geben kann. Wie viele geraten in dumpfe Verzweiflung, wenn sie daran erinnert werden, daß die Bettwäsche vor acht Wochen aufgezogen wurde. Wie viele Frauen und Mädchen haben oft nur eine einzige Garnitur Unterwäsche, nämlich die, die sie auf dem Körper tragen und aus dem Krieg oder auf der Flucht retteten. Den Männern geht es nicht besser.

Daß es einmal für die wohlgebündelten Wäschestapel Pflegemittel wie echtes Persil, Schmier- und Kernseife, Bleichsoda, Seifenflocken und Stärke gegeben hat, erscheint ihnen wie ein Märchen, wenn sie die Wäsche aus dem Korb „angraut". Die „flüssige Seife", auf die man heute als Notbehelf zurückgreift, enthält etwa drei Prozent Fettsäure. Schmierseife hatte früher 38 bis 40 Prozent. Flüssige Seife zerstört den Stoff, anstatt ihn zu reinigen. Wasserglas, das in allen diesen Chemikalien enthalten ist, zerbricht die Gewebefaser.

Die gründliche Körperreinigung macht noch größere Schwierigkeiten. Ein Stück Schwimmseife reicht höchstens fünf Tage. In fünf Monaten gibt es ein Stück. Bei einer ärztlichen Untersuchung antwortete dieser Tage ein schmächtiges Kerlchen: „Womit ich mich wasche? Mutti tut uns einen Löffel Waschpulver in die Schüssel. Aber nicht jeden Tag. Dann waschen wir uns, mein Bruder, meine Schwester und ich." Der unterernährte, braungebrannte Körper hätte eine chemische Reinigung nötig gehabt.

Der Filial-Leiter einer Großeinkaufsgenossenschaft, die 80 000 bis 100 000 Normalverbraucher versorgt, erklärte, daß er von seiner Seifenfabrik, die früher bis zu 100 000 Stück Seife auf Anforderung lieferte, Zuteilungen von 1500 Stück und weniger erhält. 50 000 Bezugscheine für Rasierseife liegen vor und 1500 Stück sind da. Wie sollen sie gerecht aufgeteilt werden?

„Auch die Währungsreform hat an der schlechten Lage nichts geändert", fährt er fort und legt ein Antwortschreiben der Seifenfabrik auf seine Anfrage vom 23. Juni vor. „Die Fabrik hat keine Bestände mehr. Nur meine guten Beziehungen machen es, daß ich noch einmal 1000 Stück Schwimmseife bekomme — für hunderttausend Menschen. Wir möchten gern helfen. Der Verbraucher sollte sich einmal in unsere Lage versetzen, bevor er schimpft."

Und doch gibt es Geschäfte, die in diesen Tagen plötzlich wieder Seifenpyramiden im Schaufenster aufgebaut haben. f.

Ferien im Jugendheim

hp GÖTTINGEN. Die Arbeiter-Wohlfahrt Göttingen führt in den Monaten Juli, August, September und Oktober im Städtischen Jugendheim in der Bürgerstraße eine ganztägige Speisung für 200 Schulkinder durch. Der Schulunterricht fällt für diese Zeit jeweils aus. Ausländische Spenden haben neben den Zuschüssen der Arbeiter-Wohlfahrt und der Jugendfürsorge diese Unterstützung ermöglicht. Im vergangenen Jahr wurden bei einer ähnlichen Aktion Gewichtszunahmen bis zu 10 Pfund erzielt.

Tagsüber, d. h. von 9 bis 17 Uhr, tummeln sich die Kleinen bei frohem Spiel im Garten des Jugendheims oder in der Badeanstalt. Auch Wanderungen sind vorgesehen. Bei schlechtem Wetter stehen ihnen die Räume im Jugendheim offen.

Die 200 Teilnehmer der Juli-Kur, die im Einvernehmen mit den Schulen und dem Sozialamt ausgewählt sind, wurden von Medizinalrat Dr. Bodtländer, in dessen Händen auch die ärztliche Betreuung während der vier Wochen liegt, auf ihren Gesundheits- und Ernährungszustand untersucht. Es soll verhindert werden, daß sich ansteckende Krankheiten, Ausschläge usw. unter den Kindern ausbreiten.

Die Arbeiter-Wohlfahrt hat bereits am 5. Mai den ersten Antrag für den sofortigen Beginn der Speisung gestellt. Zwei Monate sind seitdem nutzlos verstrichen. Bis heute konnten aber noch nicht alle Widerstände der Stadtverwaltung, nicht des Rats, beseitigt werden. Das letzte Hindernis soll nun durch die Neueinrichtung einer zweiten Küche für die städtischen Angestellten, die im Jugendheim Mittag essen, beseitigt werden.

Göttinger Notizen

Nach einer Mitteilung der Stadtverwaltung müssen Gaststätten ab sofort die Preisverzeichnisse in großer, für jeden Gast lesbarer Schrift in den Lokalen anbringen. Für tägliche Speisen sind besondere Speisekarten auszulegen.

Die nächste Ratssitzung findet am Freitag, 2. Juli, 17 Uhr, in der Voigtschule, Bürgerstraße, statt.

Die Ausstellung „Werke alter Meister" im Museum am Theaterplatz bleibt weiterhin geöffnet. Das für den 30. Juni vom Kulturbund angesetzte 6. Abonnementskonzert findet in der zweiten Julihälfte statt. Am Freitag spielt für das ausgefallene 3. Abonnementskonzert um 20 Uhr in der Oberschule f. J. das Schadquartett.

Die Eröffnungsvorstellung des Circus Althoff findet am 2. Juli, 19 Uhr, auf dem Schützenplatz statt.

Am 30. Juni wird Hinton Thomas, Dozent der Germanistik an der Universität Birmingham, auf Einladung des englisch-amerikanischen Kulturkreises über den deutschen Liberalismus vor 1848 sprechen.

Mitte Juli wird Prof. Butterfield, der bekannte Cambridge-Historiker, als Gast des Kulturkreises zu einem Vortrag erwartet. hp

Q24: „Grau wie die heutige Wäsche… …sind die Aussichten auf eine Seifenzuteilung", HP vom 29.06.1948, S. 4.

Die letzte Schlange



Foto: Kluwe

Jeden Tag, an dem beim Städtischen Schlachthof Konserven ausgegeben werden, warten seit den frühen Morgenstunden Frauen aller Stände. Dies ist die letzte Schlange, der man in Göttingen begegnen kann.

Q26: „Die letzte Schlange", HP vom 22.03.1949, S. 5.

Der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten.

Hannover, den 11. 1. 1950.

pp.

pp.

Kein Buttermarkenrücklauf mehr – Lebensmittelkarten entfallen in der bisherigen Form ab März 1950.

Nach einer Anweisung der Ernährungsverwaltung in Frankfurt wird jetzt von der Abrechnung von Bezugsabschnitten (Markenrücklauf) und der Ausstellung von Bezugsscheinen und Grossbezugsscheinen über Fett (·Butter und Handelsfett) abgesehen. Die bisherigen Scheine verlieren mit sofortiger Wirkung ihre Gültigkeit. Ebenso entfällt der Rücklauf der Bezugsabschnitte für Vollmilch.

Um irrtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, weist die Ernährungsverwaltung jedoch darauf hin, dass Zucker weiter rationiert bleiben muss und nach wie vor ohne Bedarfsschein nicht abgegeben werden darf.

Mit Rücksicht auf diese Aenderungen wird die für März/April 1950 in Aussicht genommene Lebensmittelkarte nicht ausgegeben werden. Stattdessen gelangen für denselben Zeitraum Karten zur Ausgabe, die nur mit Zuckerabschnitten und zusätzlichen Aufrufabschnitten versehen sind, für drei Altersstufen (Personen über 6 Jahre, Kleinkinder und Säuglinge). Zwischen Selbstversorgern und Nichtselbstversorgern wird nicht mehr unterschieden werden.

Alle Hausschlachtungsbestimmungen entfallen. Hausschlachtungen sind also genehmigungs- und anrechnungsfrei, auch nicht mehr anzeigepflichtig.

Darüber, ob die Zulagen in Zukunft entfallen, ist noch nicht entschieden, eine Entscheidung hierüber ist in Kürze zu erwarten.

Jm übrigen bleibt die Bewirtschaftung bestehen.

pp.

pp.

Ja (Grunwaldt)
Gö. 16/1. 50
Bu.

Q27: Lebensmittelkarten entfallen ab März 1950, vom 11.1.1950, Stadtarchiv Göttingen: Ernährungsamt B43, Nr. 10.

Es gibt wieder alles



„Noch ein paar Eier gefällig, oder noch etwas von dieser ausgezeichneten Schwartenwurst?" Diese Fragen sind auf dem Göttinger Wochenmarkt wieder alltäglich geworden und wenn man sich dazu entschließt, ein halbes Pfund von der Schwartenwurst zu kaufen, dann kann man sogar noch die Frage hören: „Darf es noch etwas mehr sein?"

Wenn nicht alles täuscht, müßten wir tatsächlich das Gröbste hinter uns haben. Denn auf dem Göttinger Wochenmarkt herrscht augenblicklich ein reiches Angebot. Die Landfrau mit ihrer Kiepe voll Eiern und der Stand mit der Hausschlachtewurst sind jedenfalls ein Zeichen dafür, daß wir langsam wieder zu normalen Verhältnissen kommen. Aber nicht jeder kann auch kaufen. hp

Q28: Karikatur „Es gibt wieder alles", HP vom 26.03.1949, S. 5.

Die Verwaltung des Mangels – Wohnungsnot in der Göttinger Nachkriegszeit

Ulf Gerrit Meyer-Rewerts

1 Einleitung

Der Zweite Weltkrieg zeitigte eine beispiellose Dynamik von Flucht, Vertreibung und Migration in Europa. Diese enormen Wanderungsbewegungen waren mit dem Ende des Krieges nicht zum Stillstand gekommen, sondern sollten gerade in Deutschland bis in die 50er Jahre fortwirken. Hier kamen zu den Gruppen der „Displaced Persons" (DP), „Prisoners of War" (POW) und Heimkehrer die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, im Falle der Westzonen außerdem die Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone hinzu.[1]

Göttingens Situation in der Nachkriegszeit war durch zwei Sonderaspekte gekennzeichnet. Erstens war die Stadt durch alliierte Luftangriffe kaum zerstört worden – gegenüber 1943, als die Stadt noch unversehrt war, sank der Wohnungsbestand bis 1946 nur um 2,2 Prozent. Zum Vergleich: Im stark zerstörten Hannover war dieser Bestand um 49,2 Prozent gesunken.[2]

---

[1] Allein DPs gab es Ende 1945 rund 10 000 in Göttingen. Siehe hierzu den Artikel von Hagen Stöckmann in diesem Band. Mehr zu den Migrationsbewegungen: Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, in: Hans-Georg Schmeling (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 105-136, hier S. 108-118. Siehe auch: Holger Lüning, Das Eigenheim-Land. Der öffentlich geförderte Soziale Wohnungsbau in Niedersachsen während der 1950er Jahre, Hannover 2005, S. 40ff.

[2] Zahlen aus: „Der Wohnungsbestand in den Groß- und Mittelstädten der Britischen Besatzungszone, Anfang 1943 und Anfang 1946". Stadtarchiv Göttingen Amt für Wohnungswesen, Nr. 221.

Zweitens lag die Stadt nach dem Besatzungswechsel von Amerikanern zu Briten, der bis zum 20. April 1945 weitgehend abgeschlossen[3] war, zwischen der „Grünen Grenze“ zur SBZ und der Amerikanischen Besatzungszone. Dadurch wurde sie zu einem Flucht- und Durchgangspunkt: Die Einwohnerzahl Göttingens sollte in dieser Folge von knapp 50.000 (1939) auf rund 80.000 (1949) ansteigen.[4]

2 Die Wohnungspolitik der britischen Militärregierung

Die britische Besatzungsmacht versuchte schnell, das zunehmende Problem der Unterbringung von Flüchtlingen in den Griff zu bekommen: Am 20. September 1945 erging von der Militär-Regierung im Gebiet Hannover die „Housing Order No 2“: Danach sollten nur die nötigsten Reparaturen an Wohnhäusern durchgeführt werden, was aufgrund des Rohstoffmangels außerdem mit starken Materialbeschränkungen verbunden wurde. In Erwartung eines starken Zustroms von Flüchtlingen setzte die Militärregierung den Wohnraum auf 3,25 m² pro Person fest (exklusive der Kinder).[5] Wie auch schon die Zahlen zum Wohnungsbestand (s. o.) deutlich machen, bemühte sich die Besatzungsmacht von Anfang an um möglichst genaue Daten, um die Versorgungslage der Bevölkerung einschätzen zu können. Im Chaos der unkontrollierten Bevölkerungsbewegungen gelang es jedoch nie, exakte Zahlen zu erheben.[6] Die Göttinger Bevölkerung musste trotz der Versuche, den zerstörten Wohnraum schnell wiederherzustellen, immer enger zusammenrücken. Diese Situation konnten die Zuzugssperre vom 30. Juni 1945 und das kurzzeitige Verbot, die Stadt zu betreten („out of bounds“) am 26. September 1945 nur bis maximal Anfang 1946[7] ein wenig entspannen.

Am 8. März 1946 folgte der für die Wohnraumverwaltung der unmittelbaren Nachkriegszeit wesentliche Erlass, das „Gesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz)“ des Alliierten Kontrollrats.[8] Dieses stellte den Wohnraum in den Besatzungszonen lückenlos unter die Bewirtschaftung der Wohnungsämter. Somit mussten der Einsatz von Baumaterial und Bauvorhaben von den Besatzungsmächten eingeleitet oder zumindest genehmigt werden.[9] Es wurden in allen Gemeinden und Kreisen Wohnungsämter und Ausschüsse eingerichtet, der vorhandene Wohnraum sollte

[3] Vgl. Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 78. Überblick zur britischen Besatzungspolitik: Volker Koop, Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2007.

[4] Vgl. Günter J. Trittel, Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Band 3. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt, Göttingen 1999, S. 291-356, hier S. 291.

[5] Siehe Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 3.

[6] Vgl. Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 120. Die Genauigkeit der Zahlen, die das Sozialamt erhob, ist umstritten.

[7] Vgl. Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962, S. 70.

[8] Siehe Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5, 31, 3.1946, S. 117-121.

[9] Vgl. Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 118.

erfasst und verteilt werden.[10] Die (Wieder-)Herstellung von Wohnraum konnte mit den Flüchtlingsströmen, die sich gegen Ende des Jahres 1945 verstärkten, jedoch nicht Schritt halten; den Unmut der Bevölkerung provozierten außerdem die umfangreichen Beschlagnahmungen, die schon mit der amerikanischen Besatzung eingesetzt hatten. Schulen, Restaurants, Kasernen und andere halböffentliche Räume wurden z. T. von DPs bewohnt, auch fanden Beschlagnahmungen zur Unterbringung Göttinger Studenten statt[11] und für die Zwecke der Besatzer selbst. In den ersten Nachkriegsmonaten waren davon zeitweise rund 1000 Wohnungen betroffen[12] – auch die Nachkriegspresse nahm durchaus Notiz von der Problematik[13], obwohl kritische Töne darin aufgrund der alliierten Zensur zunächst eher die Ausnahme waren.[14]

3 Sozialer Stress, Platzmangel, Genehmigungsschreiben: Göttinger Wohnalltag in der Nachkriegszeit

Soziale Spannungen waren an der Tagesordnung. Die Notsituation der Bevölkerung in einer weitgehend intakten Stadt wie Göttingen brachte zwei entgegengesetzte Wahrnehmungen hervor, die die Integration der Flüchtlinge erschwerten: Die Göttinger Einwohner sahen sich in ihren Besitz- und Platzansprüchen bedroht, während die Flüchtlinge ihre Heimat und ihren Besitz verloren hatten und sich trotzdem – selbst unter ihren Landsleuten – nicht willkommen sahen.[15] Die teils ohne Wissen der Militärregierung Zugezogenen, die von den Behörden nicht weitergeschickt wurden in das Lager Friedland[16] oder in Gebiete mit einer geringeren Bevölkerungsdichte, stießen – gewollt oder ungewollt – tief in die Privatsphäre der Stadtbevölkerung vor. Der begrenzte Wohnraum pro Person (s. o.) bedeutete, dass jeder Raum, zumindest aber jede Wohnung mit mehreren Wohnparteien belegt wurde. Ein Zeitungsbericht von 1948 spricht von 1,5 Personen pro Raum (Q1) – der Artikel zeigt zugleich, wie zäh und ungerecht Streitigkeiten um Wohn-

---

[10] Vgl. Lüning, Eigenheim-Land, S. 44ff.

[11] Vgl. Jens-Uwe Brinkmann, „Das Vorlesungsverzeichnis ist noch unvollständig…“. Der Wiederbeginn an der Georgia-Augusta, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 309.

[12] Mehr zu den Beschlagnahmungen: Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 106-108; Wiebke von Thadden, Die Stadt Göttingen unter Militärverwaltung 1945 – 1947, in: Böhme, Göttingen, S. 281ff.

[13] Z. B. in der Hannoverschen Volksstimme vom 31.1.1947 der Artikel „Wieder Beschlagnahmung“. Stadtarchiv Göttingen Film Ztg. 629.

[14] Vgl. Hans-Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 190.

[15] Vgl. Thomas Grosser/Sylvia Schraut, Vertriebene, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit. 1949 – 1989 – 1999, Bonn 1999,S. 829-838, hier S. 831ff.; Fesefeldt, Wiederbeginn, S. 72.

[16] Mehr zum Lager Friedland: Dagmar Kleineke, Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945-1955, Göttingen 1994; Helga Hagelüken/Rainer Rohrbach, Hilfe in der Not. Friedland 1945, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 137-148. Bis Ende September 1945 hatten bereits rund 820 000 Flüchtlinge das Lager passiert, was einen Eindruck vom Umfang der Migration gibt. Siehe Fesefeldt, Wiederbeginn, S. 71.

raum werden konnten: Viele arteten in Kleinkriege zwischen Nachbarn auf engstem Raum aus. Dabei befanden sich sowohl die Flüchtlinge als auch die Göttinger in einer beklemmenden Situation, und entsprechend verhielten sich beide Seiten nicht immer tadellos. Besonders der Fall der Frau B. (Q2-4) macht deutlich, wie groß die Belastung durch Einquartierungen werden konnte – bis hin zu einem mutmaßlichen Selbstmordversuch.

Im Dezember 1945 machten die Flüchtlinge 27,5 Prozent der deutschen Stadtbevölkerung aus.[17] Einquartierungen fanden ungeachtet persönlicher Sympathien, der beruflichen Situation[18] und privater Wünsche statt. Neben den Einwohnern gab es auch seitens der Wohnungseigentümer starke Bedenken gegen die Einweisung Fremder in ihre Objekte, zumal durch die Überbelegung häufig nicht nur das Mobiliar der eigentlichen Mieter, sondern auch die Substanz des Hauses insgesamt litt. Insofern stießen selbst Versuche der Flüchtlinge, ihr Leben in den provisorischen Unterkünften erträglicher zu gestalten, auf Widerstand: Die Installation von Notöfen beispielsweise wurde erst durch den Druck der Militärregierung möglich[19]. Gleichzeitig war diese darauf angewiesen, dass frei gewordener Wohnraum auch ordnungsgemäß gemeldet wurde: Auf den 25. Dezember 1945 datiert ist eine Anweisung darüber, dass an jeder Tür ein Anschlag mit Informationen über Bewohner und mögliche freie Räume des Hauses angebracht werden sollte.[20] Die „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes Nr. 18“ vom November 1947[21] schrieb die Meldepflicht freien Wohnraums unter Androhung von Strafen fest. Wie konsequent Verstöße gegen diese Anweisung geahndet wurden, ist nicht überliefert; möglich waren Strafen bis zu 10.000 Reichsmark oder einem Jahr Gefängnis.

Die Nachkriegszeit war eine Phase des blühenden Schwarzmarkthandels.[22] Auch die illegalen Flüchtlinge[23] mussten sich – irgendwie – einen Platz zum Leben verschaffen. Die so genannten „Schwarzwohner“ sollten nicht nur durch die Androhung von Strafen dazu gebracht werden, sich bei den Behörden zu melden – das Problem des illegalen Zuzugs erklärt auch die Anweisung des Stadtkommandanten Bankart, Umzugsformulare nur außerhalb Göttingens drucken zu lassen.[24]

[17] Zahlen aus: Hans-Georg Schmeling, Die überfüllte Stadt, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 133.

[18] Wie z. B. die Quellen zu dem Physiker Dr. Möller zeigen: Stadtarchiv Göttingen, Amt für Wohnungswesen, Nr. 153, Teil 1, Blätter 44, 71, 72, 73. Dr. Möller klagte gegen die Beschlagnahmung des zweiten Zimmers in seiner Wohnung. Er gab an, dies als freiberuflicher Physiker für seine Experimente zu brauchen.

[19] Vgl. Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57, 1, Blatt 58.

[20] Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57, 1, Blätter 23, 35.

[21] Entwurf im Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57, 2, Blatt 10.

[22] Mehr dazu im Artikel von Karolin Oppermann in diesem Band. Außerdem: Alfred Oberdiek. Nicht Kaufen, sondern Tauschen war 1945 die Devise. in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 199 ff.

[23] Es existieren keine Zahlen; wegen des akuten Platzmangels dürften jedoch nur relativ wenige eine Unterkunft in der Stadt gefunden haben, zumal damit die Möglichkeit, sich zu verstecken, kaum gegeben war.

[24] Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 161.

Die Nachfrage nach solchen Formularen ging offenbar deutlich über das verfügbare Maß hinaus, weswegen Maßnahmen gegen Fälschungen getroffen wurden.

Wer auf legalem Wege versuchte, Wohnraum in der Stadt zugewiesen zu bekommen, musste eine Zuzugsgenehmigung beantragen. Die vorliegende Quelle zeigt den Antrag einer Flüchtlingsfamilie aus Schlesien (Q5). Anträge von Familienmitgliedern, die außerhalb Göttingens wohnten und zu ihren Angehörigen ziehen wollten, wurden nicht vorrangig behandelt. Familienzusammenführungen hatten nach dem „Wohnungsgesetz“ keine Priorität; die Berücksichtigung erfolgte aufgrund sogenannter „Dringlichkeitsstufen“. An erster Stelle standen im Nationalsozialismus politisch Verfolgte oder Benachteiligte bzw. Personen, die dem Regime Widerstand geleistet hatten; in der Praxis wurden weiterhin gesundheitsgefährdete Personen und die Räumung der Notquartiere vorrangig behandelt.[25]

Stadtverwaltung und Bevölkerung versuchten auch dort Wohnraum nutzbar zu machen, wo es vorher keinen gegeben hatte. Im Göttinger Stadtarchiv finden sich Fälle wie ein Antrag auf Nutzbarmachung einer geplünderten Wohnung im Göttinger Schwimmbad[26], der einer Familie, die einen Kohlenkeller bewohnt (Q6), von Wohnungen, deren Beschlagnahmung in Abwesenheit des Mieters drohte (Q7-8)[27] oder von Plänen zum möglichst schnellen Ausbau von Kasernen.[28] Diese zum Teil hektischen, aus der Not geborenen Maßnahmen und Reaktionen zeigen: Der Platzmangel war neben der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Ernährungslage das Problem, das die Mehrheit der Bevölkerung tagtäglich am stärksten in ihren vitalen Bedürfnissen bedrohte.

Ein Zeitungsartikel aus den Hannoverschen Neuesten Nachrichten vom 10. Mai 1949[29] berichtet über eine „Werbewoche“ zur TBC-Bekämpfung und vom Zusammenhang zwischen der Wohnungsnot und dem Anstieg der Zahl der Tuberkulosekranken; „Tuberkulose als Volkskrankheit“ lautete der Titel einer gehaltenen Rede.[30] Krankheiten verbreiteten sich unter den auf engstem Raum lebenden Menschen schneller, und auch die medizinische Versorgung konnte den Erfordernissen kaum entsprechen. In der Tat war das Wohnraumproblem nicht das einzige Platzproblem: Ebenso schwierig gestaltete sich die Unterbringung öffentlicher Einrichtungen wie Kranken- und Waisenhäusern, die die Versorgungslage der Bevölkerung betrafen. Es konnten nicht genügend Praxisräume geschaffen werden[31] und auch Krankenhausbetten waren Mangelware, was in Anbetracht der

---

[25] Das Gesetz erwähnt außerdem als bevorzugte Gruppen: Kinderreiche, Alte, Invalide u. körperlich Behinderte sowie Facharbeiter (bei Mangel an solchen). In der Praxis wurden außerdem bei der Besatzungsmacht Beschäftigte häufig bevorzugt behandelt. Fallbeispiel unter Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 349.

[26] Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 404.

[27] Siehe auch: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blätter 55, 69.

[28] Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung. E57,1, Blatt 338.

[29] Stadtarchiv Göttingen Film Ztg. 624, Ausgabe Süd-Hannover, S. 3.

[30] Vgl. Quellen 7-8: Die Tuberkuloseerkrankung des Sohnes der Frau Katrakis stellt keinen Grund zu einem Wohnungswechsel dar, solange es sich nicht um eine ansteckende Variante handelt.

[31] Vgl. Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 133.

vielen Flüchtlinge, die sich in einer schlechten körperlichen Verfassung befanden, besonders dramatisch war. Die deutschen Stadtbehörden, die die laufenden Geschäfte der britischen Militärregierung erledigten,[32] zeigten hier Eigeninitiative: Sie mieteten das Gasthaus der Brauerei Rohns und richteten ein Hilfskrankenhaus ein,[33] und in einer Baracke in Eddigehausen entstand das Flüchtlingswaisenhaus „Kinderheimat“,[34] beides bereits im Jahr 1945.

Die britische Militärregierung traf zwar die maßgeblichen Regelungen und konnte den gesetzlichen Rahmen festlegen, auf der Verwaltungsebene war sie jedoch auf deutsches Personal angewiesen, genauso wie auf Facharbeiter und die Initiative der Stadtbevölkerung, die für den Wiederaufbau und Neubau von Wohnraum immer wichtiger wurde.

4 Bevölkerungsinitiative, Sozialer Wohnungsbau und die „Siedlung am Hagenberg“

Der Materialmangel und das Quasi-Verbot der Militärregierung für Neu-, Aus- und Umbauten führten dazu, dass neuer Wohnraum in einem wesentlichen Umfang in ganz Niedersachsen erst um 1949/50 entstand.[35] Das Primat lag zunächst bei der Wiederherstellung beschädigten Wohnraums, und das „Wohnungsgesetz“ (s. o.) hatte keinerlei direkte Regelungen für die Erstellung neuer und dauerhafter Unterkünfte getroffen. So beschränkte sich die Bautätigkeit der ersten Nachkriegsjahre auf Behelfsunterkünfte wie Baracken (s. o.) oder „Nissenhütten“.

Seit 1945 bemühte sich die „Göttinger Nothilfe“ als Hilfsinitiative darum, Flüchtlinge einzukleiden und ihnen zumindest für eine Nacht eine Ruhestätte zu verschaffen: Sie betreute u.a. ein Auffanglager in der Egelsbergschule[36] und bis 1946 die Flüchtlinge, die in den damals am Bahnhof befindlichen Baracken lebten.[37] Im Lager Friedland, wo sich auch die studentische „Friedlandhilfe“ der Göttinger Universität engagierte,[38] durften sich die Flüchtlinge aufgrund des hohen Andrangs höchstens 36 Stunden aufhalten, bevor sie weiterziehen mussten.

Während die Bautätigkeit also nur langsam voranging, stieg die Zahl der Flüchtlinge in Göttingen kontinuierlich. Waren es im April 1945, als Göttingen unter britische Verwaltung kam, noch rund 10.500 gewesen, stieg ihre Zahl bis Dezember 1946 auf knapp 24.000 an.[39] Dieser Trend setzte sich in den nächsten

[32] Mehr zu den administrativen Strukturen in der Göttinger Nachkriegszeit: Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, S. 69ff.

[33] Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 121ff.

[34] Ebd., S. 128ff.

[35] Vgl. Lüning, Eigenheim-Land, S. 49ff. Dies hing auch mit der Währungsreform zusammen.

[36] Später wurde daraus ein weiteres Hilfskrankenhaus.

[37] Mehr zur „Göttinger Nothilfe“: Fesefeldt, Wiederbeginn, S. 65ff.; Hannah Vogt, Die „Göttinger Nothilfe“ – eine frühe Bürgerinitiative, in: Schmeling, Göttingen 1945, S. 205-214.

[38] Brinkmann, Vorlesungsverzeichnis, S. 312ff.

[39] Vgl. Schmeling, Die überfüllte Stadt, S. 135.

Jahren fort: Im Januar 1948 registrierten die „Statistischen Berichte der Stadt Göttingen“[40] 3.575 noch unterzubringende Personen. Im Januar 1951 sollten es schon 14.101 Personen sein, und im Januar 1954 sogar 20.418.[41]

Die bloße Wiederherstellung bzw. der Ausbau vorhandenen Wohnraums waren also völlig unzureichend. Mit der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 wurde zwar der Soziale Wohnungsbau forciert[42], womit die Phase der Provisorien und Eigenbauten der ersten Nachkriegsjahre bald ihrem Ende entgegenging. Dennoch griffen die Mittel in einer Stadt mit derart stark gewachsener Bevölkerung wie Göttingen nicht schnell genug, um alle Einwohner menschenwürdig unterzubringen. So war auch 1949 noch Initiative „von unten“ gefragt. In diesem Jahr begann der Bau der „Siedlung am Hagenberg“, vom 31. Juli bis zum 25. September unter Mithilfe der Organisation „Service Civil International“ (SCI) (Q9-11). Die 38 z. T. ausländischen Teilnehmer des Internationalen Zivildienstes halfen beim Bau dieser Nachkriegssiedlung.[43] Baumaterialien und ein Teil des Kapitals wurden zuvor in einer „Werbeaktion“ einer Göttinger Bürgerinitiative gewonnen (Q12-13).

Die Wohnungsbautätigkeit stieg seit den 50er Jahren kontinuierlich an. Während für das erste Halbjahr 1947 in ganz (!) Niedersachsen nur 60 Zweifamilienhäuser, 30 Vierfamilienhäuser und 125 ausgebaute Dachgeschosse *geplant* waren,[44] wurden allein im Jahr 1954 nur in der Stadt Göttingen insgesamt 723 Wohnungen *fertig gestellt*.[45] In Anbetracht der oben beschriebenen anhaltenden Flüchtlingsströme und Umsiedlerströme war zwar auch dieser signifikante Anstieg des Wohnungsbaus lange Zeit nicht ausreichend,[46] doch spätestens mit der Fertigbauweise vorprojektierter Wohnblocks in den 1960er und 1970er Jahren, die sich in Göttingen heute z. B. in Grone finden, nahm die Wohnungsnot ein Ende.

[40] Stadtarchiv Göttingen, Statistische Berichte (Monatsberichte) der Stadt Göttingen 1948 – 1958, ZA 10.

[41] Die hohe Zahl erklärt sich z. T. daraus, dass unter die Statistik auch Personen fielen, die lediglich den Wohnort wechseln wollten und entsprechend bereits eine Unterkunft außerhalb Göttingens hatten (die Relation wird aus den Berichten nicht ersichtlich). Dennoch wird deutlich, dass der Zuzug nach Göttingen noch bis Mitte/Ende der 1950er Jahre stark anstieg.

[42] Das Erste Wohnungsbaugesetz vom 24.4.1950 unterschied „den öffentlich geförderten Sozialen Wohnungsbau, den steuerbegünstigten und den frei finanzierten Wohnungsbau“. Lüning, S. 72.

[43] Service Civil International. International Archives. B (49 09 25 - 1 01). Online einsehbar unter: http://www.service-civil-international.org/index.php?page=collection-germany-list&f=0. Stand: 12.3.2009.

[44] Vgl. Lüning, Eigenheim-Land, S. 51. Zur gleichen Zeit wurden 812 „Nissenhütten“ geplant.

[45] Stadtarchiv Göttingen, Statistische Berichte (Monatsberichte) der Stadt Göttingen 1948 – 1958, ZA 10.

[46] Erst in den 1960er Jahren wurde das Vorkriegsniveau von 3,5 Einwohnern pro Wohnung (1939) wieder erreicht. Vgl. Trittel, Entwicklung, S. 308.

5 Fazit

Insgesamt ist herauszustellen, dass die beklemmende Wohnsituation im Nachkriegs-Göttingen mit der besonderen Lage der Stadt zwischen den Zonengrenzen und ihrem niedrigen Zerstörungsgrad korrelierte. Damit unterscheidet sich die Göttinger Nachkriegssituation erstens von der der meisten größeren deutschen Städte, die durch Bombardements oft stark zerstört waren; zweitens erklärt sich daraus das starke Wachstum der Einwohnerzahl. Das „Eindringen" der Flüchtlinge in einen weitgehend intakten Stadtkörper war ein zusätzliches Hindernis für die Integration.

Die Schaffung von Wohnraum durch Wiederauf- und Ausbau fand vor dem Hintergrund der strengen Wohnungsgesetze der britischen Militärregierung statt. Der Neubau von Wohnraum – und damit die Möglichkeit, die Flüchtlinge dauerhaft zu integrieren – setzte erst mit Gründung der Bundesrepublik ein. In beiden Phasen ist die Initiative aus der Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Die relativ schnelle Übertragung von Eigenverantwortlichkeit an Deutsche auf den unteren Verwaltungsebenen förderte die oben genannten Initiativen.

Literatur zum Weiterlesen

Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Band 3. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt, Göttingen 1999.

Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962.

Hermann Glaser, So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945 – 1949, Berlin 1989.

Volker Koop, Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2007.

Hans-Georg Schmeling (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985.

Herr M. sucht eine Wohnung

Das Wohnungsamt steht machtlos vis-à-vis

In der Stadt Göttingen wird ein Raum nach Erhebungen des Wohnungsamtes von 1,5 Personen bewohnt. Was sich hinter dieser Durchschnittszahl verbirgt, erlebte der hp-Reporter bei einem Besuch in einem Notquartier der Dringlichkeitsstufe 1 in der Unteren Karspüle.

Im Juni 1945 kam Frau B. mit acht Kindern als Flüchtling nach Göttingen, um in ihrem Haus in der Unteren Karspüle, das ihr durch Erbschaft zu einem Teil zugefallen war, unterzukommen. Der Mieter M. war aber nicht bereit, der kinderreichen Familie ein unbewohntes Zimmer zu räumen. Frau B. mußte für zehn Tage ins Flüchtlingslager, bis das Bergungsamt eingriff. In dieser Zeit starb das jüngste Kind. Nach sechs Monaten gelang es der schwergeprüften Mutter, einen zweiten Raum dazuzubekommen. Nachdem der Mann im Juni 1946 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, hausten neun Personen auf einer Wohnfläche von 31 Quadratmetern. Der Mieter M. im Erdgeschoß hatte mit zwei Personen, bevor er die Familie des Schwiegersohnes aufnahm, fünf Räume zur Verfügung.

Seit April 1947, als sich wegen der hohen Kinderzahl sämtliche Aussichten für den Mann zerschlagen hatten, außerhalb Göttingens eine Anstellung zu finden, wurde die Familie ununterbrochen beim Wohnungsamt vorstellig, um eine Umquartierung des Mieters M. zu erreichen. Da dieser sich jedoch ständig weigerte, auf Vorschläge des Wohnungsamtes einzugehen und fortfuhr, seine Vermieter als Untermieter zu bezeichnen, kam es zu einer Räumungsklage, die unverständlicherweise mit einem Vergleich endete. Der Mieter verpflichtete sich darin, auszuziehen, wenn ihm eine andere angemessene Wohnung gegeben würde. Dreimal hat ihm das Wohnungsamt in letzter Zeit drei Zimmer mit Küche angeboten, die wohl angemessen waren, aber nicht der Vorstellung entsprachen, die Herr M. von seinem neuen Heim hatte.

Als M. von einem Angestellten des Wohnungsamtes gebeten wurde, ein Formular über seinen Familienstand auszufüllen, lehnte er dies ab mit der Begründung, er sei es ja nicht, der eine Wohnung suche. Ein Schreiben an das Wohnungsamt nach dem gerichtlichen Vergleich enthielt wieder die alte Auslegung, daß er keine Wohnung beantragt habe, sondern lediglich seinen „Untermietern" hilfreiche Hand leisten wollte. Welch' schöne Worte. Der Untermieter ist Eigentümer des Hauses.

Inzwischen verstrich Monat auf Monat, in denen sich die Familie B. wiederum um einen Erdenbürger vermehrte, ohne daß es eine gesetzliche Handhabe gab, den Mieter zu bewegen, seine leeren Versprechungen in die Tat umzusetzen.

In der Unteren Karspüle sind die Tapeten längst von den Wänden gefault. Auf dem Behelfsherd kocht das tägliche Essen für zehn Personen. Die Kleinsten lärmen im Laufstall. Andere versuchen Schularbeiten zu machen. Alle sind sie gesundheitlich schwer gefährdet. Ein Eltern-, drei Kinderschlafzimmer, ein Wohnraum und eine Küche stehen ihnen rechtmäßig zu. Es wird höchste Zeit, daß dieser Schandfleck für Göttingen auf dem Wege der Zwangsvollstreckung beseitigt wird, ehe die angekündigten Dänemarkflüchtlinge dem Wohnungsamt neues Kopfzerbrechen bereiten.

Q1: Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. 628, Hannoversche Presse, Ausgabe Göttingen Stadt, 2. November 1948.

52

Der Oberbürgermeister
- Bergungsamt -

Göttingen, am 11. Dezember 1945.

An
1003 Field - Security,
h i e r ,
Düstere Eichenweg 12.

Die z.Zt. dort als Köchin beschäftigte Anna B[...] wurde Anfang April 1945 [...]weg 8 bei K[...] eingewiesen.

Frau K[...] hat jetzt den Antrag gestellt, Frau B[...] umzuquartieren und gibt zur Begründung an, dass sich Frau B[...] weigert, die festgesetzte Miete zu zahlen. Außerdem macht sie geltend, daß Frau B[...] den von ihr innebehaltenen Wohnraum verschmutzen ließe und alle Ermahnungen zur Sauberkeit unbeachtet lasse. Im Gegenteil habe Frau B[...] auf diese Vorstellungen der Vermieterin gegenüber eine feindliche Stellung eingenommen und sich dritten Personen gegenüber abfälligerweise über Frau K[...]-[...] geäußert. Diese Beschimpfungen habe Frau B[...] in ihrem Mietszimmer ausgesprochen und so laut , daß Frau K[...] sie in ihrem Wohnzimmer durch die verschlossene Tür hätte hören können. Das Zusammenleben mit Frau B[...] wär unter diesen Umständen für die Vermieterin untragbar geworden.

Ich beabsichtige, dem Antrage von Frau K[...] stattzugeben und Frau B[...] in die Wohnung S[...], [...]weg 18, einzuweisen. Frau B[...] weigert sich umzuziehen und gibt an, daß sie den Schutz der Militärregierung genieße.

Es ist in Aussicht genommen, die Umquartierung zwangsweise durchzuführen, und ich bitte ergebenst um das dortige Einverständnis.

twort der 42 Section des Intelligence Corps
v. 30. Dezember 45

Betr. Bezugnahme auf obiges Schreiben

Diese Dame ist nicht mehr bei dieser Einheit beschäftigt, und wir sind nicht an ihren Angelegenheiten interessiert. Sie können ohne unsere Erlaubnis jede Handlung, die Sie wünschen, vornehmen.

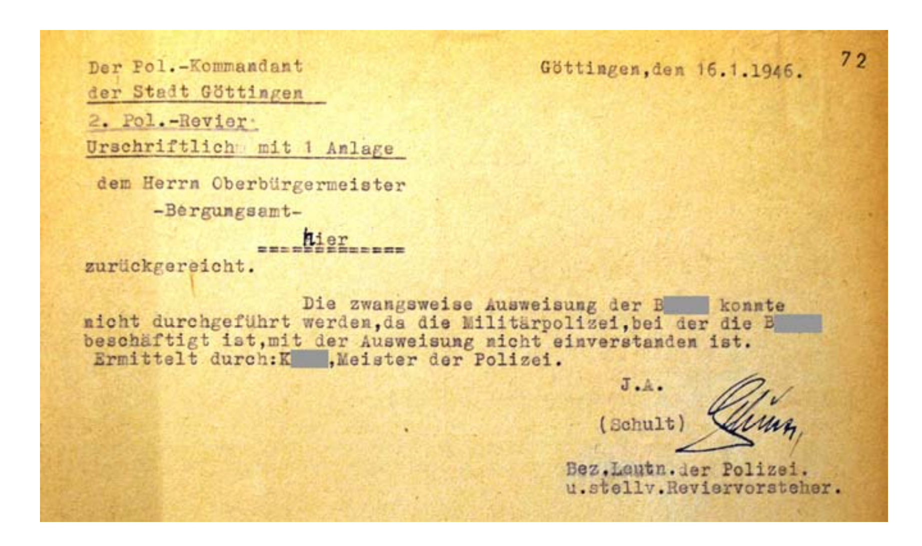
Buske

Über Herrn Wolf

an Herrn Fleischmann (Bergungsamt)

zur gefl. weiteren Veranlassung.

Q2: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 52.



Der Pol.-Kommandant
der Stadt Göttingen
2. Pol.-Revier.
Urschriftlich mit 1 Anlage

Göttingen,den 16.1.1946. 72

dem Herrn Oberbürgermeister
-Bergungsamt-
hier
zurückgereicht.

Die zwangsweise Ausweisung der B[...] konnte nicht durchgeführt werden,da die Militärpolizei,bei der die B[...] beschäftigt ist,mit der Ausweisung nicht einverstanden ist.
Ermittelt durch:K[...],Meister der Polizei.

J.A.
(Schult)
Bez.Leutn.der Polizei.
u.stellv.Reviervorsteher.

Q3: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 72.

NIEDERSÄCHSISCHE VOLKSSTIMME

Kohlenkeller als Wohnraum

Göttingen (Eig. Ber.) Dem Pförtnerhaus des Reichsbahnzentralamtes schräg gegenüber, befindet sich ein zum Teil zerstörtes Gebäude. Der linke Flügel dieser halbzerstörten Baulichkeit, diente früher dazu, die Kohlen bezw. den Koks für die gleichfalls zerstörte Heizungsanlage aufzunehmen. Heute beherbergt dieser Raum die Familie M. Vater, Mutter, eine 20jährige Tochter und der 23jährige Sohn essen schlafen und bewegen sich in einem Raum Die Toilette befindet sich etwa fünfzig Meter entfernt in einem zum Reichbahnzentralamt gehörenden Gebäude. Das Wasser muß ebenfalls dort geholt werden. Falls einer der Familienangehörigen das Bedürfnis hat, eine gründliche Waschung vorzunehmen, muß der andere solange die Räumlichkeit verlassen. Die Feuchtigkeit ist so stark, daß die Lebensmittel verschimmeln und die Kleider sich stets in einem klammen Zustand befinden. Da die Räumlichkeit nicht überdacht ist, regnet es bei stärkerem Regen ständig durch. M selbst ist 40 Prozent kriegsbeschädigt. Seine Frau schwer nierenkrank. Feuchtigkeit und Kälte tragen das Ihre hinzu, das Leiden ständig zu verschlimmern. Wo die Bewohner ihre Kohlen und Kartoffeln für den Winter lagern sollen, wissen sie heute noch nicht, denn trotz der geringen Mobiliare der Flüchtlingsfamilie, ist beim besten Willen keine Fläche mehr freizumachen, um Wintervorräte zu lagern.

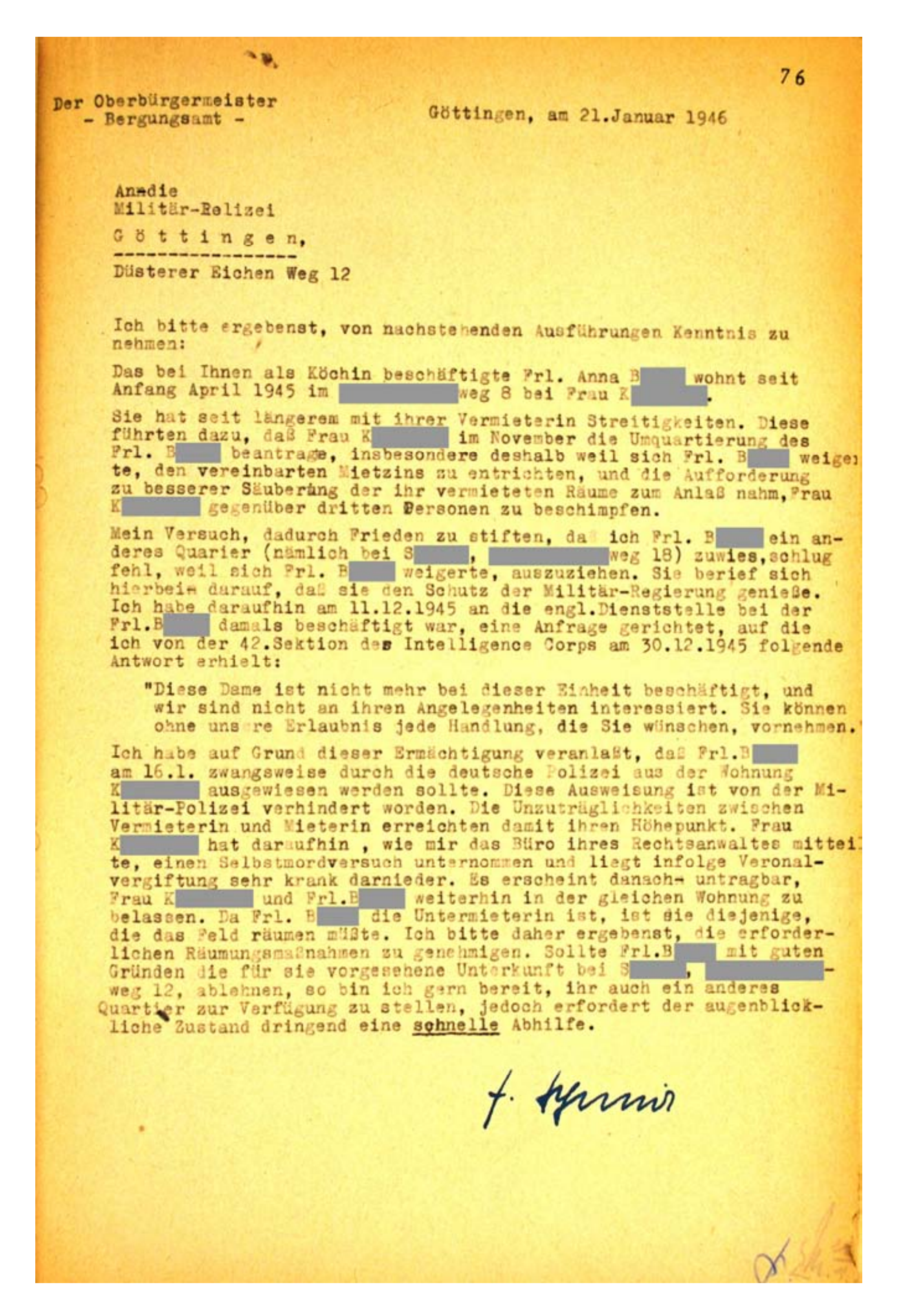
Mit dem Wohnungsamt hat sich M. selbstverständlich schon öfters in Verbindung gesetzt. Dort wurde ihm lediglich der Trost zuteil, daß er mit seiner Familie in die Dringlichkeitsgruppe II eingestuft werden könne, um dann evt. später, wenn die Reihe der vor ihm befindlichen untergebracht ist, auch eine andere Wohnung zugewiesen zu bekommen. Inzwischen aber tropft es weiter durch die Decke, pfeift der Wind durch die notdürftig eingesetzten Fenster und verschimmeln die Lebensmittel in dem feuchtigkeitziehenden Schrank. Der kranken Frau M. mag die Hoffnung auf eine menschenwürdige Unterkunft ihre Krankheit leichter ertragen lassen.

Hoffentlich hofft sie nicht vergebens und kommt noch zu Lebzeiten in den Genuß einer trockenen Wohnung. Die Entwürfe für ein umfassendes Wohnungsbauprogramm liegen zwar vor, aber schon Schiller sagte in einem seiner Schauspiele „Was sind schon Hoffnungen, sind Entwürfe" — —

Hauptsache — unser Bundestag hat seinen Glaspalast. Das hat er zwar nicht gesagt, aber es ist nun mal so.

Und das dürfte doch manchen nachdenklich stimmen.

Q6: Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. 630, Niedersächsische Volksstimme, 15.Oktober 1949.



76

Der Oberbürgermeister
- Bergungsamt -

Göttingen, am 21.Januar 1946

Anndie
Militär-Polizei

G ö t t i n g e n,

Düsterer Eichen Weg 12

Ich bitte ergebenst, von nachstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen:

Das bei Ihnen als Köchin beschäftigte Frl. Anna B[...] wohnt seit Anfang April 1945 im [...]weg 8 bei Frau K[...].

Sie hat seit längerem mit ihrer Vermieterin Streitigkeiten. Diese führten dazu, daß Frau K[...] im November die Umquartierung des Frl. B[...] beantrage, insbesondere deshalb weil sich Frl. B[...] weigerte, den vereinbarten Mietzins zu entrichten, und die Aufforderung zu besserer Säuberung der ihr vermieteten Räume zum Anlaß nahm, Frau K[...] gegenüber dritten Personen zu beschimpfen.

Mein Versuch, dadurch Frieden zu stiften, daß ich Frl. B[...] ein anderes Quarier (nämlich bei S[...], [...]weg 18) zuwies, schlug fehl, weil sich Frl. B[...] weigerte, auszuziehen. Sie berief sich hierbei darauf, daß sie den Schutz der Militär-Regierung genieße. Ich habe daraufhin am 11.12.1945 an die engl. Dienststelle bei der Frl. B[...] damals beschäftigt war, eine Anfrage gerichtet, auf die ich von der 42. Sektion des Intelligence Corps am 30.12.1945 folgende Antwort erhielt:

"Diese Dame ist nicht mehr bei dieser Einheit beschäftigt, und wir sind nicht an ihren Angelegenheiten interessiert. Sie können ohne unsere Erlaubnis jede Handlung, die Sie wünschen, vornehmen."

Ich habe auf Grund dieser Ermächtigung veranlaßt, daß Frl. B[...] am 16.1. zwangsweise durch die deutsche Polizei aus der Wohnung K[...] ausgewiesen werden sollte. Diese Ausweisung ist von der Militär-Polizei verhindert worden. Die Unzuträglichkeiten zwischen Vermieterin und Mieterin erreichten damit ihren Höhepunkt. Frau K[...] hat daraufhin , wie mir das Büro ihres Rechtsanwaltes mitteilte, einen Selbstmordversuch unternommen und liegt infolge Veronalvergiftung sehr krank darnieder. Es erscheint danach untragbar, Frau K[...] und Frl. B[...] weiterhin in der gleichen Wohnung zu belassen. Da Frl. B[...] die Untermieterin ist, ist sie diejenige, die das Feld räumen müßte. Ich bitte daher ergebenst, die erforderlichen Räumungsmaßnahmen zu genehmigen. Sollte Frl. B[...] mit guten Gründen die für sie vorgesehene Unterkunft bei S[...], [...]weg 12, ablehnen, so bin ich gern bereit, ihr auch ein anderes Quartier zur Verfügung zu stellen, jedoch erfordert der augenblickliche Zustand dringend eine <u>schnelle</u> Abhilfe.

f. [Unterschrift]

Q4: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 76.

12. FEB. 1946

80

2	B
Bezirk	Buchstabe

Antragsnummer 224662/

Den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Göttingen
- Bergungsamt - bittet um Zuzugsgenehmigung

Name	Vorname	Geburtstag	Geburtsort
[geschwärzt]	Leo	20. Februar 1887	[illegible]

für die Dauer von bis auf weiteres.

Ich habe bereits in Göttingen gewohnt von .... bis .... (Bescheinigung Einwohnermeldeamt beifügen!)

Ich habe Göttingen seinerzeit verlassen wegen

Mein letzter ständiger Wohnsitz war Wohlau / Schlesien Morgenstr. Nr. 1

Ich komme jetzt aus Pößneck (Thüringen) in der russischen Besatzungszone

Mein erlernter Beruf ist Büroangestellter

Ich bin ledig/verh./gesch./verw. und habe 5 Kinder.

Meine Familienangehörigen heißen:

Name	Vorname	Alter	jetziger Aufenthaltsort
[geschwärzt]	Agnes	49 Jahre	Göttingen, [geschwärzt] 38
"	Gerda	21 "	"
"	Magdalena	20 "	"
"	Werner	16 "	"
"	Johannes	14 "	"
"	Rosemaria	7 "	"

~~Ich beabsichtige/beabsichtige nicht, sie gleichfalls nach Göttingen zu holen.~~

Ich habe in Göttingen Arbeit gefunden	bei: .... Straße: .... als:	Bestätigung des Arbeitgebers

Ich habe in Göttingen Wohnung bei meiner Familie, [geschwärzt] 38 -Straße

in (Art des Wohnraums) einer Stube

Ist der obige Raum beschlagnahmt, oder erfolgt die Aufnahme zusätzlich in nicht beschlagnahmte Räume?

Wieviel Wohn- und Schlafräume sind in der Wohnung insgesamt vorhanden? 1

Wieviel Personen halten sich z. Zt. in dieser Wohnung auf (ohne Antragsteller)? 5

[Unterschrift]

Unterschrift des Wohnungsinhabers (nicht des Untermieters) Datum

Q5: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,1, Blatt 80.

93

Ubersetzung (Fluck) Eingang: 14.1.1948 12.30 MG/1244/265

Betr. Besitz von Alliierten und Neutralen

An: Oberstadtdirektor Göttingen
Von: HQ Kreis Gp Göttingen
126 HQ CCG (BE) BAOR 30

Frau Elli Katrakis, Göttingen, Am Weissen Stein 20

Die Obengenannte ist griechischer Nationalität, und gemäss beiliegender Bescheinigung ist sie zu einem Drittel am Besitz des Hauses Am Weissen Stein 20 beteiligt. Während ihrer Abwesenheit im Jahre 1947 ist ihre Wohnung, nachdem sie von dem Wohnungsamt registriert worden war, durch das Wohnungsamt besetzt worden.

Frau Katrakis Besitz wird durch die Militär-Regierung geschützt.

Sie werden daher gebeten, die Angelegenheit zu regeln und die aus 4 Zimmern bestehende Wohnung ihr so bald wie möglich zur Verfügung zu stellen. Die Wohnung wird dann von Frau Katrakis, ihrer Mutter und ihren beiden Söhnen besetzt.

Bitte benachrichtigen Sie diese Dienststelle, wenn die Anweisungen durchgeführt worden sind.

gez. Tomkinson

Göttingen
13. Januar 48

Q7: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,2, Blatt 93.

Abschrift für Dolmetscherbüro

104

Stadtverwaltung
-Wohnungsamt-

Göttingen, 18. Januar 1948
A./M.

An
HQ Kreis Gp Göttingen
126 HQ CCG (BE) BAOR 30

Betr.: Antrag der Frau Elli Katrakis, Göttingen, Am weißen Stein 20.

Bezug: Dortige Schreiben vom 18.11.1947 und 13.1.1948. -MG/1244/236, 265-.

Frau Katrakis bewohnt -dies scheint der Militärregierung nicht bekannt zu sein- mit ihrer Mutter (Frau Meyer) und ihren beiden 19 und 20 Jahre alten Söhnen drei Zimmer von 28, 18 und 19 qm und eine Küche.

Diese Unterbringung ist in Anbetracht der großen Wohnungsnot ausreichend. Frau Katrakis und ihre Mutter können in einem Zimmer schlafen, die beiden Söhne in einem zweiten. Die Familie hat dann außerdem noch das Wohnzimmer und eine Küche. Die Tuberkulose des einen Sohnes ist geschlossen, also nicht ansteckend. Die Überprüfung durch das Staatliche Gesundheitsamt hat ergeben, daß die derzeitige Unterbringung der Familie unter hygienischen Gesichtspunkten nicht zu beanstanden ist. Selbst wenn die Notwendigkeit bestünde, dem einen Sohn einen besonderen Schlafraum zur Verfügung zu stellen, so müßte hierfür das Wohnzimmer benutzt werden,

104

da zusätzliche Wohnraumansprüche, die sich aus einer besonderen Situation innerhalb der Familie ergeben, in erster Linie von der Familie selbst und nicht von der notleidenden Allgemeinheit befriedigt werden müssen.

Grundsätzlich verweisen wir auf die Anordnungen des HQ Land Niedersachsen 229 HQ CCG (BE) BAOR vom 24.11.1947 -Hannover 89- 2066 - 229/MG/6792 MAN-. Danach soll Angehörigen der vereinten oder neutralen Nationen keinerlei besonderer Schutz (Vorrang) gegenüber Wohnungsmaßnahmen der deutschen Behörden gewährt werden. Vielmehr ist dieser Personenkreis entsprechend der für politisch Verfolgte geltenden Bestimmung des Art. VIII Abs. 2 des Wohnungsgesetzes bei der Zuweisung von Wohnraum bevorrechtigt, soweit noch keine Unterbringung erfolgt ist.

Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, vielen hunderten von Familien andere Wohnungen zuzuweisen, weil ihre augenblicklichen Quartiere nach dem Gutachten des Gesundheitsamtes gesundheitsschädlich sind. In 51 von diesen Familien sind Kranke mit aktiver Tuberkulose, Säuglinge/ oder hochschwangere Frauen vorhanden und ihre Unterkünfte sind in so mangelhafter Verfassung und so überfüllt, daß eine Fortdauer des augenblicklichen Zustandes akute Gefahr für Leben und Gesundheit bedeutet. Die Stadtverwaltung bedauert deshalb, dem Antrage der Frau Katrakis auf Zuweisung eines weiteren Zimmers nicht stattgeben zu können.

gez. Kuß

Q8: Stadtarchiv Göttingen, Stadtverwaltung und Militärregierung, E57,2, Blatt 104.



Q9: Stadtmuseum Göttingen.

Reges Leben am Hagenberg

Siedlungshäuser wachsen aus dem Boden

Göttingen. Wer heute über den Hagensberg geht, kann feststellen, daß dort eine lebhafte Tätigkeit herrscht. An der Kanalisation wird gearbeitet. Die Ausschachtungsarbeiten bei einigen Siedlungshäuser im Gange, bei einigen ragen die Kellermauern bereits über den Erdboden. Der Betrag von 12 000 DM, den die Selbsthilfeaktion der Stadt durch Fußballspiel und Bausteineaktion aufgebracht hat, darf als ein erfreuliches Zeichen tätiger Mithilfe der Bevölkerung an der Verwirklichung des Facharbeitersiedlungsplanes betrachtet werden. Es ist zu hoffen, daß die eigenen Anstrengungen nun auch die noch erforderliche Unterstützung des Landes finden. —mgr

Q12: Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. 624, Hannoversche Neueste Nachrichten, Ausgabe Süd-Hannover, 2. Oktober 1948.



Q10: Stadtmuseum Göttingen.



Q11: Stadtmuseum Göttingen.

Göttingen hilft sich selbst

Bausteine für den Kleinen Hagen

Göttingen macht mit der Finanzierung der Siedlung am Kleinen Hagen Ernst! In der Woche vom 5. bis 12. September wird vom Bauausschuß eine große Werbeaktion unter dem Motto: „Göttingen hilft sich selbst!“ durchgeführt. Die Bemühungen, beim Land irgendwelche Bauzuschüsse zu bekommen, sind ohne Erfolg geblieben. Trotzdem soll in Kürze mit den Arbeiten begonnen werden. 50 Prozent der Baukosten will die Verwaltung durch den Verkauf von „Bausteinen“ aufbringen, der Rest müßte durch Hypotheken gedeckt werden.

Wenn jeder Göttinger Einwohner nur etwa 1 DM geben würde, käme eine Summe zusammen, die zur Errichtung von zehn Wohnhäusern mit 20 Wohnungen ausreicht. Da dieser Durchschnittsbetrag aber schon als hoch gegriffen erscheint, rechnet der Bauausschuß damit, daß die bessergestellten Einwohner etwas tiefer in den Säckel greifen, um die kleineren auszugleichen.

In diesen Tagen werden Plakate, Kinoreklame und sonstige Werbemittel die Sammelwoche vom 5. bis 12. September einleiten und die Bevölkerung auf Sinn und Bedeutung dieser Aktion hinweisen. Freiwillige Helfer werden die „Bausteine“ vertreiben, aus deren Verkauf die Baugelder aufgebracht werden sollen. Der Bauausschuß glaubt zuversichtlich an die positive Einstellung der Göttinger Bevölkerung. Der einmalige Verzicht auf die monatliche Aufwandsentschädigung durch die Ratsherren zugunsten der Bausteine-Aktion soll ebenfalls zur Stärkung des Baufonds beitragen. Außerdem soll eine neue „Fußballsensation“ „Rat gegen Verwaltung“ mit ihrem finanziellen Ergebnis ebenfalls zum Gelingen der Selbsthilfeaktion beisteuern. mgr

Q13: Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. 624, Hannoversche Neueste Nachrichten, Ausgabe Süd-Hannover, 26.August 1948.

Schildersturm – Göttinger Straßenumbenennungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Marco Dräger

1 Einleitung

Straßen sind eine „begehbare“ Quelle und bieten zugleich einen Zugang zur Lokalgeschichte, denn Straßen und Straßenschilder sind im Alltag immer gegenwärtig. Durch ihre Omnipräsenz und ihre alltägliche Nutzung werden Vorstellungen und Werte, die mit ihren Bezeichnungen konnotiert sind, fast beiläufig in das Denken der Benutzer eingeführt. Dieses Potential hat eine lange Tradition und wurde auch von den Nationalsozialisten erkannt und genutzt.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde eine Vielzahl von Straßen nach deren Protagonisten und politischen Führern benannt. Diese umfangreichen Umbenennungen wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl seitens alliierter Politik als auch später seitens der deutschen Behörden wieder rückgängig gemacht. Die Umbenennung der Göttinger Straßen war kein einmaliger Akt, sondern vollzog sich als kontinuierlicher Prozess, an dem die lokal beteiligten Akteure regen Anteil nahmen.

2 Die ersten Umbenennungen 1945

Bereits im April 1945 fanden die ersten Umbenennungen auf Befehl der provisorischen amerikanischen Militärregierung in Göttingen statt. Der von ihr eingesetzte Oberbürgermeister Erich Schmidt diente bei diesen Vorgängen lediglich als De-

klamationsorgan und gab die Umbenennungen im „Göttinger Mitteilungsblatt", einer von der Militärregierung zwecks Information der Bevölkerung herausgegebenen Zeitung, bekannt.[1] Die erste Ausgabe erschien am 20. April 1945 und die Tatsache, dass die Umbenennungen als erste Nachricht bekannt gegeben wurden, verdeutlicht, dass die politischen Akteure dem Thema eine große Relevanz beigemessen haben (Q1).

Laut Wilhelm van Kempen seien diese drei Straßen bereits am 17. April umbenannt worden,[2] also innerhalb der ersten zehn Tage nach Besetzung der Stadt. Zwar lässt sich der Grad der deutschen Beteiligung an diesen ersten Umbenennungen nicht mehr eruieren, dennoch vermutet die Historikerin Wiebke von Thadden „weit verbreitete Zustimmung in der Stadt"[3]. Eine zweite Umbenennungswelle erfolgte im August 1945, ebenfalls auf Anordnung der Militärregierung;[4] sie wurde erneut im „Göttinger Mitteilungsblatt" bekanntgegeben (Q2-Q3).[5]

3 Vom Diktat zur Diskussion

Nachdem im Dezember 1945 zum letzten Mal auf Veranlassung der Militärregierung eine Straße umbenannt worden war (Q4), verlagerte sich die Initiative allmählich auf die Göttinger Bevölkerung. Im Februar 1946 wurde auf Beschluss des Göttinger Oberbürgermeisters die „Mackensenstraße" in „Plesseweg" umbenannt (Q5).

Die ersten Kommunalwahlen fanden am 13. Oktober 1946 statt, politische Parteien hatte die Militärregierung bereits im Dezember 1945 zugelassen.[6] So konnte der neu gewählte Göttinger Rat seine Tätigkeit aufnehmen und musste

---

[1] Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 69-92, hier S. 73.

[2] Wilhelm van Kempen, Göttinger Chronik. Göttingen zur Tausendjahrfeier gewidmet, Göttingen 1953, S. 82.

[3] Von Thadden, Militärregierung, S. 74.

[4] Ebd. Anm. 17.

[5] Obwohl die Umbenennungen aufgrund der Mitteilungsblätter und der Eintragungen im „Straßen- und Nummernbuch der Stadt Göttingen" eindeutig auf April 1945 und August 1945 datierbar sind, werden sie im Verzeichnis „Straßenumbenennungen in Göttingen 1937-1973" (Stadtarchiv Göttingen B 19) auf den 8.8.1946 datiert. Christian Plath erklärt dies mit einem zu diesem Zeitpunkt gefassten Ratsbeschluss (Christian Plath, Göttinger Straßennamen als Ehrennamen, in: Göttinger Jahrbuch 45 (1997), S. 179-194, hier S. 187 Anm. 77). Zu diesem Zeitpunkt war Göttingen zumindest in lokalpolitischen Angelegenheiten teilweise wieder autonom handlungsfähig, so dass der Rat als autokephales Gremium vermutlich beschloss, die Umbenennungen nachträglich zu legitimieren. Gleichwohl bleibt die unterschiedliche Datierung bemerkenswert, sagt sie doch - unter der Prämisse, dass Plaths Erklärung stimmt - einiges über das Göttinger Selbstverständnis bzw. Selbstbewusstsein und das Verhältnis zur Militärregierung aus.

[6] Vgl. Barbara Marshall, The Democratization of Local Politics in the British Zone of Germany: Hanover 1945-47, in: Journal of Contemporary History 21 (1986), S. 413-451, hier S. 418. Es existierte zwar seit November 1945 wieder ein Rat, seine Mitglieder waren jedoch von der Militärregierung ernannt worden (Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962, S. 107-111).

gleich zu Beginn die Direktive Nr. 30 des Alliierten Kontrollrates vom Mai 1946 umsetzen, der mit dieser Anweisung die „Beseitigung deutscher Denkmäler und Museen militärischen und nationalsozialistischen Charakters" verfügt hatte.[7] Die Rück- bzw. Umbenennungen wurden nun zum Gegenstand der lokalen politischen Diskussion (Q6-Q8).

Federführend bei den durchzuführenden Maßnahmen war die Fraktion der SPD, die die Initiative ergriff und die Umbenennungspolitik und -praxis durch ihre Anträge maßgeblich vorantrieb. Sie favorisierte als Namenspatrone verstorbene Politiker des eigenen politischen Lagers (August Bebel, Carl von Ossietzky, Friedrich Ebert, Walter Rathenau, Karl Marx und Leonard Nelson), topographische Bezeichnungen (Wall, Am Geismartor, Plesseweg), kulturelle Größen (Beethoven, Heine), die Geschwister Scholl sowie den Mediziner Robert Koch, der in Göttingen studiert hatte.

Die CDU-Fraktion wollte diese konsequenten und weitreichenden Änderungen nicht mittragen und stattdessen diejenigen Namen, die in der militärischen Tradition standen, beibehalten. So diskutierten die Parlamentarier sowohl im Plenum als auch in den verschiedenen Ausschüssen die diversen Vorschläge recht kontrovers und heftig. Man stritt darüber, was erinnernswert sei, was getilgt und wodurch es ersetzt werden sollte, vor allem aber, wer darüber bestimme. So bildeten sich zwei Lager: Die eine Seite war restaurativ ausgerichtet und wollte eine Neuordnung verhindern,[8] die andere Seite wollte den Aufbruch und ein neues, pazifistisches Lebensgefühl vermitteln.[9] Auf diese Weise wurde die Auseinander-

---

[7] Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 7 (1946) vom 31.5.1946, S. 154-155: Direktive Nr. 30: Beseitigung deutscher Denkmäler und Museen militärischen und nationalsozialistischen Charakters; Der Kontrollrat verfügt wie folgt:

I. Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Direktive an ist untersagt und als gesetzwidrig erklärt die Planung, der Entwurf, die Errichtung, die Aufstellung und der Anschlag oder die sonstige Zurschaustellung von Gedenksteinen, Denkmälern, Plakaten, Statuen, Bauwerken, Straßen- oder Landstraßenschildern, Wahrzeichen, Gedenktafeln oder Abzeichen, die darauf abzielen, die deutsche militärische Tradition zu bewahren und lebendig zu erhalten, den Militarismus wachzurufen oder die Erinnerung an die nationalsozialistische Partei aufrechtzuerhalten, oder ihrem Wesen nach in der Verherrlichung von kriegerischen Ereignissen bestehen. [...]

II. Sämtliche bestehenden [...] Straßen- oder Landstraßenschilder [...] sind bis zum 1. Januar 1947 vollständig zu zerstören und zu beseitigen. [...]

V. a) Die Ausdrücke „militärisch" und „Militarismus" sowie der Ausdruck „kriegerische Ereignisse" im Sinne dieser Direktive beziehen sich auf Kriegshandlungen nach dem 1. August 1914 zu Lande, zu Wasser oder in der Luft und auf Personen, Organisationen und Einrichtungen, die mit diesen Handlungen in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

b) Der Ausdruck „National-Sozialistische Partei" im Sinne dieser Direktive bezieht sich auf die ehemalige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und auf die in unmittelbarer Verbindung mit ihr stehenden Personen, Organisationen und Einrichtungen. [...]

VI. Diese Direktive tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 13. Mai 1946. *(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefassten Originaltexte dieser Direktive sind von B. H. Robertson, Generalleutnant, L. Koeltz, Armeekorpsgeneral, M. I. Dratwin, Generalleutnant, und Lucius D. Clay, Generalleutnant, unterzeichnet.)*

[8] Vgl. Marshall, Democratization, S. 414.

[9] Vgl. hierzu die „Militarismus"-Definition der SPD-Fraktion, die weit über das in der Direktive genannte Datum (1.8.1914) hinausgeht und bereits bei dem Ulmer Erfinder und Flugpionier Albrecht

setzung um die Straßennamen zu einem besonderen Beispiel für die „politische Pädagogik"[10] des parlamentarischen Neubeginns.

Aufgrund ihrer absoluten Mehrheit[11] konnte sich die SPD-Fraktion im März 1947 durchsetzen. Die lokale Presse bewertete die Umbenennung unterschiedlich (Q9-Q11): Während die „Hannoverschen Neuesten Nachrichten" die Aktion negativ kommentierten, weil man „*umlernen müsse*", und daher mutmaßten, dass diese Umbenennungen nicht „*dem Wunsche und Willen des überwiegenden Teils der Göttinger Bevölkerung*" entsprächen (Q9), konstatiert die „Hannoversche Presse" den Sachverhalt lediglich lapidar und nüchtern in einer Randbemerkung (Q10), erst in der darauffolgenden Ausgabe teilt sie die Umbenennungen mit (Q11).

Trotz der intensiven Auseinandersetzung um die Straßennamen wurde die Umbenennungspraxis allerdings oftmals von anderen, koinzidierenden Problemen überlagert,[12] so dass die Göttinger Straßen nicht immer zeitnah und unverzüglich neue Namen erhielten. Die damals noch selbstständige Gemeinde Geismar meldete ihre „verbale Abrüstung" der so genannten „Frontkämpfersiedlung" erst im Januar 1948 an das Göttinger Vermessungsamt (Q12).

4 Die Kontroverse um den „82er Platz"

Dennoch war die Einstellung der Einwohner keineswegs indifferent. Privatpersonen, Vereine und Verbände traten hervor und wollten ihre Namenswünsche berücksichtigt wissen, wie z. B. die „Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes", die den Schriftsteller als Namenspatron vorschlug (Q13).

Zeitungsartikel wiesen immer wieder auf Missstände hin und beklagten die Diskrepanz zwischen dem Ideal entnazifizierter Straßennamen und dem tatsächlichen Gebrauch der Bezeichnungen in der alltäglichen Praxis; die Redakteure mahnten mehrfach die noch immer gebräuchliche Verwendung obsoleter Namen an und kritisierten, dass diese noch nicht aus dem öffentlichen Stadtbild getilgt worden seien (Q14-Q15).

Aber nicht nur sie wirkten durch ihre Artikel den sprachlichen Entgleisungen und Fauxpas entgegen, auch engagierte Leser meldeten sich zu Wort (Q16). Besonders deutlich werden Bedeutungszuschreibungen hinsichtlich der Funktion und der Wirkung von Straßennamen in einer Leserbrief-Kontroverse über die korrekte Bezeichnung des Platzes „Am Geismartor".

Ludwig Berblinger (1770-1829) ansetzt und die „militärische Tradition" über Bismarck (1815-1898) bis in die Gegenwart fortgesetzt sieht. Auch die aus dem 19. Jahrhundert stammende Bezeichnung „Kasernenplatz" sollte ersetzt werden.

[10] Hartmut Boockmann, Alte Straßen, neue Namen, in: GWU 45 (1994), H. 9, S. 579-591, hier S. 587.

[11] Vgl. van Kempen, Göttinger Chronik, S. 85..

[12] Vgl. zu diesen Aspekten vor allem die Beiträge von Timo Stiehl zur Versorgungslage und von Ulf-Gerrit Meyer-Rewerts zur Wohnungssituation in diesem Band.

Der 1864 so benannte Platz wurde 1934 auf Beschluss des Oberbürgermeisters in „82er-Platz" umbenannt,[13] um an das „2. Kurhessische Infanterie-Regiment Nr. 82" zu erinnern, das von 1871 bis 1920 in Göttingen stationiert gewesen war.[14]

Diese Benennung wurde im Rahmen der Entmilitarisierungsstrategie bereits 1947 rückgängig gemacht, seitdem hieß der Platz wieder „Am Geismartor".[15] Umgangssprachlich hat sich jedoch der Name „82er Platz" – bis heute – erhalten, obwohl er seit 1992 Hiroshima-Platz heißt.

Auf diesem Missverständnis bzw. Missverhältnis zwischen umgangssprachlicher und offizieller Bezeichnung begründet sich ein zweiter Leserbrief als Reaktion auf den vorherigen (Q17), der für die Beibehaltung des nicht mehr existenten Namens plädiert. Die Bevölkerung mischte sich durchaus in die Diskussion ein; sie stimmte keineswegs immer den neuen Namen zu. Sie kritisierte die Benennungskriterien und formulierte stattdessen eigene, wie z. B. der Göttinger Pfarrer Albrecht Saathoff, der als Auswahlelement besonders den Lokalbezug der Namenspatrone betont bzw. bei topographischen Bezeichnungen die Namen „*ostdeutscher Städte*" als Erinnerung für die „*Neubürger*" an ihre „*Heimat*" präferiert (Q18). Des Weiteren fordert er, dass der Name zu den Straßen in der Umgebung passt und die Anwohner bei der Namensfindung einbezogen werden.

5 Straßennamen – kollektives Gedächtnis und Erinnerungsort?

In den recherchierten Leserbriefen steht die Erinnerungsfunktion von Straßennamen stark im Vordergrund, wenngleich die Auffassungen an verschiedene Aspekte von Göttinger Traditionen anknüpfen. So bieten Straßennamen neben der räumlichen vor allem auch kulturelle Orientierung.[16]

Die Bezugnahme auf lokale Namenspatrone – seien es Personen, topographische oder historische Bezeichnungen – wirkt identitätsstiftend[17] und fördert die „Selbstkonstitution von Sozietäten"[18]. Straßennamen werden auf diese Weise vom „Ortsgedächtnis" zum „Gedächtnisort".[19]

---

[13] Akte „Hausnummern- und Straßenverzeichnis Okt. 1897-Mai 1955" (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

[14] Göttinger Einwohnerbuch 1936, 3. Teil, Straßenverzeichnis, S. 231.

[15] Siehe Q6-Q8, dort taucht der „82er Platz" unter der Bezeichnung „(Alter) Kasernenplatz" auf, weil er sich neben dem ehemaligen Kasernengebäude befand, in dem das Regiment untergebracht war. Das Ringen um den „82er Platz" war 1957 keineswegs beendet, noch 1983 wurde in einem Leserbrief im Göttinger Tageblatt gefordert, wieder einen Platz nach dem 82. Regiment zu benennen.

[16] Johanna Sänger, Heldenkult und Heimatliebe. Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR, Berlin 2006, S. 43.

[17] Vgl. Dietz Bering/Klaus Großsteinbeck, Kulturgeschichte von Straßennamen. Neue Perspektiven auf altem Terrain, gewonnen am Beispiel Köln, in: Muttersprache 104 (1994), H. 2, S. 97-117, S. 98.

[18] Ebd., S. 97.

[19] Der Begriff „Gedächtnisort" bzw. sein Pendant „Erinnerungsort" wird sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der populären Literatur oft kritiklos, inflationär und meist undefiniert als Argumen-

Laut Dietz Bering und Klaus Großsteinbeck ist das Interesse an Straßennamen immer dann besonders stark, wenn eine Veränderung droht und mit dem „selbstverständlichen Hintergrund“ auch ein Stück Identität in Frage gestellt werden soll.[20] Das Phänomen des starken Interesses bei Veränderungsgefahr bezeichnen sie in Anlehnung an Jan Assmann als „mnemische Potenz“[21], also als Kraft der Erinnerung bzw. des Gedächtnisses. Die Bedeutung, die bislang nur noch unterbewusst vorhanden war, wird wiederaktiviert. Mit diesem Modell der Identitätsstiftung bzw. der Konstruktion eines kommunalen Gedächtnisses lässt sich die Vehemenz des Streits erklären, sowohl auf der parlamentarischen als auch auf der publizistischen Ebene, die in Saathoffs Forderung nach „*Straßennamen ohne Politik*“[22] kulminiert. Ferner kritisiert er die Vorliebe des „motorisierten Biedermeier“[23] für die romantische Blumenidylle [24] und mahnt eine angemessene, zeitgemäße und neutrale Namensgebung an.

Doch ebenso interessant wie die diskutierten Objekte der Erinnerung sind die Auslassungen, Leerstellen und Athetesen, die Teil einer *damnatio memoriae* wurden. Das Vergessen unerwünschter Erinnerungen, die als nicht erinnerungswürdig galten und daher nicht nennenswert sein sollten, war ebenso ein Teil dieses Prozesses der „Vergangenheitsbewältigung“ wie die identifikatorische Neuausrichtung.

Zu diesem komplexen Diskussionsprozess über Straßenumbenennungen merkt der Historiker Rainer Pöppinghege an: „Ein Straßenname sagt nicht nur etwas aus über jenes historische Phänomen, auf das er hinweist. […] Ein Straßenname sagt viel mehr aus über die Epochen, die er unbeschadet überdauert hat.“[25]

---

tationsmittel und Schlagwort gebraucht. Dies führt zu einer Gefahr der Überbewertung des *genius loci*. Seine dominante Stellung im Diskurs erweckt einen falschen Eindruck von Homogenität. In den vergebenen Namen werden nur Erinnerung und Gedächtnis der Vergabeinstanzen repräsentiert. Es bleibt fraglich, inwiefern die Erinnerung derjenigen Gruppe, die ihre Interessen bei der Benennung durchgesetzt hat, verallgemeinerbar ist. Zur weiteren Kritik an diesem Begriff siehe Sänger, Heldenkult, S. 34-44.

[20] Bering/Großsteinbeck, Kulturgeschichte, S. 98-100.

[21] Ebd. S. 100. Jan Assmann spricht von „mnemischer Energie“: So genannte „Objektivationen von Kultur“, zu denen auch Straßenschilder gehören, besäßen eine „mnemische Energie“; durch „kulturelle Formgebung“ habe sich „kollektive Erfahrung kristallisiert, deren Sinngehalt sich in der Berührung [womit keineswegs nur haptischer Kontakt gemeint ist, MD] blitzartig wieder erschließen kann [...]“ (Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, S. 9-19, hier S. 12). Demzufolge hätten kulturelle Objektivationen die Kraft, ein kulturelles Gedächtnis zu stabilisieren; „objektivierte Kultur“ habe also eine Gedächtnisfunktion (Assmann, Gedächtnis S. 13), so dass eine Gesellschaft durch ihre kulturelle Überlieferung für sich und für andere sichtbar werde und das, was sie an ihrer Vergangenheit sichtbar und hervortreten lasse, sage etwas aus über das, was sie sei und worauf sie hinauswolle (Assmann, Gedächtnis, S. 16).

[22] Siehe Q18.

[23] Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945. Zusammengestellt von Klaus Wagenbach, Winfried Stephan, Michael Krüger und Susanne Schüssler, Berlin 1994, S. 132. Das Zitat stammt aus Erich Kästners „*Heinrich Heine und wir*“.

[24] Siehe die Umbenennungen vom August 1945 in Q3.

[25] Rainer Pöppinghege, Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster 2007, S. 116-117.

Als Hauptkriterium für die Benennung nach Personen nennt er deren Leistungen und bejaht eine Namenspatronage in dem Falle, dass sich die „heutige Gesellschaft“ noch zu diesen Leistungen bekenne. Dies sei aber keinesfalls als „uneingeschränkte Bewunderung“ zu verstehen, sondern der Namenspatron müsse eine kritische Gesamtwürdigung erfahren:[26]

„Wo eine solche Grenze [Entscheidung, ob eine Benennung angemessen ist; MD] anzusetzen ist, muss jede Generation neu aushandeln. Und wenn sie sich eben an Treitschke stößt, dann ist auch dies nicht mehr und nicht weniger als der Ausdruck eines Geschichtsbewusstseins, das in anderer Form täglich aufs Neue konstituiert wird. Jede Briefmarke, jeder Gedenktag, jede Museumspräsentation beweist Tag für Tag, dass sich historisches Bewusstsein ständig wandelt. Nur: Bei Straßennamen steht die aktuelle Wahrnehmung deutlicher vor Augen.“[27]

6 Glossar

6.1 Q3

Braunau: Geburtsort Hitlers.
Dietrich Eckart (1868-1923): völkischer Dichter, Anhänger des Nationalsozialismus und Ideengeber Hitlers.
Hermann Göring (1893-1946): Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, führender Nationalsozialist und Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg.
Hanna Wollenweber: Zu ihr liegen keine Informationen vor.
Herbert Norkus (1916-1932): Hitlerjunge, bei Straßenkämpfen mit Kommunisten in Berlin ums Leben gekommen und von den Nationalsozialisten mythisch verehrt.
Heinrich Schrader (1876-1935): Gründungsmitglied der Göttinger NSDAP-Ortsgruppe.
Karl Litzmann (1850-1936): General im Ersten Weltkrieg, NSDAP-Mitglied.
Ludolf Haase (1898- unbekannt): Gründungsmitglied der Göttinger NSDAP-Ortsgruppe, Gauleiter des Gaues Hannover-Süd, Ehrenbürger Göttingens von 1937 bis 1952.
Otto Bellstädt: erster nationalsozialistischer Aktivist in Göttingen.
Erich Ludendorff (1865-1937): General im Ersten Weltkrieg und Mitglied der Obersten Heeresleitung, Förderer Hitlers und Teilnehmer des Hitlerputsches.
Wilhelm Gustloff (1895-1936): Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz, 1936 ermordet.
Hermann Kautz (1856-1938): Gründungsmitglied der Göttinger NSDAP-Ortsgruppe.

[26] Ebd., S. 117.
[27] Ebd.

Franz Seldte (1882-1947): Mitbegründer des Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), NSDAP-Mitglied, Reichsarbeitsminister.

6.2 Q4

Albert Leo Schlageter (1894-1923): Träger des Eisernen Kreuzes Erster und Zweiter Klasse, Freikorpskämpfer, Teilnehmer des Kapp-Putsches, wegen Spionage und Sabotage von einem französischen Militärgericht 1923 zum Tode verurteilt, weswegen er im Dritten Reich zu einer Märtyrerfigur wurde.

6.3 Q5

August von Mackensen (1849-1945): Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg.

6.4 Q6-Q8

Otto von Bismarck (1815-1898): Ministerpräsident von Preußen (1862-1890), Kanzler des Norddeutschen Bundes (1867-1871) und erster Reichskanzler des Deutschen Kaiserreiches (1871-1890), als dessen Begründer er gilt.
Oswald Boelcke (1891-1916): Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, von den Nationalsozialisten mythisch als Kriegsheld verehrt.
Max Immelmann (1890-1916): Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, von den Nationalsozialisten mythisch als „Adler von Lille" verehrt.
Langemarck: Ort in Belgien, an dem die deutsche Armee am 10. November 1914 eine Niederlage erlitt, die aber propagandistisch zu einem Sieg umgedeutet wurde und den „Mythos von Langemarck" schuf (heldenhafter Opfertod junger Soldaten).
Lüttich: Am 6. August 1914 wurde die Zitadelle in Lüttich von Ludendorff besetzt.
Masuren: In der Schlacht an den Masurischen Seen vom 6. bis 14. September 1914 siegte die deutsche Armee über die russische in einer Vernichtungsschlacht.
Manfred Freiherr von Richthofen (1892-1918): Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, Beiname „Der rote Baron", von den Nationalsozialisten mythisch als Kriegsheld verehrt.
Sedan: In der Schlacht von Sedan am 2. September 1870 besiegte die deutsche Armee das französische Heer und nahm den französischen Kaiser Napoleon III. gefangen. Der Sedanstag war bis 1918 ein Feiertag in Deutschland.
Tannenberg: In der Schlacht bei Tannenberg vom 26. bis 30. August 1914 gewannen die deutschen Truppen trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit gegen die russische Armee.
Ernst Udet (1896-1941): Jagdflieger im Ersten Weltkrieg.
Walther Wever (1887-1936): Generalstabsoffizier im Ersten Weltkrieg.

Hans Joachim von Zieten (1699-1786): preußischer General unter Friedrich dem Großen.
Paul von Hindenburg (1847-1934): Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, Reichspräsident von 1925-1934.
Albrecht Ludwig Berblinger (1770-1829): Erfinder und Flugpionier aus Ulm.
Carl von Ossietzky (1889-1938): Publizist und Pazifist; Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne". Nach dem Reichstagsbrand 1933 verhaftet und von 1934 bis 1936 im Konzentrationslager Esterwegen bei Papenburg inhaftiert; 1935 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, dessen Annahme ihm untersagt wurde, 1938 an den Haftfolgen gestorben.

6.5 Q12

Paul von Hindenburg (1847-1934): Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, Reichspräsident von 1925-1934.
Otto Eduard Weddigen (1882-1915): U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg, von den Nationalsozialisten mythisch verehrt.
Maximilian Reichsgraf von Spee (1861-1914): Vizeadmiral der deutschen Kriegsmarine im Ersten Weltkrieg.
Alexander Adolf August Karl von Linsingen (1850-1935): Generaloberst im Ersten Weltkrieg.
Reinhard Scheer (1863-1928): Marine-Admiral im Ersten Weltkrieg, Oberbefehlshaber in der Schlacht von Skagerrak.
Albert Theodor Otto von Emmich (1848-1915): Soldat im Deutsch-Französischen Krieg (1870-1871), seit 1909 Infanterie-General der preußischen Armee, „Eroberer von Lüttich".

6.6 Q13

Wilhelm Raabe (1831-1910): Schriftsteller gesellschaftskritischer Romane und Novellen, Pseudonym: Jakob Corvinus, bedeutender Vertreter des deutschsprachigen Realismus, 1901 Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Georg-August-Universität Göttingen aufgrund seiner literarischen Verdienste.

6.7 Q16-Q17

Das **2. Kurhessische Infanterie-Regiment Nr. 82** wurde am 27.9.1866 als Infanterie-Einheit der preußischen Armee errichtet. Laut Allerhöchster Kabinettsorder vom 24.1.1889 sollte es identisch mit demjenigen 2. Kurhessischen Infanterie-Regiment sein, das von Landgraf Wilhelm von Hessen am 30.11.1813 anlässlich der Befreiungskriege gestiftet worden war.

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870-1871 kämpfte das Regiment bei Wörth (6.8.1870) und Sedan (1.9.1870), es belagerte Paris und Pfalzburg. Ein Füsilier-Bataillon nahm am Siegeseinmarsch in Paris teil.

Nach Stationierungen in Frankfurt und Hanau war Göttingen seit 1871 das Hauptquartier der Garnisonen.

Im Ersten Weltkrieg (1914-1918) war das Regiment zunächst an der Eroberung Lüttichs an der Westfront beteiligt (6.8.1914), Anfang September 1914 wurde es an die Ostfront verlegt und, unter anderem, in der Schlacht an den Masurischen Seen eingesetzt (6.-14.9.1914). Es blieb bis 1917 im Osten, wurde dann aber wieder im Oktober 1917 an die Westfront verlegt, kämpfte bei Verdun und verteidigte bis 1918 die so genannte „Siegfriedstellung".

Der ehemalige Exerzierplatz des Regiments in Göttingen hieß „82er Platz"; 1934 wurde der Platz „Am Geismar Tor" zur Erinnerung an dieses Regiment in „82er Platz" umbenannt, diese Umbenennung wurde jedoch 1947 rückgängig gemacht. Seit 1947 gibt es also den „82er Platz" nicht mehr, sondern wieder den Platz „Am Geismar Tor". Seit 1992 heißt er „Hiroshima-Platz".

An dieser Stelle beginnt das Göttinger Missverständnis, denn der alte Name wurde im täglichen Sprachgebrauch weiter benutzt; Langlebigkeit, alltägliche Gewohnheit und Vertrautheit mit einer Bezeichnung, die sich eingeprägt hat, setzten sich über „political correctness" bei diesem Beispiel vielfach hinweg.

[zusammengestellt nach: Dermot Bradley/Hans Bleckwenn (Hg.), Günther Voigt, Deutschlands Heere bis 1918. Ursprung und Entwicklung der einzelnen Formationen, Bd. 3: Die Infanterie-, Füsilier- und Grenadier-Regimenter 61 – 99 der preußischen Armee, Osnabrück 1982, S. 246-263.]

Das **Geismar Tor** war neben dem Weender Tor und dem Groner Tor einer der wichtigsten mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadteingänge Göttingens. Nach der „Entfestigung" der Stadt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte das Geismar Tor die primäre Funktion der Eingangskontrolle weitgehend eingebüßt, es wurde in den Jahren 1784 und 1788 zu einem repräsentativen Durchgang umgestaltet. Das alte Tor wurde abgerissen und durch ein Holztor zwischen zwei steinernen Säulen, die mit Löwen gekrönt waren, ersetzt (Ernst Böhme, Göttingen verändert sein Gesicht. Stadtentwicklung zwischen 1650 und 1866, in: Ernst Böhme/Rudolf Vierhaus (Hg.), Göttingen: Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Anschluss an Preußen – Der Wiederaufstieg als Universitätsstadt (1648 – 1866), S. 429-450, hier S. 438-442).

Am 21. April 1945 wurde das Geismar Tor von amerikanischen Panzern zerstört, weil es ein „Verkehrshindernis“ darstellte (Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn – Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 69-92, hier S. 71).



Das Geismar Tor als Postkartenmotiv (1939). Quelle: Städtisches Museum Göttingen, Fotoarchiv, Akte: „Am Geismartor“.

Literatur zum Weiterlesen

Christian Plath, Göttinger Straßennamen als Ehrennamen, in: Göttinger Jahrbuch 45 (1997), S. 179-194.

Rainer Pöppinghege, Geschichte mit Füßen getreten. Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland, in: P. Freese (Hg.), Paderborner Universitätsreden, H. 94, Paderborn 2005.

Rainer Pöppinghege, Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster 2007.

Johanna Sänger, Heldenkult und Heimatliebe. Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR, Berlin 2006.

Gerd Tamke, Göttinger Straßennamen. Familien, Bürger, Personen, Göttingen 1997.

1. Straßenumbenennung

Die „Straße der SA." heißt von der Groner Straße bis zum Auditorium wieder „Weender Straße".

Die „Franz-Seldte-Straße" und der „Adolf-Hitler-Platz" erhalten wieder ihre alte Bezeichnung „Theaterstraße" und „Theaterplatz".

Göttingen, am 17. April 1945.
Der Oberbürgermeister.

Q1: Göttinger Mitteilungsblatt Nr. 1 vom 20.4.1945 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 215).

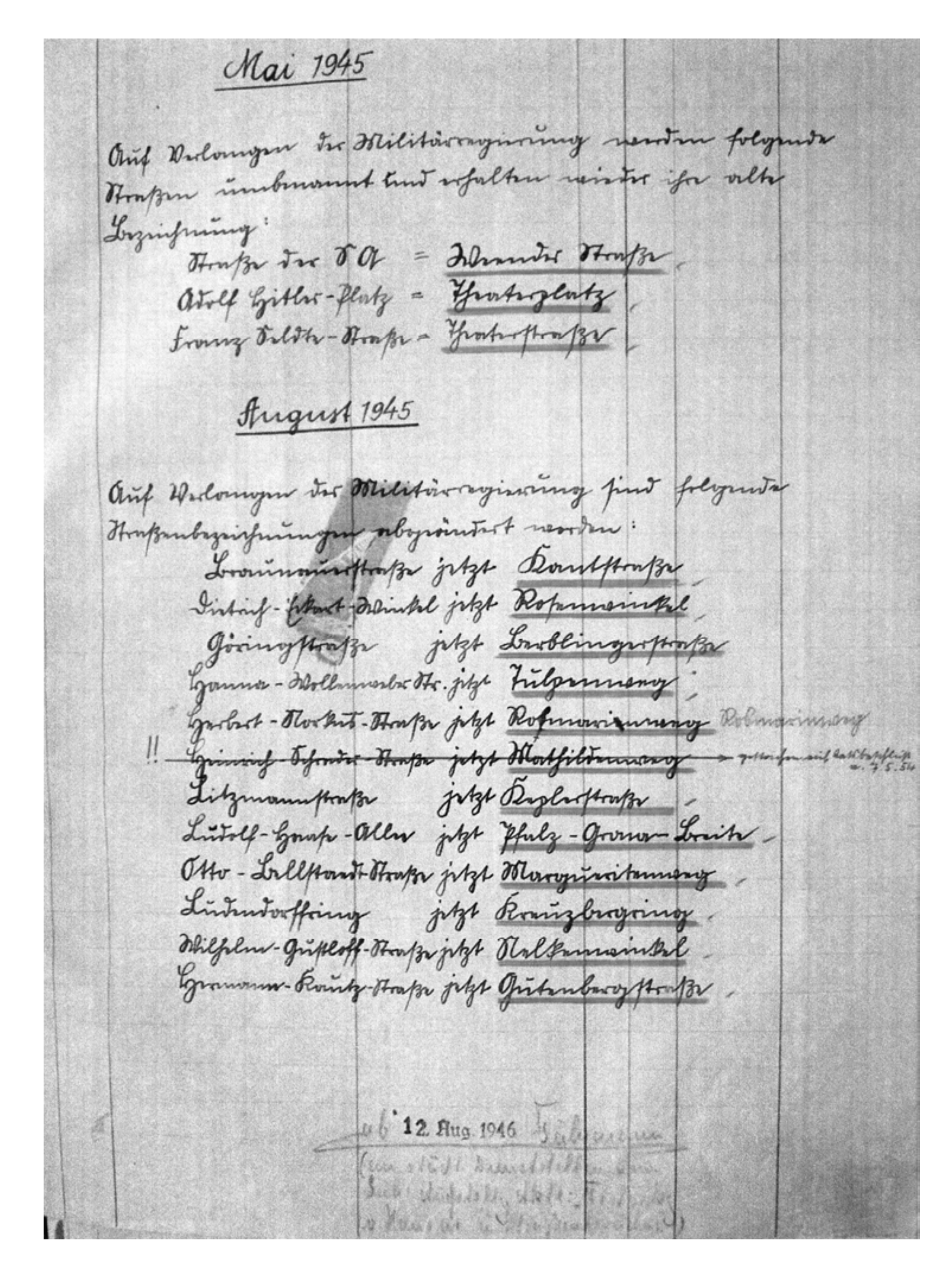
Straßenumbenennungen

Folgende Straßenbezeichnungen in Göttingen sind abgeändert worden:

Braunauerstraße, jetzt Kantstraße;
Dietrich-Eckart-Winkel, jetzt Rosenwinkel;
Göringstraße, jetzt Berblingerstraße;
Hanna-Wollenweber-Straße, jetzt Tulpenweg;
Herbert-Norkus-Straße, jetzt Rosmarienweg;
Heinrich-Schrader-Straße, jetzt Mathildenweg;
Litzmannstraße, jetzt Keplerstraße;
Ludolf-Haase-Allee, jetzt Pfalz-Grona-Breite;
Otto-Bellstaed-Straße, jetzt Margueritenweg;
Ludendoffring, jetzt Kreuzbergring;
Wilhelm-Gustloff-Straße, jetzt Nelkenwinkel;
Hermann-Kautz-Straße, jetzt Gutenbergstraße.

Göttingen, am 7. August 1945.
Der Oberbürgermeister.

Q2: Göttinger Mitteilungsblatt Nr. 21 vom 11.8.1945 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 215).



Mai 1945

Auf Verlangen der Militärregierung werden folgende Straßen umbenannt und erhalten wieder ihre alte Bezeichnung:

Straße der SA = Weender Straße
Adolf Hitler-Platz = Theaterplatz
Franz Seldte-Straße = Theaterstraße

August 1945

Auf Verlangen der Militärregierung sind folgende Straßenbezeichnungen abgeändert worden:

Braunauerstraße jetzt Kantstraße
Dietrich-Eckart-Winkel jetzt Rosenwinkel
Göringstraße jetzt [illegible]
[illegible] Str. jetzt Tulpenweg
Herbert-Norkus-Straße jetzt Rosmarinweg
!! ~~Heinrich-[illegible]-Straße jetzt Mathildenweg~~
Litzmannstraße jetzt Keplerstraße
Rudolf-Heß-Allee jetzt Pfalz-Grona-Breite
Otto-[illegible]-Straße jetzt Margueritenweg
Ludendorffring jetzt Kreuzbergring
Wilhelm-Gustloff-Straße jetzt Nelkenwinkel
[illegible]-Straße jetzt Gutenbergstraße

ab 12. Aug. 1946

Q3: Akte „Hausnummern- und Straßenverzeichnis Okt. 1897 – Mai 1955“ (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

Mai 1945

Auf Verlangen der Militärregierung werden folgende
Straßen umbenannt und erhalten wieder ihre alte
Bezeichnung:

Straße der SA = Weender Straße
Adolf Hitler-Platz = Theaterplatz
Franz Seldte-Straße = Theaterstraße

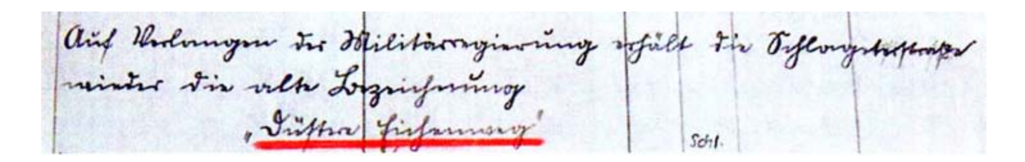
August 1945

Auf Verlangen der Militärregierung sind folgende
Straßenbezeichnungen abgeändert worden:

Braunauerstraße jetzt Kantstraße
Dietrich-Eckart-Winkel jetzt Rosenwinkel
Göring-Straße jetzt Berblingerstraße
Hanna-Wollenweber-Straße jetzt Tulpenweg
Herbert-Norkus-Straße jetzt Rosmarienweg Rosmarinweg
~~Heinrich-Schrader-Straße jetzt Mathildenweg~~ gestrichen auf Ratsbeschluß v. 7.5.54
Litzmannstraße jetzt Keplerstraße
Ludolf-Haase-Allee jetzt Pfalz-Grona-Breite
Otto-Bellstädt-Straße jetzt Margueritenweg
Ludendorffring jetzt Kreuzbergring
Wilhelm-Gustloff-Straßejetzt Nelkenwinkel
Hermann-Kautz-Straße jetzt Gutenbergstraße

n.b. 12. Aug. 1946 Führmann
(an städtische Dienststellen usw.
Siehe Aufstell[un]g Akte: „Festsetz[un]g
v[on] Hausn[umme]r u[nd] Straßenbezeichn[un]g")

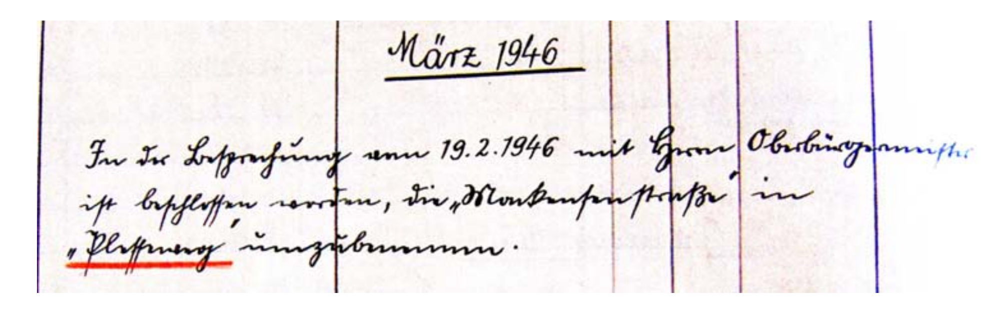
Umschrift Q3


Auf Verlangen der Militärregierung erhält die Schlageterstraße
wieder die alte Bezeichnung
„Düstere Eichenweg"
Schl.

Q4: Akte „Hausnummern- und Straßenverzeichnis Okt. 1897 – Mai 1955" (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

> Auf Verlangen der Militärregierung erhält die Schlageterstraße
> wieder die alte Bezeichnung
> „Düstere Eichenweg"

Umschrift Q4


März 1946

In der Besprechung am 19.2.1946 mit Herrn Oberbürgermeister
ist beschlossen worden, die „Mackensenstraße" in
„Plesseweg" umzubenennen.

Q5: Akte „Hausnummern- und Straßenverzeichnis Okt. 1897 – Mai 1955" (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

> In der Besprechung am 19.2.1946 mit Herrn Oberbürgermeister
> ist beschlossen worden, die „Mackensenstraße" in
> „Plesseweg" umzubenennen.

Umschrift Q5

19. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbennung von Straßen, Entfernung von Bildern und Symbolen der früheren Zeit in Schulen und städtischen Gebäuden sowie Einsetzung eines ständigen Ausschusses für die Städtische Bücherei.

Die Stadtvertretung wolle beschließen:

1. Der Bauausschuss wird beauftragt, Vorschläge zu machen, für eine Umbenennung folgende Straßen: Bismarckstr., Boelckestr., Immelmannstr., Langemarckstr., Lüttichstr., Masurenstr., Richthofenstr., Sedanstr., Tannenbergstr., Udestr., Weverstr., Ziethenstr., Hindenburgwall und Alter Kasernenplatz.
2. Der Kulturausschuss wird beauftragt, die Bilder und Symbole zu ermitteln, die aus den städtischen Gebäuden und Schulen entfernt werden sollen und neu Vorschläge zu machen über Symbole und Wandschmuck, in denen das Gute und Schöne aus der Vergangenheit und das demokratische Wollen der Gegenwart zum Ausdruck kommt.
3. Der Kulturausschuss ernennt einen aus 5 Personen bestehenden Bibliotheksunterausschuss. Er soll eine ständige Einrichtung zur Kontrolle sein. Nur mit seiner Zustimmung können Bücher der städtischen Bibliothek heraus- und eingestellt werden.

Ratsherr Körber begründet den Antrag.

Ratsherr Berg beantragt, über Absatz 1 besonders abzustimmen. Die CDU-Fraktion könne nur dem Antrage zu 2 und 3 zustimmen. Er hält die unter Absatz 1 beantragten Umbennungen nicht für erforderlich, da nicht alle Bezeichnungen unter den Begriff "Militarismus" fielen.

Ratsherr Reichardt erklärt, daß auch die FDB-Fraktion dem Absatz 1 in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne.

Ratsherr Ellermeier schließt sich dem Antrag der SPD an.

Ratsherr Brüller weist ~~auf~~ die Einwände Berg und Reichardt zurück.

Der Antrag Berg auf getrennte Abstimmung wird mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird mit 18 Stimmen gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Q6: Protokoll 01/1947 der Ratsversammlung der Stadt Göttingen vom 17./24.1.1947 (Stadtarchiv Göttingen).

Zu Punkt 6): Herr Graef legt einen Beschluß der SPD-Fraktion vor, der folgende Umbenennungen der Straßen vorschlägt:

Boelckestraße	=	August Bebelstraße
Immelmannstraße	=	Gustav Stresemannstraße
Langemarckstraße	=	Beethovenstraße
Lüttichstraße	=	Plesseweg
Masurenstraße	=	Leonhardt Nelsonstraße
Richthofenstraße	=	Geschwister Schollstraße
Sedanstraße	=	Friedrich Ebertstraße
Tannenbergstraße	=	Friedrich Naumannstraße
Udetstraße	=	Walter Rathenaustraße
Zietenstraße	=	Heinrich Heinestraße
Weverstraße	=	Robert Kochstraße
Kasernenplatz	=	Am Geismartor
Hindenburgwall	=	Wall
Herbolingerstraße	=	Karl Marxstraße

Herr Ellermeier bittet, die SPD-Fraktion möge ihren Beschluß dahingehend abändern, daß die Bismarckstraße mit umbenannt wird.

Herr Grabenhorst teilt mit, daß auf Antrag des Instituts für med. Chemie und Hygiene der Universität Göttingen bereits im Jahre 1940 die Benennung des verlängerten Kirchwegs als Robert Kochstraße in Aussicht genommen sei und bittet, das zu berücksichtigen.

Der Ausschuß einigt sich dahingehend, daß der verlängerte Kirchweg die Bezeichnung Robert Kochstraße erhalten soll. Die Weverstraße soll sodann in Heinrich Heinestraße umbenannt werden, und die Zietenstraße die Bezeichnung v. Ossietzkistraße bekommen. Mit den übrigen Umbenennungen erklärt sich der Ausschuß ebenfalls einverstanden.

Q7: Protokoll des Bauausschusses der Stadt Göttingen vom 14.2.1947 (Stadtarchiv Göttingen).

5.) Antrag des Bauausschusses auf Umbenennung von Straßen.

Antrag: Während des Naziregimes wurden verschiedene Straßen mit Namen belegt, die einen bestimmten Zweck des sogenannten dritten Reiches dienen und den Militarismus verkörpern oder verherrlichen sollten. Anstelle dessen sollen die Straßen Namen verdienstvoller großer Männes des deutschen Volkes aus Wissenschaft, Kunst, Musik, Dichtung und Politik erhalten.

Die Stadtvertretung wolle deshalb folgende Umbenennung der Straßen beschließen:

1.	Immelmann-Str.	=	Stresemann-Str.
2.	Tannenberg-Str.	=	Friedrich Naumann-Str.
3.	Boelcke-Str.	=	Bebel-Str.
4.	Richthofen-Str.	=	Geschwister Scholl- Str.
5.	Udet-Str.	=	Rathenau-Str.
6.	Berblinger-Str.	=	Karl Marx-Str.
7.	Sedan-Str.	=	Friedrich Ebert-Str.
8.	Wever-Str.	=	Heinrich Heine-Str.
9.	Langemarck-Str.	=	Beethoven-Str.
10.	Masuren-Str.	=	Leonard Nelson-Str.
11.	Lüttich-Str.	=	Plesseweg
12.	verl. Kirchweg	=	Robert Koch-Str.
13.	Ziethen-Str.	=	Ossietzki-Str.
14.	Hindenburgwall	=	Wall
15.	Kasernenplatz	=	Am Geismartor.

Ratsherr Graef begründet den Antrag.

Ratsherr Ellermeier weist darauf hin, daß diese Sache schon einmal im Plenum beraten sei. Damals sei für eine Änderung auch die Bismarckstraße vorgeschlagen und das Plenum habe dem zugestimmt. Die Umbenennung der Berblingerstraße wirke komisch, da Berblinger bekanntlich der berühmte Schneider aus Ulm sei, der die ersten Flugversuche unternommen habe.

Ratsherr Kohlbacher empfiehlt, Straßen und Plätze nicht nach politisch zur Zeit umstrittenen Männern zu benennen und von der Umbenennung von Straßen zur Zeit überhaupt abzusehen.

Ratsherr Berg teilt mit, daß diese Angelegenheit wohl im Bauausschuß, aber nicht im Kulturausschuß beraten sei. Dies sei notwendig und er beantrage Überweisung an den Kulturausschuß.

Ratsherr Bretschneider unterstützt diesen Antrag, der mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt wird.

Der Antrag des Bauausschusses wird mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen.

Ratsherr Ellermeier beantragt, der Witwe Karl von Ossitzki's die Ehrung ihres von den Nazis ermordeten Gatten mitzuteilen.

Frau Wagener unterstützt den Antrag, der mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen wird.

Q8: Protokoll 04/1947 der Ratsversammlung der Stadt Göttingen vom 7.3.1947 (Stadtarchiv Göttingen).

Neue Straßennamen in Göttingen

Eine Reihe von Straßen in Göttingen, „die einem bestimmten Zweck des sogenannten Dritten Reiches dienen und den Militarismus verkörpern oder verherrlichen sollten", sind nach dem Beschluß der letzten Sitzung der Stadtvertretung gegen die Stimmen der CDU und der FDP umbenannt. Man wird also wieder einmal umlernen müssen, wobei der Ansicht Raum gegeben sei, daß diese Umbenennung wohl kaum dem Wunsche und Willen des überwiegenden Teils der Göttinger Bevölkerung entspricht. Umbenannt wurden: Immelmann- in Stresemann-Straße, Tannenberg- in Friedrich-Naumann-Straße, Boelcke- in Bebel-Straße, Richthofen- in Geschw.-Scholl-Straße, Udet- in Rathenau-Straße, Berblinger- in Karl-Marx-Straße, Sedan- in Friedr.-Ebert-Straße, Wever- in Heinrich-Heine-Straße, Langemarck- in Beethoven-Straße, Masuren- in Leonard-Nelson-Straße, Lüttich-Straße in Plesseweg, verl. Kirchweg in Robert-Koch-Straße, Zieten- in Ossietzki-Straße, Hindenburgwall in Wall und Kasernenplatz in Am Geismartor.

Q9: Hannoversche Neueste Nachrichten, Ausgabe G Südhannover, 2. Jg., Nr. 20 vom 12.3.1947, S. 4 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 623).

Der Rat setzt sich für die Sportler ein

Umfangreiche Tagesordnung der Göttinger Ratssitzung

In der Ratssitzung am 7. März machte der Oberbürgermeister Prof. Dr. Düker u. a. die Mitteilung, daß die Militärregierung der Bitte des Rates um Freigabe des Sportplatzes der „Göttingia" nicht entsprochen habe, weil dieser Platz noch vom Nordhamptonshire-Regiment benötigt werde.

Die sozialdemokratische Ratsfraktion hatte einen Antrag auf Wiedereröffnung des Städt. Freibades eingebracht. Ratsherr Bohnhaus (SPD) führte dazu aus, daß im Göttinger Schwimmsport traurige Zustände herrschten, und es dringend notwendig wäre, sportgerechte Anlagen zu schaffen. Die Notwendigkeit wurde auch von anderen Rednern anerkannt, jedoch wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bei der Beschaffung des Baumaterials für das Bassin auftreten würden. Der Rat beauftragte den Bauausschuß, alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß die Wiedergutmachung für Schäden, die durch das Nazi-Regime entstanden sind, gesetzlich durch den Niedersächsischen Landtag geregelt werden soll. Der Rat bewilligte die Anschaffung eines Dampfdrehkrans für das Gas- und Wasserwerk. Ebenfalls einstimmige Annahme fand ein Antrag auf Ablösung des Erbbaurechts der Anlieger und Siedler am Fliederweg, der Iheringstraße, der Kommendebreite und Gerichtlinde.

Auf Antrag des Bauausschusses wurden die Straßennamen, die auf das Dritte Reich zurückgehen oder den Militarismus verherrlichen, beseitigt. Hierüber entspann sich eine längere Aussprache. Der von bürgerlicher Seite eingebrachte Antrag, diese Angelegenheit dem Kulturausschuß zu überweisen, wurde abgelehnt. Dem zuständigen Ausschuß wurde dann ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Ratsfraktion überwiesen, der die Aufnahme von Vorarbeiten zur Schaffung einer zweiten Ausfahrtstraße parallel zur Weender Landstraße bezweckt.

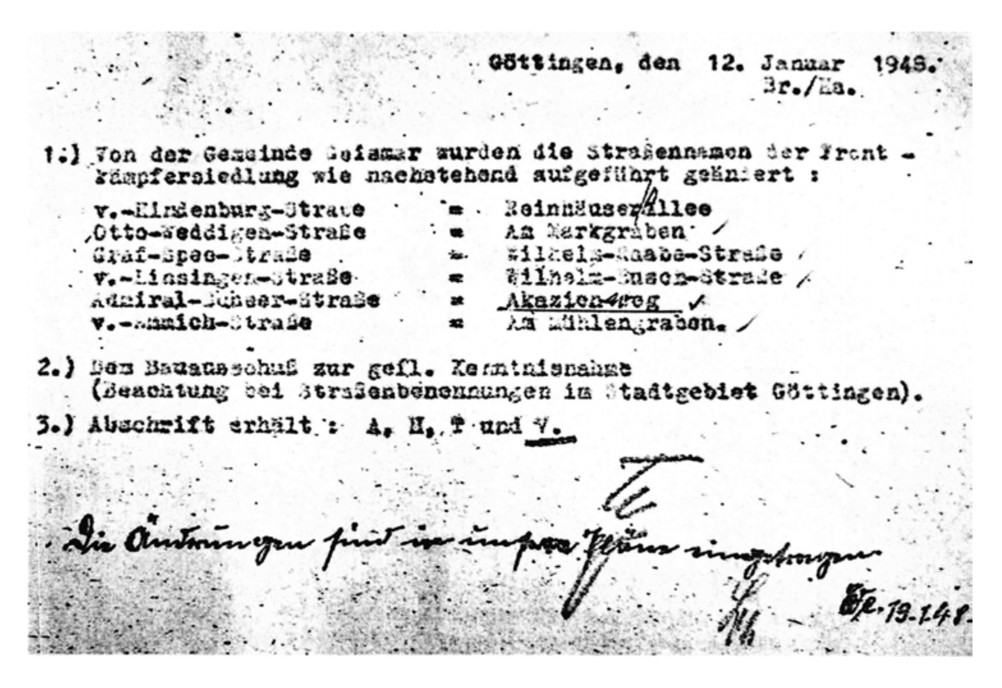
Wegen der Errichtung einer ärztlichen Notdienststelle lag ein neuer Dringlichkeitsantrag vor. Wie bei der Behandlung dieser Frage ausgeführt wurde, gibt es in Göttingen genügend Aerzte, die aber keine Zulassung bekommen können, obwohl die zugelassenen Aerzte stark überlastet sind. Der Antrag wurde an den Gesundheitsausschuß zurückverwiesen. Ein SPD-Antrag auf Abtrennung des Jugendamtes vom Sozialamt wurde an den Wohlfahrtsausschuß weitergeleitet.

Q10: Hannoversche Presse. Die Zeitung aller Schaffenden, Ausgabe Südhannover, 2. Jg., Nr. 21 vom 14.3.1947, S. 3 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 627).

Straßenumbenennung in Göttingen

In der letzen Stadtratsitzung wurde eine Reihe von Straßennamen umgeändert und zwar: Immelmann- in Stresemannstraße, Tannenberg- in Friedrich-Naumann-Straße, Boelke- in Bebelstraße, Richthofen- in Geschw.-Scholl-Straße, Udet- in Rathenaustraße, Berblinger- in Karl-Marx-Straße, Sedan- in Friedrich-Ebert-Straße, Wever- in Heinrich-Heine-Straße, Langemarck- in Beethovenstraße, Masuren- in Leonard-Nelson-Straße, Lüttichstraße in Plesseweg, verl. Kirchweg in Robert-Koch-Straße, Zieten- in Ossietzkistraße, Hindenburgwall in Wall und Kasernenplatz in Am Geismartor.

Q11: Hannoversche Presse. Die Zeitung aller Schaffenden, Ausgabe Südhannover, 2. Jg., Nr. 22 vom 18.3.1947, S. 3 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 627).



Göttingen, den 12. Januar 1948.
Br./Ka.

1.) Von der Gemeinde Geismar wurden die Straßennamen der Frontkämpfersiedlung wie nachstehend aufgeführt geändert :

v.-Hindenburg-Straße = Reinhäuser Allee
Otto-Weddigen-Straße = Am Markgraben
Graf-Spee-Straße = Wilhelm-Raabe-Straße
v.-Linsingen-Straße = Wilhelm-Busch-Straße
Admiral-Scheer-Straße = Akazienweg
v.-Emmich-Straße = Am Mühlengraben.

2.) Dem Bauausschuß zur gefl. Kenntnisnahme
(Beachtung bei Straßenbenennungen im Stadtgebiet Göttingen).

3.) Abschrift erhält : A, H, T und V.

Die Änderungen sind in unsere Pläne eingetragen.

19.1.48

Q12: Aktenordner „Straßennamen A,1, Akazienweg“ (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

Die Änderungen sind in unsere Pläne eingetragen.

Umschrift der Notiz in Q12

GESELLSCHAFT DER FREUNDE
WILHELM RAABES
Zweig Göttingen

Göttingen, den 2.Dez.1947

7.12.

An die
Stadtverwaltung
G ö t t i n g e n

Betr.: Aenderung von Strassen-Namen.

Für die Neubennung einer Strasse erlaube ich mir, den Namen des Dichters "Wilhelm Raabe" vorzuschlagen.

Es wird nicht viele bedeutende Männer geben, die diese Ehrung der Stadt Göttingen in gleichem Masse verdienen.

Wilhelm Raabes allgemeine Anerkennung als Künstler wie als Mensch, sowie insbesondere die lebendige Wertschätzung, die ihm in seiner niedersächsischen Heimat zuteil wird, erübrigen wohl eine nähere Begründung.

Erwähnt sei nur, dass Göttingen in seinen Schriften wiederholt genannt und in der besonderen Bedeutung als Universitätsstadt gewürdigt wird, ferner, dass Wilhelm Raabe Ehrendoktor unserer Universität ist.

Für den Vorstand der Gesellschaft
der Freunde Wilhelm Raabes
Zweig Göttingen

Gerloff.

(Ludwig Gerloff)
Göttingen, Jennerstr. 25

Q13: Aktenordner „Straßennamen W,2, Wilhelm-Raabe-Straße“ (Stadt Göttingen, Fachdienst 61.2: Bodenordnung, Vermessung und Geoinformation).

Das fiel uns auf . . .!

Göttingen, 7. November.

Reklame muß sein, allerdings — und das erscheint wichtig — muß die Art und Weise gegenwartsnah und fortschrittlich sein. Möglichkeiten gibt es dabei in Unzahl und auch die Reichspost stellt sich in den Dienst der „reklamedürstenden" Geschäftswelt.

In Göttingen scheint den maßgeblichen Beamten ein kleines Versehen unterlaufen zu sein — möchten sie unseren kleinen Hinweis auch als solchen auffassen

Die Stehpulte in der Hauptpost tragen auf den Löschblattunterlagen wirksam die Reklame verschiedener Göttinger Firmen. Sollte man diese nicht doch einmal von Zeit zu Zeit auf ihre „Gegenwartsnähe" hin prüfen? Sicherlich könnte es dann mehr als 1½ Jahre nach dem Ende des dutzendjährigen Reiches nicht vorkommen, daß dort geschrieben steht, daß die Firma Foto-Lanz ihr Ladengeschäft in der „Straße der SA" hat, während die Dietrichsche Universitätsbuchhandlung ihren Freunden mitteilt, daß man sie in der Franz-Seldte-Straße besuchen möchte. Die Firmen wird hierbei keine Schuld treffen, und es wäre sicherlich verfehlt, wollte man die zahllosen vorhandenen — sicherlich raren Löschbogen fortwerfen — Mit einem einfachen Klebestreifen wäre diese kleine Unschönheiten behoben und man würde sich dennoch freuen, zu wissen, daß es diese Firmen in Göttingen gibt. Und finden werden wir sie sicherlich auch, dafür sind sie gut genug in Göttingen bekannt.

Q14: Hannoversche Volksstimme. Die Zeitung für die Interessen der Werktätigen, Ausgabe Südhannover, 1. Jg., Nr. 25 vom 8.11.1946, S. 3 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 629).

Immer noch Schönheitsfehler

Göttingen, 25. November.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß auf Briefbogen nur die alten Straßenbezeichnungen aus der Nazizeit noch zu lesen sind. Erst wenn man eine Firma öffentlich mahnt, reagiert sie darauf.

Langsam aber müssen wir annehmen, daß es sich nicht nur um Gedankenlosigkeit handelt. Oder sollte Dr. Thiele, der Besitzer der Weender-Tor-Apotheke, immer noch nicht bemerkt haben, daß sein Geschäft sich nicht in der Straße der SA Nr. 106 befindet.

Scheinbar nein — denn auf seinen Arzneiflaschen kann man es immer noch lesen.

Q15: Hannoversche Volksstimme. Die Zeitung für die Interessen der Werktätigen, Ausgabe Südhannover, 1. Jg., Nr. 30 vom 26.11.1946, S. 3 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 629).

In der Ausgabe Ihrer Zeitung vom 12. II. 1957 bringen Sie ein Bild von der Aufrichtung des Richtkranzes am Verwaltungsgebäude des Landkreises am „82er-Platz“. In der Zeitung vom 13. II. 1957 wird im Zusammenhang mit der Schaffung eines neuen Marktplatzes wieder vom „82er-Platz“ gesprochen. Es scheint Ihrer Aufmerksamkeit bisher entgangen zu sein, daß dieser Platz seit Jahren wieder die alte vertraute Bezeichnung „Am Geismartor“ trägt. Da eine gut redigierte Zeitung nicht nur Tagesfragen erörtern, sondern auch erzieherisch wirken soll, wäre es zu begrüßen, wenn Sie mit gutem Beispiel vorangehen würden und den ehemaligen 82er-Platz auch aus den Spalten Ihrer Zeitung verschwinden lassen würden. Ich glaube, keiner wird diesem Sprachmonstrum nachtrauern, sondern jedermann wird gern dazu beitragen, unser leider dem Verkehr zum Opfer gefallenes schönes Geismartor wenigstens auf diese Weise dem Gedächtnis lebendig zu erhalten.

Frau Els Röttscher, Göttingen, Am Feuerschanzengraben 5

Q16: Göttinger Tageblatt, 69. Jg., Nr. 39 vom 15.2.1957, S. 6 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 277).

Namen belassen

In Nr. 39 Ihrer Zeitung wünscht eine Frau, daß man den 82er-Platz in Geismartor umbenennen sollte. Geismartor ist aber eine Sache für sich und 82er-Platz auch. Zur Erinnerung an das Regiment sollte man diesen Platz ruhig bei dem bisherigen Namen belassen. — Es wäre im übrigen tiefbedauerlich, wenn man aus dem abgetragenen Wall (vor dem Gauß-Weber-Denkmal) einen Marktplatz machen wollte. Sollte sich nicht in der Geiststraße der große Hof dafür eignen? **Rudolf Ludwig, Wiesenstraße 30**

Q17: Göttinger Tageblatt, 69. Jg., Nr. 55 vom 6.3.1957, S. 4 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 277).

Straßennamen ohne Politik /

Wen sollte Göttingen ehren?
Von Pastor i. R. Saathoff

Namen geben oder besser gesagt Namen verleihen, ist eine wichtige Sache. Das gilt von Personennamen, aber noch mehr von Straßennamen. Sie sind für eine lange Zukunft, wenn die Welt sie erlebt, bestimmt. Das sollte ein erster Gesichtspunkt bei aller Namengebung sein: werden die Namen noch ein oder zwei Menschenalter, vielleicht noch länger den Einwohnern der Stadt bedeutsam sein? Man sagt, solche Benennung solle für den Namenträger eine Ehrung sein. Ist das wirklich nach allgemeinem Urteil der Fall?

Nun haben wir in Göttingen nach 1933 einige merkwürdige Namenänderungen erlebt. Unsere ehrwürdige, schon 1338 bezeugte Weender Straße, mußte es sich gefallen lassen, die auch sprachlich häßliche, ja unmögliche Bezeichnung: Straße der SA 12 Jahre zu tragen. Warum? Aus parteipolitischen Gründen. Ebenso wurde der mit einem sehr alten Namen (1377) benannte Düstere Eichen Weg, Schlageter Straße benannt — was hat der mit Göttingen zu tun? Die Theaterstraße wurde Franz-Seldte-Straße umbenannt — wer weiß heute noch etwas von ihm, sein Name steht nicht einmal im Kleinen Herder. Daß es einmal eine Göring-Straße gegeben hat, werden heute nur sehr wenige wissen. Das Schlimme ist nur, daß dieser Brauch Schule gemacht hat: die wichtige Straßenbenennung parteipolitisch zu verwenden, um nicht zu sagen: auszunutzen! Sogar in dem Sinne, wertvolle Namen zu beseitigen. Ich denke an die Zieten-Straße, die in v. Ossietzky-Straße umbenannt wurde, für unsere Göttinger schon sprachlich schwierig! Aber wer ist denn v. Ossietzky, so werden schon Viele gefragt haben. Nun, er steht wenigstens im Kleinen Herder: Publizist, 1880-1938 († im KZ), Herausgeber der linksradikalen Wochenschrift Weltbühne; ihm wurde die Annahme des Friedensnobelpreises 1935 untersagt (von Hitler). Also: ein scharfer

Kommunist, der meines Wissens mit Göttingen nichts zu tun hat! Vielleicht ist das ein besonders schwerer Fehler in der Benennung gewesen. Unsere Göttinger Bürger werden wohl weiter Zieten-Straße sagen! — Damals ist auch — nach 1945 — eine Straße Heinrich-Heine-Straße benannt worden. Heine hat zwar in Göttingen studiert und sicherlich einige schöne Lieder gedichtet, aber mit seiner frivolen Spötterei hat er auch Göttingen nicht verschont und viele Schmähworte über unsere Stadt geschrieben, und man fragt sich kopfschüttelnd: Den muß Göttingen ehren? Diese sehr anfechtbare Namengebung ist auch deswegen sehr zu bedauern, weil dadurch die Ehrung eines Mannes unmöglich ist, der 1763-1812 als Professor in Göttingen die größten Verdienste um die Göttinger Universität und ihre Bibliothek gehabt und zu dem Weltruf Göttingens im 18. Jahrhundert beigetragen hat. Heinrich-Heine-Straße und Gottlieb-Heyne-Straße, das wäre schon um des Briefträgers willen unmöglich!

Nun machen die Benennungen der vielen neuen Straßen dem Rat der Stadt große Not! Woher wirklich geeignete, bedeutsame, sprachlich leichte und volkstümliche Namen? Man wird es billigen, daß in der südöstlichen Vorstadt die Namen ostdeutscher Städte verwendet sind — für unsere Neubürger eine Erinnerung an die Heimat! Und man wird es verstehen und vielleicht verzeihen, daß in einer Zeit, da parteipolitische Gesichtspunkte bei der Wahl der Namen so starke Rücksicht erfuhren, man zu der Wahl harmloser Blumennamen kam: Rosmarinweg, Nelkenwinkel, Margueritenweg, Tulpenweg: das ist ja sehr niedlich und mag wohl gelegentlich sinnbildlich gedeutet werden. Aber man frage doch einmal die Anwohner, ob sie nicht gern andere Namen hätten! Jetzt scheint die parteipolitische Namengebung wieder Oberwasser zu gewinnen, obwohl Oberbürgermeister Föge als Ratsherr im Anfang dieses Jahres die sehr berechtigte und wohl von den meisten Bürgern gebilligte Losung ausgegeben hat: Straßennamen ohne Politik! Es handelte sich um den Antrag der SPD zwei Kreuzungen am Düstere Eichen Weg zu benennen: Albert-Einstein-Platz und Thomas-Mann-Platz. Es gab damals im Rat eine lebhafte Auseinandersetzung, in die Föge besonders eingegriffen hat — das Göttinger Tageblatt hat darüber ausführlich berichtet. Nach langer Zeit ist jetzt wieder die Sache vom Rat verhandelt, und Albert Einstein und Thomas Mann, die gewiß ihre Verdienste, aber meines Wissens mit Göttingen nichts zu tun haben, erhielten ihre Ehrung. — Von dem „zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Vergnügungsausschuß der Stadt" war in der Zeitung das Ansinnen gestellt, die Verlängerung der Ewald-Straße zu nennen: Ernst-August-Straße! Wir wollen uns freuen, daß Göttingen vor einer ganz schweren Fehlbenennung bewahrt geblieben ist. Es war wohl ein neckischer Zufall, daß zwei Tage später im Tageblatt ein Aufsatz veröffentlicht wurde: Der Protest der Göttinger Sieben und dort über Ernst August gesagt wurde, was wohl Viele nicht wissen — man möge es dort nachlesen! Für unsere Stadt ist dies das Entscheidende: Der König hat nach dem Verfassungsbruch 1837 die sieben Professoren, die den Mut hatten, dagegen Einspruch zu erheben, kurzerhand ohne Untersuchung abgesetzt, einzelne sofort des Landes verwiesen und durch diese Gewalttat der Universität und dadurch der Stadt einen unermeßlichen Schaden zugefügt, so daß es viele Jahre dauerte, bis die Universität wieder die alte Höhe erreichte! Und diese Schmach, die Göttingen damals erlebt hat, sollte nun damit belohnt werden, daß Göttingen dem König zu Ehren eine Straße benennt! Der Rat ist selbstverständlich nicht auf diesen „Scherz" eingegangen. Es wäre ja auch geradezu drollig gewesen, wenn man eine Straße, die an die Straßengruppe der „Göttinger Sieben" angrenzt, Ernst-August-Straße genannt hätte.

Aber nun ist bei dieser Gelegenheit der Platz, der volkstümlich vielleicht scherzweise Potsdamer Platz heißt, mit der Bezeichnung Eichendorff - Platz versehen worden. Im Januar war vorgeschlagen: Thomas-Mann-Platz. Es ist ja gar kein Platz, wie schon im Januar Föge betonte. Aber Potsdamer Platz! Das erinnert ja an Friedrich den Großen und an den Potsdamer Geist! So etwas ist doch in unserer Zeit „untragbar"! Und nun hat Eichendorff seinen Namen hergegeben. Es war in diesen Tagen von den Schlesiern der Wunsch ausgesprochen und an den Oberbürgermeister gebracht, man möge aus Anlaß von Eichendorffs Todestag am 26. November vor 100 Jahren am Hainberg eine Eichendorffhöhe schaffen und es war dafür persönliche Arbeit der Schlesier zugesagt. Das ist ein feiner Gedanke! Ich weiß nicht, ob die Schlesier einen besonderen „Heimatbaum" haben, sonst wäre die Pflanzung einer „deutschen Linde" am Hainberg für solche Gedächtnisstätte sehr zu empfehlen. Mir scheint der Platz etwa 50 Meter südlich des Friedensplatzes auf der Höhe, von der das Rodeln nach der Bismarckstraße eifrig betrieben wird, durch seine Abgeschlossenheit recht geeignet. Und noch einen schönen Brauch schlage ich vor. Die Schlesier möchten im Sommer an einigen, schönen Sonntagen einladen zu einer Feierstunde auf der Eichendorff-Höhe und die herrlichen Lieder singen, und es könnte sich vielleicht Erzählung oder Bericht von ihrem Heimatlande anschließen — das wäre fein! Den Namen für den Potsdamer Platz sollte man stillschweigend fallen lassen. Es geschah so etwas schon einmal, 1937. Der Wilhelmsplatz sollte auf höheren Befehl seinen Namen verlieren, ich weiß nicht mehr, wie er heißen sollte. Aber das Stadtbauamt ließ einfach ein neues Schild nicht anbringen und niemand sagte etwas. Es ließe sich noch viel über die Namen unserer Straßen sagen. Es sei zum Abschluß auf ein Büchlein verwiesen, das viel Wissenswertes bringt, aber leider noch vielen Göttingern unbekannt ist: Das tausendjährige Göttingen, Ursprung und Entwicklung im Spiegel seiner Straßen und Bauten, 84 S. mit vielen Bildern und Plänen, von Deppe, Jäger, Dr. Troe. Preis nur 2,10 DM.

Saathoff, P. i. R.

Q18: Göttinger Tageblatt, 69. Jg., Nr. 273 vom 23./24.11.1957, S. 18 (Stadtarchiv Göttingen, Film Ztg. Nr. 280).

Heimkehr aus Krieg und Gefangenschaft

Anne-Katrin Poppe

1 Die Situation am Kriegsende

Am 8. Mai 1945 war der Krieg für die kämpfenden Soldaten in Europa offiziell zu Ende. Schon vor diesem Datum hatte eine gewaltige zivile Fluchtbewegung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten begonnen. Zu diesen Flüchtlingen gesellten sich nun auch die Wehrmachtssoldaten, die der Gefangennahme durch die Rote Armee bislang entgehen konnten. Sie hofften, der Gefangenschaft auch weiterhin zu entkommen oder – als mutmaßlich kleineres Übel – in den Gewahrsam der westlichen Alliierten zu gelangen. Ebenso verließen im Westen Soldaten ihre Truppen, um nach Hause zurückzukehren. Von den etwa elf Millionen Soldaten, die zu Kriegsende noch in der Wehrmacht kämpften, schafften es jedoch nur die wenigsten ohne zumindest vorübergehende Gewahrsamnahme bis an ihr Ziel. So befanden sich am Ende des Zweiten Weltkrieges weit über acht Millionen Deutsche in alliierter Kriegsgefangenschaft. Der weitaus größte Teil von ihnen wurde innerhalb eines Jahres entlassen: 1945/46 strömten mehrere Millionen ehemalige Soldaten in die Westzonen zurück, 1947/48 noch mehrere hunderttausend, bis 1955/56 nahmen die Zahlen bis auf wenige tausend ab.[1]

Der Begriff Heimkehrer bezeichnet nicht die große Masse der zurückkehrenden Soldaten, sondern bezieht sich auf diejenigen Soldaten, die nach 1947/48 spe-

[1] Traugott Wulfhorst, Der „Dank des Vaterlandes“ – Sozialpolitik und -verwaltung zur Integration ehemaliger Wehrmachtsoldaten und ihrer Hinterbliebenen, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 1037-1057, hier S. 1038.

ziell aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen wurden.[2] Anders als es diese Sammelbezeichnung nahe legt, handelte es sich bei ihnen jedoch keinesfalls um eine homogene Gruppe. Soziokulturelle Unterschiede, wie z.B. die soziale Schichtung, spiegelten sich auch bei den Heimkehrern wieder. Zudem differierten die individuelle Wahrnehmung und Deutung von Krieg und Gefangenschaft innerhalb dieser Gruppe.

Die Forderung nach Entlassung der Gefangenen – die sogenannte Kriegsgefangenenfrage – war eines der zentralen Themen der deutschen Nachkriegsgeschichte, das mit der „Heimkehr der Zehntausend" im Herbst 1955 seinen Abschluss fand. Verbunden mit der Frage nach der „Heimkehr" waren auch die Sorgen um den Verbleib verschollener Soldaten. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Jahr 1941 war die Anzahl der „vermissten" Soldaten stark angestiegen: 1943 betrug sie bis zu zwei Drittel der so genannten „Ausfälle", die das Oberkommando der Wehrmacht in einer Statistik veröffentlichte.[3] Der Status des „Vermissten" ließ den Angehörigen immerhin die Hoffnung, der Betreffende könne sich noch irgendwo in der Sowjetunion in Gefangenschaft befinden. Die relativ ungenauen Angaben, die die Regierung der Sowjetunion über die tatsächliche Zahl der internierten deutschen Soldaten machte, und die eingeschränkten Informationsmöglichkeiten schürten sowohl Hoffnungen als auch Gerüchte.[4]

Die Repatriierung der Kriegsgefangenen sollte bis zum 31. Dezember 1948 abgeschlossen sein, so einer der Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947, zu der sich die Alliierten zusammengefunden hatten, um über die Zukunft Deutschlands zu beraten.

Die Sowjetunion verschob diesen Termin eigenmächtig um ein Jahr auf Ende 1949. Neben organisatorischen und logistischen Problemen des Rücktransports lag ein Grund hierfür in den ökonomischen Interessen der Sowjetunion: Die Internierten wurden zunächst weniger als politisch-strategisches „Pfand" denn als Arbeitskräfte betrachtet, die ihren Anteil am Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft leisten sollten. Die „Kriegsgefangenen" wurden offiziell bis zu diesem Zeitpunkt nach Hause geschickt. Diejenigen, die über diesen Zeitpunkt hinaus in Gefangenschaft blieben, waren aus sowjetischer Perspektive (noch nicht) verurteilte Kriegsverbrecher. Damit hatte sich die Bewertung der Kriegsgefangenenfrage spätestens ab 1949 auch für die Sowjetunion in den politischen Bereich verschoben.[5]

---

[2] Zur juristischen Definition des Begriffes „Heimkehrer" im Heimkehrergesetz vom 19.6.1950 siehe Leonid Ischenin, Die deutschen Heimkehrer und die Maßnahmen zu ihrer Eingliederung unter Berücksichtigung der Umsiedler aus dem Osten, Diss., Köln 1966, S. 30-33. Weiterhin: Heimkehrergesetz. Kommentar und sonstiges Heimkehrerrecht von Dr. Kurt Draeger. 2. neubearbeitete, erweiterte Auflage, Berlin/Frankfurt am Main 1953.

[3] Peter Steinbach, Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr, in: Annette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998, S. 325-340, hier S. 325.

[4] Bis in die frühen fünfziger Jahre hielt sich unter anderem das Gerücht, in der Sowjetunion gäbe es „Schweigelager" deutscher Kriegsgefangener. Vgl. Steinbach, Kriegsheimkehr. S. 325f.

[5] Vgl. Dietmar Sauermann/Renate Brockpähler (Hg.), „Eigentlich wollte ich ja alles vergessen…" Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft 1942-1955, Münster 1992, S. 368.

2 Die ersten Heimkehrer

Praktisch hatte die deutsche Wehrmacht mit der Kapitulation des Reiches aufgehört zu existieren, formal wurde die Auflösung der Armee durch das Kontrollratsgesetz Nr. 34 vom 20. August 1946 nachträglich deklamiert.[6] Die ehemaligen Soldaten, soweit sie nicht besonderen Arrestkategorien unterstanden, wurden demobilisiert, entlassen und hatten sich einer amtlichen Registrierung zu unterziehen (Q3). In der britischen Besatzungszone lief dieser Vorgang unter dem Codenamen „Operation Clobber“. Die ehemaligen Soldaten sollten möglichst für den Wiederaufbau der deutschen Infrastruktur mit den Schwerpunkten Bauindustrie und Bergbau zur Verfügung stehen (Q1).

Schon im Oktober 1945 befanden sich im Stadtkreis Göttingen knapp 4.000 entlassene Wehrmachtssoldaten, die dort ihren Wohnsitz hatten. Weitere 3.142 hatten auf ihrem Weg zurück an ihren Wohnort im Stadtkreis Göttingen Station gemacht, so berichtete es das Einwohnermeldeamt der Stadt am 1. Oktober 1945 dem Captain der Militärregierung Bertram (Q2). Auch aus Großbritannien kehrten im Herbst des Jahres 1945 ehemalige Soldaten zurück. Sie gehörten zu den Kriegsgefangenen, die während des Zweiten Weltkrieges interniert und in Lager außerhalb Deutschlands verbracht worden waren, wo sie an Reeducation-Maßnahmen teilgenommen hatten. Diese Männer sollten die *„Erkenntnisse aus britischer Gefangenschaft“* nach ihrer Rückkehr in die Praxis umsetzen und sich am wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau beteiligen (Q4).

Die Diskrepanz, die unter anderem zwischen den Heimkehrern aus einerseits westlicher und andererseits sowjetischer Gefangenschaft herrschte, wurde bereits bei diesen ersten Rückkehrern deutlich. Während sich die „britischen“ Gefangenen in einem guten physischen Zustand befanden – die Ernährung in Kriegsgefangenschaft konnte durchaus besser sein als die, die sie in der Heimat erwartete – erschienen die ersten Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft bei schlechter Gesundheit und in einem desolaten Allgemeinzustand: *„Ohne Gepäck, ohne Decke, ohne Mantel“* erreichte beispielsweise ein Transport 1946 das Entlassungslager Friedland (Q5, 6). Bei diesen Soldaten handelte es sich in erster Linie um kranke, verwundete oder invalide deutsche Unteroffiziere oder Mannschaftsgrade. Sie waren kurz hinter der Front festgesetzt und von sowjetischer Seite als nicht arbeitsfähig eingestuft worden.[7] Das häufigste Krankheitsbild, das diese Männer zeigten, wurde unter dem Begriff Dystrophie als Kriegsgefangenen-Krankheit bekannt. Darunter wurden Symptome, die sich aus Mangelernährung ergaben, verstanden.

---

[6] Kontrollratsgesetz Nr. 34 (Auflösung der Wehrmacht) vom 20.8.1946, http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz34.htm. <23.9.2008>

[7] Stefan Karner, Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion, in: Die Wehrmacht, S. 1012-1036, hier S. 1033f. Außerdem: Hilger, Kriegsgefangene, S. 315f.

Neben den körperlichen Symptomen führte man teilweise auch psychische Auffälligkeiten der Kriegsteilnehmer auf diese Ursache zurück.[8]

Die Entlassung der Kriegsgefangenen in die westlichen Besatzungszonen verlief anfangs ohne größeren bürokratischen Aufwand, was unter anderem der Tatsache geschuldet war, dass es zunächst keine zentrale Zuständigkeit für die Entlassung der Gefangenen gab. Erst 1948 wurde Friedland zum einzigen Entlassungslager für die britische Zone, später in der Bundesrepublik für Niedersachsen. Als die Repatriierung aus den westeuropäischen Staaten 1948 nahezu abgeschlossen war, sollte die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion komplett über Friedland verlaufen. Alle Heimkehrer aus der Sowjetunion wurden nun über das nahe der Zonengrenze liegende Durchgangslager in die westlichen Zonen und später in die Bundesrepublik entlassen.[9] Dort erhielten sie die ersten Dokumente, die für ihren weiteren Weg durch die Verwaltung von Bedeutung waren. Das „Certificate of Discharge“ (D.2-Schein) beispielsweise musste immer wieder bei den Behörden vorgelegt werden, wenn Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden wollten. In diesem Dokument fanden sich neben Einträgen über den Empfang des Entlassungsgeldes auch die Ergebnisse der ersten ärztlichen Untersuchung im Entlassungslager Friedland. Der Befund „Dystrophie“ scheint häufig genug festgestellt worden zu sein, um ihn per Stempel in das Formular einzutragen (Q12).

Außerdem erfolgte in Friedland eine erste Befragung durch den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, durch die Informationen über Vermisste oder Gefallene, die bislang nicht in Statistiken oder offiziellen Verlautbarungen aufgetaucht waren, gewonnen werden sollten. Die Verbindung zwischen Göttingen und Friedland wurde von verschiedenen Seiten immer wieder hergestellt. Vor allem Mitte der 1950er Jahre, als die letzten Gefangenen aus der Sowjetunion erwartet wurden, betonte der Göttinger Rat immer wieder die Nähe zum Durchgangslager und die Bereitschaft zur Hilfe.

Für die Angehörigen von Gefangenen und Vermissten wurde Friedland zum Symbol ihrer Hoffnungen. Hier erwarteten sie die Rückkehr ihrer Angehörigen oder zumindest Informationen über deren Schicksal: Mit Schildern, Fotos und Suchzetteln versuchten sie, von den Rückkehrern Hinweise zu bekommen (Q9-11).

---

[8] Arthur Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985, S. 109. Zum Zusammenhang von Unter- bzw. Mangelernährung und den psychischen Folgen siehe auch folgende zeitgenössische Aufsätze: Ernst Friedrich, Jugend in Gefangenschaft. Bericht eines aus Russland heimgekehrten Studenten, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg.5, H. 1 (1950), S. 13-25; Friedrich Hassenstein, Der Mensch in der Gefangenschaft, in: Studium Generale, Jg. 3, H. 1 (1950), S. 5-8.

[9] Daneben erlangte Friedland auch als Durchgangslager für Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten eine zentrale Bedeutung, ebenso als erste Station für Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone. Dazu: Dagmar Kleineke, Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945-1955, Diss., Göttingen 1992. Zu Friedland läuft zur Zeit an der Universität Göttingen ein Projektseminar mit dem Ziel, ein Museumsprojekt vorzubereiten und digital zu begleiten.

3 Versorgung von Heimkehrern und Angehörigen von Kriegsgefangenen

Insgesamt etwa 2 Millionen Menschen hätten nach dem Krieg Anspruch auf staatliche Unterstützung gehabt, hätte man die Maßstäbe der Vorkriegszeit anlegen können. Zu ihnen zählten neben den ehemaligen Soldaten auch die Kriegsbeschädigten der Wehrmacht, außerdem die Witwen, Waisen und Eltern der toten Soldaten und die Angehörigen der Vermissten, die vor 1945 anspruchsberechtigt gewesen waren. Allein im Gebiet des heutigen Niedersachsens stieg die Zahl der Versorgungsberechtigten bis 1949 im Vergleich zu 1938 um das Vierfache, die Zahl der Schwerbeschädigten sogar um das Achtfache.[10]

Die Heimkehrer des Zweiten Weltkrieges konnten nach ihrer Demobilisierung jedoch keine öffentliche Hilfe bei ihrer individuellen Reintegration in die Gesellschaft erwarten. Zum einen fehlten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die entsprechenden staatlichen Institutionen, zum anderen die finanziellen Mittel. Des Weiteren waren sich die Alliierten einig, dass ehemalige Soldaten, anders als nach dem Ersten und bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, keine Sondervergünstigungen erhalten sollten. Die früheren Versorgungsgesetze wurden nachträglich aufgehoben.[11] Es gab zunächst also keine speziellen oder gar regelmäßigen Hilfen für Heimkehrer oder die Angehörigen von Kriegsgefangenen oder -beschädigten. Stattdessen versuchten die Behörden vor Ort, möglichst unbürokratisch zu helfen. In Göttingen lebten nach einer Zählung des Sozialamtes 1946 gut 400 Personen, die als Kriegsgeschädigte einzustufen waren und 766 Parteien, deren *„Ernährer"* sich in Kriegsgefangenschaft befanden (Q7). Vor allem private Initiativen spielten in diesen ersten Jahren bei der Versorgung von Heimkehrern und Angehörigen eine entscheidende Rolle, zum Beispiel die Göttinger Nothilfe, die unter anderem durch die Sammlung von Kleidern zur Versorgung der Heimkehrer beitrug. Erst 1947 wurde in der britischen Besatzungszone der Versuch unternommen, auf Landesebene Vereinbarungen über eine zentrale Regelung der Fürsorge zu treffen.[12] Um Beihilfen zu bekommen, musste der Heimkehrer eine Bescheinigung vorlegen, die seinen Status bestätigte (Q13).

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde hinsichtlich der Heimkehrer eine umfassende Integrationspolitik möglich. Schon 1950 beschloss der Bundestag einstimmig das Heimkehrergesetz (HKG). 1953 wurde der Kreis der Begünstigten erweitert, um dem geänderten Status zahlreicher Kriegsgefangener gerecht zu werden und diese nicht von eventuellen Ansprüchen auszuschließen. Im HKG waren verschiedene Leistungen vorgesehen, zum Beispiel ein

[10] Wulfhorst, „Dank des Vaterlandes", S. 1037, hier Anmerkung 3.

[11] Ziel der alliierten Politik war es, den deutschen Militarismus zu beseitigen und eine Sozialpolitik zu etablieren, die sich nicht mehr wie unter dem NS-Regime am Militärwesen ausrichtete, sondern auf Integration der verschiedenen Gruppen abzielte. Dazu: Wulfhorst, „Dank des Vaterlandes", S. 1040f.

[12] Vgl. Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962, S. 65-69.

Entlassungsgeld (in Höhe von 150, später 100 DM), Bekleidung und Gebrauchsgegenstände als Übergangsbeihilfen, bevorzugte Zuteilung von Lebensmitteln oder Wohnraum. Besonders wichtig im Hinblick auf die Reintegration der Heimkehrer war der § 7, in dem die Sicherung des früheren Arbeitsverhältnisses beziehungsweise das Wiederaufleben eines erloschenen Arbeitsverhältnisses festgelegt wurde.[13] Allerdings bedeutete diese Regelung keineswegs, dass alle Arbeitsverhältnisse wieder aufgenommen werden konnten beziehungsweise dass der ehemalige Arbeitgeber an einem Aufleben interessiert war, wie das Beispiel eines Prozesses um die Wiedereinstellung bei der Stadt Göttingen zeigt (Q14).

Mit dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 wurden weitere Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen. Für jeden nachgewiesenen Monat Gefangenschaft stand dem Antragssteller eine Entschädigung von 30 DM zu, nach weiteren zwei Jahren ausländischen Gewahrsams sollte der Betrag sich auf 60 DM verdoppeln. Die Auszahlung sollte innerhalb von sechs Jahren nach Verkündung des Gesetzes erfolgen, und zwar in der Reihenfolge der sozialen Dringlichkeit. Für die Bearbeitung eines Antrages (Q15) waren zahlreiche Dokumente vorzulegen, so die schon erwähnten Entlassungspapiere (Q12) und die Bescheinigung der Heimkehrereigenschaft (Q13). Es konnten aber auch Nachweise über die Dauer der Gefangenschaft von der Wehrmachtsauskunftsstelle (WAST), alliierten Behörden oder Briefe und Karten aus der Gefangenschaft (Q8) verlangt werden, ebenso wie ärztliche Gutachten. Die Prozedur der Antragsstellung wurde von vielen ehemaligen Kriegsgefangenen als zu langwierig und entwürdigend empfunden. Nicht verständlich war für viele der Gang der Verwaltung, der unterschiedlichste Formulare, Stempel und Bescheinigungen erforderte.[14]

In den 1950er Jahren verbesserten sich die Möglichkeiten des Kontaktes zu den noch in der Sowjetunion befindlichen Gefangenen, regelmäßige Post- und Paketsendungen wurden möglich. In verschiedenen Städten Niedersachsens veranlassten die Behörden den monatlichen Versand von so genannten Liebesgaben – Päckchen mit Lebensmitteln und Kleidung im Wert von 10 DM – an diejenigen Kriegsgefangenen, deren Angehörige selbst nicht für solche Gaben aufkommen konnten. Im November 1952 sollten zwanzig Kriegsgefangene aus Göttingen ein solches Paket bekommen, darin enthalten waren unter anderem: Schokolade, Leberwurst, Tabak, Zigarettenpapier und Kerzen (Q16). Diese Pakete wurden von den Heimkehrern selbst nach ihrer Rückkehr immer wieder thematisiert. Sie bedeuteten eine enorme Erleichterung der Lebensumstände in den Lagern und retteten wahrscheinlich manchem das Leben. Neben dem materiellen Wert war es vor allem die Gewissheit, dass sich „in der Heimat“ jemand kümmerte, die vielen geholfen haben dürfte. Und umgekehrt bot sich hier für die ansonsten hilflosen Angehörigen eine Möglichkeit der Unterstützung.[15]

---

[13] Heimkehrergesetz. Kommentar und sonstiges Heimkehrerrecht von Dr. Kurt Drager. 2. neubearbeitete, erweiterte Auflage, Berlin/Frankfurt am Main 1953.

[14] Dazu: Zeitzeugenberichte bei Sauermann/Brockpfähler, Erinnerungen, S. 386f. und S. 406f.

[15] Dazu: Hilger, Kriegsgefangene, S. 339f.

4 Die letzten Heimkehrer

Auf politischer Ebene war das Thema Heimkehrer und Kriegsgefangene durchaus präsent, bis 1949 jedoch wurde es hauptsächlich innenpolitisch verhandelt. 1950 war mit dem Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V. (VdH) eine eigene Vertretung zur Durchsetzung sozialpolitischer Interessen gegründet worden.[16] Außenpolitisch bemühten sich eher humanitär ausgerichtete Organisationen, v. a. das Deutsche Rote Kreuz und die Kirchen, um Informationen und Kontakte zu den Gefangenen und, wo es möglich war, um deren Freigabe. Die Forderung nach Freilassung der Gefangenen und nach einer besseren Unterstützung der Heimkehrer versprach eine breite Zustimmung der Bevölkerung. Dementsprechend findet sich das Thema quer durch das Parteienspektrum der Nachkriegszeit, von der SPD bis zum BHE[17]. Im Bewusstsein der Bevölkerung war die „Kriegsgefangenenfrage" ohnehin präsent. Bis Mitte der 1950er Jahre fand im Oktober jeden Jahres eine „Woche der Kriegsgefangenen" statt.[18]

Im Herbst 1955 rückte Friedland und damit verbunden Göttingen noch einmal in den Blickpunkt der Welt: Man erwartete die „Rückkehr der Zehntausend" aus der Sowjetunion. Im Sommer desselben Jahres war aus Moskau die Einladung an die Regierung der Bundesrepublik ergangen, sich zu Gesprächen zu treffen. Thema sollte vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein. Adenauers Ziel war es allerdings auch, in der Kriegsgefangenenfrage eine Lösung zu erreichen; aus bundesdeutscher Perspektive konnte das nur die Freilassung der Internierten bedeuten.[19] 1955 befanden sich noch etwa 9.600 Gefangene in sowjetischen Lagern. Bei ihnen handelte es sich hauptsächlich um durch die sowjetische Justiz verurteilte Kriegsverbrecher, zahlreiche von ihnen waren Mitglieder der Waffen-SS gewesen.[20]

Adenauer konnte sich der Zustimmung der Bevölkerung zu Verhandlungen mit der Sowjetunion sicher sein, wie eine vertrauliche Umfrage von 1954 zeigte: Nur 22 % der Bevölkerung lehnten direkte Gespräche ab.[21] Das Ergebnis der Verhandlungen in Moskau schließlich war für Adenauer ein großer Erfolg, er konnte der deutschen Bevölkerung die Repatriierung der letzten Gefangenen bis Ende des Jahres 1955 versprechen.[22]

---

[16] http://www.bagso.de/heimkehrer.html <1.12.2008>

[17] Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten

[18] Steinbach, Kriegsheimkehr, S. 329.

[19] Werner Kilian, Adenauers Reise nach Moskau, Freiburg 2005, S. 290.

[20] Hilger, Kriegsgefangene, S. 359f.

[21] Michael Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf 2000, S.212f.

[22] Aus heutiger Perspektive geht man davon aus, dass die Gefangenen ohnehin frei gelassen worden wären; sie waren laut Werner Kilian der „Preis" für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen SU und BRD. Dazu: Kilian, Adenauers Reise nach Moskau, S. 303.

Die Stadt Göttingen betonte, dass alles getan werden sollte, um die erwarteten achtzehn Göttinger Heimkehrer willkommen zu heißen. Neben einem so genannten Kulturbeutel mit Busfahrkarten, Kino- und Theatertickets sollte der Heimkehrer eine Übergangsbeihilfe in Höhe von 300 DM erhalten, außerdem Sachgeschenke. Die weiteren Hilfen, wie zum Beispiel die Kriegsgefangenenentschädigung, sollten möglichst unbürokratisch geregelt werden (Q18).

Das Interesse der Öffentlichkeit an der Heimkehr dieser „Letzten" war 1955, während es zwischenzeitlich abgeflaut war, beträchtlich. Das Göttinger Tageblatt widmete dem Thema ganze Seiten und druckte lange Listen mit den Namen der Heimkehrer. Betont wurde hierbei immer wieder der „Durchhaltewille" der Deutschen. Die Veränderung, die in der öffentlichen Diskussion um die Heimkehrer in den ersten Jahren der Bundesrepublik stattgefunden hat, zeigt sich in dieser Bewertung. Die Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft wurden zu „Überlebenden" des sowjetischen Systems stilisiert. Danach verschwand das Thema weitgehend aus der Tagespresse. Die Probleme, die nicht nur die „Zehntausend", sondern fast alle Heimkehrer vor ihnen bewältigen mussten, fanden in der breiten Öffentlichkeit keine größere Beachtung.[23] Die Unterschiede, die zwischen verschiedenen Gruppen von Heimkehrern gemacht wurden, beziehungsweise der Mangel an Wertschätzung, den manch einer zu erkennen glaubte, verdeutlicht ein Brief an die Redaktion des Göttinger Tageblatts vom 2. Januar 1956, in dem ein *„aus tschechischen Zuchthäusern"* entlassener Mann sich über die Ungleichbehandlung von *„Russlandheimkehrern"* und *„anderen"* in Göttingen beschwert (Q19).

5 Fazit

Im Jahr 1950 betrug der Anteil der Heimkehrer an der männlichen Bevölkerung bundesweit 21,5%.[24] Allein diese Zahl verdeutlicht, dass fast jede Familie in der Nachkriegszeit in irgendeiner Form mit diesem Thema konfrontiert wurde. Private Schwierigkeiten – zerrüttete Familien und Konflikte zwischen Ehepartnern (Q18), zwischen Kindern und Vätern – waren oftmals die Folge. Die soziale Integration der Heimkehrer erfolgte nicht mittels finanzieller Hilfestellungen, sondern durch die Familien. In ihnen spielten sich die eigentlichen Dramen ab, hier fand die Pflege der Kriegsinvaliden statt, hier wurden zum großen Teil die psychischen Konsequenzen von Krieg und Gefangenschaft aufgefangen: Die Kriegsfolgen wurden

[23] Vgl. Kleineke, Friedland, S. 146ff.

[24] Ischenin, Heimkehrer. S. 33. Zu aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Frauen werden dort keine Angaben gemacht.

weitgehend „privatisiert".[25] Die psychischen Folgen von Krieg und Massengewalt fanden in der Person des dystrophischen Heimkehrers ihre Verkörperung.[26]

Die Heimkehrer-Thematik wurde in Literatur und Film häufig verarbeitet. Ein prominentes Beispiel ist Wolfgang Borcherts Drama „Draußen vor der Tür", das filmisch unter dem Titel „Liebe 47" umgesetzt wurde.[27] Weiterhin setzte sich Heinrich Böll in seinem Roman „Haus ohne Hüter" mit den Problemen der Angehörigen von Kriegsgefangenen auseinander.

Nicht nur diese künstlerischen Auseinandersetzungen machen deutlich, wie unterschiedlich die Heimkehrer wahrgenommen wurden und mit welcher Diskrepanz sie selbst ihre Situation interpretierten. Der Historiker Peter Steinbach kommt zu folgender Analyse: Die westliche Gefangenschaft wurde oft als eine Art Gewahrsam gedeutet, in dem man sich in demokratischen Tugenden üben konnte. Die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion stellten sich dagegen, soweit sie die Möglichkeit der Artikulation hatten, oft als Opfer des Kommunismus im Sinne des aufziehenden Kalten Krieges dar.[28] Der Diskurs um die Heimkehrer steht damit im Zusammenhang der westdeutschen Vergangenheitspolitik. Nicht die Frage nach individueller oder kollektiver Schuld stand im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Vielmehr lässt sich vor allem für die unmittelbare Nachkriegsphase die Konstruktion eines „Opferdiskurses" feststellen, in dem die Heimkehrer als physisch und psychisch geschädigte Personen dargestellt wurden, die ihrer traditionellen Männerrolle nicht mehr entsprechen konnten. Das schon erwähnte Krankheitsbild der Dystrophie bildet den Kern dieses Diskurses.[29] In den 1950er Jahren veränderte sich das öffentliche Bild des Heimkehrers vom „Opfer" des Sowjetkommunismus zum „Überlebenden" des Gefangenenlagers, der durch seine moralische Überlegenheit die Zeit der Gefangenschaft meistern konnte. Damit verbunden war die Diskreditierung derjenigen Heimkehrer, die sich in sowjetischen Lagern an der antifaschistischen Arbeit beteiligt hatten.[30] Die deutsche Gesellschaft stand dem Thema also durchaus auch mit einer gewissen Distanz gegenüber – trotz der verbreiteten persönlichen Betroffenheit.

Überwog am Ende des Krieges noch zumindest teilweise das Bewusstsein einer deutschen Kriegsschuld und die Deutung der Gefangenschaft als „Sühne" für

---

[25] Dazu: Vera Neumann, Kampf um Anerkennung. Die westdeutsche Kriegsfolgengesellschaft im Spiegel der Versorgungsämter, in: Klaus Naumann (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 364-383.

[26] Dazu: Svenja Goltermann, Im Wahn der Gewalt. Massentod, Opferdiskurs und Psychiatrie 1945-1956, in: Nachkrieg, S. 343-363. Außerdem erscheint 2009: Svenja Goltermann, Gegenwärtige Vergangenheiten. Kriegsheimkehrer, Psychiatrie und Erinnerung in der westdeutschen Gesellschaft 1945-1970, München 2009.

[27] Siehe dazu den Beitrag von Maneja Yazdani in diesem Band.

[28] Vgl. Steinbach, Kriegsheimkehr. S. 327.

[29] Vgl. Elisabeth Klaus, Ernst Friedrich. Widerspenstige Erinnerung, in: Maren Büttner/Magnus Koch (Hg.), Zwischen Gehorsam und Desertion. Handeln, Erinnern, Deuten im Kontext des Zweiten Weltkrieges, Köln 2003, S. 108-160, hier S. 120-123.

[30] Ebd.

das begangene Unrecht, so lässt sich mit Gründung der Bundesrepublik immer stärker eine Verdrängung dieses Deutungsmusters feststellen und eine zunehmende Instrumentalisierung der Kriegsgefangenen für politische und gesellschaftliche Zwecke. Der Zusammenhang von Schuld, Zweitem Weltkrieg und Gefangenschaft wurde lange Zeit geleugnet bzw. nicht öffentlich thematisiert. Im Vordergrund des politischen Interesses stand nicht die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, sondern die Etablierung der Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft. Eine umfassende Auseinandersetzung mit den individuellen Erfahrungen der ehemaligen Soldaten musste so ausbleiben. Für den Bereich der öffentlichen Diskussion lässt sich festhalten, dass eine Entkopplung von Schulddiskurs und Heimkehrerdiskurs stattgefunden hat, deren Begründung in den weltpolitischen Rahmenbedingungen des entstehenden Kalten Krieges zu sehen ist.

Gleichzeitig wurden die Erinnerungen an Krieg und Gewalterfahrung, die buchstäblich verkörpert wurden durch die Heimkehrer, in den privaten Bereich verlagert. Viele der Männer, die für den Rest ihres Lebens an den Folgen des Krieges litten und sich zumindest teilweise differenziert mit ihrer persönlichen Verantwortung auseinandersetzten, hatten in der öffentlichen Deutung der Kriegsgefangenschaft keinen Platz und keine Stimme.

Literatur zum Weiterlesen

Frank Biess, Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany, Princeton/Oxford 2006.

Michael Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf 2000.

Andreas Hilger, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen 2000.

Elisabeth Klaus/ Ernst Friedrich. Widerspenstige Erinnerung. in: Maren Büttner/Magnus Koch (Hg.), Zwischen Gehorsam und Desertion. Handeln, Erinnern, Deuten im Kontext des Zweiten Weltkrieges, Köln 2003, S. 108-160.

Arthur L. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985.

49

Übersetzung: Steffens

HQ 117/1oo7 (L/R) Mil Gov Det
117/1oo7/EX/15/1
12.12.1945

An
Liste "A"
Regierungspräsident Hildesheim

Betreff: Operation Clobber

1. Definition und Daten

Operation Clobber ist der Code-Name, der der Massnahme gegeben ist, die die Entlassung jeden Wehrmachtsmitgliedes in der englischen Zone ausser denen die unter besondere Arrestkathegorien fallen, vorsieht.

2. Dieser Vorgang soll zwischen dem 9.12.45 und 2o.1.46 beendet sein.

3. Der Regierungsbezirk Hildesheim hat den Auftrag erhalten, 24.ooo Mann bei diesem Vorgang aufzunehmen. Diese Gesamtzahl ist auf die Kreise verteilt worden in Beratung mit dem ~~xxxxxxxxx~~ Landesarbeitsamt, und die folgende Verteilung auf die Kreise ist vorgenommen worden:

Alfeld	165o
Holzminden	51oo
Stad Göttingen	11oo
Land Göttingen	5oo
Hann.Münden	27oo
StadtHildesheim	5oo
Land Hildesheim	--
Marienburg	25oo
Peine	58oo
Einbeck	95o
Duderstadt	2oo
Northeim	1ooo
Osterode	1ooo
	23ooo

Die verbleibenden 1ooo werden getrennt an die Kreise verteilt nach Belieben des Landesarbeitsamtes Hannover.
(Diese Zahlen heben diejenigen unseres Schreibens MG/5 1o173oA auf)

4. Abgesehen von diesen festgesetzten Zahlen können die Kreise eine Anzahl von Einzelpersonen aufnehmen, die seitens der 26 Korps durch 25 DCU (Entlassungseinheit) im Land Braunschweig entlassen werden, und denen Anweisung gegeben ist, sich selbständig auf den Heimweg zu machen. Es wird gehofft, dass diese Anzahl nicht zu gross sein wird.

Täglicher Zustrom

5. Der Zustrom in den Regierungsbezirk wird bis zu 2ooo jeden zweiten Tag betragen. Das Heisst, dass Kein Kreis ~~xxx~~ mehr als dieser Anzahl gleichzeitig abzufertigen hat, und in den meisten Fällen werden die 2ooo jedesmal auf verschiedene Kreise verteilt werden.

Weitere Behandlung

6. Alle Personen, die unter dieser Massnahme entlassen werden, sind als Flüchtlinge zu behandeln.

Q1: Operation Clobber, Stadt A Gö, B 43 (Stadtverwaltung und Miltärregierung), Film-Nr. AB 311, Sign. I 73, Bl. 49.

7. Bei ihrer Ankunft im Kreise haben sie sich auf dem Arbeitsamt zu melden, auf dem Ernährungsamt, Wohnungsamt nach den normalen Bestimmungen.
8. Die betreffenden deutschen Behörden sind verantwortlich für ihre Verteilung im Kreise im Bezug auf Unterbringung sowohl als auch Arbei

9. Ausser der normalen Arbeitslenkung sind die Arbeitsämter angewiese geeignete Kräfte für die folgenden Arbeitsmärkte auszusuchen:

a) Ruhr Bergbau
b) Baunternehmen im Bezirk Hannover
c) Monteure, Nieter und Errichter für Brücken und Schwerkonstruktionen im Ruhrgebiet.

Diese Information wird durch deutsche Behörden dem Landesarbeitsamt Hannover mitgeteilt unter Beifügung e nes Durchschlages zwecks Information durch die Kreis-Detachements an das Hauptquartier.

<u>Weitere Informationen</u>

10. Weitere Einzelheiten über die Massnahme als Ganze sind noch nich eingetroffen, aber die folgenden Punkte, die von der 5.Division in Verbindung mit der Entlassung des 26.Korps welche im Zusammenhang mit der Operation Globber steht, festgesetzt wurden, werden Ihnen zur Information und nötiger Veranlassung mitgeteilt, da sie wahrscheinl für die ganze Operation zutreffen.

11. Die folgenden Wehrmachtsklassen werden in der Britschen Zone entlassen:

a) Deutsche Klasse A.B.E.D.
b) Sudetendeutsche

12. Wenn die 25 DCU (Entlassungseinheit) die Entlassung des 26.Korps durchgeführt hat, wird sie mit der Entlassung des Lazarettpersonals und der Patienten in SITU beginnen. Ein Plan hierfür wird zur Zeit von 25 DCU ausgearbeitet.

13. Alle gegenwärtigen Arbeitskommandos des 26.Korps haben sofort zu dem 26.Korps Durchgangslager Berklingen D 0596 zurückzukehren. Zur Zeit wird ein Plan vorbereitet, nach welchem 30 deutsche Zivilpersonen jedem kommandierenden Oberstleutnant in den 5 Divisionsgebieten zur Verfügung gestellt werden, um als Arbeitsmannschaft im allgemeinen zu dienen.

14. Das Aussuchen hat vor der Entlassung zu geschehen und die Militärregierung ist NICHT hierfür verantwortlich.

15. Deutsche aus der B und D Klasse werden gänzlich entlassen und NICHT vorübergehend, wie dies bisher bei Klasse B der Fall war.

16. 25 DCU gibt allen, die durch sie entlassen werden, einen Freischein für Kleidung, das Erteilen von Genehmigungen einer Zeitspanne in der diese ungefärbt getragen werden darf, ist NICHT gestattet.

gez. F.J.Leishman Major
SO II IA & C

Q1: Operation Clobber, Stadt A Gö, B 43 (Stadtverwaltung und Miltärregierung), Bl. 50.

18

Einwohnermeldeamt .   Göttingen, den 1.Oktober 1945.

Herrn

Capt. B e r t r am der Militärregierung , h i e r .

Betrifft: Berichte über Flüchtlinge .

- Ref. 126/GA/6-

a) Bevölkerung des Stadtkreises Göttingen am 1.9.1939 =49.398
b) Zahl der deutschen Flüchtlinge und Evakuierten , die im Stadtkreise Göttingen wohnhaft sind .... = 9.994
c) Zahl der entlassenen Wehrmachtsangehörigen, die im Stadtkreise Göttingen wohnhaft sind .... = 3.955
d) Zahl der auf Wanderschaft sich befindenden deutschen Flüchtlinge, die in der Woche vom 24.9.1945- 3o.9. 1945 durch den Stadtkreis Göttingen gekommen sind = 3.67o
e) Zahl der sich auf der Wanderschaft befindenden Wehrmachtsangehörigen, die in der Woche vom 24.9.1945 - 3o.9.1945 durch den Stadtkreis Göttingen gekommen sind = 3.142

Ausserdem haben in der Woche vom 24.9.bis 3o.9.1945 4.96o Flüchtlinge hiesige Betreuungs-bezw. Verpflegungsstellen ohne Uebernachtung aufgesucht .
Es wird noch bemerkt, dass seit etwa einer Woche die Zahl der durchwandernden Flüchtlinge ausserordentlich stark zurückgegangen ist (50% und mehr) .

Vogel

Q2: Statistik über die Anzahl von Flüchtlingen vom 1.10.1945, Stadt A Gö, B 43 (Stadtverwaltung und Militärregierung), Film-Nr. AB 311, Sign. I 74, Bl. 18.

MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND

BEKANNTMACHUNG

EINTRAGUNG UND ENTLASSUNG ANGEHÖRIGER DER DEUTSCHEN WEHRMACHT UND DER MILITÄRÄHNLICHEN ORGANISATIONEN

1. Alle männlichen Personen, die aus der deutschen Wehrmacht (Heer, Marine und Luftwaffe) seit dem 3. September 1939 durch deutsche Stellen entlassen oder freigegeben worden sind, haben sich gemäß den folgenden Bestimmungen zwecks Eintragung zu melden.

2. Alle aktiven männlichen Angehörigen der deutschen Wehrmacht (Heer, Marine und Luftwaffe), der Waffen-SS, des NSKK (NS-Kraftfahrkorps), des NSFK (NS-Fliegerkorps), des RAD (Reichsarbeitsdienst) und der OT (Organisation Todt), die nicht im Besitz eines amtlichen britischen Entlassungsscheins (Vordruck D 2) sind, haben ihre Entlassung und Eintragung gemäß den folgenden Bestimmungen zu beantragen.

3. Alle in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Personen, die sich im Stadt-/Landkreis .... an einem der unten festgelegten Tage aufhalten, müssen sich zwecks Eintragung oder Entlassung an Nr. .... DCU (Wehrmachtauflösungsüberwachungseinheit) in ....(Stadt).................... (Straße) zwischen .... und .... am ....(Tage) melden.

4. Alle in Absätzen 1 und 2 aufgeführten Personen, die sich in den Stadt-/Landkreis .... nach dem ...., ohne im Besitz eines britischen Entlassungsscheins (Vordruck D 2) zu sein, begeben, müssen bei der Nr. DCU (Wehrmachtauflösungsüberwachungseinheit) in .... (Stadt) ....(Straße) innerhalb 7 Tagen nach erfolgtem Eintritt zwecks Eintragung oder Entlassung vorstellig werden.

5. Personen, die sich zwecks Eintragung oder Entlassung melden, haben die folgenden Urkunden vorzulegen:
   a) deutschen Entlassungsschein (soweit es sich um die im Absatz 1 aufgeführten Personen handelt),
   b) alle Dokumente, die sich auf den Militärdienst beziehen,
   c) alle Personalpapiere, gleichviel ob sie von zivilen oder anderen Behörden ausgestellt sind.

6. Zur Zeit der Meldung müssen die Meldungspflichtigen alle Uniformteile und Ausrüstungsstücke, Abzeichen, Medaillen, Ordensbänder und andere Distinktionen, die von einer der in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Organisationen herausgegeben wurden, diesen gehören oder ein Dienstverhältnis in diesen kennzeichnen, vorlegen, damit sie untersucht werden können, und auf Verlangen abgeben.

7. Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nachkommt, wird wegen Fahnenflucht von den im Absatz 2 aufgeführten Organisationen nicht belangt werden, vorausgesetzt, daß diese vor dem 16. Juni 1945 stattfand.

8. Wer den Bestimmungen dieser Anordnung nicht nachkommt, kann angeklagt werden, und das Gericht kann auf jede gesetzliche Strafe einschließlich des Todes erkennen, wenn es von der Schuld des Angeklagten überzeugt ist.

Im Auftrage der Militärregierung.

Q3: Militärregierung Deutschland: Bekanntmachung, Stadt A Gö, Plakatsammlung (1946-1949), Sign. 1946-28², 17.7.1946.

Alle wollen nach Deutschland zurück

Erlebnisse und Erkenntnisse in englischer Kriegsgefangenschaft

Munsterlager, 1. Oktober (DPD)

„Lieber bei Wasser und Brot in der Heimat, als bei Kaffee und Kuchen in Gefangenschaft!", das ist, wie die aus England heimkehrenden Kriegsgefangenen übereinstimmend berichten, der allgemeine Wunsch der noch in englischen Lagern lebenden deutschen Kriegsgefangenen. Zwar gäbe es einzelne, die freiwillig in England bleiben wollten, doch seien dies vor allem diejenigen, die in Deutschland keine Angehörigen mehr hätten.

Vom Meinungsstreit der Parteien haben die Kriegsgefangenen, die in der Lage waren, sich aus deutschen Zeitungen aller Zonen zu unterrichten, keinen besonders guten Eindruck. In den Lagern dagegen seien politische Diskussionen immer sachlich und unter Achtung auch gegenteiliger Meinungen geführt worden. Durch die zahlreichen Entlassungsversprechungen, die nicht gehalten worden wären, habe allerdings die politische Aktivität stark gelitten. Ein jeder habe nur den einen Gedanken gehabt: „Ich will erst an Ort und Stelle sein und mich selbst von den Zuständen in Deutschland unterrichten."

Post aus der Heimat — ein Erlebnis

Es ist der sehnlichste Wunsch aller noch in England zurückgebliebenen Kriegsgefangenen, so betonen die entlassenen Soldaten, daß ihre Angehörigen ihnen so viel wie möglich schreiben möchten; denn die Anzahl der Briefe sei keinen Beschränkungen unterworfen. Post von der Familie und den Freunden in Deutschland sei immer wieder ein Erlebnis. Ueber die Behandlung der Kriegsgefangenen in England sind keine Klagen laut geworden. Es habe wohl einmal Zwischenfälle gegeben; aber das könne man wohl überall erleben. Sehr stark habe sich die YMCA, die Vereinigung Christlicher Junger Männer, in den Lagern für die Gefangenen eingesetzt und alles getan, ihnen ihr schweres Los zu erleichtern. Die englische Bevölkerung selbst sei immer freundlich und hilfsbereit gewesen. Die Verpflegung, die immer gut und ausreichend war, habe sich allerdings nach der Kapitulation verschlechtert.

Ueber das englische Erziehungslager Wilton-Park bei London, in dem deutsche Kriegsgefangene mit den Grundsätzen und Ideen der Demokratie vertraut gemacht wurden, gingen die Meinungen weit auseinander. Besonders, so stellte einer der Entlassenen fest, habe die Idee dieser „kleinen Universität" darunter gelitten, daß zunächst die „D-Zug-Demokraten", auch „Blitz-Demokraten" genannt, sich um einen Kursus in diesem Lager bemüht hätten. Der eine sagte, nur Konjunkturpolitiker seien dort hingegangen, während ein anderer diese Methode der Umerziehung als gut und richtig bezeichnete. Allgemein jedoch wurden die Bemühungen der englischen Behörden anerkannt, den Deutschen durch einen Lehrgang in Wilton-Park ein neues und weiteres Blickfeld zu geben.

Schwere Vorwürfe richteten alle Heimkehrer, die längere oder kürzere Zeit in belgischen Lagern unter deutscher Lagerführung gelebt hatten, gegen die deutschen Kriegsgefangenen, die dort die führenden Stellungen inne hatten. Wer diesen Leuten 200 Zigaretten bieten konnte, sei auf die Entlassungsliste gekommen und auch tatsächlich entlassen worden. Sie hätten es auch verstanden, selbst entlassen zu werden. Heute sind diese Lager aufgelöst.

Wir wollen eine ehrliche Zukunft schaffen

Einer dieser Männer, die nun lange Jahre der Gefangenschaft hinter sich haben, sprach unter allgemeiner Zustimmung für alle, als er sagte: „Wir wissen, daß wir nicht ins Paradies kommen. Wenn wir eines in der Gefangenschaft gelernt haben, so dies: uns schnell in jede neue Lage hineinzufinden. Wir sind alle gleich schlecht dran und können nur durch gemeinsames Anpacken eine ehrliche und friedliche neue Zukunft schaffen."

Q4: Artikel: „Alle wollen nach Deutschland zurück", Hannoversche Neueste Nachrichten, 2.10.1946, S. 5, Stadt A Gö, Film-Nr. Ztg. 623, Bl. 43.

Das Elend der Rußland-Heimkehrer

Nur 17 Prozent voll arbeitsfähig! / Ueber zwei Drittel bedarf monatelanger Pflege

Friedland, 22. November.

Im Auftrage des Ministeriums für Aufbau, Arbeit und Wohlfahrt hat im Flüchtlingsdurchgangslager in Friedland in der Zeit vom 4. September bis zum 10. Oktober eine ärztliche Kommission unter dem Vorsitz des Ordinarius für innere Medizin an der Universität Göttingen, Prof. Dr. Schoen, der drei Fachärzte für innere Medizin, ein Chirurg, ein Dermatologe und ein Hygieniker angehörten, eine Untersuchung der 12 260 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen stattgefunden. Das Ergebnis liegt nun in einem umfassenden Bericht vor, in dem alle Einzelheiten sehr eingehend behandelt werden. Aus diesem Bericht, der für die Oeffentlichkeit ein ganz besonderes Interesse hat, geben wir im Auszug einen Teil der Untersuchungsergebnisse wieder. Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis: daß der am häufigsten fachärztlich erhobene pathologische Befund die Hungerkrankheit in ihren verschiedenen Formen war. Etwa die Hälfte der 12 260 untersuchten Heimkehrer litt an Hungerödem. An zweiter Stelle in der Häufigkeit und als wahrscheinlicher Folgezustand der Hungerkrankheit steht die Lungentuberkulose, an welcher etwa 10 Prozent der heimgekehrten Kriegsgefangenen leidet. Die offene Lungentuberkulose und die ebenfalls häufig festgestellte Malaria gaben Anlaß, die für die Bestimmungsorte der Heimkehrer zuständigen Gesundheitsämter zu benachrichtigen, um die zur Seuchenabwehr erforderlichen hygienischen Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen.

Ueber ein Drittel der Untersuchten hat während der Gefangenschaft zum Teil sehr ernste Krankheiten durchgemacht. Etwas über 70 Prozent von ihnen befanden sich in den Altersklassen zwischen 30 und 49 Jahren. Um einen zuverlässigen Maßstab für die Unterernährung zu erhalten, ist von der ärztlichen Untersuchungskommission eine Berechnung des Untergewichts vorgenommen worden. Hierbei ergab sich, daß die relativ stärkere Untergewichtigkeit bei den älteren Leuten festzustellen ist. Auffallend ist, daß die Untersuchten in allen Altersklassen ziemlich gleichmäßig durch die Hungerkrankheit betroffen sind. Die meisten der bis auf weiteres arbeitsunfähigen Hungerkranken müssen erst durch entsprechende Ernährung und Pflege wieder zu Kräften gebracht werden und düften dann voraussichtlich innerhalb von 6 Monaten wieder arbeitsfähig werden können, ein kleiner Teil scheidet jedoch für die Wiedereinschaltung in den Arbeitsbetrieb völlig aus.

Von 1695 Untersuchten hatten 227 eine aktive Lungentuberkulose. Aus zwei Transporten wurden 289 Männer geröntgt. Dabei ergab sich bei 82 von 289 ein positiver Befund. In einer weiteren Gruppe von 504 Männern litten 60, d. i. 11,1 Prozent, an aktiver Lungentuberkulose. Von 902 nicht ausgewählten Gefangenen hatten 85 oder 9,4 Prozent einen aktiven tuberkulosen Lungenprozeß. Stark ist die Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane. Eine große Rolle als Ursache der Arbeitsunfähigkeit spielen auch Herz- und Gefäßkrankheiten.

Unter Berücksichtigung aller für die Beurteilung wichtigen Tatsachen, insbesondere der Vorgeschichte und des fachärztlichen Befundes, hat die Kommission die Arbeitseinsatzfähigkeit der Heimkehrer ermittelt. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, die Untersuchten in vier Gruppen aufzuteilen. In der Gruppe I befinden sich 2116 Heimkehrer, d. i. 17 Prozent, die als arbeitsfähig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt angesehen werden können. Die Gruppe II zählt 1886 oder 1. Prozent der Untersuchten. Diese sind nur zu leichten oder bestimmten Arbeiten fähig, teils durch Gebrauchsbeschränkung oder Verlust von Gliedern. In der Gruppe IIIa befinden sich die weitaus meisten der Heimkehrer, nämlich 8194 oder 67 Prozent. Sie sind zeitlich, und zwar etwa bis zu sechs Monaten, infolge ihres körperlichen Zustandes nicht arbeitsfähig. Die dauernd Arbeitsunfähigen als Folge ihrer schweren Krankheit sind der Gruppe IIIb zugeteilt. Ihre Zahl beträgt 64 oder 5 Prozent. Aus der Tatsache, daß als Grund der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in jedem Falle Arbeitsunfähigkeit maßgebend war, geht hervor, daß bei der Bewertung der Arbeitsfähigkeit von den Kommissionsmitgliedern ein strenger Maßstab angelegt wurde.

Q5: Artikel: „Das Elend der Rußland-Heimkehrer", Hannoversche Neueste Nachrichten, 23.11.1946, S. 1, Stadt A Gö, Film-Nr. Ztg. 623, Bl. 77.

Ohne Gepäck, ohne Decke, ohne Mantel

Der erste Heimkehrerschub aus Rußland in Friedland eingetroffen

GÖTTINGEN, 15. August.

Schon am 10. August sollten die ersten Transporte der aus Rußland entlassenen und für die britische Zone bestimmten deutschen Kriegsgefangenen an der englisch-russischen Zonenschleuse Friedland—Arenshausen eintreffen. Die vielen Angehörigen, die aus Köln und Hamburg, Dortmund und Lübeck zum Empfang ihrer Lieben nach Friedland geeilt waren, mußten jedoch unverrichteter Dinge wieder heimfahren, denn die Aktion verschob sich erst auf unbestimmte Zeit und dann auf den 13. August nachmittags.

Pünktlich um 14 Uhr gab der englische Wachoffizier dem Posten ein Zeichen, und der Schlagbaum ging in die Höhe. Zuerst kamen Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen. Dann dahinter in langen Reihen, müde und matt, mit leerem Blick und kahlgeschorenen Haaren diejenigen, die so lange auf diesen Augenblick gewartet hatten. Sie kamen ohne jedes Gepäck, ohne Decke und ohne Mantel, jeder nur mit seinem aus einer alten Konservendose selbst angefertigten Eßnapf in der Hand, wenige nur ein armseliges, kleines Bündelchen tragend, viele mit Stöcken, auf die sie sich beim Gehen stützten. Die Gesichter waren alt und zerfurcht, manche auch von Hautekzemen zerfressen. Sie trugen weiße Militärdrillichhosen und dazu gebrauchte Zivil- oder Uniformstücke, die man ihnen in Frankfurt a. d. Oder gegeben hatte. Die Füße steckten in meist neuen, mit Segeltuch bespannten Holzschuhen. Mitgegeben war ihnen auch noch eine große Anzahl politischer Broschüren, Zeitschriften und sonstiges SED-Propagandamaterial.

Nur Kranke werden entlassen

Kaum auf „englischem Boden" angekommen, begann das Uhrwerk einer gut eingespielten Organisation. Die fahrbaren Kantinen der Heilsarmee waren aufgefahren, und jeder Heimkehrer bekam zuerst einen halben Liter heißer Schokolade. Dann ging es mit bequemen Omnibussen zum Lager Friedland, das derzeit leer steht und für den Empfang gerüstet war. Hier wurde nun der politische Fragebogen ausgefüllt, registriert, entlaust, ärztlich untersucht und Verpflegung ausgegeben. Außerdem erhielt jeder, da keiner der Heimkehrer Barmittel bei sich trug, einen Gutschein, der zum Lösen einer Fahrkarte nach seinem Heimatort berechtigte. Das alles ging auffallend schnell und ohne große Verzögerungen, so daß schon ein beträchtlicher Teil die späten Abendzüge für die Heimfahrt benutzen konnte. Reichliche Marschverpflegung wurde verabreicht und für die Reise mitgegeben.

Die Masse der heimkehrenden Soldaten war schweigsam, abgestumpft und apathisch. Sie antworteten auf Fragen nur zögernd und blieben bei der Antwort selbst karg und verschlossen.

Da war ein fünfzigjähriger ehemaliger Obergefreiter aus Herford. Im März 1945 gefangengenommen, kam er in ein Lager in Odessa und hatte es, wie er selbst sagte, nicht schlecht gehabt. Mit einem steifen Arm konnte er in der Außenarbeit nicht beschäftigt werden, und er half deshalb in der Küche. Er klagte weder über schlechtes Essen noch über ungerechte Behandlung und lobte die russische Lagerleitung. Der 54 Jahre alte ehemalige Oberzahlmeister im gleichen Glied kommt von Stalingrad und will nach Osnabrück. Er sagt ähnliches aus, spricht von korrekter Behandlung, erträglicher Arbeit, wenn auch mäßigem Essen. Er bedauert nur, daß die russischen Behörden keine Gesunden entlassen, sondern nur Kranke und solche, die für harte körperliche Arbeit nicht mehr zu gebrauchen sind. Und da ist der ehemalige Unteroffizier aus einem Lager bei Moskau. Er war zuerst in einem großen Steinbruch, dann als Holzfäller eingesetzt, wurde beim Straßenbau verwendet und stach zuletzt bis zu 14 Stunden am Tag Torf. Er hatte immer schwere Arbeit gehabt und sprach von schlechter Verpflegung und minimalen Rationen an dünner Suppe und Brot. Wassersucht war die Folge.

Andere erzählten von langer Arbeitszeit, schwierigen und mühseligen Anmarschwegen zur Arbeitsstätte, aber auch von Vortragsabenden und Tabakzuteilungen als Belohnung. Post aus der Heimat hatten nur wenige erhalten; dazwischen waren welche, die bisher keine Schreibmöglichkeit gehabt hatten. Im allgemeinen darf jedoch jeder Kriegsgefangene alle drei Monate eine Karte nach Haus schreiben. Auch eine Kriegsgefangenenzeitung gab es. —b—

DIE LESER

„Elend in Sorsum"

Argus darf sich in Sorsum nicht wieder blicken lassen, wenn er nicht der allgemeinen Volkswut zum Opfer fallen will. Nicht etwa, weil seine Schilderung der Flüchtlingsnot übertrieben gewesen wäre, nein — man hat seinen Artikel nur halb gelesen und deshalb seine Absicht, die verzweifelte Wohnraum-Lage auf dem Lande darzustellen, gründlich verkannt. So findet man in der veröffentlichten Schilderung eine Anklage gegen die Gemeinde, sie hätte bei der Unterbringung jener Heimatlosen nicht genug getan. Dabei mußte doch jeder gründliche Leser in Argus' Schreiben den Sinn erkennen: „Es kann mit den Flüchtlingen beim besten Willen nicht mehr so weitergehen!" Am wenigsten aber liegt darin ein Vorwurf für die Wohnungskommission oder den Gemeindedirektor, der bei der Unterbringung von 1000 Fremden sein möglichstes leistete und nun, weiß Gott, nur noch versuchen kann, daß man von weiteren Transporten in diesen Ort künftig absieht.

(Oder meinst Du, lieber Argus, daß sich in dieser allgemeinen Entrüstung über Dich auch ein wenig das wachwerdende schlechte Gewissen regt? Dann aber gewiß nur in Ausnahmefällen!) Wilhelm Koch.

Die 5. Zone Deutschlands

Von befreundeter Seite erhielt ich das „Flensburger Tageblatt" vom 14. August. Der Leitartikel beschäftigt sich mit den deutschen Grenzfragen im Osten und wird auch für Ihre Leser von größtem Interesse sein. Das Blatt schreibt: „Wir alle müssen uns daran gewöhnen, das polnisch verwaltete Gebiet östlich von Oder und Neiße als die fünfte Zone Deutschlands zu betrachten, die zusammen mit den vier anderen Zonen später wieder unsere freie Heimat bilden wird" und weist dann auf den Ausspruch eines Vorstandsmitgliedes der SED in der Sowjetzone hin, der erklärte: „Bringen wir die Potsdamer Beschlüsse in Gefahr, dann bringen wir die Einheit Deutschlands in Gefahr."

Wer so spricht, wer nicht auf eine möglichst schnelle Aenderung der in Potsdam eingeleiteten Maßnahmen dringt, hat das Recht verwirkt, als Sprecher für deutsche Menschen angesehen zu werden! Die Abhängigkeit, in der sich das Vorstandsmitglied der SED befindet, ist allzu deutlich. Um so mehr begrüßt unser Volk, daß die

Q6: Artikel: „Ohne Gepäck, ohne Decke, ohne Mantel", Hannoversche Presse, 16.8.1946, S. 2, Stadt A Gö, Film-Nr. Ztg. 627, Bl. 22.

Das Sozialamt hat die Aufgabe, allen in Not befindlichen Familien zu helfen und zwar im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften, die ja jedes Amt besitzen muß. Die Not ist, wie jeder Einzelne weiß, groß. Sie war schon bis in diesem Sommer groß, ist aber jetzt noch viel größer geworden und zwar dadurch, daß auf Veranlassung der Militärregierung die Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen ab 1. August 1946 ihre bis dahin erhaltenen Renten verloren haben und nur noch ganz wenige Familien übriggeblieben sind, die noch geringe Bezüge haben werden. Deshalb haben alle zuständigen Stellen überlegt, wie man diesen jetzt wieder in Not geratenen Familien helfen kann. Die Kriegsversehrten und -hinterbliebenen können nun, wenn die bestimmten Voraussetzungen vorliegen, nur Wohlfahrtsunterstützung erhalten und zwar in ganz geringer nicht ausreichender Höhe. Die Sätze sind wie folgt:

Für den Haushaltungsvorstand	28,-- RM monatl.
für jede weitere über 16 Jahre alte Person	21,-- RM "
für Kinder unter 16 Jahren	15,-- RM "

Hierzu kommt die Miete.

Danach hat eine Kriegerwitwe oder auch eine sonstige in Not befindliche Familie folgende Einnahmen:

für die Frau	28,-- RM monatl.
bei Vorhandensein von 2 Kindern unter 16 Jahren	30,-- RM " und
bei einer Mietzahlung von	40,-- RM "
zus.:	98,-- RM monatl.

Dieser Betrag reicht selbstverständlich zur Bestreitung aller Ausgaben nicht aus.

Voraussetzung für die Zahlung einer Unterstützung vom Wohlfahrtsamt ist in allen Fällen: Arbeitsunfähigkeit und Vermögenslosigkeit, und außerdem besteht bei Erhalt von Wohlfahrtsunterstützung später - wenn eine Möglichkeit dazu besteht - die Rückzahlungspflicht.

Sie

Q7: Aufgaben des Sozialamtes, Stadt A Gö, C50 (Sozialamt), Nr. 439,2 (keine Blattzählung).

Sie können sich denken, daß nur Familien, die in äußerster Not sind, zum Sozialamt kommen und ihre Anträge auf Bewilligung von Unterstützungen stellen. Die Prüfung, ob Arbeitsunfähigkeit vorliegt oder Vermögen vorhanden ist, ist sehr eingehend.

Bis 31.7.1946 hat das Sozialamt folgende Parteien unterstützt:

	Parteien	Personen
Kriegerwitwen, Kriegsbeschädigte	128	402
FU. (Familien, deren Ern. noch in Gefangenschaft [illegible].	766	2325
Evakuierte und Flüchtlinge	690	1274
Sozialrentner	221	299
Kleinrentner u. Gleichgestellte	155	171
Allgemeine Fürsorge	125	203
Tuberkulose-Hilfe, P	31	37
Politisch und rassisch Verfolgte	49	76
	2165	4787

Seit dem 1. August 1946, nachdem also die Renten forgefallen sind, sind 350 neue Anträge gestellt worden und täglich kommen noch neue Anträge hinzu. Wir rechnen deshalb mit einem Zugang von 1000 bis 1200 Parteien, so daß demnächst vom Sozialamt rund 3200 Familien mit 7000 und mehr Personen unterstützt werden, die sämtlich nur die oben angeführten Unterstützungsrichtsätze erhalten. Da diese Familien, wie wir alle, erhebliche Ausgaben zur Deckung des Winterbedarfs mit Kartoffeln und Holz haben werden, hat das Sozialamt vorgeschlagen, allen diesen Familien eine einmalige Zuwendung von 50,-- RM für den Haushalt und 10,-- RM für jede weitere vorhandene Person zukommen zu lassen. Dieser Betrag ist unbedingt erforderlich, damit die Familien die auf jeden Fall entstehenden Ausgaben decken können. Der Betrag ist nur eine kleine Hilfe.

Die voraussichtlich Gesamtausgabe wird 208.000,-- RM betragen.

Q7: Aufgaben des Sozialamtes, Stadt A Gö, C50 (Sozialamt), Nr. 439,2 (keine Blattzählung).



295

СОЮЗ ОБЩЕСТВ КРАСНОГО КРЕСТА и КРАСНОГО ПОЛУМЕСЯЦА
СССР

Почтовая карточка военнопленного
Carte postale du prisonnier de guerre

Бесплатно
Franc de port

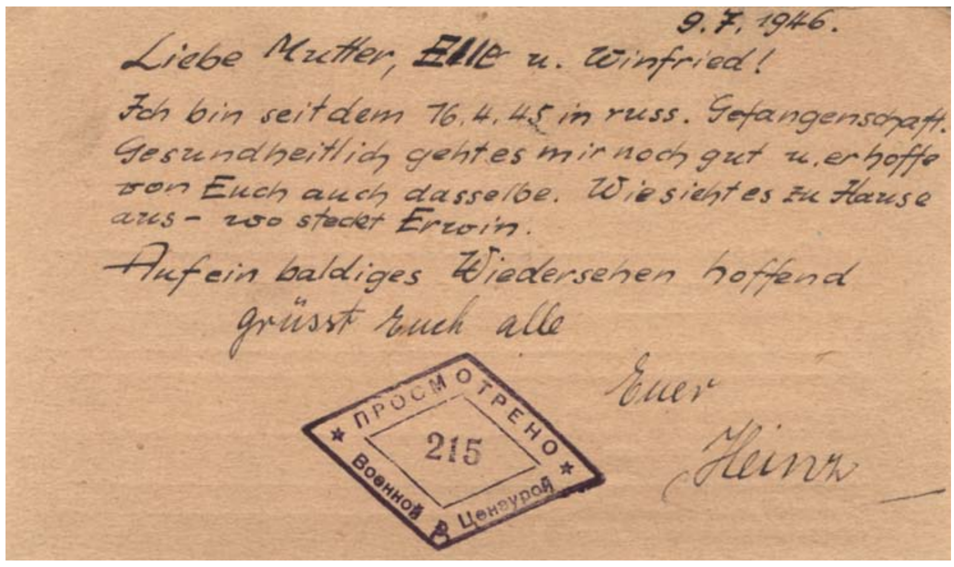
Кому (Destinataire) Frau Emilie E

Куда (Adresse) Göttingen / Reg. Bz. Hannover
str. 29/30
Deutschland

Отправитель (Expéditeur)
Фамилия и имя военнопленного
Nom du prisonnier de guerre
Kgf.
Heinz E

Почтовый адрес военнопленного
Adresse du prisonnier de guerre
Moskau
UdSSR. Rotes Kreuz Postfach 259/3

тп 4 зак. 2676 17.IX—45 г.



9.7.1946.

Liebe Mutter, Elle u. Winfried!

Ich bin seit dem 16.4.45 in russ. Gefangenschaft. Gesundheitlich geht es mir noch gut u. erhoffe von Euch auch dasselbe. Wie sieht es zu Hause aus – wo steckt Erwin.

Auf ein baldiges Wiedersehen hoffend grüsst Euch alle

Euer
Heinz

ПРОСМОТРЕНО
215
Военной Цензурой

Q8: Postkarte aus russischer Gefangenschaft, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 7, Bl. 295.



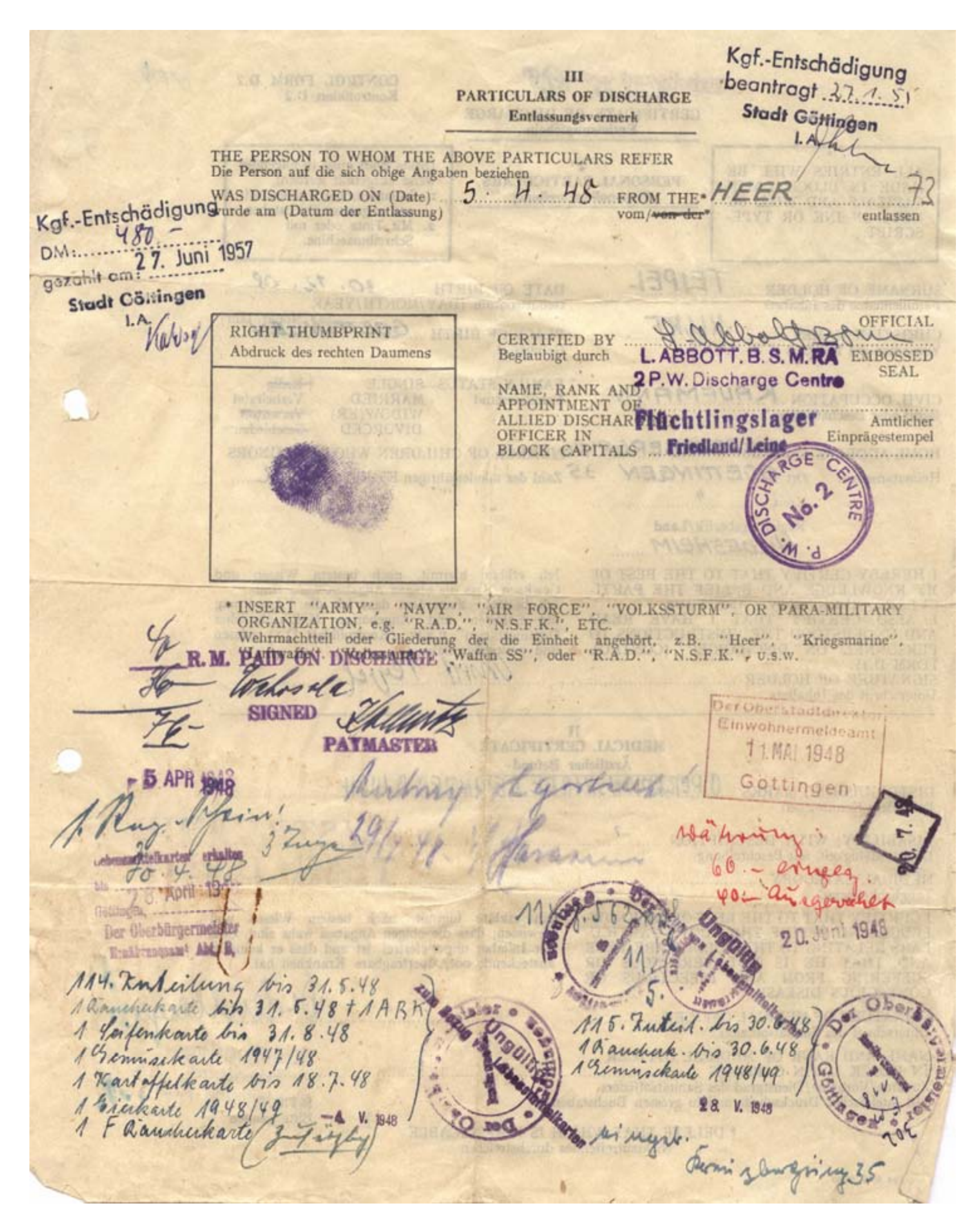
Q9: Bild: Pinnwand im Grenzdurchgangslager Friedland, Fotoarchiv Gö.



Q10: Bild: Angehörige mit Plakaten, Fotoarchiv Gö.



Q11: Bild: Szene im Lager Friedland, Fotoarchiv Gö.



Kgf.-Entschädigung beantragt 27.1.51
Stadt Göttingen
I.A.

III
PARTICULARS OF DISCHARGE
Entlassungsvermerk

THE PERSON TO WHOM THE ABOVE PARTICULARS REFER
Die Person auf die sich obige Angaben beziehen
WAS DISCHARGED ON (Date) 5. 4. 48 FROM THE* HEER 73
wurde am (Datum der Entlassung) vom/von der* entlassen

Kgf.-Entschädigung
DM: 480.–
gezahlt am: 27. Juni 1957
Stadt Göttingen
I.A.

RIGHT THUMBPRINT
Abdruck des rechten Daumens

CERTIFIED BY
Beglaubigt durch
L. ABBOTT. B. S. M. RA
2 P.W. Discharge Centre
Flüchtlingslager
Friedland/Leine

NAME, RANK AND APPOINTMENT OF ALLIED DISCHARGE OFFICER IN BLOCK CAPITALS

OFFICIAL EMBOSSED SEAL
Amtlicher Einprägestempel

P. W. DISCHARGE CENTRE No. 2

* INSERT "ARMY", "NAVY", "AIR FORCE", "VOLKSSTURM", OR PARA-MILITARY ORGANIZATION, e.g. "R.A.D.", "N.S.F.K.", ETC.
Wehrmachtteil oder Gliederung der die Einheit angehört, z.B. "Heer", "Kriegsmarine", "Luftwaffe", "Waffen SS", oder "R.A.D.", "N.S.F.K.", u.s.w.

R. M. PAID ON DISCHARGE
SIGNED
PAYMASTER

5 APR 1948

Der Oberstadtdirektor
Einwohnermeldeamt
11. MAI 1948
Göttingen

20. 7. 48

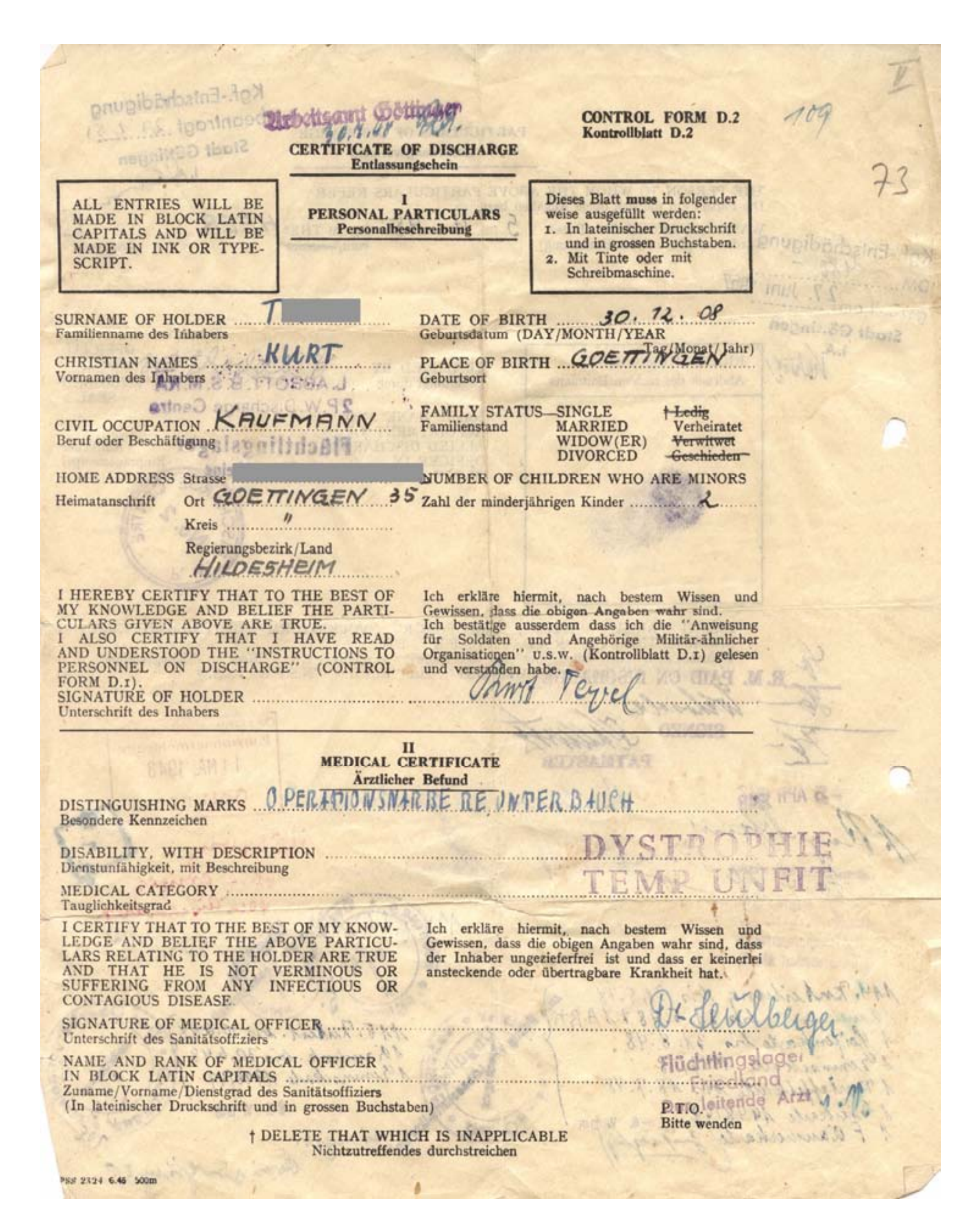
Lebensmittelkarten erhalten
28. April 1948
Göttingen
Der Oberbürgermeister
Ernährungsamt Abt. B.

114. Zuteilung bis 31.5.48
1 Raucherkarte bis 31.5.48 + 1 ABK
1 Seifenkarte bis 31.8.48
1 Gemüsekarte 1947/48
1 Kartoffelkarte bis 18.7.48
1 Eierkarte 1948/49
1 F Raucherkarte (Zusätzlich)
–4. V. 1948

Währung
60.– eingez.
40.– ausgezahlt
20. Juni 1948

115. Zuteil. bis 30.6.48
1 Raucherk. bis 30.6.48
1 Gemüsekarte 1948/49
28. V. 1948

Q12: Certificate of Discharge, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 7, Bl. 73.



CONTROL FORM D.2
Kontrollblatt D.2

CERTIFICATE OF DISCHARGE
Entlassungsschein

ALL ENTRIES WILL BE MADE IN BLOCK LATIN CAPITALS AND WILL BE MADE IN INK OR TYPESCRIPT.

I
PERSONAL PARTICULARS
Personalbeschreibung

Dieses Blatt muss in folgender weise ausgefüllt werden:
1. In lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben.
2. Mit Tinte oder mit Schreibmaschine.

SURNAME OF HOLDER T
Familienname des Inhabers

DATE OF BIRTH 30. 12. 08
Geburtsdatum (DAY/MONTH/YEAR Tag/Monat/Jahr)

CHRISTIAN NAMES KURT
Vornamen des Inhabers

PLACE OF BIRTH GOETTINGEN
Geburtsort

CIVIL OCCUPATION KAUFMANN
Beruf oder Beschäftigung

FAMILY STATUS—SINGLE † Ledig
Familienstand MARRIED Verheiratet
WIDOW(ER) ~~Verwitwet~~
DIVORCED ~~Geschieden~~

HOME ADDRESS Strasse
Heimatanschrift Ort GOETTINGEN 35
Kreis "
Regierungsbezirk/Land HILDESHEIM

NUMBER OF CHILDREN WHO ARE MINORS
Zahl der minderjährigen Kinder 2

I HEREBY CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE PARTICULARS GIVEN ABOVE ARE TRUE.
I ALSO CERTIFY THAT I HAVE READ AND UNDERSTOOD THE "INSTRUCTIONS TO PERSONNEL ON DISCHARGE" (CONTROL FORM D.1).

Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind. Ich bestätige ausserdem dass ich die "Anweisung für Soldaten und Angehörige Militär-ähnlicher Organisationen" u.s.w. (Kontrollblatt D.1) gelesen und verstanden habe.

SIGNATURE OF HOLDER
Unterschrift des Inhabers

II
MEDICAL CERTIFICATE
Ärztlicher Befund

DISTINGUISHING MARKS OPERATIONSNARBE RE. UNTERBAUCH
Besondere Kennzeichen

DISABILITY, WITH DESCRIPTION DYSTROPHIE
Dienstunfähigkeit, mit Beschreibung

MEDICAL CATEGORY TEMP. UNFIT
Tauglichkeitsgrad

I CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE ABOVE PARTICULARS RELATING TO THE HOLDER ARE TRUE AND THAT HE IS NOT VERMINOUS OR SUFFERING FROM ANY INFECTIOUS OR CONTAGIOUS DISEASE.

Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind, dass der Inhaber ungezieferfrei ist und dass er keinerlei ansteckende oder übertragbare Krankheit hat.

SIGNATURE OF MEDICAL OFFICER
Unterschrift des Sanitätsoffiziers

NAME AND RANK OF MEDICAL OFFICER IN BLOCK LATIN CAPITALS
Zuname/Vorname/Dienstgrad des Sanitätsoffiziers
(In lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben)

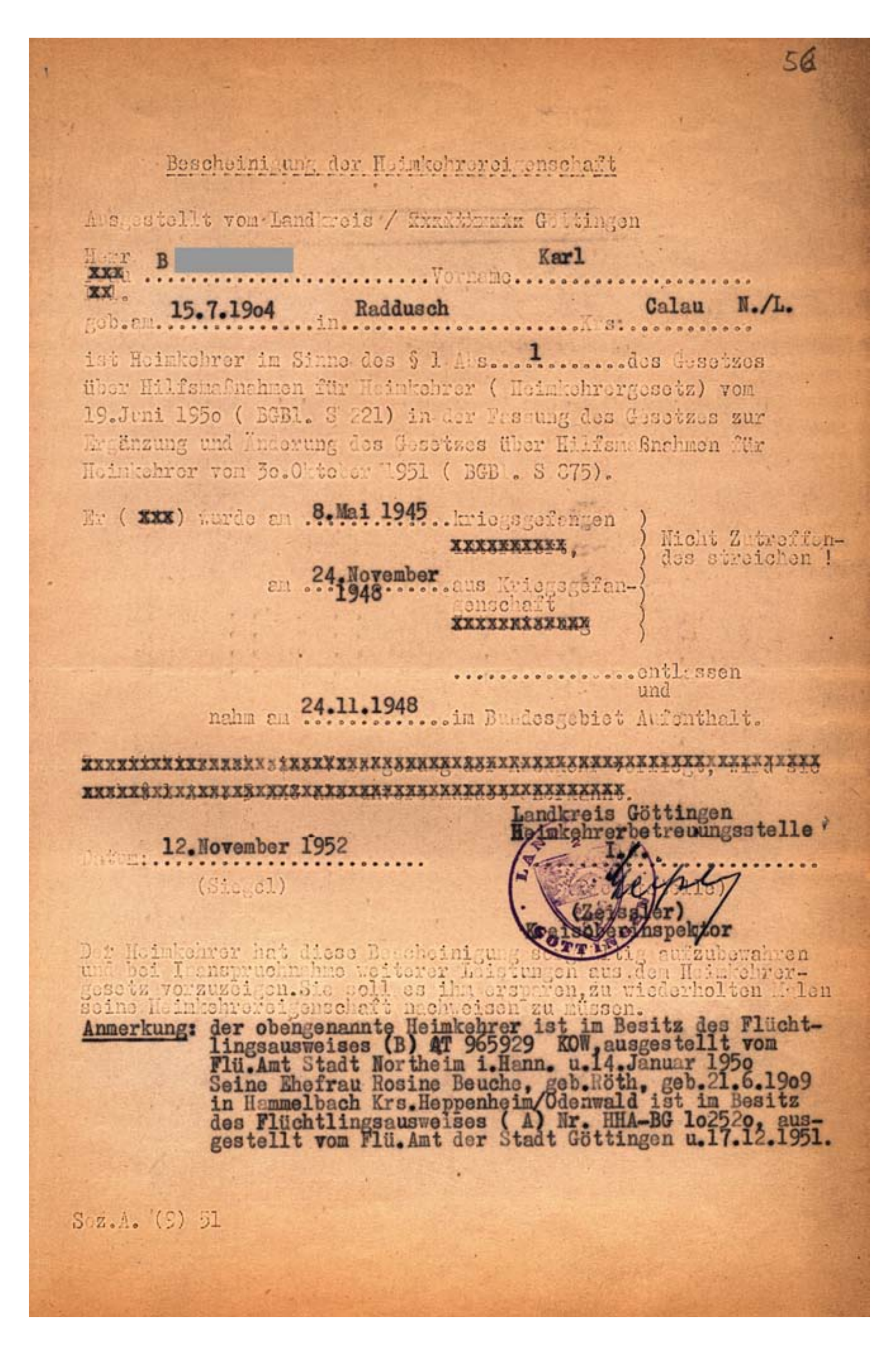
Flüchtlingslager Friedland leitende Arzt

P.T.O.
Bitte wenden

† DELETE THAT WHICH IS INAPPLICABLE
Nichtzutreffendes durchstreichen

PSS 2124 6.46 500m

Q12: Certificate of Discharge, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 7, Bl. 73.



56

Bescheinigung der Heimkehrereigenschaft

Ausgestellt vom Landkreis / XXXXXXXX Göttingen

Herr XXX XX B Vorname Karl

geb. am 15.7.1904 in Raddusch Krs: Calau N./L.

ist Heimkehrer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer (Heimkehrergesetz) vom 19. Juni 1950 (BGBl. S 221) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 30. Oktober 1951 (BGBl. S 875).

Er (xxx) wurde am 8. Mai 1945 kriegsgefangen XXXXXXXXXX, am 24. November 1948 aus Kriegsgefangenschaft XXXXXXXXXXXX entlassen und } Nicht Zutreffendes streichen !

nahm am 24.11.1948 im Bundesgebiet Aufenthalt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX.

Datum: 12. November 1952

(Siegel)

Landkreis Göttingen
Heimkehrerbetreuungsstelle
I. A.
(Unterschrift)
(Zeissler)
Kreisoberinspektor

Der Heimkehrer hat diese Bescheinigung sorgfältig aufzubewahren und bei Inanspruchnahme weiterer Leistungen aus dem Heimkehrergesetz vorzuzeigen. Sie soll es ihm ersparen, zu wiederholten Malen seine Heimkehrereigenschaft nachweisen zu müssen.

Anmerkung: der obengenannte Heimkehrer ist im Besitz des Flüchtlingsausweises (B) AT 965929 KOW, ausgestellt vom Flü. Amt Stadt Northeim i. Hann. u. 14. Januar 1950
Seine Ehefrau Rosine Beuche, geb. Röth, geb. 21.6.1909 in Hammelbach Krs. Heppenheim/Odenwald ist im Besitz des Flüchtlingsausweises (A) Nr. HHA-BG 102520, ausgestellt vom Flü. Amt der Stadt Göttingen u. 17.12.1951.

Soz.A. (9) 51

Q13: Bescheinigung der Heimkehrereigenschaft, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 6, Bl. 56.

Reinhart Rath
Assessor

Göttingen, den 3.10.50

3/10 50

Sehr verehrter Herr Oberstadtdirektor !

Der Erlass des Heimkehrergesetzes veranlasst mich, auf mein Verhältnis zur Stadtverwaltung, das mehrmals Gegenstand meiner Vorsprachen bei Ihnen war, zurückzukommen.

Mein Arbeitsverhältnis, das seit 1.1.1937 bestand, endete mit der Kapitulation. Im Mai 1945 erhielt meine Frau die letzte Gehaltszahlung, also mit dem Zeitpunkt, in dem ich in russische Kriegsgefangenschaft geriet. Das Arbeitsverhältnis erlosch, weil es mir wegen Zurückbehaltung im fremden Gewahrsam unmöglich war, der Stadt Dienste zu leisten.

In solchen Fällen bestimmt § 7 des Heimkehrergesetzes vom 19.6.50 (Bundesgesetzbl. Nr 27 S. 221 ff.), dass das Arbeitsverhältnis rückwirkend wieder auflebt. Ich habe mich bei Ihnen sofort nach Rückkehr aus der Gefangenschaft am 10.9.46 zur Dienstleistung zurückgemeldet.

Da ich mich nicht als entlassen betrachten kann, biete ich hiermit meine Dienste der Stadtverwaltung an und bitte sehr ergebenst um baldgefl. Nachricht über die Art meiner Verwendung.

Indem ich zum Ausdruck bringe, dass mir nunmehr ein langgehegter Wunsch in Erfüllung geht,

bin ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Reinhart Rath.

5.X

Q14: Briefwechsel. Stadt A Gö, C 34 (Rechtsamt), Nr. 96 (keine Blattzählung).

Stadt Göttingen am 24.Okt.1950

Der Oberstadtdirektor

1.) Herrn
Assessor Reinhart R a t h ,
G ö t t i n g e n
Hainbundstr. 15

Zu Ihren Ansprüchen, die Sie aus dem Heimkehrergesetz herleiten, nehme ich wie folgt Stellung:

Gemäß § 7 des Gesetzes müßte Ihr Arbeitsverhältnis "wegen des fremden Gewahrsams" erloschen sein, damit Sie jetzt noch irgend welche Rechte geltend machen könnten. Das trifft jedoch nicht zu. Als Sie sich im September 1946 bei mir zurückmeldeten, habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Stadt Sie nicht wieder einstellen könne. Selbst wenn man jetzt mit dem Gesetz der Meinung wäre, Ihr Arbeitsverhältnis habe bis zu diesem Zeitpunkt nur geruht und Sie hätten sich infolgedessen nur zur Wiederaufnahme Ihres Dienstes gemeldet und nicht um Wiedereinstellung gebeten, so wäre doch auf jeden Fall in meiner damaligen Mitteilung eine Kündigung zu erblicken. Ihr haben Sie nicht widersprochen, sondern dann erst mit Schreiben vom 8.11.1948 um Ihre "Wiedereinstellung" nachgesucht. Ich muß daher zu meinem Bedauern den Standpunkt einnehmen, daß Ihr Vertrag nicht wegen Ihrer Kriegsgefangenschaft erloschen, sondern im September 1946 im beiderseitigen Einverständnis aufgelöst worden ist.

Die Tatsache, daß Sie erst nach erfolgter Entnazifizierung im November 1948 erneut einen Antrag auf Wiedereinstellung einreichten, läßt darauf schließen, daß Sie zunächst dieseabwarten wollten, ehe Sie wieder an die Stadt herantraten. Wollte man selbst annehmen, daß der Vertrag nicht im September 1946 aufgelöst worden sei, so hätten Sie doch mindestens die Rechte aus ihm durch Ihr mehr als 2 jähriges Stillschweigen verwirkt. Der wahrscheinliche Grund für Ihr Schweigen

- 2 -

Q14: Briefwechsel. Stadt A Gö, C 34 (Rechtsamt), Nr. 96 (keine Blattzählung).

- 2 -

- Abwarten der Entnazifizierung - spielt dabei keine Rolle. Einen Anspruch auf Wiedereinstellung nach durchgeführter Entnazifizierung hatten Sie sowieso nicht. Die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung hat festgestellt, daß Angestellten insofern nicht einmal ähnliche Rechte wie Beamten zustehen.x Würden Sie jetzt wieder in Ihre alte Stellung übernommen, so würden Sie dadurch ~~sogar~~ besser gestellt als ein entnazifizierter Beamter der Kategorie IV. Dieser hat gem. der 2. Niedersächsischen Maßnahmenverordnung vom 15.3.1949 kein Recht auf seine alte Stellung.

Ich bedaure, unter diesen Umständen Ihrem Gesuch nicht stattgeben zu können.

2.) x Sie sind im Entnazifizierungsverfahren in Gruppe IV eingestuft.

27.11.50

Q14: Briefwechsel. Stadt A Gö, C 34 (Rechtsamt), Nr. 96 (keine Blattzählung).

Kriegsgefangener	~~Internierter~~	~~Verschleppter~~	PZ: .... (Errechnete Punktzahl)	8 – 205 (Aktenzeichen)

Antrag
auf Gewährung einer Entschädigung
nach § 3 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes

– *In dreifacher Ausfertigung einzureichen* –

Eing. 12. Juli 1954 Stadt Göttingen Ausgleichsamt

52

Alle Angaben sollen gut leserlich (möglichst mit Schreibmaschine oder Blockschrift) gemacht werden. Nichtzutreffende Fragen sind mit „entfällt" zu beantworten. Die stark umrandeten Teile an der rechten Seite dürfen nicht beschrieben werden.

Ich beantrage die Feststellung und Gewährung einer Entschädigung gemäß § 3 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger Kriegsgefangener vom 30. Januar 1954 (Bundesgesetzblatt I, S. 5).

I.

Fragen	Antworten	Amtliche Vermerke: Punktzahl	Signierleiste
1. Name und Vorname des Antragstellers (bei Ehefrauen auch Geburtsname)	1. B[...] Karl		
2. Geburtstag und Geburtsort	2. 15. 7. 1904 Raddusch (Tag) (Gemeinde) Calau N/L Brandenburg (Kreis) (Land)		
3. Staatsangehörigkeit (Volkszugehörigkeit)	3. Deutscher		Stadt Göttingen Ausgleichsamt
4. Beruf a) erlernter	4. a) Bau-Ing.		
b) z. Zt. ausgeübter	b) " "		
5. Wohngemeinde a) jetzige Wohngemeinde	5. a) Göttingen Niedersachsen (Gemeinde, Kreis, Land) [...]strasse 9 (Straße und Haus-Nr.)		
b) am 1. 9. 1939	b) Rosslau Krs. Zerbst (Anh.) (Gemeinde, Kreis, Land) Rotdornweg Nr. 4 (Straße und Haus-Nr.)		
c) am 3. 2. 1954	c) wie a) (Gemeinde, Kreis, Land) (Straße und Haus-Nr.)		Stadt Göttingen Ausgleichsamt
6. Beginn des Gewahrsams (Kriegsgefangennahme oder Festnahme) a) wann? b) wo?	6. a) 8. 5. 1945 b) Halbinsel „Hela" (Ostsee)		
7. Aus welchem Grunde wurden Sie in Gewahrsam genommen? (z. B. Wehrmachtsangehöriger, deutsche Volkszugehörigkeit, Wirtschaftsverbrechen usw.)	7. Kapitulation Wehrmachtsangehöriger		Stadt Göttingen Ausgleichsamt
8. Verschleppung in ein ausländisches Staatsgebiet am: von: nach:	8. – – – } entfällt. (Ort, Kreis, Land) (Ort und Land)		

9. Welchem militärischen oder militärähnlichen Verbande gehörten Sie an?
Technische Komp. 31
a) Vorletzte Einheit:*) " " " (Div., Reg., Batl., Komp. oder entspr. Truppenteil)
6.2.1942 Gefreiter (Zugehörigkeit von bis) (Dienstgrad) (Dienststellung) (Feldpost-Nr.)
b) Letzte Einheit:*) Technische Komp. 31 (Div., Reg., Batl., Komp. oder entspr. Truppenteil)
6.2.1942 Gefreiter (Zugehörigkeit von bis) (Dienstgrad) (Dienststellung) (Feldpost-Nr.)

*) Dient nachdienstlichen Zwecken

Bestell-Nr. 411/602 – Antrag auf Gewährung einer Entschädigung nach § 3 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes – amtl. Muster – Deutscher Gemeindeverlag GmbH. 36 d/7 log

Q15: Antrag auf Kriegsgefangenenentschädigung, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 6, Bl. 52.

— 2 —

10. Arten, Orte und Zeiten des Gewahrsams — Amtliche Vermerke

Art und Ort (Gefängnis, Lager mit Nr. usw.)	Zeit vom bis	Anzahl der Monate (Entschädigungsbetrag) a) DM 30,–	b) DM 60,–	Punktzahl	Signierleiste
a) Kriegsgef. Lager Graudenz	8.5.45 - 7.7.45	11.47 –			Antrag
b) " " " Witebs	8.7. " - 10.10.46	30.11.48			
c) " " " Pollozk	11.10.46 - 12.12.47	23			
d) " " " Bobruysk	13.12.1947 - 25.11. 1948.				
e)					
f)					
g)	4				

11. Tag der Entlassung aus dem Gewahrsam (Erste Entlassung u. evtl. weitere) 25.11.1948

23 Gesamtzahl der Monate 690 –

Entschädigungsbetrag 5 690,– DM

12. Tag des Eintreffens im Bundesgebiet oder im Lande Berlin: 27.11.1948

13. Kamen Sie in das Bundesgebiet oder in das Land Berlin

a) im Anschluß an den ausländischen Gewahrsam? ja — ~~nein~~ *)

b) durch Vertreibung (Aussiedlung)? . . . . . . ja — nein

c) als Heimkehrer: . . . . ja — ~~nein~~

Heimkehrerbescheinigung 341 800 / 149 (Nummer) 29.11.1948 (Ausstellungstag)

Ausgestellt durch Flüchtlingslager Friedland (Entl.-Lager, Dienststelle, Behörde)

d) durch Familienzusammenführung? . . . . . . ~~ja~~ — nein

14. Familienstand: (ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - getrennt lebend *)

15. Brutto-Einkommen aller im Haushalt lebenden Familienangehörigen zur Zeit der Antragstellung:

Zu- und Vorname	Geburtstag	Verwandschaftsverh. zum Antragsteller	Einkommen mtl. DM
a) Antragsteller	entfällt	entfällt	730,90
b) der einzelnen Familienangehörigen: Ehefrau kein Einkommen	21.6.1909		
2 Kinder: 1 Sohn in der Lehre	7.2.1938		
1 Tochter in der Schule	19.4.1944		
c) sonstige Personen im Haushalt: die Kinder leben nicht im	Haushalt des	Antragstellers	

Stempel: 4. Sep. 1954

Vermerke: nachgewiesen m. m. 15.7.54 Stadt Göttingen Ausgleichsamt; 5 nachgewiesen d. Sichtvermerk 5 Juli 54 15.7.54 Stadt Göttingen Ausgleichsamt

16. Kriegsbeschädigung: ~~ja~~ — nein *) Unfallbeschädigung: ~~ja~~ — nein *)

= ÷ % Erwerbsminderung

Anerkannt durch: ÷

Bescheid vom: ÷ Aktenz.:

*) Nichtzutreffendes streichen

Q15: Antrag auf Kriegsgefangenenentschädigung, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 6, Bl. 52.

— 3 — 53

17. Sind Sie

a) Vertriebener? . . . . ~~ja~~ - nein *)

b) Sowjetzonenflüchtling? . . . . ja - ~~nein~~

Nr. des Ausweises: AT 965 929 KOW

ausgestellt von: Northeim / Hann. am 14.1.1950

c) Kriegssachgeschädigter i. S. der §§ 13, 228 Abs. 2 LAG? ~~ja~~ - nein

18. Wie lange waren Sie seit der Entlassung aus dem Gewahrsam arbeitslos oder arbeitsunfähig infolge Krankheit?

Zeit von – bis	Arbeitslos oder arbeitsunfähig?	jeweiliger Aufenthaltsort
25.11.1948 – 1.2.1950	krank vom 25.11.48 – 23.9.49 arbeitslos vom 23.9.49 – 31.1.50	Krankenhaus Walsrode / Hann. Northeim / Hann.

19. Zusätzliche Angaben

Ich habe in der Ostzone ([illegible] bei [illegible]) meine sämtlichen Sachen und die gesamte Wohnungseinrichtung verloren. (durch russische Besatzung)

Sa. 12

Amtliche Vermerke

Punktzahl	Signierleiste
10	Flüchtlings-Ausweis B/1969 v. 14.1.50 15.7.54
20%	
2	21.8.[illegible]

Stadt Göttingen Ausgleich[illegible]

II.

Nur ausfüllen, falls der Berechtigte nach dem 2. Februar 1954 verstorben ist.

1. Todestag des Berechtigten ....

2. Sterbeort des Berechtigten ....

3. Von den Erbberechtigten (§ 5 KgfEG) leben noch folgende Personen:

Name und Vorname bei Frauen auch Geburtsname	Geburtstag	Genaue Anschrift (Ort, Kreis, Land, Straße und Nr.)	Brutto-Einkommen mtl. DM
a) Ehegatte			
b) Kinder			
c) Eltern			

4. Besondere Gründe für Bedürftigkeit:

*) Nichtzutreffendes streichen.

Q15: Antrag auf Kriegsgefangenenentschädigung, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 6, Bl. 53.

— 4 —

III.

Ich versichere, daß die vorstehenden Angaben unter I–II vollständig sind und in allen Teilen der Wahrheit entsprechen.
Als Beweismittel führe ich an (Originalunterlagen sind erst auf Anfordern vorzulegen):

Zu Nr. I. 13a Heimkehrer-Entlassungsschein Zu Nr.

Zu Nr. Zu Nr.

Zu Nr. Zu Nr.

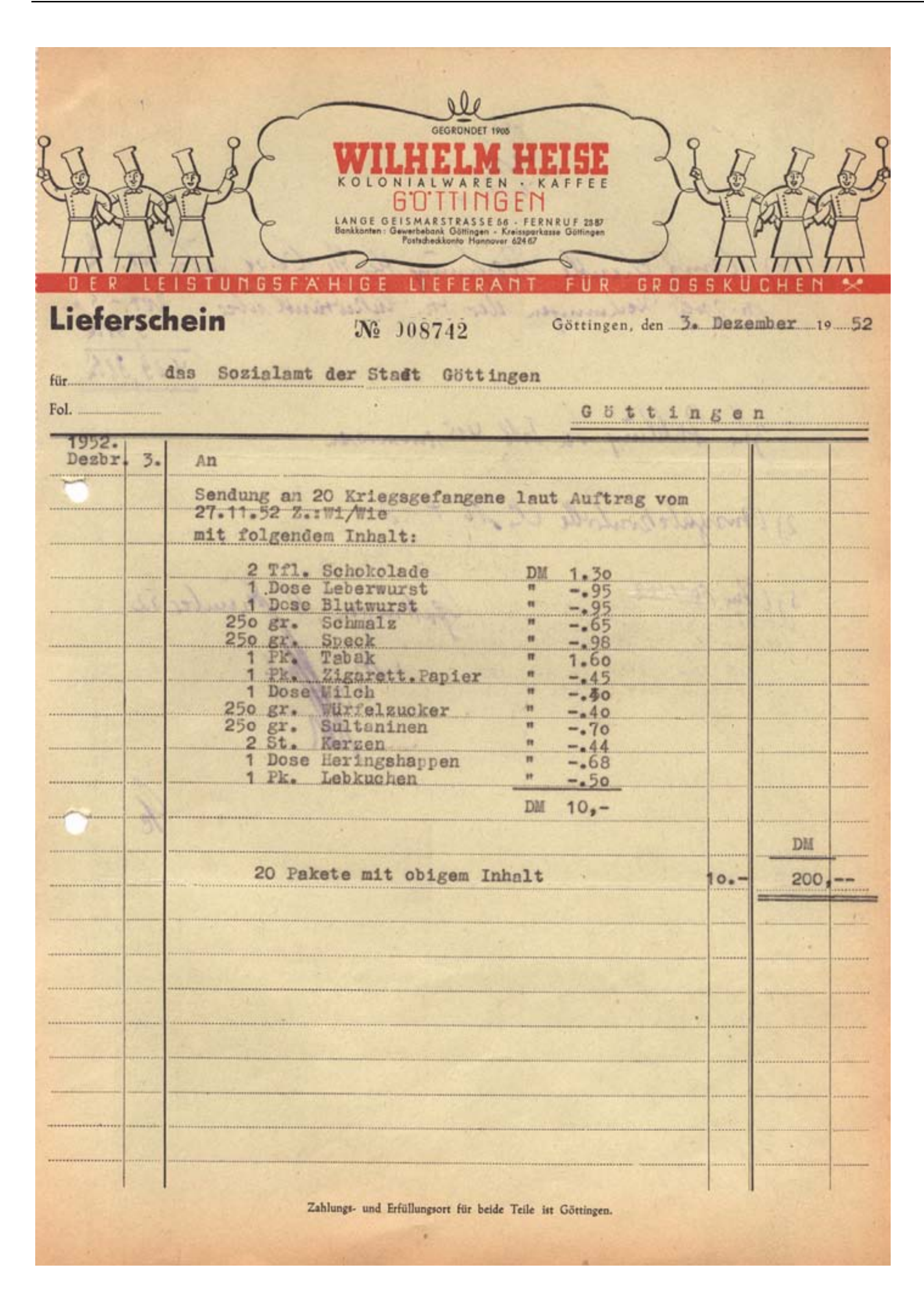
Ich ermächtige die Finanzbehörden, über meine steuerlichen Verhältnisse die erforderlichen Auskünfte zu geben.

Göttingen, den 15. Juni 1954 Karl P[...]

(Ort) (Datum) (Vor- und Zuname des Antragstellers - der Erben)

Raum für amtliche Vermerke

Q15: Antrag auf Kriegsgefangenenentschädigung, Stadt A Gö, B 46 (Ausgleichsamt), Nr. 6, Bl. 53.



GEGRÜNDET 1905
WILHELM HEISE
KOLONIALWAREN · KAFFEE
GÖTTINGEN
LANGE GEISMARSTRASSE 56 · FERNRUF 2387
Bankkonten: Gewerbebank Göttingen · Kreissparkasse Göttingen
Postscheckkonto Hannover 62467

DER LEISTUNGSFÄHIGE LIEFERANT FÜR GROSSKÜCHEN

Lieferschein № 108742 Göttingen, den 3. Dezember 19 52

für das Sozialamt der Stadt Göttingen

Fol.

Göttingen

1952.				
Dezbr.	3.	An		
		Sendung an 20 Kriegsgefangene laut Auftrag vom 27.11.52 Z.:Wi/Wie mit folgendem Inhalt:		
		2 Tfl. Schokolade DM 1.3o		
		1 Dose Leberwurst " -.95		
		1 Dose Blutwurst " -.95		
		25o gr. Schmalz " -.65		
		25o gr. Speck " -.98		
		1 Pk. Tabak " 1.6o		
		1 Pk. Zigarett.Papier " -.45		
		1 Dose Milch " -.4o		
		25o gr. Würfelzucker " -.4o		
		25o gr. Sultaninen " -.7o		
		2 St. Kerzen " -.44		
		1 Dose Heringshappen " -.68		
		1 Pk. Lebkuchen " -.5o		
		DM 10,-		
				DM
		20 Pakete mit obigem Inhalt	1o.-	200,--

Zahlungs- und Erfüllungsort für beide Teile ist Göttingen.

Q16: Rechnung über die Versendung von „Liebesgaben“, Stadt A Gö, C 50 (Sozialamt), Acc. Nr. 434/510, Fach 26, Band I: 1951-1954 (keine Blattzählung).

Sie sollen sich wie zuhause fühlen

Was Göttingen für die Heimkehrer tun wird

Wie wird die Stadt Göttingen ihre Heimkehrer empfangen und betreuen? Diese Frage stand gestern im Mittelpunkt einer Pressekonferenz mit namhaften Vertretern der Stadt. Denn im Blickpunkt der westlichen Welt steht in diesen Tagen das Heimkehrerlager Friedland bei Göttingen. Und jedesmal, wenn in der Westpresse das Wort „Friedland" genannt wird, so wird dem hinzugefügt „bei Göttingen".

Damit ist die nahe Verbundenheit von Heimkehrerschicksal und zur Universitätsstadt an der Zonengrenze bereits angedeutet. Es hätte also keiner Erklärung bedurft, daß die Stadt den Spätheimkehrern jede wirtschaftliche und kulturelle Hilfe gibt, weil die Begriffe „Göttingen" und „Heimkehrerlager Friedland", Schicksalsstation der Deutschen, bereits eine Einheit sind.

Die 18 Göttinger Heimkehrer, deren Namen durch jahrelange Betreuungsarbeit bekannt sind, sollen von der Stadt ein besonderes Geschenk erhalten. Was? Darüber soll noch beschlossen werden.

Die Stadt gab das Versprechen, daß sie ihren Heimkehrern später alles gibt, um sie in das wirtschaftliche und kulturelle Leben wieder einzuführen.

Was erhalten die Heimkehrer sonst noch? Aufgrund vieler Bestimmungen und Erlasse bekommt jeder Heimkehrer in Friedland 100 Mark Begrüßungsgabe der Bundesrepublik, 200 Mark Entlassungsgeld und auf Antrag eine Uebergangsbeihilfe von 300 DM.

Die Entschädigung nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz richtet sich nach der Dauer der Haftzeit. Sie beträgt für zehn Jahre Kriegsgefangenschaft etwa 5000 Mark.

5000 Mark für die zermürbende und verzweifelte Ungewißheit zehnjähriger Gefangenschaft unter der Aufsicht der Sowjets. Aber immerhin: 5000 Mark sind ein kleiner Anfang für das neue Leben. Ferner wurde mitgeteilt, daß Sonderbeihilfen von den Heimkehrern noch beantragt werden können. Daß sich die Männer innerhalb von acht Tagen in ihrem heimatlichen Gesundheitsamt zu melden haben, daß die Gesundheitsfürsorge einen breiten Rahmen einnehmen soll.

Aber das wichtigste der Erklärungen war wohl, daß die 5000 Mark oder mehr auf dem schnellsten Wege und völlig unbürokratisch ausgezahlt werden. Keine großen Anträge ..." Wir freuen uns unsagbar darüber, daß ihr alle wieder da seid — nehmt die kleine Gabe für das große Schicksal". So etwa erfolgt die Auszahlung. Und wenn ihr euch richtig ausgeschlafen habt und wieder Menschen geworden seid, dann wollen wir uns ganz für Euer Wohlergehen einsetzen. Ihr sollt freien Theaterbesuch haben, ihr sollt euch wie zuhause fühlen.

Q17: „Göttinger Presse", Stadt A Gö, C 28 (Stadtkämmerei), Nr. 583 (keine Blattzählung).

„Wir lassen uns scheiden . . ."

1200 Scheidungsprozesse in knapp 10 Monaten

Wer einmal die schwarze Anschlagtafel für Termine im Landgericht Göttingen einer näheren Prüfung unterzieht, wird mit Erschrecken die lange Reihe der Scheidungsklagen feststellen. „Das ist für uns nun schon ein gewohntes Bild", erklärt Landgerichtspräsident Meyerhoff. „Als im Oktober 1945 die Eröffnung der Zivilkammern erfolgte, mußte die Zahl der Ehekammern sofort auf fünf erhöht werden und wöchentlich sieben Sitzungen mit fünf Richtern (früher waren es zwei) waren nötig, da wir einen wahren Ansturm von Ehescheidungen zu bewältigen hatten, der auch noch immer unvermindert anhält."

Hamburg hat monatlich etwa 1000, Berlin rund 3500 Ehescheidungen aufzuweisen; Göttingen steht dem prozentual gesehen nicht nach, denn innerhalb knapp zehn Monaten wurden insgesamt 1200 Scheidungsprozesse (einschl. Anfechtungen der Ehelichkeit der Kinder) geführt, wogegen es in Friedenszeiten auf höchstens 200 im Jahr kam. Wo liegen die Gründe dafür?

„In erster Linie sind es die unüberlegten Ehen des Krieges", sagte der Präsident, „die an der Härte des heutigen Daseins zerbrechen. Vielfach kannten sich die Partner kaum, oft führt jahrelanges Getrenntsein zu einer völligen Entfremdung, nicht zuletzt ist die gesunkene Moral daran schuld, daß es mit der ehelichen Treue nicht mehr so genau genommen wird". Hinzukommt, daß während des Krieges eine große Anzahl Klagen dieser Art bewußt zurückgestellt wurden, die jetzt natürlich auf eine Entscheidung drängen. Sühnetermine sind vorgeschrieben und werden auch nach Möglichkeit abgehalten. Doch der Erfolg ist tatsächlich gleich Null.

Was wird nun aus den gegebenenfalls vorhandenen Kindern? Das neue Ehegesetz des Alliierten Kontrollrates (Gesetz Nr. 16) sieht vor, daß allein das Wohl der Kinder ihren weiteren Verbleib entscheidet, wobei ein Einigungsvorschlag der Eltern vom Richter zu prüfen ist. Der Zuspruch kann also an beide Teile, gleich ob schuldig oder nichtschuldig, erfolgen. Ein Ende dieser Nachkriegskrankheit ist noch nicht abzusehen, denn täglich gehen sieben bis acht neue Klagen ein, und viele Prozesse sind noch in Vorbereitung. Mb.

Q18: Artikel: „Wir lassen uns scheiden", Hannoversche Presse, 12.8.1946, S. 4, Stadt A Gö, Film-Nr. Ztg. 627, Bl. 21.

26/440/6 F

Wilhelm Schincke VDI
Oberingenieur i.R.

Göttingen,den 2.Februar 1956
z.Zt.Felix-Klein-Str.14/I

An die
Redaktion des Göttinger Tageblatt
G ö t t i n g e n

Betr.: Rat der Stadt Göttingen - Heimkehrer.

Ich bin Spätheimkehrer,erst am 9.Juli 1955 nach mehr als 10 jähriger Kerkerhaft in 7 tschechischen Zuchthäusern,an Leib und Seele gebrochen in die Heimat zurückgekehrt, und hier in Göttingen zunächst bei Verwandten untergekommen,bis ich,da ich Göttingen als meinen neuen Heimatsort gewählt habe,hier für mich und meine in Ost und West zerstreute Familie eine Wohnung zugewiesen erhalte,was ich schon täglich zu erwarten habe.-

Als im Herbst v.J.im G.T.die Notiz erschien,dass der Rat der Stadt becshlossen habe den noch zu erwartenden Heimkehrern eine Sonderentschädigung (300.-DM)und eine Geschenkmappe zu überreichen,meldete mein Bruder mich als Spätheimkehrer beim Stadtamt an,wo ihm jedoch von dem zuständigen Beamten erklärt wurde,dass diese Sonderaktion eigentlich nur für "Göttinger" bestimmt sei,- er wolle sich aber meine Anschrift notieren und später noch Bescheid geben.Bei einer nochmaligen,späteren Vorsprache wurde erklärt,ich sei wohl vorgemerkt,die Angelegenheit,d.h.ob auch "Nichtgöttinger" in Frage kommen,sei noch nicht entschieden.-

Ich war daher sehr überrascht,als ich im G.T.vom 31.I. oder 1.2.d.J.las,dass inzwischen 29 Heimkehrer,darunter 14 "Nichtgöttinger",die sich G. als neuen Heimatsort ausgesucht hatten (so wie ich)eine Geschenkgabe der Stadt erhalten haben,und liess im Stadtamt nochmals nachfragen (ich selbst bin infolge der mir während der langen Kerkerhaft zugezogenen Gebrechen leider nichtimstande dies persönlich zu tun) weshalb ich unter den "Nichtgöttingern" nicht dabei gewesen sei,worauf mir der Bescheid wurde:"Ja,das betreffe nur die Russland - Heimkehrer." !

Da fragt man sich wohl mit Recht,weshalb dieser Unterschied,der von allen Staats- und sonstigen Ämtern nicht gemacht wird.-

Gewiss,es handelt sich hier um eine Sonderaktion der Stadt,die sich den Kreis der damit zu Bedenkenden wählen kann,und ich hätte Verständnis dafür gehabt,wenn sie nur für alteingesessene Göttinger bestimmt gewesen wäre,die von der Stadt schon vorher laufend unterstützt worden waren.(Ich selbst bin Auslandsdeutscher,geb.Magdeburger) Aber nachdem sie auch auf "Nichtgöttinger" ausgedehnt wurde,die sich hier erst neu sesshaft machen wollen,ist es weder gerecht noch berechtigt einen Unterschied zwischen Heimkehrern aus Sowjetrussland und solchen aus den Ostblockstaaten zu machen.-

Oder ist der Rat der Stadt der Ansicht,dass nach mehr als 10 jähriger Kerkerhaft aus der Tschechei Heimkehrende weniger gelitten hätten und weniger bedürftig seien,als die 3 Monate später,meistens aus Arbeitslagern Heimkehrende aus Russland?

Ich könnte als Kenner der Verhältnisse mehr darüber sagen,was jedoch zu weit führen

Q19: Brief an das Göttinger Tageblatt, Stadt A Gö, Stadt A Gö, C 50 (Sozialamt), Acc. Nr. 434/510, Fach 26, Band II: 1954-1959 (keine Blattzählung).

würde,liesse mich aber gern darüber belehren weshalb dieser Unterschied gemacht wurde,und dass er berechtigt ist.
Nicht,dass ich denen,die bei dieser Aktion bedacht wurden,das nicht gönnte,-im Gegenteil,das ,was wir in den verflossenen Io und mehr Jahren erlitten und verloren haben, kann uns niemand ersetzen,aber solange mir der Unterschied und dessen Berechtigung nicht klar gemacht werden kann,muss ich mich als schwerkranker,überalterter Mann (75),der von allem Hab und Gut beraubt,mit dem was er auf dem Leibe hatte in die Heimat zurückkehrte, zurückgesetzt und benachteiligt fühlen.-
Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet,wenn Sie diese Angelegenheit klären könnten und zeichne

hochachtungsvoll

Q19: Brief an das Göttinger Tageblatt, Stadt A Gö, Stadt A Gö, C 50 (Sozialamt), Acc. Nr. 434/510, Fach 26, Band II: 1954-1959 (keine Blattzählung).

„Displaced Persons“ in Göttingen

Hagen Stöckmann

1 Einleitung

Das 20. Jahrhundert in Europa ist gekennzeichnet durch Vertreibungen, Flucht, Zwangsaussiedlungen, ethnische Säuberungen und Deportationen.[1] Zu den Leidtragenden dieser Phänomene gehören zweifelsohne auch die „Displaced Persons“ (DP) am Ende des Zweiten Weltkrieges. Nachdem die alliierten Armeen 1945 Deutschland besetzt hatten, hielten sich in den drei westlichen Besatzungszonen schätzungsweise sieben Millionen DPs auf.[2] Sie bildeten die große Gruppe derjenigen „*Zivilpersonen, die sich wegen Kriegseinwirkungen außerhalb der nationalen Grenzen ihres Landes befinden, die zwar nach Hause zurückkehren oder ein neues Zuhause finden wollen, jedoch nicht in der Lage sind, dies ohne fremde Hilfe zu tun.“*[3] Damit umfasste diese Definition alle Zwangsarbeiter, die während des Krieges als Arbeitskräfte durch deutsche Betriebe ausgebeutet wurden, ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge, Kriegsgefangene (ex-Prisoners of War; PWX) und Osteuropäer, die entweder nach Kriegsbeginn freiwillig die deutsche Wirtschaft unterstützt hatten oder 1944 vor

[1] Siehe hierzu auch das Lexikonprojekt des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf: Das Jahrhundert der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung in Europa 1912-1999. Ein Lexikon.

[2] Vgl.: Leonard Dinnerstein, America and the Survivors of the Holocaust, New York 1982, S. 9.

[3] SHAEF, Administrative Memorandum No. 39 (18.11.1944), zitiert bei Wolfgang Jacobmeyer, The „Displaced Persons“ in West Germany, 1945-1951, in: Göran Rystad (Hg.), The Orprooted, Forced Migration as an International Problem in the Post-War Era, Lund 1990, S. 271-288, hier S. 287.

der sowjetischen Armee nach Westen geflohen waren.[4] Explizit ausgeschlossen waren deutsche Flüchtlinge, wie beispielsweise Ostpreußen, Sudetendeutsche oder Schlesier, deren Zahl in die Millionen ging.

Höchste Priorität hatte für die Alliierten insbesondere die schnelle Rückführung der verschleppten Personen in ihre Heimat. Im Hinblick auf französische, belgische, niederländische und italienische DPs – generell bei den west- und nordeuropäischen Staaten – erwies sich dieses Vorhaben als relativ problemlos und Ende Juni war ihre Repatriierung im Groben abgeschlossen. Als weitaus komplizierter zeigte sich die Rückführung all jener ehemaligen Zwangsarbeiter und Konzentrationslagerinsassen aus dem Osten Europas. Dabei waren die Transportschwierigkeiten das kleinere der Hindernisse. Viele der Ukrainer, die schon recht bald nach Kriegsbeginn ins nationalsozialistische Deutschland gekommen waren, befürchteten Vergeltungsmaßnahmen der nun kommunistischen Regierungen. Die zweite große Gruppe der DPs, die polnischen Deportierten und ehemaligen Zwangsarbeiter, weigerten sich, in die nun sowjetisch kontrollierten Gebiete zurückzukehren. Besonders heikel erwies sich die Situation hinsichtlich einer vergleichsweise nur noch sehr kleinen Gruppe, nämlich der jüdischen DPs. Eine Repatriierung konnte, wenn überhaupt, nur in westliche Herkunftsländer erfolgen. Eine Rückführung in östliche Gebiete stand zunächst nicht zur Debatte.[5] Aufgrund der Verzögerungen bei der Repatriierung oder weil diese im Hinblick auf die jüdischen Überlebenden schlicht unmöglich war, sahen sich die Alliierten gezwungen, die DPs in sogenannten DP-Camps unterzubringen, für deren Betreuung die am 9. November 1943 gegründete Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (kurz: UNRRA) federführend war.[6] Ihre Nachfolge trat im Juli 1947 die International Refugee Organization (kurz: IRO) an.[7] Unter Obhut der UNRRA standen Ende 1945 rund 227 DP-Camps in den westlichen Verwaltungszonen Deutschlands, deren Zahl sich bis Juni 1947 auf 272 erhöhte; eine Steigerung, die auf die Zuwanderung der osteuropäischen Juden seit Sommer 1946 zurückgeht.[8] Diese jüdische Migrations-

---

[4] Diese Großgruppe muss eigentlich noch weiter unterteilt werden in: United Nations Displaced Persons (Staatsbürger von UN-Staaten), „ex-enemy DPs" (Italiener, Finnen, Rumänen, Bulgaren und Ungarn), „enemy DPs" (Deutsche, Österreicher, Japaner), Staatenlose (solche Personen, die ihre behauptete Nationalität nicht nachweisen konnten); eine Gruppe ganz eigener Art bildeten nach der Konferenz von Jalta die sowjetischen DPs; hinzu kamen noch UN-DPs, die sich vor Kriegsbeginn bereits in Deutschland aufhielten; nicht-internierte Briten und Amerikaner; Personen, deren Nationalität durch Territorialverschiebungen berührt war; rassisch, religiös oder politisch Verfolgte. Alleine diese Aufstellung zeigt, mit welchem Massenproblem man es zu tun hatte. Vgl. hierzu auch Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985, hier S. 30.

[5] Siehe hierzu auch: Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994.

[6] Vgl. hierzu auch Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan, Wien 1985.

[7] Louis W. Holborn, The International Refugee Organization, Oxford 1956.

[8] Vgl. Juliane Wetzel, „Displaced Persons". Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/95, 10.2.1995, S. 34-39, hier S. 36.

bewegung nach Deutschland mag zunächst überraschen, lässt sich aber schnell erklären, hält man sich vor Augen, dass die Gefahr für diese Menschen durch das Aufflammen antisemitischer und nationalistischer Splittergruppen in ihren Ursprungsländern stetig zunahm. Als Beispiel können hier die „Nationalen Streitkräfte" in Polen dienen. Deutschland wurde so zur Drehscheibe für jüdische Flüchtlinge, die in die USA oder eben nach Israel auszuwandern suchten. Die maßgebliche Lenkung der Flüchtlingsströme aus dem östlichen Europa leistete hier die von Polen bis nach Palästina vernetzte Organisation „Brichah" („Flucht"). Nachdem die UNRRA zwischen Kriegsende und dem 30. Juni 1947 bereits 741.987 DPs, darunter vornehmlich Polen, aus den westlichen Zonen repatriieren konnte,[9] belief sich die Zahl der in Deutschland Verbliebenen am 1. Juli 1947 noch immer auf 611.469 DPs, wovon sich 336.700 in der amerikanischen Zone, 230.660 in der britischen und 44.109 in der französischen Zone aufhielten. Schon ein Jahr später, am 1. August 1948, betrug ihre Zahl nur noch 493.928 Personen, wobei die Polen (131.961) und die Juden (122.708) noch immer die größten Gruppen bildeten.[10] Aus dieser großen Menge von DPs entfielen auf Göttingen laut einer Aufstellung vom 2. Juli 1945 des Ernährungsamtes 10.509 Personen, wobei auch hier die Polen mit 6320 gezählten Versorgungsberechtigten die größte Gruppe stellten.[11]

Entspannen konnte sich die Lage aber erst zu Beginn der fünfziger Jahre, als die meisten DPs mit Ausnahme noch immer vieler Polen in ihre Heimatländer zurückkehren konnten. Die Vereinten Nationen waren mittlerweile von der Repatriation-Policy zu einer Politik des Resettlements übergegangen und DPs wurden in den USA und Australien, aber auch Kanada, Israel und dem United Kingdom angesiedelt. Gegenüber der Repatriierungspolitik betrachteten die Alliierten diese Variante allerdings immer als „Notlösung".

2 Versorgung der DPs in Göttingen

Um deren Versorgung mit den nötigsten Lebensmitteln und Verbrauchsgütern zu gewährleisten, war die Militärregierung, unter deren Verwaltung Göttingen seit dem Einmarsch der alliierten Truppen am 8. April 1945 stand, auf die Unterstützung der Stadtverwaltung angewiesen. Nachdrücklich wies man diese zur Mitarbeit an:

„Sie werden sofort eine entsprechende Menge der unverderblichen Nahrungsmittel beschlagnahmen für den Gebrauch der Ausländer, basierend auf der Zahl der ausländischen und deutschen Konsumenten, jedoch immer bedenken, daß die ausländischen Arbeiter der Vereinten Nationen den Vorrang haben."[12]

[9] Vgl. Mark Wyman, DP, Europe's Displaced Persons, London 1989, S. 58.

[10] Vgl. Eberhard Jahn, Das DP-Problem. Eine Studie über die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland, Tübingen 1950, S. 34 f.

[11] Stadtarchiv Gö A 75,1.

[12] Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 75 1, Blatt 29 Vorderseite.

Mit Bezug auf die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschland“ vom 5. Juni 1945 unterstrichen die Alliierten nochmals ausdrücklich: *„…die deutschen Behörden und die deutsche Bevölkerung wird sie (Displaced Persons und ehemalige Kriegsgefangene, d. Verf.), als Personen ebenso wie ihr Eigentum, schützen und wird sie mit angemessener Nahrung, Kleidung, Unterkunft, sowie medizinisch und finanziell versorgen (…)“*.[13] Bewusst setzten die Alliierten den Bedarf der DPs höher an als den der Deutschen. Die Kleidung der ehemaligen Zwangsarbeiter war in schlechtem Zustand und die Gesundheit besonders der ehemaligen Häftlinge war besorgniserregend. Trotz ihrer „Bevorzugung“ durch die Militärregierung wurden die DPs durch die Rationen wohl kaum satt. Zu Ihrer Verpflegung konnte man nicht mehr als grob 2.000 Kalorien pro Tag bereitstellen, was umgerechnet auf eine Woche etwa 3,8 Kg Kartoffeln, 3 Kg Brot, 350 Gramm Fleisch, 125 Gramm Fett oder Butter, etwas Zucker, etwas Gemüse und einige wenige weitere Lebensmittel bedeutete (Q1). Setzt man den eingeplanten Bedarf von 2027 Kalorien am Tag für die 10.509 DPs in Göttingen an, so musste täglich eine Nährwertmenge von ca. 21 Millionen Kalorien bereitgestellt werden. Dementsprechend ungehalten reagierte die Militärregierung auf Verspätungen bei den Lieferungen durch die Deutschen, zu denen es nicht selten kam, weil diese erst einmal ihre eigenen Leute versorgen wollten (Q2). Um die Verteilung der Lebensmittel sorgten sich so die Angehörigen der Militärverwaltung respektive der UNRRA und brachten die Lieferungen entweder in eigens eingerichtete Lager oder zu Sammelstellen im Stadtgebiet. Die Erfassung der Versorgungsberechtigten erfolgte mittels standardisierter Fragebögen, deren Ausfüllen den Betroffenen aber mit großer Wahrscheinlichkeit schwergefallen sein dürfte. Nicht nur aufgrund der Tatsache, dass diese Bögen scheinbar nur in deutscher und englischer Sprache vorlagen, vielmehr fragt man sich auch, wie ehemalige KZ-Häftlinge auf die Frage, ob sie Opfer von Misshandlungen geworden seien, in drei Zeilen antworten sollten (Q3). Nichtsdestotrotz erlaubten diese Fragebögen den Zugang wenigstens zur Minimalversorgung. Ein Grund, weswegen auch einige Unberechtigte versuchten, in den Genuss dieses bescheidenen Privilegs zu kommen. So kam es, dass ein Mechaniker aus Göttingen sich als ehemaliger (politischer) KZ-Häftling ausgegeben hatte, um Bezugsscheine zu erschwindeln, woraufhin er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde.[14]

Besonderer Fürsorge bedurften diejenigen Displaced Persons, die durch jahrelange Zwangsarbeit oder Lagerhaft soweit geschwächt waren, dass sie eine Unterbringung in Lagern nicht verkraftet hätten. Für diese Härtefälle hatte man in Göttingen Plätze im gerade eingerichteten Lazarett und eben auch im DP-Krankenhaus auf dem Rhons eingerichtet. Hierbei handelte es sich um das früher

---

[13] Regarding the defeat of Germany and the assumption of supreme authority with respect to Germany by the governments of the United Kingdom, the United States, the USSR, and the provisional government of the French Republic”, June 5th, 1945, Article 6 (a), in: Documents on Germany under Occupation 1945-1954, London 1955, S. 29-35, hier S. 32.

[14] Hannoversche Neueste Nachrichten vom 20.9.1946.

beliebte Ausflugsziel und Tanzlokal Rhons im heutigen Göttinger Ostviertel (Q4). Die Stadt hatte Betten und medizinische Gerätschaften im großen Tanzsaal aufgestellt und die Gaststätte so in eine provisorische Krankenstation umgewandelt. Dort versorgte Pflegepersonal aus den umliegenden Krankenhäusern deutsche Kriegsgefangene ebenso wie die DPs. Ob die Militärregierung einer einseitigen Perspektive, die allein in den deutschen Kriegsversehrten Opfer sehen wollte, vorzubeugen suchte, indem auch die geschwächten DPs vor Ort zu behandeln waren, kann man nur vermuten, es scheint aber plausibel. Zumal, wenn man die Bilder von ausgemergelten Männern und Frauen sowie kranken Kleinstkindern (Q5) betrachtet, die von ortsansässigen Fotografen zu Dokumentationszwecken geschossen wurden. Wer allerdings diese Fotos zu Gesicht bekam, lässt sich heute nicht mehr zweifelsfrei rekonstruieren. Vermutlich waren sie für interne Zwecke aufgenommen worden. Die Insassen des DP-Krankenhauses durften im Übrigen nur in Begleitung des Personals das Gebäude verlassen (Q6) und hatten sich generell auf dem Gelände des neuen „Krankenhauses“ zu bewegen.

3 Die Wohnsituation der DPs

Die Unterbringung der Displaced Persons gestaltete sich beinahe so schwierig wie die Lebensmittelversorgung. Aus organisatorischen Gründen, insbesondere hinsichtlich der beabsichtigten Repatriierung, und zur Sicherstellung der Ernährung und Gesundheit betrachtete die Militärverwaltung Lager als die beste Unterbringungsform. Hierbei ist anzumerken, dass der statische Begriff „Lager“ die eigentliche Bestimmung, welche die Alliierten den Camps zudachten, nicht ganz trifft: Die Militärregierung sprach hier von „Assembly Centers“, was soviel wie „Sammel-Zentren“ bedeutet und auf den temporären und den auf die kommende Rückführung hinweisenden Charakter verweist.[15] In Göttingen hatten sich vor allem die ehemaligen Kasernen als geeignete Lagerstandorte herausgestellt, nämlich die Lüttich-Kaserne, die Wörth-Kaserne und die Barackengebäude auf dem Lohberg, da sie den Bedürfnissen der Alliierten entgegenkamen: Nutzung bestehender Lager oder öffentlicher Gebäude wie Kasernen, günstige Verkehrsanbindung ohne Behinderung militärischer Routen für den Transport von Versorgungsgütern sowie Garantie für alle hygienischen und medizinischen Einrichtungen.[16] Bereits vor der Einrichtung der Lager war darauf geachtet worden, dass „alle Personen registriert und (…) in nationale Gruppen aufgeteilt werden“.[17] Die DPs sollten ihrer Nationalität nach getrennt in Lagern untergebracht werden und so hinsichtlich der Repatri-

[15] Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Zwangsarbeiter. S. 25.

[16] Ebd.

[17] PRO: WO 171, Nr. 7955, Befehl des 229 MilGovDets (Hannover) als Anlage zum War Diary für den Monat April 1945, zitiert nach Ullrich Schneider, Niedersachsen unter britischer Besatzung 1945, Besatzungsmacht, deutsche Verwaltung und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April bis Oktober 1945, Hannover 1980, S. 36.

ierung als Gruppe besser handhabbar sein. Stellte man sich die soeben befreiten Häftlinge und Zwangsarbeiter doch als leicht lenkbare, weil geschwächte Personengruppe vor, worin man sich allerdings täuschte. Die Nationalität wurde – wie bei den 6.300 Polen,[18] die man gemeinsam in Lagern unterbrachte – zur einzigen Identifikationsgröße im Bewusstsein der DPs. Hatte man anfangs hohe Erwartungen mit der Befreiung durch die Alliierten verbunden, musste die Monotonie des Lagers, die am Ende von Haft und Zwangsarbeit nun abermals auf die DPs wartete, demoralisierend auf sie wirken. Dies wurde durch die Ausgangssperre noch verschärft. Die räumliche Segregation von DPs und Deutschen sorgte zudem für eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens. Auf deutscher Seite pflegte man ein Feindbild der DPs, das sich aus einem Pool nationalsozialistischer Diskriminierungen der Zwangsarbeiter speiste. Folge war eine äußerst vorgefasste Wahrnehmung der Realität und Vorschub für die Verdrängung eines Schuldbewusstseins, das sich in der Konfrontation mit den Opfern der NS-Zwangswirtschaft hätte ergeben müssen.[19] Leidtragende dieser Effekte waren nicht zuletzt jene Ausnahmen unter den DPs, die eben nicht in Lagern, sondern in geräumten Wohnungen oder Hotels im Göttinger Stadtgebiet wohnten.

4 Die Wahrnehmung der DPs durch die Bevölkerung

Wie bereits angedeutet sahen die Deutschen in den DPs eine Nachkriegslast und nahmen sie als potentielle Gefahr war. Schnell machten ebenso haarsträubende wie übertriebene Gerüchte über stehlende und raubende Banden die Runde, deren Mitglieder man in den Reihen der DPs zu verorten suchte. Die Kreisbauernschaft beklagte sich über das anhaltende Verschwinden von Schweinen,[20] wertvolle Zuchtbullen sollen sinnlos abgeschlachtet worden sein. Bei der Schilderung der Fälle ist signifikant, dass die Täter in den meisten Fällen unerkannt blieben und die Ankläger die DPs wenn überhaupt nur verdächtigen konnten. Entsprechend vorsichtig muss man mit der Quelle zur „Aufstellung über Viehverluste" vom 10. August 1945 umgehen, aus der hervorgeht, dass durch Raub und wildes Abschlachten der Stadt und dem Landkreis zwischen dem 8. April und dem 15. Juli 1945 etwa 89 Tonnen Fleisch abhanden kamen, eine Menge, die dem städtischen Bedarf von sechseinhalb Wochen entspricht (Q7). Möglicherweise waren auch DPs an diesen Diebstählen beteiligt, doch hinsichtlich der antizipierten Häufigkeit ihrer Beteiligung ist Vorsicht angeraten, da es sich bei den Anschuldigungen nur um Vermutungen handelte. Wahrscheinlicher ist es, dass es sich bei diesen Berich-

---

[18] Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 75 1.

[19] Vgl. hierzu Wolfgang Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 50 ff. und ders., Ortlos am Ende des Grauens. „Displaced Persons" in der Nachkriegszeit, in: Klaus J. Bade (Hg.), Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland, S. 367-373. Außerdem Alexander u. Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens im 20. Jahrhundert, München 1967.

[20] Hans Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, in: Jens-Uwe Brinkmann/Rainer Rohrbach (Hg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 149-199, hier S. 171.

ten vielmehr um gezielte Denunziationen mit doppelter Stoßrichtung handelte: Konnte man doch die unliebsamen DPs in Verruf bringen und hoffen, die Besatzer würden sich überzeugen lassen, hart durchzugreifen und gleichzeitig ließen sich die eigenen Leute bequem entlasten indem man solcherlei Straftaten auf die DPs schob. Darüberhinaus weist die DP-Kriminalität eine gänzlich andere Ätiologie als die deutsche Kriminalität auf, die sich vornehmlich auf den Diebstahl von Wertgegenständen richtete. Im Vergleich dazu handelte es sich bei der Diebstahlskriminalität der DPs vornehmlich um Aktionen zur existentiellen Essensbeschaffung.[21]

Welche beunruhigende Wirkung von den DP-Lagern und auch von im Stadtgebiet wohnhaften DPs ausging, belegt der Bericht über eine Wohnungsverwalterin, die sich durch Überfalle von „Polenbanden“ soweit belästigt fühlte, dass sie die deutschen Kriegsgefangenen, welche gerade als Erntehelfer zur Untermiete bei ihr wohnten, quasi als Leibgarde in ihrer Wohnung behalten wollte, um sich vor befürchteten Übergriffen zu schützen (Q8). Hier verquickten sich die allgemeine Beunruhigung über die geschwundenen staatlichen und polizeilichen Strukturen mit alten Ressentiments, die die Bevölkerung gegenüber den Zwangsarbeitern und KZ-Insassen hegte. Zumal diese ja nun, da sie „auf freiem Fuß“ waren, sich hätten rächen können, wie es wohl einige befürchteten. Solche Racheakte sind zumindest in Göttingen nicht verzeichnet. In der Wahrnehmung der Göttinger Bevölkerung nahmen sich die ehemaligen Zwangsarbeiter jedoch als kardinale Bedrohung aus: „*Fast Zehntausend befreite Zwangsarbeiter leben in der Stadt und den umliegenden Dörfern. […] Die Militärpolizei kann nicht gleichzeitig überall sein. Die deutschen Hilfskräfte sind nur mit Stöcken ausgerüstet und richten wenig oder gar nichts gegen die plündernden, zum Teil bewaffneten Gruppen aus. Die halten sich schadlos, wo sie können. Wie Heuschreckenschwärme, kommt es uns vor, fallen sie über Geschäfte und Wohnungen her und verbreiten Angst und Schrecken.*“[22] Dass an solchen Plünderungen auch Göttinger beteiligt waren, daran vermochten sich später freilich die Wenigsten zu erinnern.[23]

Abschließend lässt sich also konstatieren, dass die deutsche Bevölkerung und auch die Göttinger die DPs zumindest als störend, meistenteils aber als kriminell empfanden. So sollten sie doch in den von ihnen bewohnten Häusern enger zusammenrücken, um Platz für deutsche Familien zu machen (Q9), oder besser noch gleich ganz ins Lager gehen, damit deutsche Heimkehrer die Wohnungen belegen könnten (Q10). Ganz eindeutig hängt diese Reaktion mit dem tatsächlichen Wohnungsmangel in Göttingen zusammen. Die Lage entspannte sich erst Mitte der Fünfziger Jahre mit großangelegten Wohnungsbauprojekten, denen teilweise Eigenarbeit der Göttinger vorausgegangen war.[24]

---

[21] Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 49.

[22] Zitiert wird hier der anonymisierte Bericht einer Zeitzeugin nach Cordula Tollmien, Nationalsozialismus in Göttingen (1933-1945), Göttingen 1999, S. 245.

[23] Ebd.

[24] Vgl. hierzu den Artikel von Ulf Gerrit Meyer-Rewerts in diesem Band.

Literatur zum Weiterlesen

Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.

Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994.

Hubert Schneider, Jüdische Displaced Persons in Deutschland nach 1945: Selbstverständnis und Wahrnehmung durch die deutsche Bevölkerung, in: Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde (Hg.), Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts: Bewältigung und vergleichende Aspekte, Essen 2007, S. 39-58.

Atina Grossmann, Victims, villains and survivors: gendered perceptions and self-perceptions of Jewish displaced persons in occupied postwar Germany, in: Dagmar Herzog (Hg.), Sexuality and German fascism, New York 2005, S. 291-318.

Post-War Europe: refugees, exile and resettlement 1945 - 1950/The National Archives, UK and the Wiener Library, London. (Online-Resource: Datenbank)

(Zentrales Thema der Datenbank ist die Geschichte der Displaced Persons (DP) in Europa. Zu diesem Zweck wurden etwa 3.000 Dokumente zusammengetragen, die als Bilddateien und über Volltextsuche angeboten werden. Die Daten stammen im Wesentlichen aus der Wiener Library in London und aus den National Archives of the UK mit Beständen aus der General Correspondence des Foreign Office, dem Control Office for Germany and Austria und der Control Commission for Germany. Durch die Bestände aus der Wiener Library liegt ein gewisser Schwerpunkt auf der jüdischen DP-Geschichte.)

Copie an Herrn Wagemann gegeben. 15.8.45

Übersetzung

6

An den Herrn Bürgermeister
Göttingen

1. In der letzten Zeit bestand ein beträchtlicher Unterschied in dem Bereich dieses Detachments in der Zuteilung von Lebensmitteln an Ausländer, Kriegesgefangene und Kriegsgefangene in Lazaretten.

2. Es wurde daher als notwendig erachtet, genaue Stufen festzulegen unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit der Lebensmittel.

3. Die Stufen sind folgende:

Stufe:	Empfänger
A	Ausländische Normalverbraucher
B	" Jugendliche und Kinder
C	Transportverpflegung
D	Arbeitsgruppen
E	Stillende Mütter

Eine Liste der Rationen für kranke und erholungsbedürftige Ausländer wird später eingereicht.

Falls die Lieferanten nicht in der Lage sind, die Lager gemäss der in der Liste aufgeführten Rationen zu beliefern oder Ersatzmittel zu beschaffen, muss dies dieser Dienststelle gemeldet werden.

Göttingen, den 9. August 45

gez. Millette Major
Commanding 326 (R) Det Mil Gov

Rationen für Stufe A

für einen Zeitraum von 7 Tagen	Gramm	Kalorien
Fleisch	350	714
Brot	3000	7350
Fleisch-Speck oder Fleisch	50	325
Fett oder Butter	125	931
Käse	62,5	142
Milch	1/4 Ltr	75
Hülsenfrüchte	200	680
Kartoffel	3800	2470
Marmelade	100	252
Zucker	240	960
Mehl	50	175
Kaffee-Ersatz	150	-
Frisches Gemüse	800	120
		14192 oder
		2027 täglich

Q1: Rationierung von Lebensmitteln: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 75 1, Blatt 6.

7

-2-

Rationen Stufe "E" (Kinder)
Zeitraum von 7 Tagen

	10 - 17 Jahre	6-9 Jahre	3-5 Jahre	0-3 Jahre
		Gramm		
Fleisch	350	350	150	50
Fett oder Butter	125	125	125	125
Brot	3000	3000	3000	2000
Hülsenfrüchte	200	200	200	200
Zucker	250	250	250	250
Marmelade	300	250	125	125
Honig	–	–	31.25	31.25
Käse	62.5	62.5	62.5	62.5
Kaffee-Ersatz	31,25	31,25	31,25	31.25
Stärkemehl	–	–	62.5	62.5
Milch, gewöhnliche	1 Ltr.	1 Ltr.	–	–
Vollmilch	–	–	3.5 Ltr.	3.5 Ltr.
Kartoffel	5800	3800	3800	2500
Frisches Gemüse	800	800	800	800
Tägliche Kalorieen	2044	2030	2176	1700

Rationen Stufe "C"

Transportverpflegung für 2 Tage für Ausländer

	Gramm	
Brot	1500	5408 Gramm für 2 Tage
Wurst	250	
Käse	125	
Butter	50	
Marmelade	55	
1 Flasche Wasser		

Rationen Stufe "D"

Arbeiter Gruppen, Zuschlag für 7 Tage

Fleisch	1000 Gramm
Fett	200 "
Brot	4000 "

Tägliche Extra-Kalorieen 475

Rationen Stufe "E"

Schwangere und stillende Frauen

1/2 Frischmilch täglich nach dem 4. Monat
100 g Nährmittel täglich nach dem 4. Monat

Q1: Rationierung von Lebensmitteln: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 75 1, Blatt 7.

29

Übersetzung. Persönlich

An: Herrn Oberbürgermeister Schmidt 326 MG/95
von: Kommandeur 326 Mil Gov Det (R)

18. August 1945

Vor ungefähr 10 Tagen war ein Beschlagnahmeformular für kleinere Anforderungen für das Krankenhaus Mariaspring Gegenstand einer Unterredung zwischen Major Ruddy von 126 Military Government und Ihnen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, dass vom 126. Det. Anweisungen zur Ausführung des Auftrages gegeben wurden. Das ist 10 Tage her. Bis heute habe ich weder eine Bestätigung erhalten noch irgendeine Mitteilung von Ihnen, mit Ausnahme einer telefonischen Mitteilung des Kreiswohlfahrtsamtes, welches mitteilte, dass es 15 Matratzen habe, jedoch nicht mehr machen könnte, da es nur so kurz vorher davon benachrichtigt wurde. Dieses ist, wie Sie einsehen werden, abgesehen von einer groben Unhöflichkeit, unwürdig. Sie sollten den Erhalt eines Auftrags bestätigen und Sie müssen ihn ausführen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Krankenhaus auf direkten Befehl des Herrn Brigadegenerals, Militärgouverneur dieses Brigadebezirks eingerichtet werden soll und die Lage ist jetzt die, dass während das Krankenhaus diese Woche eröffnet werden sollte, ~~nichts~~ mindestens eine Woche lang nichts geschehen kann. Ich wünsche, dass Sie dies als endgültigen Befehl auffassen. Sie müssen meinen Auftrag sofort ausführen, andernfalls muss ich dieses einer höheren Dienststelle berichten und um Ihre Entlassung bitten. Das ist nicht der einzige Fall in dem Ihre Verwaltung Aufträge nicht beachtet hat und unterlassen hat, sie auszuführen und ich möchte Sie wissen lassen, dass ich nicht die Absicht habe, solch ein regelwidriges und zu Ärgernis Anlass gebendes Verhalten zu dulden.

gez. Major Murphy
Kommandeur 326 Mil Gov

Ein Militärlastwagen wird morgen, Sonnabend, um 12 Uhr am Rathaus sein, um Reinigungsmaterial für 20 Arbeitskräfte abzuholen, die die Arbeit am Montag morgen aufnehmen. Diese Gegenstände sind in meinem Auftrag vom 2. August aufgeführt,

gez. Unterschrift

Göttingen
DM/HM

Q2: Zusammenstöße mit der Militärregierung: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 75 1, Blatt 29.

Formular Nr.

20

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname:

Rufname:

(bei Frauen auch Geburtsname)

led., verh., verw., gesch.*)
männlich/weiblich*)

Geburtstag:

Geburtsort:

Gegenwärtige Anschrift:

Beruf und Beschäftigung:

Art des Personalausweises und dessen Nummer:

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger:

Grund der Gefangensetzung:

In Haft in vom bis

Name der Person, die Sie angezeigt hat:

Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat:

Verurteilt durch:

am:

Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer:

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise?

Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten?

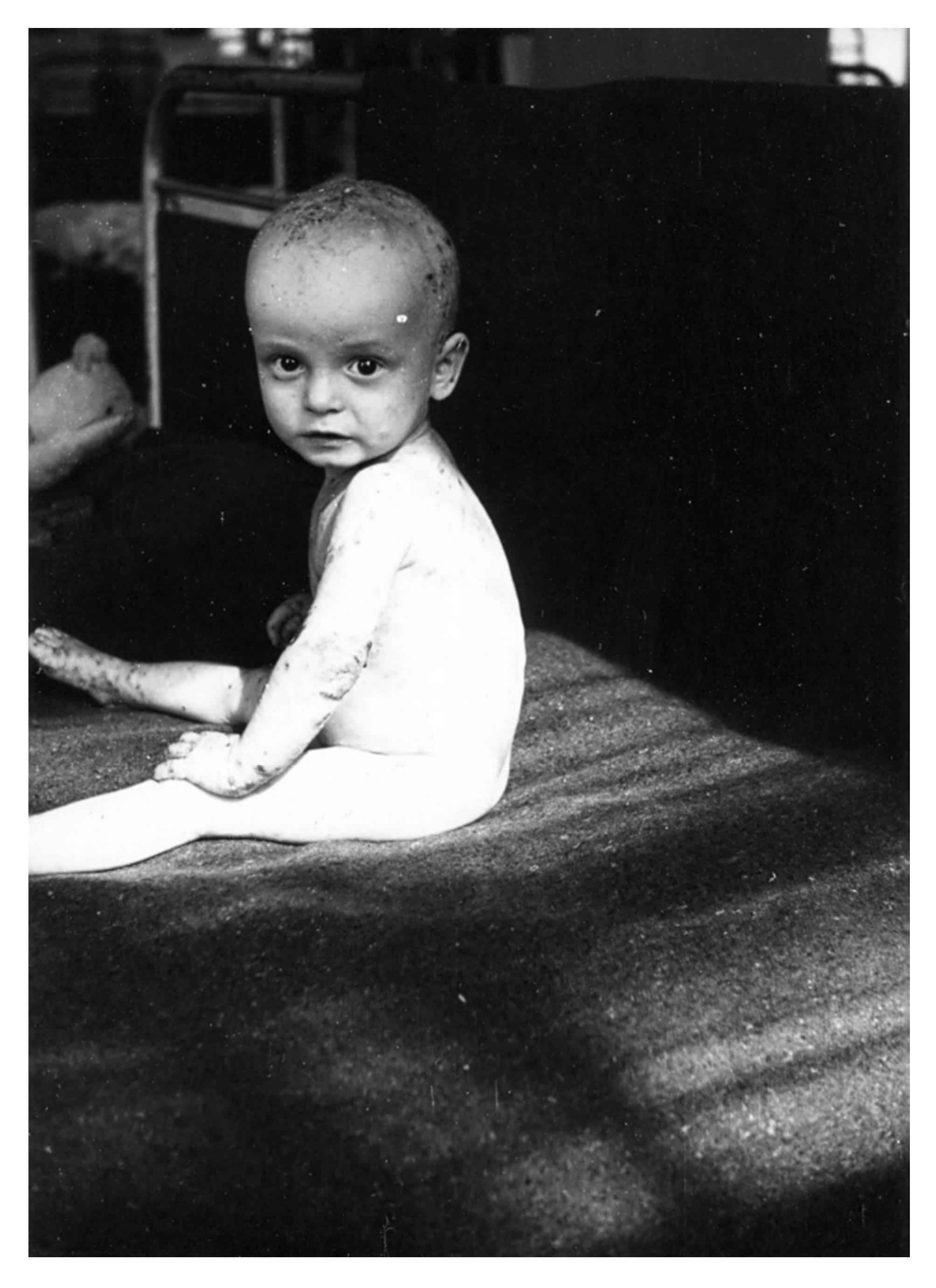
Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten:

Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin. Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Q3 Fragebogen: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung I 76 1 Blatt 20 Vorderseite.



Q4: Außenansicht des damaligen Hilfslazaretts auf der „Rhons“ (Fotoarchiv Göttingen).



Q5: Krankes Kleinstkind aus einer DP-Familie zur Behandlung im Hilfslazarett auf der „Rhons“ (Fotoarchiv Göttingen).

Auszug aus dem Befehl Nr. 14
des Reserve Lazaretts Göttingen vom 14.6.45.

1. Betr.: Einführen von Besuchszeiten in den Lazarett-Abteilungen.

Ab sofort können die Patienten auf den Lazarett-Abteilungen Besuch empfangen, und zwar:

Mittwochs und Sonntags von 14.30 bis 17.oo.

Es wird trotz dieser Vergünstigung zur Pflicht gemacht, dass die von den amerikanischen bezw. englischen Kommissionen erlassenen Bestimmungen genauestens beachtet werden.

Die Besuchszeiten sind strengstens einzuhalten.

2.)- 3.) pp.

4. Betr.: Transport von Patienten.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Lazarettkranke nur in Begleitung von Schwestern bezw. im Sankrawagen die Lazarett-Abteilungen verlassen dürfen.

5. Betr.: Abtransport von Kriegsgefangenen und Entlassung von WU -Soldaten.

Mit dem Abtransport von Kriegsgefangenen und der Entlassung von WU - Soldaten ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

6.) pp.

F. d. R. gez. Harries

Göttingen, den 15.6.45 Oberfeldarzt

Stabsarzt u. Abt. Arzt
Abt. Oberschule.

Q6: Anweisungen zum Hilfslazarett auf der „Rhons“ (Fotoarchiv Göttingen).

Der Landrat Göttingen, August 13th. 1945

Copy Vieh-Abschlachtung 380

Between April 8th, 1945 and July 15th, 1945 the following cattle, pigs and sheep have been slughtered by D.P!s in the Landkreis of Göttingen:

18 pigs	125 kg each living weight	= 2225 kg	= 1800 kg	slau-
1 boar	150 kg " " "	= 150 "	= 120 "	ghter-
31 sows	150 kg " " "	= 4650 "	= 3720 "	ed
390 hogs	163 kg " " "	=43875 "	=35100 "	weight
59 small pigs	20 kg " " "	= 1180 "	= 590 "	"
			41330 "	"

2 bulls	700 kg each	= 1400 kg living weight	= 840 kg	slaughtered
2 oxen	700 kg "	= 1400 kg " "	= 840 "	weight
41 cows	500 kg "	=20500 kg " "	=10250 "	"
88 cows	400 kg "	=35200 kg " "	=17600 "	"
34 calves	60 kg "	= 2040 kg " "	= 1000 "	"
			30530 "	"

11 rams	60 kg each	= 660 kg living weight	= 330	slaughtered
641 sheep	45 kg "	=28845" " "	=14423	weight
29 lambs	30 kg "	= 870" " "	= 435	"
94 sheep	45 kg "	= 4230" " "	= 2115	"
26 lambs	30 kg "	= 780" " "	= 390	"
			17693	"

That is: 41330 kg pork
30530 kg beef
17693 kg mutton
89552 kg meat

The amount of meat which has thus been stolen would have been sufficient to cover the demand of the 110 000 normal consumers of the town and Landkreis of Göttingen (excluding self-producers) for 6 1/2 weeks considering that the normal ration per week is now 125 gr.

snd. F.Schmidt
(E.Schmidt)

To the
Commanding Officer
of Mil Gov 1002 Det.
Göttingen

Q7: Aufstellung über Viehverluste: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung A 10 Blatt 380.

281

Herr Dr. B i e d e k a r k e n , Betriebsleiter auf dem Rollwage'schen Gut in Diemarden, trägt vor :

In dem Hause der Frau Rollwage hatte eine Familie Urichard als Evakuierte gewohnt, bis die ganze Wohnung durch die Amerikaner geräumt wurde. Frau Uriachard wurde bei dem Pfarrer in Diemarden untergebracht. Jetzt will die englische Militärregierung, dass die Familie Urichard wieder in die Rollwage'sche Wohnung kommt. Der in Frage kommende Teil der Wohnung ist durch deutsche Kriegsgefangene (Erntehelfer) besetzt. Die Militärregierung hat verlangt, dass diese Soldaten in den Polenwohnungen, die vor kurzem verlassen worden sind, untergebracht werden sollen und hat eine kurze Frist zur Herrichtung der Polenwohnungen gesetzt. Diese Frist kann, zumal sich der Betrieb mitten in der Ernte befindet, nicht eingehalten werden, zudem ist es dringend erforderlich, dass die deutschen Soldaten wenigstens vorläufig in der Wohnung bleiben, da diese dauernd von Polen belästigt wird. In der vergangenen Woche haben 12 Polen einen Überfall auf die Wohnung gemacht und sind erst, als sich die sieben Soldaten zusammenrotteten, geflohen. Diese Vorgänge können sich täglich wiederholen. Frau Rollwage ist selbstverständlich bereit, die Polenwohnungen im Laufe etwa der nächsten drei Wochen wiederherstellen zu lassen und dann die in der Verwaltungwohnung untergebrachten deutschen Soldaten in die Polenwohnungen zu legen, sodass die Verwalterwohnung für Evakuierte frei wird. In ihrer Wohnung aber möchte sie in Anbetracht der gerade in diesem Falle ganz ausserordentlich unsicheren Verhältnisse gern die deutschen Soldaten behalten.

Q8: Wohnungskonflikte: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung A 10 Blatt 281.

Der Oberbürgermeister. Göttingen, den 31. Mai 1945

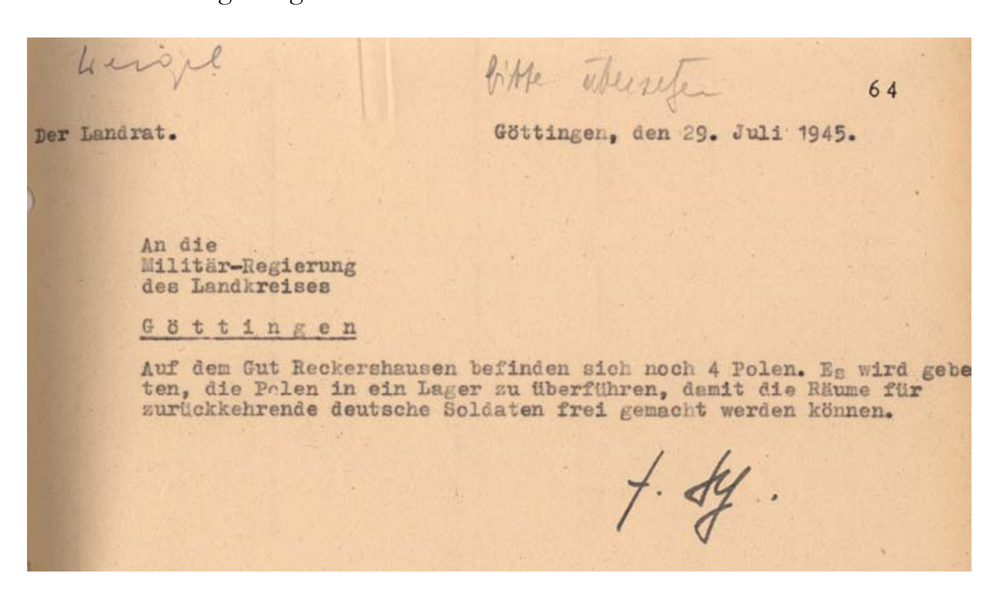
313

An dem Militär-Kommandanten.

Bei den Landwirt Spötter, Ballenhausen, haben 24 Polen 9 Wohnungen inne. Die Polen könnten erheblich zusammenrücken, damit in den freigewordenen Wohnungen deutsche Familien untergebracht werden könnten, die zur Arbeit in der Landwirtschaft verwendet werden. Es befinden sich auf dem ca. 138 ha großen Betrieb nur 4 deutsche Arbeiter. Es ist daher dringend geboten, neue Arbeiter in die Arbeit einzustellen.

Ich bitte veranlassen zu wollen, daß die Polen zusammenrücken oder in ein Lager abtransportiert werden.

Q9: Räumung von Wohnungen 1: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung A 10 Blatt 313.



64

Der Landrat. Göttingen, den 29. Juli 1945.

An die
Militär-Regierung
des Landkreises
Göttingen

Auf dem Gut Reckershausen befinden sich noch 4 Polen. Es wird gebeten, die Polen in ein Lager zu überführen, damit die Räume für zurückkehrende deutsche Soldaten frei gemacht werden können.

Q10: Räumung von Wohnungen 2: Stadtarchiv Göttingen: Stadtverwaltung und Militärregierung A 10 Blatt 64.

Theater und Kultur in Göttingen in den Nachkriegsjahren 1945-1955

Maneja Yazdani

1 Einleitung

In der Reeducation-Phase nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der Bereich Kultur eine große Rolle. Die maßgeblichen Akteure des Kulturbereichs in den Besatzungsbehörden waren alliierte Offiziere, die durch Studium und Beruf eng mit der deutschen Geschichte und Mentalität vertraut waren. Vielfach wurden auch deutsche Remigranten administrativ eingebunden.[1]

Große Teile des Bildungsbürgertums waren davon überzeugt, dass der Nationalsozialismus dem „deutschen Geist" nichts hatte anhaben können. Der Aufbau einer intakten demokratischen Kulturszene sollte helfen, sich von der NS-Vergangenheit, die in weite Bereiche der kulturellen Aktivitäten hereinragte, zu distanzieren und zu lösen. Schriften deutscher Gelehrter wie *Geist aus der Mitte - Das andere Deutschland* (1946) von August Blume und *Der geistige Wiederaufbau Deutschlands* (1946) von Johannes Hessen machten eine angenommene Ausbreitung des Atheismus für die „deutsche Katastrophe" verantwortlich. Auch andere Literaten und Philosophen verstanden Kultur als Rückkehr zu den Werten der westlichen Welt.[2] Die Topoi „westliche Kultur" respektive „Abendland" standen dabei

[1] Vgl. Hermann Glaser, Deutsche Kultur 1945-2000, Bonn 1997, S. 91f.

[2] Siehe hierzu Reinhold Schneider, Heimkehr des deutschen Geistes, Baden-Baden 1946; Alfred Müller-Armack, Das Jahrhundert ohne Gott, Münster 1948; Albrecht Haushofer, Moabiter Sonette, Berlin (Privatdruck) 1945; Alfred Döblin, Der unsterbliche Mensch, Freiburg 1946.

mit einem dezidierten Antikommunismus und einer „Verchristlichung“ der Geschichte in enger Verbindung.[3] Aus politischer Sicht bedeutete für viele Deutsche die Umerziehung in der Kulturszene zunächst Rehabilitierung des „verdrängten, exilierten deutschen Geistes“.[4]

2 Theater

Die Alliierten erkannten sehr schnell den Wert des Theaters, das neben dem Museum und der Universität als wichtigster Kulturort erschien – einerseits als Vergnügen für die Bevölkerung, eine Gelegenheit den Alltag zu vergessen, der durch Entbehrungen und Einschränkungen gekennzeichnet war, andererseits um den Brückenschlag nach „draußen“, wovon Deutschland zwölf Jahre lang kulturell abgeschnitten war, zu vollbringen. Die Voraussetzungen schienen aber nicht die besten zu sein: Von den 179 Staats-, Landes- und Stadttheatern waren 98, also über die Hälfte nicht bespielbar, da sie entweder zerstört, zerbombt oder anderweitig beschädigt waren.[5] Die Ensembles hatten sich seit dem 1. September 1944, als Goebbels den Spielbetrieb der deutschen Bühnen mit einem Erlass eingestellt hatte, vielfach aufgelöst.[6]

Bei der Besetzung Göttingens am 8. April 1945 kam das kulturelle Leben fast völlig zum Erliegen. Durch das Gesetz 191, das am 20. April 1945 von den alliierten Besatzungsmächten erlassen worden war, wurden jegliche kulturellen Aktivitäten wie Lichtspielhäuser, Theater, Musik und Zusammentreffen zu dem Zweck desselben zunächst bis auf weiteres verboten. Erst zwei Monate später, am 14. Juli 1945, erteilte die Militärregierung die Erlaubnis, Vorführungen des Theaters, von Musik und von Filmen beizuwohnen und zu veranstalten. In der „Neuen Zeitung“ vom 1. November 1945 findet sich ein Brief aus Frankfurt, der treffend feststellt, dass die große Chance für die Zukunft nicht im Fortführen von Traditionen, sondern im Neuanfang liege: „Vielleicht wird […] gerade aus dem Zwang zum primitivsten Neubeginn eine Rückkehr zu den Elementen des Theaters zustande kommen, eine neue Form, ein neuer Stil entstehen, den das Publikum nicht mehr, wie

[3] Vgl. Sabine Horn, Documenta I 1955 - Die Kunst als Botschafterin der Westintegration, in: Johannes Paulmann (Hg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005, S. 45-61; Siehe ferner zum Abendland-Begriff in der frühen Bundesrepublik: Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999; Dagmar Pöpping, Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900-1945, Berlin 2002.

[4] Glaser, Kultur, S. 97.

[5] Günther Rühle, Die Wiederherstellung des Theaters, in: Hilmar Hoffmann/Heinrich Klotz (Hg.), Die Kultur unseres Jahrhunderts 1945-1960, Düsseldorf, Wien, New York 1991, S. 70-95, hier S. 73.

[6] Birte Kundrus, Totale Unterhaltung? Die kulturelle Kriegsführung 1939-1945 in Film, Rundfunk und Theater, in: Jörg Echternkamp (Hg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945, 2. Halbband, München 2005, S. 93-158, hier S. 119.

heute, schlechtweg als Ruinenstil bezeichnen kann […] Not zwingt zum Wesentlichen."[7]

Von den Heimkehrerstücken, darunter u.a. *Wir heißen Euch hoffen* von Fred Denger, wurde lediglich Wolfgang Borcherts Stück *Draußen vor der Tür* ein Erfolg. Das Stück zählt zur Trümmerliteratur und behandelt die Rückkehr des aus Russland heimgekommenen Beckmann, der sich in der Nachkriegsgesellschaft Deutschlands mit sozialen Integrationsproblemen konfrontiert sieht. Sein Versuch, sich ein neues Leben aufzubauen und den Tod seiner Kameraden zu verarbeiten, scheitert. Allein im Jahre 1948 wurde es auf über 40 Theaterbühnen in Deutschland aufgeführt und konnte ebenfalls filmische Erfolge aufweisen.

Während in den westlichen Besatzungszonen die Theaterszene mit Aufführungen vor allem der Klassiker die Menschen der Nachkriegszeit von den Sorgen des Alltags abzulenken versuchte, wurde in der SBZ vor allem experimentiert.[8] Ostberlin wurde mit dem Brechtensemble (ab 1948) zum Schauplatz eines politisch und sozial engagierten Sprech- und Musiktheaters. Den größten Erfolg auf der Bühne erlangte Carl Zuckmayer mit seinem Stück *Des Teufels General*.[9] General Harras war ein Idol für die Massen, mit dem sich „auch der kleine Mitläufer gerne"[10] identifizierte: Eine tragische, unpolitische Person, die von dämonischen Mächten verführt worden ist und danach tapfer büßt.

Das Stadttheater in Göttingen war ab dem 1. August 1946 wieder im städtischen Besitz und eröffnete am 4. August mit der Oper *Figaros Hochzeit* eine neue Spielzeit, die aber privat inszeniert worden war.[11] Das Plakat, das für die Vorstellung warb, ist sehr schlicht gehalten, Farbe und Druck sind einfach. Bilder und Verzierungen fehlen und zeugen von der Knappheit der Druckmaschinen und den eingeschränkten Möglichkeiten des Druckes (siehe Q1).

Verschiedene Konzert- und Vortragsveranstaltungen nahmen ihren Anfang.[12] Im Mai 1945 hatte die Stadtbibliothek schon ihre Pforten geöffnet, in der Marienkirche wurde unter der Leitung Dohrmanns die erste Kantate wieder aufgeführt; das Städtische Museum durfte zunächst durch Schulklassen, dann ab Oktober ebenfalls durch Erwachsene besucht werden. Auf Initiative des wieder eingesetzten Hochschullehrers Hermann Nohl, der in weiten Bereichen der Universität, der Erwachsenenbildung und der Volkshochschule tätig war, wurde der „Arbeitskreis der Göttinger Kunstfreunde" gegründet, der die Akademische Orchestervereinigung, den Kunstverein, das Stadttheater, die Händelgesellschaft und die Stadtkan-

[7] Gertrud Becker, Frankfurter Brief, Die Neue Zeitung, 1.11.1945.

[8] Glaser, S. 120.

[9] Ebd., S. 121ff.

[10] Ebd., S. 121.

[11] Gidion, Jürgen, Kulturelles Leben in Göttingen, in: Rudolph von Thadden, Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt. 1966 - 1989, Göttingen 1999, S. 535-590, hier S. 571.

[12] Jens-Uwe Brinkmann, Nach Jahren der Entbehrung. Kultur und Schule, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März - 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 215-256, hier S. 215.

torei beherbergte.[13] Neben dem „Arbeitskreis", der den bestehenden Institutionen und Vereinigungen vorbehalten blieb, gründeten Göttinger Bürger im gleichen Jahr den „Kulturbund", der es sich zur Aufgabe machte, die „Kultur zur lebendigen und befreienden Kraft im gegenwärtigen Schicksal der Menschen"[14] werden zu lassen. Zunächst war aber das Problem der Raumfrage zu klären, um den Neuaufbau des Kulturlebens beginnen zu können. In Göttingen gab es zwar nicht vergleichsweise große Bombenschäden wie in vielen Orten der Umgebung, doch waren die vorhandenen Räume vielfach von der Militärregierung beschlagnahmt. Sie dienten u.a. den Flüchtlingen aus dem Osten, den Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft und nicht zuletzt den „Displaced Persons"[15] als Unterkunft. Einige der Gebäude wurden dazu genutzt, um Kultureinrichtungen für die Besatzungstruppen unterzubringen. So war u.a. der „Toc H-Club"[16], ein Verein für britische Soldaten, im Stadtpark am Albaniplatz untergebracht und sollte den Mitgliedern ein reiches Unterhaltungsprogramm bieten. Später organisierten die Briten hier die Theatervorstellungen der Truppenangehörigen. Schnell wurde das Gebäude aber wieder der Stadt zurückgegeben. Das größte Kino der Stadt, das „Capitol" mit 866 Plätzen, hatten die *Army Welfare Services* für Besatzungsangehörige beschlagnahmt.[17]

An vielen Orten wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die Theatertraditionen schnell wieder aufgenommen oder neu begründet, vielerorts durch die Hilfe alliierter Theateroffiziere. Im Herbst 1947 bestanden mehr Theater als je zuvor.[18] Gespielt wurde in provisorischen Räumen, in denen Technik, Bestuhlung und Ausstattung karg waren. Die Not wurde zur Tugend gemacht; man spielte meist in Ermangelung von Kostümen in Alltagskleidung, mit wenigen Requisiten und spartanisch eingerichteten Bühnen. Noch bis ins Jahr 1949 stellte die Materialknappheit in Göttingens Theatern eine Herausforderung dar, die das Ensemble und die Bühnenbildner mit immer neuen Ideen meisterten. Nicht nur Schuhwerk und Bühnenkleidung, die oftmals aus dem „Allerweltsmaterial" Nessel bestand und nach Bedarf immer wieder umgeschneidert, umgefärbt und bedruckt wurde (Q10), waren knapp, auch die Kulissenbauten stellten nicht nur die Bühnenbildner, sondern ebenfalls die Regisseure und die Intendanz vor neue Aufgaben. Bei ihnen hieß es „aus alt mach neu" und das „bisschen Pappe und Farbe" sollte den Theaterbesuchern, die das improvisierte Bühnenbild in seiner Gesamtheit auf sich wirken lie-

[13] Gidion, S. 570.

[14] Text eines Handzettels des „Göttinger Kulturbundes". Zitiert in: Brinkmann, S. 216.

[15] Siehe den Beitrag von Hagen Stöckmannn diesem Band.

[16] „Toc H": „Talbot House", Soldatenclub, der in Erinnerung an den im Ersten Weltkrieg gefallenen Gilbert Talbot 1915 gegründet wurde; ab 1920 wurde daraus eine Gemeinschaft mit karitativen Zielen.

[17] Brinkmann, S. 219.

[18] Siehe Rühle, S. 75: 133 Staats-, Landes- und Stadttheater mitsamt 84 Behelfsbühnen, 125 gewerblich betriebene Privattheater und 20 Behelfsbühnen, 57 Wanderbühnen, Bauerntheater, Gastspielbühnen.

ßen, stets daran erinnern, wie viel Arbeit und Liebe hinter den kleinen Details steckte.[19]

Mit dem Ende der Spielzeit 1949/50 wurden die Sparten Operette und Oper aufgelöst, das künstlerische Personal entlassen und das Theater in eine GmbH umgewandelt. Es nannte sich nun *Deutsches Theater*. Zudem ermöglichte man „interessierten Flüchtlingen den Besuch beliebiger Aufführungen einmal monatlich“[20] , indem die Verwaltung des *Deutschen Theaters* in Zusammenarbeit mit dem Stadt- und Kreisflüchtlingsamt Karten für Aufführungen des Theaters für Geringverdiener und Arbeitslose verbilligte (siehe Q4).

Mit dem Ende der Spielzeit 1950/51 entließ man aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Stadt das Orchester. Deutlich zeigt sich hier das Bestreben der Göttinger Bürger, auf das Orchester nicht verzichten zu wollen, obwohl zu dieser Zeit durchaus andere Sorgen wie Wohnungsnot und Traumata des Krieges zu bewältigen waren. Einen eindrucksvollen Brief einer Leserin druckte das Göttinger Tageblatt vom 2. Februar 1951 ab (Q9), in dem sie den Sorgen vieler an der musikalischen Kultur Göttingens interessierter Bürgerinnen und Bürger Ausdruck verleiht. Der Gedanke, auf das Symphonieorchester verzichten zu müssen, brachte Teile der Bevölkerung und die Universität dazu, mithilfe von privaten Spenden, trotz der fehlenden Gewährung der finanziellen Unterstützung durch die Stadt, das Orchester erhalten zu wollen. Durch den Trägerverein „Verein zur Förderung des Göttinger Symphonieorchesters“, den die Göttinger Bürger gründeten, war es schließlich im Jahr 1951 möglich, die Existenz des Orchesters zu sichern. Die Musiker blieben beisammen, das Orchester wurde unter dem Namen „Göttinger Symphonieorchester“ – kurz GSO – neu gegründet und bestand als eigene Institution, die nicht mehr vom Theater abhängig war, fort.

3 Kino

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war auch die deutsche Kinolandschaft fast völlig zerstört. In Hamburg beispielsweise standen von ursprünglich 119 nach 1945 nur noch 47 Kinos.[21] Wie viele große Gebäude waren die Lichtspielhäuser und vor allem die Produktionsstätten von der Beschlagnahmung durch die Besatzungstruppen betroffen. Durch die schlechte Gesamtsituation fand sich unmittelbar nach Kriegsende kein Markt für erhalten gebliebene Filmkopien. Die Filmwirtschaft war während des Dritten Reiches zunehmend zentral durch den Staat geregelt worden, weswegen das Kapital der Filmindustrie als Reichsvermögen galt und nach der Gesetzgebung der Alliierten von diesen beschlagnahmt wurde. Demzufolge fehlte es nicht nur an technischen Einrichtungen, sondern vor allem an der

[19] Ebd.

[20] Q4.

[21] Andreas Gaw, Entwicklung und Bedeutung der Filmproduktion, Göttingen 1989, S. 1.

Finanzierung.[22] Das Kino war sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ein Medium für die Massen, die einerseits unterhalten, andererseits aber auch informiert werden wollten. In der Stadt und auf dem Land bildete es den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Allerdings war nach dem Krieg eine kritischere Herangehensweise an die Filme und die Filmindustrie bemerkbar.[23]

Nach 1949/50 wandte sich die Produktion der Spielfilme aber vor allem der Masse zu, die nach idyllischer, einfacher Kost fragte und sowohl die Trümmer als auch die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht mehr sehen mochte. Sehr bezeichnend sind die Heimatfilme, die in dieser Zeit en masse entstanden. Der erste Nachkriegs-Heimatfilm, der dazu noch in Farbe gezeigt wurde, heißt *Schwarzwaldmädel* (1950). Göttingen profitierte von dieser Entwicklung – am Rande der Stadt entstand ein Zentrum der deutschen Spielfilmproduktion. Die Gründung der Filmaufbau GmbH unter Rolf Thiele und Hans Abich im Jahre 1945 in Göttingen machte aus der Kleinstadt für lange Jahre eine bedeutende Filmstadt. Im Studio des ehemaligen Wehrmachtflugplatzes zwischen Grone und Holtensen, dem heutigen Industriegebiet, wurde ein zunächst improvisiertes Filmstudio errichtet und zwischen 1949 und 1961 wurden dort über 100 Spielfilme gedreht.[24] Viele Faktoren begünstigten die dortige Ansiedelung einer Filmindustrie in der Nachkriegszeit: Die Stadt war weitestgehend intakt und von überschaubarer Größe. Vor allem die wenigen Bombenschäden machte sie zu einem begehrten Drehort, an dem die „heile Welt", nach der die Masse fragte, gut inszeniert werden konnte. Die Universität lieferte viele studentische Statisten und das Theater einen qualifizierten Pool von Schauspielern.[25]

Beim ersten in Göttingen gedrehten Film – *Liebe 47,* die filmische Umsetzung von *Draußen vor der Tür* unter der Regie Wolfgang Liebeneiners – erhielt ein Statist 3 RM pro Arbeitsstunde, in einer kleinen Sprechrolle sogar 5 RM. Weitere Filme – wie *Die Nachtwache* (1949) mit Dieter Borsche, *Frauenarzt Dr. Prätorius* (1950) und *Das Haus in Montevideo* (1951) unter der Regie von Curt Goetz – markierten einen Erfolg der kleinen Filmstadt. Das städtische Orchester und das Schauspielensemble des Theaters sollten für den Film genutzt werden, während die Filmgesellschaft dem Theater einen jährlichen Zuschuss zahlte. Durch den Plan des Kulturdezernenten des deutschen Städtetages, Otto Beneke, und des Kultusministers Richard Voigt (s. Q3) wurde neben der Sanierung der Göttinger Kulturlandschaft auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Kultursparten angestrebt. Trotz der hohen Belastung der Filmtheater durch die sogenannte Vergnügungssteuer, die in Niedersachsen 40 Prozent der Bruttoeinnahmen betrug, entstanden in Göttingen in den Jahren 1945 bis 1955 neun Kinos. Q6 zeigt die Außenansicht des Lichtspielhauses „Capitol", in dem viele der in Göttingen produzierten Spielfilme uraufgeführt

[22] Kundrus, S. 93f.

[23] Vgl. Hermann Kadow, Kino von innen und außen, Frankfurter Hefte (5/1946), S. 7.

[24] Gaw, S. 3.

[25] Vgl. Gustav Meier, Filmstadt Göttingen. Bilder für eine neue Welt. Zur Geschichte der Göttinger Spielfilmproduktion 1945-1961, Göttingen 1996, S. 21.

wurden. Hier fand die Tagung des Wirtschaftsverbandes der Filmtheaterbesitzer der Bezirke Göttingen, Braunschweig und Hildesheim statt, die als Hauptpunkt die hohe steuerliche Belastung der niedersächsischen Filmtheater besprach. (siehe Q8)

Die Diskussion über den Bau von neuen Lichtspielhäusern ging quer durch die Bevölkerung und hatte ebenso Befürworter wie auch Gegner. Q7 zeigt die Diskussion in einem Artikel aus dem Göttinger Tageblatt vom 15. August 1950 auf. Es gab genügend Stimmen, die aufgrund der sinkenden Besucherzahlen und Einnahmen den Bau weiterer Kinos nicht befürworteten. Anderseits versprachen sich die Göttinger durch den Bau der Kinos und durch die neue Filmgesellschaft, die im Aufbau begriffen war, eine neue Geldeinnahmequelle für ihre Stadt und rechneten ebenfalls mit einer Bedarfssteigerung in der Bevölkerung, da man die Eintrittspreise nicht erhöhen wollte. Nach der Rückkehr der alten Firmen auf den Markt konnte sich die Filmgesellschaft aber nicht mehr behaupten und wurde 1961 aufgelöst.

Nach 12 Jahren Nationalsozialismus, der nicht nur die Kultur der Kleinstadt geprägt hatte, war es eine schwierige Aufgabe, einerseits den Aufbau der Kulturszene zu bewerkstelligen, andererseits den Anschluss an die Kunst, die Musik und das Theater der übrigen Welt zu finden. Eine Neuorientierung war notwendig. Trotz der meist fehlenden und schwer beschaffbaren finanziellen und materiellen Mittel wurde in den ersten Jahren der Nachkriegszeit eine intakte Kulturlandschaft geschaffen, die es den folgenden Generationen ermöglichte, sich mit den Geschehnissen des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus filmisch, literarisch und künstlerisch auseinander zu setzen.

Literatur zum Weiterlesen

Jens-Uwe Brinkmann, Nach Jahren der Entbehrung. Kultur und Schule, in: Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März - 28. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 215-256.

Ernst Böhme, Geschichte und gesellschaftliches Leben der Stadt Göttingen, in: K. H. Kaufhold (Hg.), 1801-2001. 200 Jahre Sparkasse Göttingen. Älteste kommunale Sparkasse, Göttingen 2001, S. 165-182.

Hermann Glaser, Deutsche Kultur 1945-2000, Bonn 1997.

Jürgen Gidion, Kulturelles Leben in Göttingen, in: Rudolph von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1966-1989, Göttingen 1999, S. 535-590.

Gustav Meier, Filmstadt Göttingen. Bilder für eine neue Welt. Zur Geschichte der Göttinger Spielfilmproduktion 1945-1961, Göttingen 1996.

Stadttheater Göttingen

Sonnabend, 4. August 1945, 18.30 Uhr

ERSTAUFFÜHRUNG

Die Hochzeit des Figaro

Komische Oper in 4 Akten von W. A. Mozart

Nächste weitere Aufführungen:

Sonntag, 5. August Donnerstag, 9. August

Dienstag, 7. August Sonnabend, 11. August

Sonntag, 12. August

Kartenvorverkauf:

An Spieltagen 10-13 Uhr (sonntags 11-13 Uhr) und eine Stunde vor Beginn der Vorstellung, an den übrigen Tagen von 10-13 und 16-18 Uhr

Beginn des Vorverkaufs: 3 Tage vor der Vorstellung

ANFANG SÄMTLICHER VORSTELLUNGEN UM 18.30 UHR

Q1: Theaterplakat des Stadttheaters: Plakatsammlung des Stadtarchivs Göttingen.



Q2: Plakat zu den Händelfestspielen 1947: Plakatsammlung des Stadtarchivs Göttingen.

Göttinger Ehe zwischen Film und Theater beginnt

„Beneke-Plan" im Kommen – Werden die Stadtväter 350 000 DM bewilligen?

Die Theatersituation in Göttingen, der Gesprächsstoff der vergangenen Wochen, dürfte nach den letzten Ereignissen nunmehr geklärt sein. Wie die „hp" bereits meldete, sollen die Kammerspiele unter Beachtung des sogenannten „Beneke-Planes" zum ersten April als Filmtheater verpachtet werden, wobei allerdings die Stadt sich vorbehalten hat, zwei Tage in der Woche das Schauspiel in diesem Hause spielen zu lassen. Wenn die Stadtväter einem Zuschuß von etwa 350 000 DM zustimmen und der Film helfend eingreift (auch das ist ein Teil des Planes), ist das große Haus für die nächste Zukunft gesichert.

Ein kühnes Wagnis

Es kann nicht bestritten werden, daß die Eröffnung des zweiten Hauses im September vorigen Jahres, zu einer Zeit also, wo andere Theater bereits schließen mußten oder zumindest große Geldsorgen hatten, ein kühnes Wagnis war. Die Hoffnung, daß sich die finanzielle Lage der Göttinger Theaterfreunde und damit auch des Theaters verbessern würde, hat sich leider nicht erfüllt. In den fünf Monaten ihres Bestehens haben sich die Kammerspiele einen festen Besucherkreis geschaffen, woran die Leistungen des Ensembles, von einigen Pannen abgesehen, einen guten Anteil haben.

Der Plan des Kulturdezernenten des deutschen Städtetages, Beneke, über die Sanierung des Göttinger Theaters sieht unter anderem eine Ehe mit dem Film, gewisse Einschränkungen im Personal und Gastspiele in der Umgebung vor. Alle drei Punkte sollen verwirklicht werden. Auch Kultusminister Voigt, der in den letzten Tagen inoffiziell sich in Göttingen über die Lage des Theaters informierte, hieß diesen Plan gut. Die Stadt hat allen zur Erhaltung des Niveaus unbedingt notwendigen Künstlern und Angehörigen des technischen Personals eine Entscheidung über die Verlängerung der Verträge zum ersten März angekündigt. Es wird sich um etwa 30 Stellen handeln, die eingespart werden müssen.

Prominente Künstler kommen

In den nächsten Wochen sollen Besprechungen zwischen den Theaterleuten und Männern vom Film stattfinden, in denen die technischen Einzelheiten geklärt werden. Unter anderem denkt man daran, das städtische Orchester und das Schauspielensemble für den Film zu benutzen, während der Film dem Theater einen jährlichen Zuschuß zahlt. Prominente Künstler der Leinwand werden in Göttingen gastieren, was dem Theater einen nicht zu unterschätzenden Auftrieb geben würde, wofür das Gastspiel Otto Wernickes ein guter Beweis ist. Auch die Reisen in andere Städte brachten schöne Erfolge.

Göttingen genießt als Kulturzentrum nicht nur in Deutschland einen Ruf und hat damit Verpflichtungen übernommen, die eingehalten werden müssen. Sie im Rahmen der Möglichkeiten zu erfüllen, ist eine der schweren Aufgaben, der sich die Stadt jetzt unterziehen muß. Zum unerläßlichen Bestandteil der Stadt gehört das Theater. Man sollte nichts unversucht lassen, es — wenn auch unter gewissen Einschränkungen — zu erhalten. hp

Neue Autobusse

„hp GÖTTINGEN. Das Städtische Betriebsamt hofft nach Eintreffen von zwei neuen Autobussen im April die Stadtlinien weiter ausbauen zu können. Es ist geplant, die Linie nach der Herzberger-Landstraße und die nach Grone halbstündlich laufen zu lassen.

Zur Frage der Theaterautobusse erklärte Direktor Niemann vom Städtischen Betriebsamt, daß man es sich im Augenblick aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht leisten könne, das Risiko von Leerfahrten auf sich zu nehmen.

Q3: Artikel aus der Hannoverschen Presse vom 3.02.1949, S. 5, Stadtarchiv Göttingen (FilmZtg 628).

Verbilligte Theaterkarten

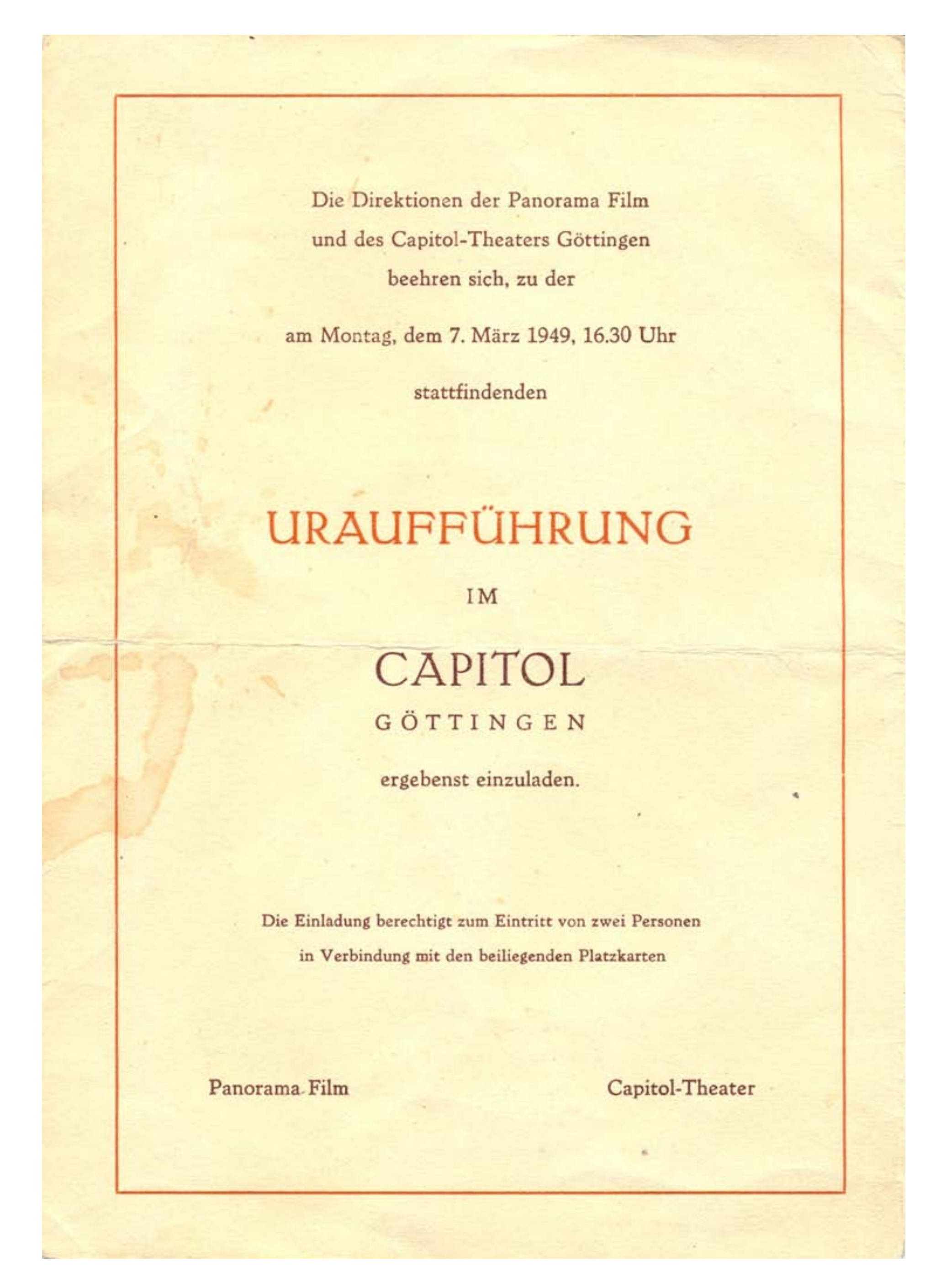
Dank dem Entgegenkommen der Verwaltung des Göttinger Stadttheateres und dem Interesse des Stadt- und Kreisflüchtlingsamtes für Fragen der kulturellen Betreuung der Heimatvertriebenen ist es gelungen, den an Aufführungen des Stadttheaters interessierten Flüchtlingen den Besuch beliebiger Aufführungen einmal monatlich für die Dauer von sechs Monaten bei einer 50prozentigen Ermäßigung zu ermöglichen. Bei der gebotenen Berücksichtigung der sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkte steht diese Vergünstigung in erster Linie den Empfängern von Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung zur Verfügung.

Der Kulturausschuß des DOB im Stadt- und Landkreis Göttingen weist auf diese günstige Möglichkeit hin und empfiehlt, davon baldigst Gebrauch zu machen.

Es ist mit den Flüchtlingsämtern eine Vereinbarung mit dem Ziel getroffen worden, das Verfahren zur Erlangung der Ermäßigung so einfach und unbürokratisch wie möglich zu machen.

Das interessierte Mitglied wende sich mit einer kurzen Empfehlung von Seiten des Vorstandes seines Bezirks (Göttingen-Stadt) bzw. seines Ortsvorstandes (Göttingen-Land) an die Geschäftsstelle des DOB, Göttingen, Obere Karspüle 39, welche eine zweckentsprechende Bescheinigung alsbald ausstellt.

Q4: Artikel aus der Zeitung „Der Heimatvertriebene“ vom Februar 1950: Materialien des Kulturamtes, in: Konzert- und Theaterkritiken von Göttinger Aufführungen, Nr. 604. (Stadtarchiv Göttingen).



Die Direktionen der Panorama Film
und des Capitol-Theaters Göttingen
beehren sich, zu der

am Montag, dem 7. März 1949, 16.30 Uhr

stattfindenden

URAUFFÜHRUNG

IM

CAPITOL

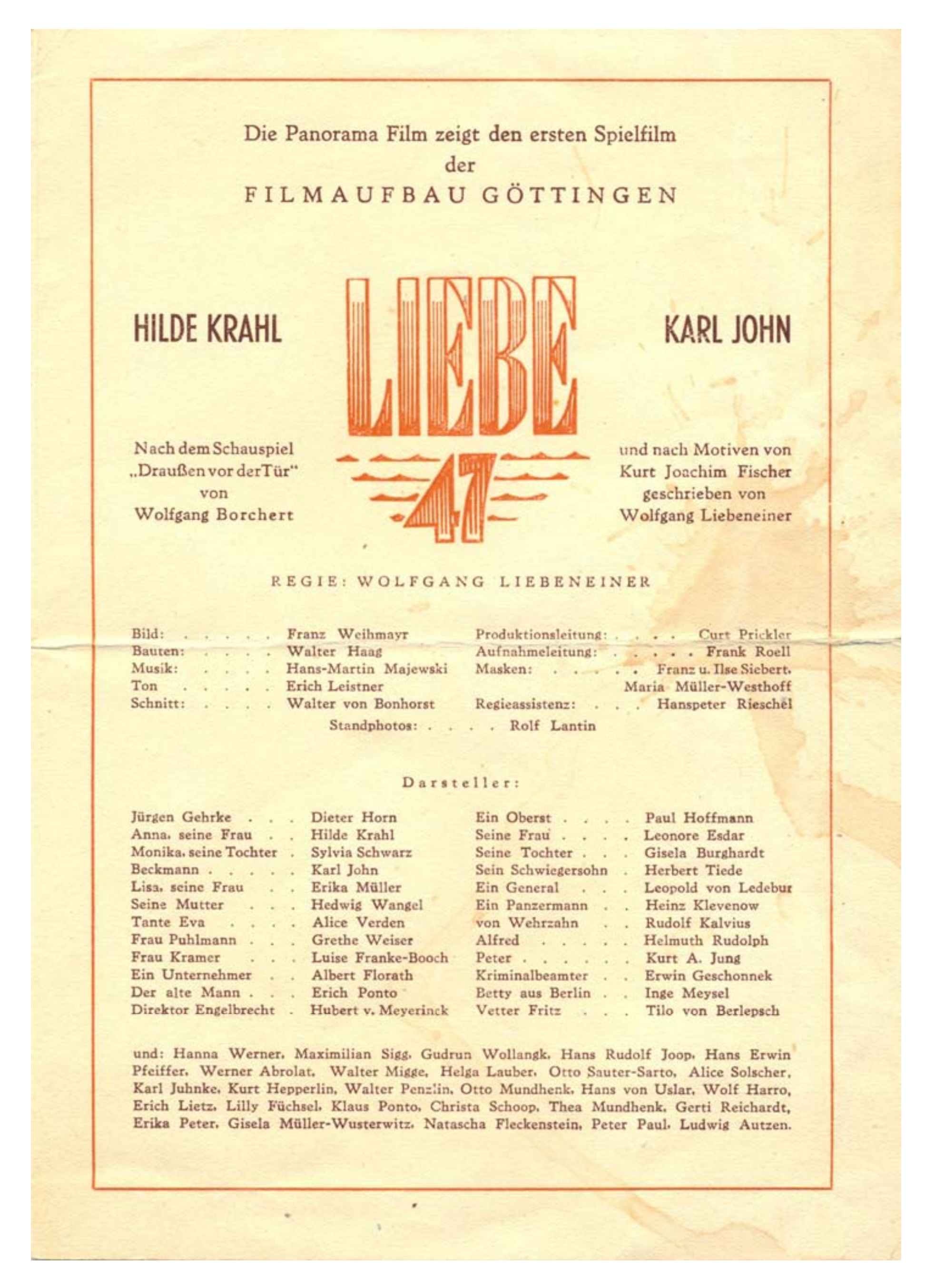
GÖTTINGEN

ergebenst einzuladen.

Die Einladung berechtigt zum Eintritt von zwei Personen
in Verbindung mit den beiliegenden Platzkarten

Panorama Film Capitol-Theater

Q5a: Einladung zur Uraufführung von Liebe 47 am 7.03.1949.



Die Panorama Film zeigt den ersten Spielfilm
der
FILMAUFBAU GÖTTINGEN

HILDE KRAHL

LIEBE 47

KARL JOHN

Nach dem Schauspiel
„Draußen vor der Tür“
von
Wolfgang Borchert

und nach Motiven von
Kurt Joachim Fischer
geschrieben von
Wolfgang Liebeneiner

REGIE: WOLFGANG LIEBENEINER

Bild:	Franz Weihmayr	Produktionsleitung:	Curt Prickler
Bauten:	Walter Haag	Aufnahmeleitung:	Frank Roell
Musik:	Hans-Martin Majewski	Masken:	Franz u. Ilse Siebert, Maria Müller-Westhoff
Ton	Erich Leistner	Regieassistenz: . . .	Hanspeter Rieschel
Schnitt:	Walter von Bonhorst	Standphotos:	Rolf Lantin

Darsteller:

Jürgen Gehrke . . .	Dieter Horn	Ein Oberst	Paul Hoffmann
Anna, seine Frau . .	Hilde Krahl	Seine Frau	Leonore Esdar
Monika, seine Tochter .	Sylvia Schwarz	Seine Tochter . . .	Gisela Burghardt
Beckmann	Karl John	Sein Schwiegersohn .	Herbert Tiede
Lisa, seine Frau . .	Erika Müller	Ein General . . .	Leopold von Ledebur
Seine Mutter . . .	Hedwig Wangel	Ein Panzermann . .	Heinz Klevenow
Tante Eva	Alice Verden	von Wehrzahn . .	Rudolf Kalvius
Frau Puhlmann . . .	Grethe Weiser	Alfred	Helmuth Rudolph
Frau Kramer . . .	Luise Franke-Booch	Peter	Kurt A. Jung
Ein Unternehmer . .	Albert Florath	Kriminalbeamter . .	Erwin Geschonnek
Der alte Mann . . .	Erich Ponto	Betty aus Berlin . .	Inge Meysel
Direktor Engelbrecht .	Hubert v. Meyerinck	Vetter Fritz . . .	Tilo von Berlepsch

und: Hanna Werner, Maximilian Sigg, Gudrun Wollangk, Hans Rudolf Joop, Hans Erwin Pfeiffer, Werner Abrolat, Walter Migge, Helga Lauber, Otto Sauter-Sarto, Alice Solscher, Karl Juhnke, Kurt Hepperlin, Walter Penzlin, Otto Mundhenk, Hans von Uslar, Wolf Harro, Erich Lietz, Lilly Füchsel, Klaus Ponto, Christa Schoop, Thea Mundhenk, Gerti Reichardt, Erika Peter, Gisela Müller-Wusterwitz, Natascha Fleckenstein, Peter Paul, Ludwig Autzen.

Q5b: Einladung zur Uraufführung von *Liebe 47* am 7.03.1949 (Städt. Museum Göttingen).



Q6a: Außenansicht und Kinoreklame vor dem „Capitol“, April 1949 (Städt. Museum Göttingen).



Q6b: Außenansicht und Kinoreklame vor dem „Capitol“, April 1949, (Städt. Museum Göttingen).

Für und wider das siebente Kino

Eine Debatte um das Tageskino in der Ladenstraße

Dem „Göttinger Tageblatt" gingen ein Leserbrief des Kinobesitzers Ernst Heidelberg sen. und eine Entgegnung der Kreissparkasse zu. Wir veröffentlichen beide Schreiben, da sie zweifellos das Interesse der Öffentlichkeit finden werden.

Wie in diesen Tagen bekanntgegeben wurde, soll bei dem Umbau des historischen „Hotel zur Krone" ein weiteres Kino eingerichtet werden. Dann würde neben den hier bestehenden sechs Filmtheatern ein siebentes entstehen. Ein weiteres ist für den Groner Raum geplant, das am Sonnabend und Sonntag geöffnet sein soll. Damit würde Göttingen acht Filmtheater aufweisen. Für den Hagen-Bezirk ist außer einer Schule und einer Kirche auch noch ein Filmtheater-Bau vorgesehen. Dann hätte unsere Stadt neun Filmtheater. Woher sollen die Besucher für diese Kulturstätten kommen? Diese Frage taucht nicht nur bei der Einwohnerschaft, sondern auch bei den Filmtheaterunternehmern auf.

Allgemein dürfte bekannt sein, daß in Niedersachsen die Eintrittspreise der Filmtheater 20 Prozent unter den vor dem Kriege üblichen Preisen liegen. Die Besucherzahlen gehen ständig zurück, die Einnahmen sinken und es besteht eine allgemeine wirtschaftliche Notlage in der Kinobranche. Trotz dieser Notlage müssen die Kinobesitzer heute noch auf ihre eigenen Kosten Kriegsschäden an ihren Gebäuden und Einrichtungen beheben lassen. Diese wirtschaftlich unhaltbaren Zustände in der Kinobranche werden durch die hohen Steuern und Abgaben sowie die Filmleihgebühr derart gesteigert, sodaß die Filmtheater-Verbandsorganisation vor Monaten einen Hilferuf an die Landesbehörde richtete. Es ist untragbar daß — wie bisher — durch die hohen Steuern, Filmleihmieten usw. 85 Prozent der Kinoeinnahmen abgeschöpft werden und nur 15 Prozent zur Bestreitung der Generalunkosten für das Personal, für die Erhaltung der Kinoeinrichtung und die notwendigen Erneuerungsausgaben verbleiben.

Heute sind ungezählte Unternehmungen mit den Steuern im Rückstand und an manchen Orten in Niedersachsen haben Filmtheaterbesitzer ihre Betriebe wegen Unrentabilität schließen müssen.

In dieser Zeit der Wirtschaftsmisere des Kinogewerbes geht man in unserer Stadt dazu über, neue Filmtheater zu errichten, die von vornherein mit größten Existenzschwierigkeiten rechnen müssen.

Wenn in dieser Situation beim Umbau des „Hotel zur Sonne" die Kreissparkasse Göttingen erhebliche Beträge für die Installierung eines siebten Filmtheaters aufwenden will, so kann man sich des Eindrucks nicht verschließen, daß hier Spargroschen der Einwohner des Land- und Stadtkreises Göttingen unzweckmäßig angelegt werden. Hierauf aufmerksam zu machen, ist die Fachorganisation der Filmtheaterbesitzer die berufene Institution, und deshalb erhebt sie hiermit ihre warnende Stimme — in Sonderheit im Interesse der heimischen Wirtschaft. Bei der allgemeinen Geldverknappung, bei der jeder Pfennig nur nach wohlweiser Überlegung investiert werden darf, können wir es uns nicht erlauben, flüssige Mittel unsachgemäß zu verwenden.

Ernst Heidelberg, sen.
Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes der Filmtheater Norddeutschlands.

*

In dieser Zeit der Wirtschaftsmisere (Herr Heidelberg schreibt das wörtlich) und der angeblichen Notlage der Kinobesitzer baut die Familie Heidelberg, die ja drei Kinos in Göttingen besitzt, ein Freilicht-Kino auf und das Capitol aus. Wie das Herr Heidelberg begründet, ist seine Sache. Daß Herr Heidelberg die Eingabe als Vorstandsmitglied des Fachverbandes unterzeichnet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das wahre Motiv Konkurrenzneid ist. Daß er sich das Recht nimmt, von unzweckmäßiger Anlegung der Spargelder zu reden, liegt auf derselben Ebene, zumal er noch nicht einmal ein Kunde der Kreissparkasse ist. Es sei dem Vorstand der Kreissparkasse schon soviel Einsicht und wirtschaftliche Vernunft gestattet, daß nichts zu Lasten der Sparkasse geschieht, was nicht unbedingt der gesamten Bevölkerung gegenüber verantwortet werden kann. Schon garnicht der Ausbau des neuen Lichtspieltheaters in der „Krone!" Wenn sich aber ein Kaufmann mit seinen eigenen Mitteln bereit und für weitsichtig genug findet, ein Kleinkino mit billigsten Eintrittspreisen, die auch die minderbemittelte Bevölkerung aufbringen kann, zu schaffen, so müßte das im Zeichen der freien Wirtschaft doch wohl nur begrüßt und bejaht werden.

Es wird sich zeigen, daß dieser Schritt zum Ausbau eines Tageskinos in der Ladenstraße richtig war, und darüber urteilen dann später objektiv, nicht subjektiv, wie das Herr Heidelberg tut, alle beteiligten Einwohner von Göttingen Stadt und Land.

Hierbei wird noch bemerkt, daß der Vorstand der Kreissparkasse ohne die geringste Schmälerung der Mittel für Kredite und für den Baumarkt durch Baukostenzuschüsse von anderer Seite eine dringend notwendige Arbeit — nicht zuletzt auch im Interesse der Unterbringung von zirka 300 Arbeitslosen — durchführt. Hier liegt eine saubere und durchaus richtige rentable Verwendung der Mittel zur Arbeitsbeschaffung für Handwerk, Geschäftswelt, Arbeiter und Wirtschaft.

Kreissparkasse Göttingen.

Q7: Artikel aus dem Göttinger Tageblatt (GT) vom 15.08.1950, S. 3, Stadtarchiv Göttingen. (FilmZtg 253).

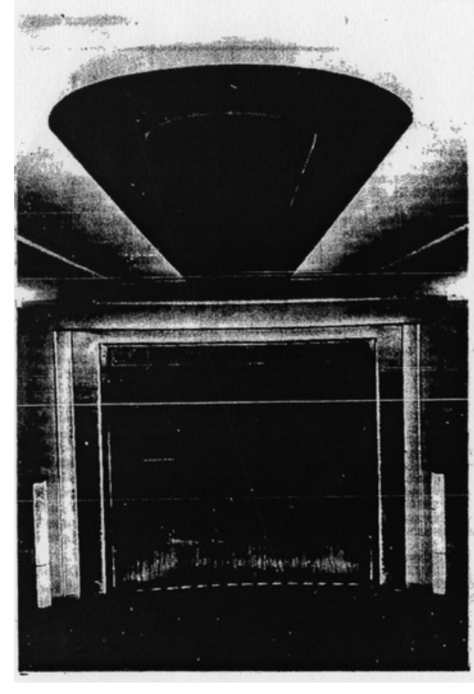
Filmtheater zu hoch belastet

Aber keine Erhöhung der Eintrittspreise — Tagung im „Capitol"

Die hohe steuerliche Belastung der niedersächsischen Filmtheater rangiert unter allen Ländern der Bundesrepublik an oberster Stelle. Diese Feststellung stand im Mittelpunkt einer Tagung des Wirtschaftsverbandes der Filmtheaterbesitzer der Bezirke Göttingen-Braunschweig-Hildesheim, die gestern vormittag im Capitol-Theater begann. Die Folge dieser Belastung ist, daß eine ganze Reihe Filmtheaterbesitzer mit hohen Steuerbeträgen im Rückstand ist. Von den beiden Hauptreferenten der Tagung, dem Verbandsvorsitzenden Will, Hannover, und dem Geschäftsführer des Verbandes Dr. Rose wurde die Situation eingehend beleuchtet und Maßnahmen besprochen, die zu einer Begrenzung der Vergnügungssteuer auf ein erträgliches Maß erforderlich sind. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern u. a. sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Im Vergleich zu der 40prozentigen Vergnügungssteuer in Niedersachsen beträgt diese z. B. in Bayern nur 18 Prozent der Bruttoeinnahmen. Unter dem Druck der Verhältnisse hat sich auch die niedersächsische Regierung zu einem entsprechenden Gesetzentwurf bereitgefunden. Die Annahme durch den Landtag ist aber auf Grund der verschiedenen Auffassungen der Parteien noch keineswegs sicher. Eine Erhöhung der Eintrittspreise wird von den Filmtheaterbesitzern entschieden abgelehnt. Die beste Lösung wäre eine generelle Regelung der Steuer auf der Bundesebene, die den Filmtheatern die Existenz sichert und eine gesunde Entwicklung des gesamten deutschen Filmschaffens möglich macht.

Bei der Erörterung der Frage der Zulassung neuer Filmtheater wurde darauf hingewiesen, daß neben der fachlichen und persönlichen Eignung des Unternehmers besonders auch die Bedarfsfrage eine Rolle spielen sollte. Im Zusammenhang hiermit kam man auch auf das für Göttingen angekündigte neue Kronen-Theater zu sprechen. Das GT hat in dieser Angelegenheit vor wenigen Tagen und heute beide Parteien zu Worte kommen lassen. Im weiteren Verlauf der Tagung, die sich mit den verschiedensten fachlichen Problemen befaßte, wurde auf die vom 29. September bis 5. Oktober vorgesehene „Woche des deutschen Films" hingewiesen, die die volle Unterstützung der Filmtheaterbesitzer hat. Mehr als 50 Filme der deutschen Nachkriegsproduktion sollen gezeigt werden. Man erwartet von dieser Woche einen Auftrieb für das gesamte deutsche Filmwesen.

Im Anschluß an die Tagung sahen die Teilnehmer die „London Film"-Produktion „Staatsgeheimnis", die demnächst im „Capitol" laufen wird. Die überaus spannenden Vorgänge in einem von einer Diktatur beherrschten Land machen diesen Film zu einem Zeitbild von höchster, aber auch erschütternder Aktualität.



Dieser Blick in den Zuschauerraum des „Capitols" zeigt die Anordnung der neuen indirekten Deckenbeleuchtung, die ein mildes, diffuses Licht verbreitet. Eine weitere Lichtquelle wurde in der Form eines Leuchtstreifens am unteren Rand der Logenbrüstung angebracht. Die vier Kugeln links und rechts des Proszeniums, über deren Bedeutung sich schon mancher Besucher vergeblich den Kopf zerbrochen hatte, sind zum Vorteil der Gesamtwirkung des schönen Raumes entfernt worden. Der Kassenraum erhielt eine geschmackvolle Holzvertäfelung und im Foyer wurden neue beigefarbene Polstermöbel aufgestellt.

Aufn.: Hundertmark

Göttinger waren dabei

Am Sonntag fand bei herrlichem Wetter der wohl größte westdeutsche Segelflugmodell-Wettbewerb seit 1945 auf dem Hohen Dörnberg bei Kassel statt. Aus ganz Westdeutschland waren Modellflieger erschienen. Selbst aus Österreich traf am späten Nachmittag ein Teilnehmer ein. Insgesamt waren etwa 300 Modellflieger mit fast 100 Modellen am Start. Göttingen war mit 4 Modellen und 20 „Schlachtenbummlern" vertreten. Ein Göttinger Modell ging während des Wettbewerbs zu Bruch, ein zweites flog auf und davon, bis es in den Wolken verschwand. Nach Abschluß des offiziellen Teiles wurde von einem Hannoveraner ein Fesselflugmodell, d. h. ein kleines Motorflugmodell an der Leine, vorgeführt. Die Organisation war zwar improvisiert, aber es war ein erfreulicher Anfang. Per Rad oder mit der Bahn ging es am Montag wieder heim.

Q8: Artikel aus dem GT vom 22.08.1950, S. 4, Stadtarchiv Göttingen. (FilmZtg 253).

Noch einmal:
Göttinger Symphonie-Orchester

Der in so sachlicher und vornehmer Weise geschriebene Artikel von Herrn Günther Weißenborn (im „GT" 25. 1. 51) wirkte bei mir — und ich hoffe bei vielen, die ihn lasen — wie eine Erlösung, daß es „vielleicht so doch einen Ausweg gibt".

Der „Paukenschlag", der uns durch die so überschriebenen Zeilen im „GT" am 12. 1. 51 versetzt wurde, rumort und grummelt — abebbend und anschwellend je nach dem mir Zeit bleibt, bei den immerfordernden Pflichten des Tages in einer großen, vielseitig zusammengesetzten Familie — seitdem in Kopf und Herzen und war in später Abendstunde oft so stark, daß ich mir durch ein Briefchen an die Lokalredaktion Luft zu machen wünschte. Doch da ich fürchtete, inhaltlich und formal nicht sachlich genug sein zu können, mußte es in mir weiter grollen — keineswegs beschwichtigt durch die inzwischen mancherlei Äußerungen im „GT" hierüber — bis ich nun heute ruhiger zu atmen beginne in dem Gedanken, daß die gewiesene Möglichkeit ein gangbarer Weg wird, und daß die vielen, vielen, die gleich mir an der Angst vor baldiger Verstummung des Göttinger Symphonie-Orchesters leiden müssen, merken wie ich, daß wir es nicht leiden können und nicht leiden dürfen, wenn einer der echtesten Werte Göttingens verloren geht: das eigene Orchester — dieses Orchester, von dem ich niemanden persönlich kenne, das mir aber als Ganzes und in einzelnen Teilen (im Theater, im Konzert, in den „Serenaden" und wo sonst seine unersetzliche Gabe wirkt) so innig bekannt ist und mir erscheint wie eine hochkultivierte, harmonisch („symphonisch") Werte spendende Persönlichkeit, deren Antlitz Göttingen nicht entbehren kann, ohne etwas Wesentliches einzubüßen!

Obwohl ich nicht Göttingerin bin und allen irdischen Besitz im Osten verlor — oder gerade deshalb doch? wage ich es, meine Gedanken und Empfindungen hier auszudrücken, weil ich bange um die Herabminderung des Wertes der so vielseitig hochstehenden Stadt, die mir nun Heimat wurde, nachdem ich durch alle Erlebnisse und Verluste in Kriegs- und Nachkriegszeit lernte, daß dauernde Werte ins Geistige gewendet sein und in Herz und Seele wurzeln müssen. So soll dies ein Gruß aus Dank und voll Hoffnung an das Göttinger Symphonie-Orchester sein!

A. v. B.

Q9: Leserbrief als Reaktion auf die Entlassung des Symphonieorchesters, in: GT vom 2.2.1951 (Materialien des Kulturamtes, in: Konzert- und Theaterkritiken von Göttinger Aufführungen, Nr. 604) (Stadtarchiv Göttingen).

„Tannhäuser macht sich immer so schmutzig"

Liebespaare mögen den Malersaal nicht / Alte Kostüme werden geschlachtet

Es ist überall das gleiche Lied, und ein verunglücktes Theaterkostüm ist für Ingeborg Graff, die Kostümbildnerin des Theaters, genau so schlimm, wie ein Dreieck in Fritzchens Sonntagshose. „Scheußlich, daß der Venusberg immer so abfärbt", sagt sie mit leisem Seufzer, als sie Tannhäusers Rock, den arge Farbkleckse verunzieren, auf dem Schneidertisch ausbreitet. Aber Phantasie, Erfahrung und eine Werkstatt mit fünf tüchtigen Helferinnen bringen auch das wieder in Ordnung.

Überhaupt ist das Improvisieren und das Jonglieren zwischen Idee und rauher Wirklichkeit hier der Weisheit letzter Schluß. Seit der wertvolle Kostümfundus, der den Krieg heil überstanden hatte, 1945 mit einer amerikanischen Fronttheater-Truppe entschwand, haben die Nöte nicht aufgehört. Ganz behutsam zeigt uns Frau Graff ein „gerettetes" Brokatkostüm. „Solches Material können wir uns heute nicht mehr leisten. Wir machen es gerade für die „Aida" zurecht. Es wird seine 20. Rolle sein." Die alten Kostüme sind inzwischen alle geschlachtet, das Allerweltsmaterial ist einfarbiger Nessel, der nach Bedarf bemalt, bedruckt oder umgefärbt wird.

Ein ganz großes Sorgenkind sei die Fußbekleidung, versichert sie uns. Ein einziges Paar Damenstiefel — für den Rosenkavalier — ist während der letzten drei Spielzeiten neuangefertigt worden, sonst hilft man sich mit billigen Stoffschuhen, Bastlatschen und eigenem Schuhwerk. Es gehört schon eine große Liebe zum Theater und ein noch größeres Können dazu, um jeder Ausstattung eine eigene künstlerische Note zu geben. Der Weg von der ersten Farbskizze bis zur Premiere führt nie in gerader Linie und verlangt immer wieder Abstimmungen mit der Intendanz, dem Regisseur und nicht zuletzt mit den Bühnenbildnern Margarete Altvater und Hans Ploch.

Für deren Arbeit, die viel Raum verlangt, ist im Bühnenbau kein Platz. Wir finden sie im Kulissenhaus hinter dem Theater. „Früher konnte man hier durchgehen", erklären gelegentlich heute noch Leute, meistens Liebespärchen, die von der Wöhlerstraße zum Wall möchten und denen heute Malersaal und Tischlerei buchstäblich im Wege stehen. Dort trifft man auch Rudolf Mangold, den technischen Leiter, dessen Arbeitskreis von statischen Berechnungen (damit die Balken sich nicht biegen) bis zum Farbeinkauf reicht. Mit einem Wort, er baut das, was Margarete Altvater und Hans Ploch dann anmalen.

Auch bei ihnen heißt es „Aus Alt mach' Neu", und aus den Beschriftungen auf der Rückseite immer wieder abgewaschener und neu grundierter Leinwandflächen kann man ganze Spielpläne ablesen. In einem eleganten Schuhgeschäft streicht ein Mann ägyptische Säulen — die Kulissen für „Meine Schwester und Ich" lehnen fertig an der Wand, während „Aida" noch in Arbeit ist. Farbtöpfe so groß wie Kinderbadewannen und Pinsel von nicht geringerem Ausmaß sind das Werkzeug. In den Privatateliers von Fräulein Altvater und Herrn Ploch in lustiger Höhe über dem Arbeitssaal häufen sich Entwürfe und beschriftete Malanweisungen, und



Mit Sorgen prüft Ingeborg Graff, ob das Staatskleid mit Spitzen und Perlen noch einmal auftreten kann. Foto: ESG

Q10: Artikel aus der Hannoverschen Presse vom 27.08.1949, S. 5, Stadtarchiv Göttingen (FilmZtg 628).

Protestieren muss (wieder) gelernt sein

Andreas Brieger

1 Einleitung

Nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft entstanden für die BürgerInnen Göttingens neue Möglichkeiten und Formen der öffentlichen Meinungsäußerung. In Anbetracht der anderen Themen dieses Sammelbandes – etwa Entnazifizierung, Wohnungs- und Versorgungslage und die Situation der Vertriebenen – ließen sich aus heutiger Perspektive zahlreiche mögliche Protestanstöße finden. Inwiefern gab es aber öffentlichen Protest in Göttingen zur Nachkriegszeit? Inwieweit schränkten rechtliche Rahmenbedingungen Protestbemühungen ein oder ermöglichten sie? Welche Themen zogen möglichen Protest nach sich? Und nicht zuletzt, besonders aus alltagsgeschichtlicher Perspektive: welche Beteiligten gestalteten öffentlichen Protest unter den Bedingungen der Nachkriegszeit?

Zunächst scheint jedoch eine begriffliche Abgrenzung sinnvoll. Der Begriff Protest (lateinisch protestari „öffentlich bezeugen“, „verkünden“) ist allgemein verstanden ein Akt des Widerspruchs gegen private oder gesellschaftliche Missstände. Streng genommen ist also jede Widerspruchsäußerung, z.B. in einem Nachbarschaftsstreit oder auch im Gespräch zwischen Eltern und Kindern, alltagsgeschichtlich als Protest zu verstehen. Während der NS-Diktatur waren politischer Protest und andere so genannte politische Straftaten unter strenge Strafen gestellt, nicht selten sogar unter Todesstrafe.[1]

[1] Die gerichtliche Zuständigkeit in erster Instanz lag bei den Oberlandesgerichten bzw. dem Reichsgericht (später Volksgerichtshof). Direkte, aktive politische Betätigung in verbotenen Organisationen wurde meist als Hoch- bzw. Landesverrat behandelt. Andere sogenannte politische Straftaten wurden

Unter den Bedingungen der Nachkriegszeit scheinen in dieser Hinsicht insbesondere Proteste gegen politische Entscheidungen oder Entscheidungsträger, politische oder soziale Tendenzen, oder gegen bestimmte ökonomische oder soziokulturelle Entwicklungen interessant. Auch politischer Protest kann in äußerst unterschiedlichen Formen geäußert werden: von Einzelpersonen, Gruppen, aber auch politischen Zusammenschlüssen wie Parteien und Gewerkschaften. Demonstrationen (lateinisch demonstrare „hinweisen", „deutlich machen") sind nur eine mögliche Form des öffentlichen Protests, die durch öffentliche Versammlungen (meist unter freiem Himmel) ihre Positionen bzw. Forderungen untermauern. Beispiele für andere Protestformen sind die Verbreitung von Flugblättern oder -schriften, Protest in Form politischer Plakate, zivilen Ungehorsams oder schriftlich geäußerter Protest. Viele dieser Formen lassen sich auch in den alltagsgeschichtlichen Quellen aus Göttingen wiederfinden.

2 Bedingungen

Die Bedingungen für öffentlichen Protest in der unmittelbaren Nachkriegszeit waren bis September 1945 deutlich eingeschränkt. Nach der Besetzung wurde den Bewohnern Göttingens „jede öffentliche Versammlung von mehr als fünf Personen verboten", einzige Ausnahme blieb die Erlaubnis zur Teilnahme an Gottesdiensten.[2] Das „erste öffentliche Kommunikationsmittel" zwischen britischen Besatzungstruppen und der deutschen Bevölkerung stellten Anschläge als eine Form von politischen Plakaten dar, auf denen die Verordnungen und Gesetze der Militärregierung z.B. zu Meldepflichten oder Ausgangssperren bekannt gemacht wurden.[3] Auch die Organisation und Durchführung von politischen Versammlungen wurde durch solche Anschläge wie die Verordnung Nr. 10 der britischen Mili-

als „heimtückische Angriffe", „Wehrkraftzersetzung", „Rundfunkverbrechen", aber auch durch die „Volksschädlingsverordnung" bestraft. Vgl. Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986. Dabei stellen Marßolek und Ott in ihrer Regionalstudie fest, dass „eine Reihe von Äußerungs- und Verhaltensformen allein durch Kriminalisierung eigene Bedeutung gewannen, die ihnen unter andersartigen politischen Verhältnissen niemals zugekommen wäre" (S. 387-88). Zur Rolle der Sondergerichte vgl. Wolf-Dieter Mechler, Kriegsalltag an der „Heimatfront". Das Sondergericht Hannover im Einsatz gegen „Rundfunkverbrecher", „Schwarzschlachter", „Volksschädlinge" und andere „Straftäter" 1939 bis 1945, Hannover 1997. Laut Mechler wurden zwischen 1939 und 1945 von den insgesamt 3000 Verfahren am Sondergericht Hannover 210 mit dem Urteil Todesstrafe verabschiedet, d.h. mehr als 90 % mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen (S. 23).

[2] Hans Otte, Die Geschichte der Kirchen, in: Rudolf von Thadden/Günther Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 591-674, hier S. 655.

[3] Klaus Wasmund, Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung, Frankfurt am Main 1986, S. 14. Wiebke von Thadden, Die Stadt Göttingen unter britischer Militärverwaltung 1945-1947, in: Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 275-290, hier S. 276-78.

tärregierung vom 8. Januar 1946 geregelt (Q1).[4] Eine politische Versammlung ist dort definiert als *„jedes öffentliche Zusammentreffen, das zu politischen Zwecken abgehalten wird, gleichmal ob in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel. Der Ausdruck schließt politische Kundgebungen ein, jedoch nicht öffentliche Umzüge.*“[5]

Die Anmeldung von solchen Veranstaltungen wurde in der Kommunalverwaltung der jungen BRD beibehalten, ein Beispiel findet sich in dem an das Göttinger Ordnungsamt gerichteten Schreiben der KPD zur Anmeldung einer Kundgebung anlässlich der Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin 1951 (Q2). Die Anmeldungsbedingungen unterschieden sich nur unwesentlich: neben den zentralen Angaben des Ortes, des Themas und der Redner, die auch in Q2 gemacht werden, verlangte die Militärregierung zusätzlich nur eine Antragsfrist von 7 Tagen vor Veranstaltungsbeginn sowie Angaben zu Adressen der VeranstalterInnen und die namentliche Nennung von allen politischen Gruppen, die von den veranstaltenden Personen unterstützt wurden. Seit Ende 1945 galten diese Regelungen nach ihrer Erlaubnis auch für die neu- oder wieder gegründeten Parteien.

Vor 1949, also vor Gründung der Bundesrepublik, bestanden offensichtlich wenig Gründe für den Gebrauch von Veranstaltungsverboten in Göttingen – die Quellenlage hinterlässt den Eindruck einer wenig protestbereiten Göttinger Bevölkerung. Über nicht-öffentliches Unbehagen kann nur spekuliert werden, öffentliche Protestäußerungen waren jedoch selten. Politische Betätigung oder „Übungen in engagierter Sachlichkeit“ fanden vornehmlich in Form von Kirchenkreisen und anderen (oft akademischen) Foren statt. „Eine Stadt lernte auf diese Weise langsam Politik.“[6] Göttinger BürgerInnen mussten nach der Zeit des politischen und gesellschaftlichen Neubeginns nach Kriegsende das Recht auf freie Meinungsäußerung und die neuen, wenn auch immer noch eingeschränkten, Möglichkeiten zum politischen Protest wieder einüben. Erst Anfang der 1950er Jahre finden sich vermehrt auch größere Demonstrationen und die Vielfalt an Protestformen nahm zu. Ein Beispiel für eine Massenkundgebung zeigt ein Foto der politischen Kundgebung zum 1. Mai 1951 (Q7). Die aus der Arbeiterbewegung stammende Tradition der Kundgebungen und Streiks zum 1. Mai wurde in der NS-Zeit weitgehend von den Nationalsozialisten in Beschlag genommen und zu Propagandazwecken missbraucht. Der Erklärung des 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ im April 1933 folgte die Gleichschaltung der Gewerkschaften im Mai. Nach Kriegsende versuchten die Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten die Maifeiern wieder neu zu beleben. So wird z.B. als traditionelle Kernforderung der Maifeiern auf einem Transparent die 40-Stunden-Woche gefordert. Der 1. Mai der Gewerkschaften steht in der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Tradition der

---

[4] Q1 ist eine Abänderung der Verordnung Nr. 10, die bereits am 15. September 1945 bekannt gegeben wurde.

[5] Verordnung Nr. 10 der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet (Erste Abänderung), 8.1.1946, Stadtarchiv Göttingen, PS 1956-1949 A 75/1946-1.

[6] Jürgen Gidion, Stunde Null? Zur Kulturgeschichte der Nachkriegszeit in Göttingen, in: Neue Sammlung 36 (1996), S. 413-433, hier S. 433.

Maifeiern der Weimarer Republik, deren Charakter eher der eines Festtages war. Ein SPD-Plakat von 1951 zeigt das Verständnis von der Mai-Demonstration als einer Familienveranstaltung mit Blick auf eine bessere Zukunft (Q10).

3 Beteiligte

Die Beteiligten selbst, ihre Motivationen, Ziele und Handlungsweisen stehen in einer alltagsgeschichtlichen Betrachtung von öffentlichem Protest im Mittelpunkt. Im Falle von Göttingen als traditioneller Universitätsstadt verwundert es wenig, dass Protestäußerungen häufig von studentischer Seite hervorgebracht wurden. Besonders Fotos von Demonstrationen geben Aufschluss über studentische Proteste. Zum Beispiel provozierte der Fackelzug farbentragender Burschenschaftler anlässlich der 1.000-Jahr-Feier Göttingens am 8. Juli 1953, der vorher vom Rektor der Universität untersagt worden war, eine Gegendemonstration der Studierenden (Q5). Die Proteste richteten sich gegen öffentliche Zurschaustellung der Verbindungsfarben, denn das Verbindungswesen stand in ihren Augen für restaurative Bestrebungen an der Universität.[7] Ein weiteres Beispiel für studentische Protestkundgebungen zeigt das Foto von einer Demonstration gegen die Ernennung von Leonhard Schlüter zum niedersächsischen Kultusminister am 27. Mai 1955 (Q6). Schlüter, der zur Zeit des Nationalsozialismus als so genannter Halbjude selber Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gewesen war, betätigte sich nach 1945 politisch in Parteien des rechtsradikalen Milieus[8] bevor er in die niedersächsische FDP eintrat und bot rechtsradikalen Autoren eine Anlaufstelle in seinem Göttinger Verlagshaus.[9] Der „Sturm der Entrüstung“ darüber, dass ein Politiker aus dem rechtsradikalen Milieu einen Ministerposten in einem bürgerlichen Kabinett erhielt, führte schließlich zum Rücktritt Schlüters am 11. Juni 1955.[10] Beide Beispiele zeigen allerdings auch eine gemeinsame Linie der Studierenden und dem liberalen Teil der Göttinger Professoren. So galt der Protest gegen den Fackelzug der Burschenschaftler als Solidaritätsbekundung mit dem Rektor, um dessen Verbot zu unterstützen.[11] Die Schlüter-Kundgebung ist eine Reaktion auf den geschlossenen Rücktritt von Rektor und Senat, die aus politischen Gründen die Person Schlüter als Kultusminister für untragbar hielten und sich um das Ansehen und die Entwick-

---

[7] Hans Joachim Dahms, Die Geschichte der Universität Göttingen 1918 bis 1989. Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 395-456, hier S. 436.

[8] Schlüter war Mitglied in den Parteien Nationale Rechte und Deutsche Reichspartei.

[9] Dahms, S. 437. Vgl. auch Heinz-Georg Marten, Der niedersächsische Ministersturz, Göttingen 1987 (Göttinger Universitätsschriften).

[10] Dahms, S. 437-38.

[11] Ein Transparent z.B. trug die Aussage „Verbrennt euch nicht die Pfoten, der Rektor hat's verboten!“.

lung der Universität sorgten.[12] Des Weiteren weist auch die Tatsache, dass mehrere Professoren mit Redebeiträgen auf der studentischen Kundgebung vertreten waren, auf Übereinstimmungen in den Haltungen der Studierendenschaft und den Lehrenden hin. Daneben darf aber auch das antifaschistische Engagement von Jugendgruppen nicht vergessen werden, so z.B. von den Falken gegen den ersten Nachkriegsfilm des „Jud Süß"-Regisseurs Veit Harlan „Die unsterbliche Geliebte" (Q8).

Nicht Harlans Filme, die in Göttingen produziert und uraufgeführt wurden, sondern die Person Harlans selbst provozierten in Göttingen scharfe Proteste.[13] Besonders viel Medienöffentlichkeit erreichten die Bestrebungen gegen die Aufführung von „Hanna Amon", der „Geschichte einer aufopferungsvollen Geschwisterliebe, die vor dem Hintergrund traditions- und verantwortungsbewußtem Bauerntums entfaltet wird."[14] Eine Reihe von Prozessen gegen Veit Harlan, die sich mit seiner Mitverantwortung für die nationalsozialistische Judenverfolgung befassten, und ein landesweit Aufsehen erregender Boykottaufruf eines Hamburger Senatsmitglieds bilden die Vorgeschichte dieses Protestes, der sich mehr auf die Kritik an Harlans NS-Verbindungen bezog als auf den eigentlichen Inhalt des Films.[15] Harlan polarisierte auch die Göttinger Bevölkerung, eine komplette Seite an Leserbriefen im Göttinger Tageblatt dokumentiert die öffentliche Kontroverse um die Ereignisse des 25. Januar 1952 (Q3). Die Bandbreite der dort zu vernehmenden Stimmen umfasst sowohl die klare Ablehnung der Proteste in ihren Zielen und Methoden als auch die prinzipielle Zustimmung. Ein Leser drückt den Wunsch aus sich selber ein Bild über Harlans Film zu bilden, ein anderer, der spätere Göttinger Bürgermeister Arthur Levi, prangert antisemitische Äußerungen an. Während der Nachmittagsvorstellung war es zwar außerhalb des Kinos „Central" schon zu einer Demonstration des „Ring freier Studentenvereinigungen" mit Sprechchören und Transparenten gekommen, die Filmvorführung wurde jedoch nicht gestört. Das änderte sich mit der Abendvorstellung, bei der im Kinosaal Stinkbomben gezündet wurden sowie der Versuch gestartet wurde, mit steigenden Luftballons die Filmprojektion zu unterbrechen. Während die Aktion im Inneren mit Festnahmen endete, entfaltete sich draußen eine Gegendemonstration, die die Protestierenden unter teilweise antisemitischen Beschimpfungen, Nazi-Liedern und Morddrohungen durch die Stadt trieb – 23 Protestierende wurden dabei verletzt, 6 davon schwer. Diese Ausschreitungen führten schließlich zum Verbot weiterer Aufführungen. Auch diese Kundgebungen deuten auf eine gemeinsame Linie zwischen protestierenden StudentInnen und der Professorenschaft hin, denn der Rektor sowie 48 weitere Professoren veröffentlichten eine Erklärung, in der sie ihr

[12] Das Rücktrittschreiben von Rektor Prof. Dr. Woermann an den damaligen niedersächsischen Ministerpäsidenten Hellwege, siehe Marten, S. 38-41.

[13] Gustav Meier, Filmstadt Göttingen. Bilder für eine neue Welt? Zur Geschichte der Göttinger Spielfilmproduktion 1945 bis 1961, 6. Aufl., Hannover 1996, S. 132.

[14] Ebd., S. 141.

[15] Zur Vorgeschichte vgl. ebd., S. 132-36.

grundsätzliches Einverständnis mit den Motiven, dem Eintreten gegen antidemokratische und antisemitische Tendenzen, bekundeten, wenn auch wahrscheinlich nicht mit allen Methoden.[16]

Antifaschismus, wie er in den Harlan-Protesten zu Tage trat, aber auch der Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD bildeten in der Nachkriegszeit Schwerpunkte des studentischen Protests. Mit der Parole „Göttinger Bürger seid einig! Schützt Eure Freiheit! Trotzt dem Terror! Rettet den Frieden!" wenden sich drei Studenten und eine Studentin gegen das Verbot von Volksbefragungen zur Remilitarisierung (Q4). Das Flugblatt richtet sich v.a. an ArbeiterInnen und Studierende und betrachtet eine Remilitarisierung als eine neuerliche Vorbereitung zum Völkermord: „*Lässt sich das Volk zum Schweigen bringen, so wird sein Schweigen noch einmal das des Massengrabs und der Gaskammern sein.*"

Auf Fotos kommt darüber hinaus zum Ausdruck, dass der politische Protest in der Nachkriegszeit keine rein männlich dominierte Sphäre gewesen ist. Nicht nur bei Kundgebungen anlässlich des 1. Mai, sondern auch bei der Anti-Schlüter-Demonstration oder bei einer Demonstration von Hausfrauen gegen die Unterbewertung der Hausarbeit nahmen Frauen eine aktive Rolle als Protestierende ein (Q6 und Q7).

Auch das politische Plakat stellt eine Ausdrucksform des Protestes dar. Obwohl es üblicherweise eher als politische Werbung angesehen wird, drücken politische Parteien in ihrer Selbstdarstellung stellvertretend für ihre Mitglieder (bzw. AnhängerInnen) oft auch Protest aus. Dies trifft in besonderem Maße auf Plakate zu, die sich eher mit politischen Inhalten als mit Personen beschäftigen, wie es in der jungen Bundesrepublik oft der Fall war. Eine wichtige Unterscheidung kann zwischen Plakaten, die sich mit eigenen, inhaltlichen politischen Botschaften befassen, und solchen, die sich mit dem politischen Gegner auseinandersetzen, getroffen werden.[17] Die beiden vorgestellten SPD-Plakate z.B. betonen eine friedliche, freiheitliche und bessere Zukunft im Vergleich zur zurückliegenden NS-Diktatur (Q9 und Q10). Schwerpunkte anderer Plakate in der Nachkriegszeit finden sich in den Themen Krieg und Frieden, Remilitarisierung, Versorgungslage, Aufbau und Wohnungslage, aber auch Besatzung und Besatzungskosten und der Vertriebenen- und Kriegsgefangenenproblematik. Beispiele für Plakate, die den politischen Gegner diskreditieren, sind das KPD-Plakat „Weg mit Adenauer" und das bekanntere CDU-Plakat „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau", das sich eher gegen die SPD als gegen die KPD richtete (Q11 und Q12).[18] Ein dezidierter Antikommunismus wurde als Integrationsideologie der bürgerlichen Parteien benutzt. Er diente aber auch dazu, die SPD, die sich erst mit dem Godesberger Programm von 1959 offiziell vom Marxismus verabschiedete, als innenpolitischen Gegner zu diffamieren.

[16] Ebd., S. 144.
[17] Wasmund, S. 19.
[18] Ebd., S. 23.

4 Fazit

Die Äußerung von öffentlichem Protest war unter den Bedingungen der Nachkriegszeit aus verschiedenen Gründen schwierig. Zum einen setzten anfänglich Verordnungen der Militärregierung enge Rahmenbedingungen, die Erlaubnis zur Abhaltung von politischen Versammlungen allerdings war schon ab Ende 1945 gegeben. Die Bedingungen zur Anmeldung von politischen Kundgebungen in der BRD unterschieden sich später kaum von denen der britischen Militärregierung. Besonders die sozialistischen, aber auch die extrem rechts gerichteten Parteien und Gruppierungen waren nach 1949 von der Rechtsauslegung betroffen. Zum anderen verlangten die neuen Möglichkeiten zur freien öffentlichen Meinungsäußerung Verhaltensänderungen der Göttinger Bevölkerung im Vergleich zu den Jahren 1933-45. Es fällt hierbei auf, dass viele der seit Anfang der 1950er Jahre immer häufiger stattfindenden öffentlichen Kundgebungen von jungen Menschen getragen wurden. Obwohl deren Erziehung und Sozialisation erheblich unter den Bedingungen des Dritten Reichs stattfand, traten sie auf der Straße für ihre demokratischen Werte und Prinzipien ein. Die Protestbereitschaft in der Bevölkerung Göttingens stieg, die Vielfalt der Protestformen nahm zu. Langsam erlernten GöttingerInnen die Möglichkeiten des politischen Protests.

Literatur zum Weiterlesen

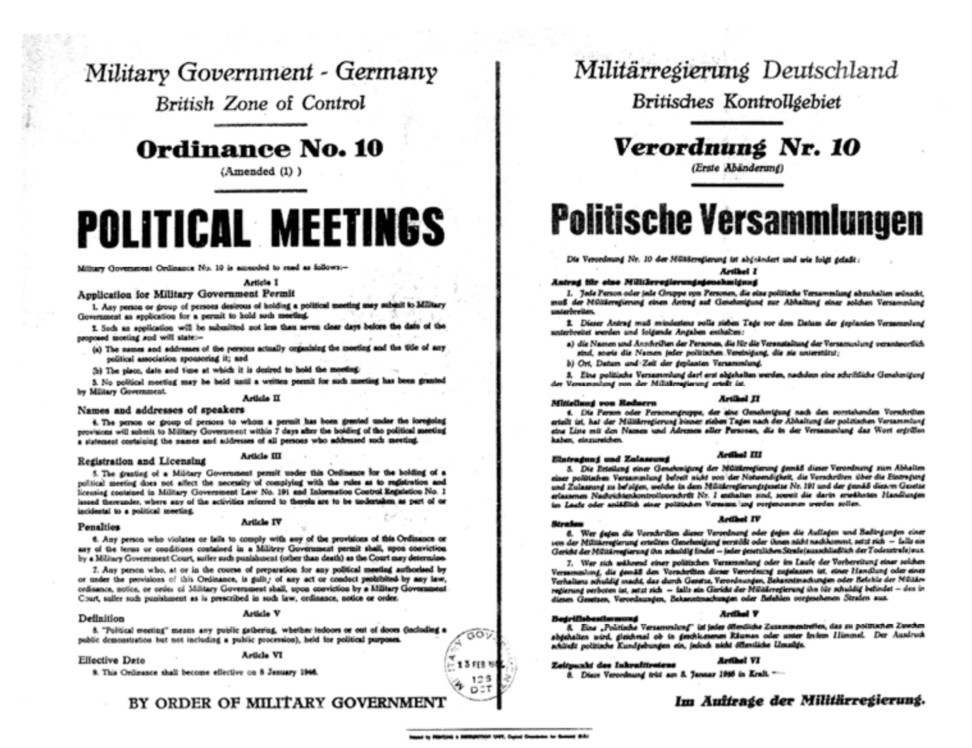
Hans Joachim Dahms, Die Geschichte der Universität Göttingen 1918 bis 1989. Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 395-456.

Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986.

Wolf-Dieter Mechler, Kriegsalltag an der „Heimatfront“. Das Sondergericht Hannover im Einsatz gegen „Rundfunkverbrecher“, „Schwarzschlachter“, „Volksschädlinge“ und andere „Straftäter“ 1939 bis 1945, Hannover 1997.

Wiebke von Thadden, Die Stadt Göttingen unter britischer Militärverwaltung 1945-1947, in: Rudolf von Thadden/Günther J. Trittel (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt: 1866-1989, Göttingen 1999, S. 275-290.

Klaus Wasmund, Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung, Frankfurt am Main 1986.



Military Government - Germany
British Zone of Control

Ordinance No. 10
(Amended (1))

POLITICAL MEETINGS

Military Government Ordinance No. 10 is amended to read as follows:–

Article I

Application for Military Government Permit

1. Any person or group of persons desirous of holding a political meeting may submit to Military Government an application for a permit to hold such meeting.

2. Such an application will be submitted not less than seven clear days before the date of the proposed meeting and will state:–

(a) The names and addresses of the persons actually organising the meeting and the title of any political association sponsoring it; and

(b) The place, date and time at which it is desired to hold the meeting.

3. No political meeting may be held until a written permit for such meeting has been granted by Military Government.

Article II

Names and addresses of speakers

4. The person or group of persons to whom a permit has been granted under the foregoing provisions will submit to Military Government within 7 days after the holding of the political meeting a statement containing the names and addresses of all persons who addressed such meeting.

Article III

Registration and Licensing

5. The granting of a Military Government permit under this Ordinance for the holding of a political meeting does not affect the necessity of complying with the rules as to registration and licensing contained in Military Government Law No. 191 and Information Control Regulation No. 1 issued thereunder, where any of the activities referred to therein are to be undertaken as part of or incidental to a political meeting.

Article IV

Penalties

6. Any person who violates or fails to comply with any of the provisions of this Ordinance or any of the terms or conditions contained in a Military Government permit shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment (other than death) as the Court may determine.

7. Any person who, at or in the course of preparation for any political meeting authorised by or under the provisions of this Ordinance, is guilty of any act or conduct prohibited by any law, ordinance, notice, or order of Military Government shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment as is prescribed in such law, ordinance, notice or order.

Article V

Definition

8. "Political meeting" means any public gathering, whether indoors or out of doors (including a public demonstration but not including a public procession), held for political purposes.

Article VI

Effective Date

9. This Ordinance shall become effective on 8 January 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

Militärregierung Deutschland
Britisches Kontrollgebiet

Verordnung Nr. 10
(Erste Abänderung)

Politische Versammlungen

Die Verordnung Nr. 10 der Militärregierung ist abgeändert und wie folgt gefaßt:

Artikel I

Antrag für eine Militärregierungsgenehmigung

1. Jede Person oder jede Gruppe von Personen, die eine politische Versammlung abzuhalten wünscht, muß der Militärregierung einen Antrag auf Genehmigung zur Abhaltung einer solchen Versammlung unterbreiten.

2. Dieser Antrag muß mindestens volle sieben Tage vor dem Datum der geplanten Versammlung unterbreitet werden und folgende Angaben enthalten:

a) die Namen und Anschriften der Personen, die für die Veranstaltung der Versammlung verantwortlich sind, sowie die Namen jeder politischen Vereinigung, die sie unterstützt;

b) Ort, Datum und Zeit der geplanten Versammlung.

3. Eine politische Versammlung darf erst abgehalten werden, nachdem eine schriftliche Genehmigung der Versammlung von der Militärregierung erteilt ist.

Artikel II

Mitteilung von Rednern

4. Die Person oder Personengruppe, der eine Genehmigung nach den vorstehenden Vorschriften erteilt ist, hat der Militärregierung binnen sieben Tagen nach der Abhaltung der politischen Versammlung eine Liste mit den Namen und Adressen aller Personen, die in der Versammlung das Wort ergriffen haben, einzureichen.

Artikel III

Eintragung und Zulassung

5. Die Erteilung einer Genehmigung der Militärregierung gemäß dieser Verordnung zum Abhalten einer politischen Versammlung befreit nicht von der Notwendigkeit, die Vorschriften über die Eintragung und Zulassung zu befolgen, welche in dem Militärregierungsgesetz Nr. 191 und der gemäß diesem Gesetze erlassenen Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 enthalten sind, soweit die darin erwähnten Handlungen im Laufe oder anläßlich einer politischen Versammlung vorgenommen werden sollen.

Artikel IV

Strafen

6. Wer gegen die Vorschriften dieser Verordnung oder gegen die Auflagen und Bedingungen einer von der Militärregierung erteilten Genehmigung verstößt oder ihnen nicht nachkommt, setzt sich – falls ein Gericht der Militärregierung ihn schuldig findet – jeder gesetzlichen Strafe (ausschließlich der Todesstrafe) aus.

7. Wer sich während einer politischen Versammlung oder im Laufe der Vorbereitung einer solchen Versammlung, die gemäß den Vorschriften dieser Verordnung zugelassen ist, einer Handlung oder eines Verhaltens schuldig macht, das durch Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Befehle der Militärregierung verboten ist, setzt sich – falls ein Gericht der Militärregierung ihn für schuldig befindet – den in diesen Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Befehlen vorgesehenen Strafen aus.

Artikel V

Begriffsbestimmung

8. Eine „Politische Versammlung" ist jedes öffentliche Zusammentreffen, das zu politischen Zwecken abgehalten wird, gleichviel ob in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel. Der Ausdruck schließt politische Kundgebungen ein, jedoch nicht öffentliche Umzüge.

Artikel VI

Zeitpunkt des Inkrafttretens

9. Diese Verordnung tritt am 8. Januar 1946 in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

Q1: Verordnung Nr. 10: Politische Versammlungen (Erste Abänderung) der Militärregierung Deutschland Britisches Kontrollgebiet, 8.1.1946, Stadtarchiv Göttingen, PS 1956-1949 A 75/1946-1.

12

K. P. D.
Kreisvorstand
G ö t t i n g e n

Johanniskirchhof 1

Göttingen, den 20. Aug. 1951

An das
Ordnungsamt der Stadt
G ö t t i n g e n

Stadt Göttingen
ORDNUNGSAMT
Eing.: 21. AUG 1951
Abteilung III Anlage

Betr. Anmeldung von Kundgebungen unter freiem Himmel.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir am 21. 8. 51 20 Uhr auf dem Albanikirchplatz eine öffentliche Kundgebung durchführen.
Thema: Was bedeuten die Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Deutschland.
Referent: Hugo P a u l MdB.

Gleichzeitig ersuchen wir um die Genehmigung eines Lautsprecherwagens in der Zeit von 15/30 bis 18 Uhr für das Stadtgebiet Göttingen.

Kreisvorstand der KPD
G ö t t i n g e n
IA

Q2: Brief Kreisvorstand der KPD Göttingen an Ordnungsamt Göttingen, 20.8.1951, Stadtarchiv Göttingen, C 35 Nr. 174, 12.

GÖTTINGER TAGEBLATT — Dienstag, den 29. Januar 1952

Niemand billigt die Methoden

Was sagt die Öffentlichkeit zu den Demonstrationen gegen den Harlan-Film

Verbeugung vorm Straßenterror

40 Stimmen wiegen schwer

Zur Parole: „Friede mit Israel"

Die „Generalprobe" in der Burse

Eine Frage des Anstandes

Fünf zu Fünfhundert

Demonstration und Polizei

Liebes Tageblatt

Terror unter dem Deckmantel der Demokratie

Q3: Niemand billigt die Methoden. Was sagt die Öffentlichkeit zu den Demonstrationen gegen den Harlan-Film, in: Göttinger Tageblatt, 29.1.1952.

G ö t t i n g e r !

Frauen und Männer, Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen und Studenten!

Die Adenauerregierung hat jede Volksbefragung gegen die Remilitarisierung als kommunistisch verleumdet, als staatsfeindlich verboten. Sind Niemöller, Heinemann, Manfred Hausmann, Reinhold Schneider, Manfred von Brauchitsch, sind sie alle, die ein offenes Nein zur Wiederaufrüstung fordern, Kommunisten?

Bei Musterschmid stimmten 80% der Belegschaft gegen die Remilitarisierung.

Arbeiter, seid Ihr darum, weil Ihr die Remilitarisierung verwerft, Kommunisten? Habt Ihr Euer NEIN gegen die Verschacherung deutscher Arbeit [illegible] als Kanonenfutter, gegen die Verwendung Eurer Steuergelder für [illegible] als Kommunisten gesagt? Als D e u t s c h e habt Ihr gemeinsam [illegible] gesagt zum Verrat Eures Vaterlandes, zur Vorbereitung neuen Völkermordes. Ist das Landesverrat?

16 Göttinger Professoren riefen auf gegen die Remilitarisierung „Verlasst die Anonymität, folgt unserem Beispiel und sagt Euer [illegible] in der Oeffentlichkeit!"
1000 Studenten forderten durch namentliche Unterschrift Urabstimmung gegen Remilitarisierung.

Sind sie darum Staatsfeinde? Ist es Landesverrat, den Bruderkrieg [illegible] zu nennen? Ist ein V o l k s t a a t s f e i n d l i c h , das nach seinem Willen gefragt sein will? Oder ist der S t a a t v o l k s - f e i n d l i c h , der das Volk nicht hören will?
Hier gilt nicht die Frage nach Partei oder Herkunft!
Hier gilt die Frage: Neuer Faschismus in Deutschland: Ja [illegible]
Hier gilt die Frage: Terror oder Verständigung, Krieg oder Frieden
Deutschland ist wieder in höchster Gefahr. Lässt sich das Volk zum Schweigen bringen, so wird sein Schweigen noch einmal das des Massengrabs [illegible] der Gaskammern sein. H e u t e fällt die Entscheidung! I h r [illegible] zu fällen!

Arbeiter! Erinnert Euch der Tradition des 1. Mai! Erweist Euch dieser Tradition würdig! Ihr habt die Kraft, den Frieden zu retten. Macht von ihr Gebrauch, verhindert die Remilitarisierung, fordert die Aufhebung des Verbotes der Volksabstimmung! Rettet Deutschland, und es wird E u e r Deutschland sein!

Studenten! Erinnert Euch der Tradition der Göttinger Sieben, des [illegible] lichen Kampfes trotz Demagogengesetz! Ein n e u e s D e m a g o g e n g e s e t z ist erlassen. Nicht die Kommunisten sind gemeint. I h r [illegible] angegriffen, die Ihr NEIN sagt zur Remilitarisierung. Beharrt auf [illegible] Protestiert gegen das Verbot der Volksbefragung, und niemand wird es wagen, Euch an die Fronten des Bürgerkrieges zu führen!

G ö t t i n g e r B ü r g e r s e i d e i n i g !

Schützt Eure F r e i h e i t !
Trotzt dem T e r r o r ! Rettet den F r i e d e n !

Hanfried Müller	Ulrich Schiller	Christian Kreutz	Rosemarie Stre[illegible]
cand. theol.	stud. phil.	cand. phil.	cand. theo[illegible]

Q4: Aufruf gegen Remilitarisierung, Stadtarchiv Göttingen, FS 8 1950-59.



Q5: Fackelzug farbentragender Studenten, 8.7.1953, Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



Q6: Demonstration gegen die Ernennung von Leonard Schlüter zum niedersächsischen Kultusminister, 27.5.1955, Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



Q7: Demonstration anlässlich des 1. Mai, 1.5.1952, Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



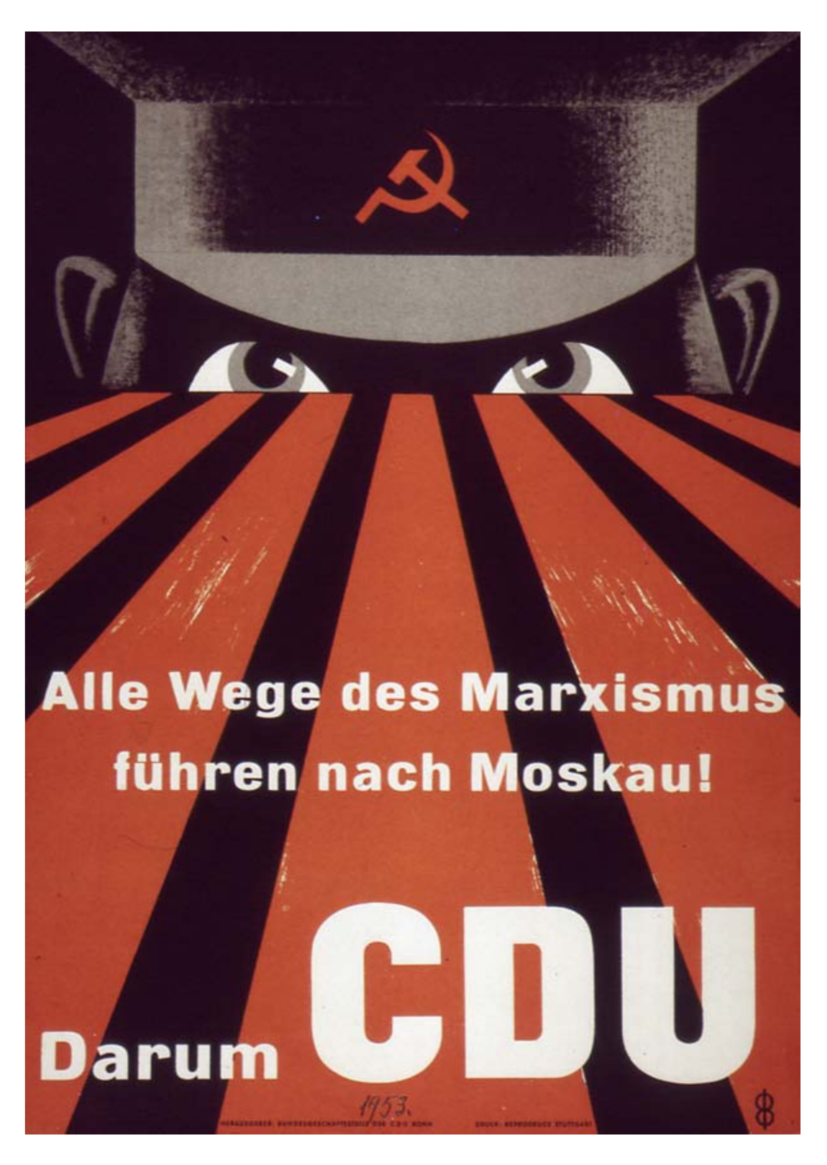
Q8: Flugblatt Die Falken "Veit Harlan? Nein!", 1951, Stadtmuseum Göttingen, Fotoarchiv.



Q9: Plakat SPD "Göttinger! Friede, Freiheit, neues Leben", 1947, Stadtarchiv Göttingen, PS 1946-1949 B2.1/1947-1.



Q10: Plakat SPD "1. Mai", 1951, Stadtarchiv Göttingen, PS 1950-1959 B2.1/1951-4.



Q11: Plakat CDU "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau", 1953, Stadtarchiv Göttingen, PS 1950-1959 B1.2/1953-1.



Q12: Plakat KPD "Weg mit Adenauer", 1953, Stadtarchiv Göttingen, PS 1950-1959 B1.5/1953-2.

Göttingen nach Kriegsende 1945 – Wie gestaltete sich der Nachkriegsalltag aus Sicht der Bevölkerung und der alten und neuen Behörden? Welche Formen und Auswirkungen hatten die neuen politischen Verhältnisse, die Flüchtlinge, die Mangelwirtschaft, die Wohnungsnot, die Umgestaltung des Bildungssektors und welche Neuordnungen des öffentlichen und kulturellen Lebens stießen auf Akzeptanz oder Ablehnung?
Diesen und anderen Fragen geht der vorliegende Sammelband nach. Er beruht auf Beiträgen eines Seminars im Fach Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen, die von den Herausgeberinnen redigiert und durch ein Vorwort ergänzt wurden. In verschiedenen Archiven stießen die Studierenden auf zahlreiche bislang unveröffentlichte Quellen und analysierten diese mit Hilfe aktueller Forschungsansätze zur Alltagsgeschichte.



ISBN: 978-3-940344-81-6

Universitätsverlag Göttingen